



96. Sitzung

Mittwoch, 21. Mai 1997

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Rolf Kruse und Zweite Vizepräsidentin Ulla Bussek

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin		Claus Müller SPD	4851 A
Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	4835 A	Heike Sudmann GAL	4853 A
Schreiben des Vorsitzenden der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg zum Internationalen Tag der Städtepartnerschaften	4835 A	Georg Berg STATT Partei	4854 A
		Alexander Porschke GAL	4854 D
		Beschlüsse	4855 B
		Aktuelle Stunde	4855 C
Erklärung des Senats:		Fraktion der CDU:	
„Stadt und Hafen — eine Vision für Hamburg“	4835 B	Law and order — Anspruch und Wirklichkeit	4855 C
mit		Heino Vahldieck CDU	4855 C
Senatsantrag:		Dr. Holger Christier SPD	4856 C
Hamburgs Standort- und Hafenentwicklung im 21. Jahrhundert — Drs 15/7460 —	4855 B	Manfred Mahr GAL	4857 C
und		Dr. Achim Reichert STATT Partei	4858 B, 4861 B
Senatsantrag:		Hartmuth Wrocklage, Senator	4859 A
Finanzierung der Zukunftsinvestition „Hafenerweiterung Altenwerder“ — Drs 15/7461 —	4855 B	Karen Ingeborg Koop CDU	4859 D
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister	4835 B	Dr. Willfried Maier GAL	4860 C
Ole von Beust CDU	4839 B	Fraktion der GAL:	
Elisabeth Kiausch SPD	4843 B	Ausländerangelegenheiten in die Bezirke	4861 C
Dr. Willfried Maier GAL	4845 B	Anna Bruns GAL	4861 C, 4864 C
Dr. Achim Reichert STATT Partei	4847 D	Rolf-Peter Bakker SPD	4862 C
Markus Wegner fraktionslos	4848 D	Wolfgang Kramer CDU	4863 A, 4866 D
Dr. Roland Salchow CDU	4849 C	Hartmuth Wrocklage, Senator	4863 C, 4866 A
		Ingeborg Knipper CDU	4864 B
		Dr. Hakki Keskin SPD	4865 B
		Jan Ehlers SPD	4866 A
		Dr. Willfried Maier GAL	4867 A

Fraktion der SPD:			von Gesetzen über Bebauungs- und Landschaftspläne und zur Weiterübertragung dieser Ermächtigung	
Die Mai-Steuerschätzung — ein Offenbarungseid der CDU/CSU/F.D.P.-Koalition in Bonn	4867 B		— Drs 15/7300 —	4880 B
Walter Zuckerer SPD	4867 B		mit	
Ortwin Runde, Senator	4868 A		Antrag der Fraktion der GAL	
Ralf Mairose CDU	4869 B		über dieselbe Thematik	
Dr. Willfried Maier GAL	4870 A		— Drs 15/7465 —	4880 B
Dieter Obermeier STATT Partei	4870 C		und	
Markus Wegner fraktionslos	4871 A		Antrag der Fraktion der SPD	
			über dieselbe Thematik	
			— Drs 15/7468 —	4880 B
Große Anfrage der Fraktion der SPD:			Dr. Achim Reichert STATT Partei	4880 C
Verbesserung des Schutzes von Kindern vor sexuellem Mißbrauch			Helga Weise SPD	4881 C
— Drs 15/7240 —	4871 C		Heino Vahldieck CDU	4883 B
Karin Rogalski SPD	4871 C		Dr. Martin Schmidt GAL	4884 A, 4891 B
Ingeborg Knipper CDU	4873 A		Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Senator	4886 C
Gundi Hauptmüller GAL	4873 D			4892 C
Dr. Achim Reichert STATT Partei	4874 D		Georg Berg STATT Partei	4888 A, 4892 B
Rosemarie Raab, Senatorin	4875 B		Wolfgang Curilla SPD	4889 A
			Markus Wegner fraktionslos	4890 C
			Beschlüsse	4892 D
Antrag der Fraktion der CDU:			Bericht des Rechtsausschusses über das Thema	
Straßenschäden in Hamburg			Belastung der Justiz	
— Drs 15/7247 —	4877 A		— Drs 15/7373 —	4893 C
mit			Beschluß	4893 C
Antrag der Fraktion der GAL:			Bericht des Umweltausschusses:	
Bericht über den Zustand der Straßen			Änderung des Flächennutzungsplans	
— Drs 15/7470 —	4877 A		sowie Gesetz über den Bebauungsplan	
Beschlüsse	4877 B		Neugraben-Fischbek 15 und Gesetz	
Antrag der Fraktion der GAL:			über den Grünordnungsplan	
Erfolgskontrolle der Innovationsförderung			Neugraben-Fischbek 15	
— Drs 15/7413 —	4877 B		— Drs 15/7408 —	4893 D
Alexander Porschke GAL	4877 B, 4880 A		mit	
Gunter Bambeck SPD	4877 D		Bericht des Stadtentwicklungsausschusses	
Barbara Ahrons CDU	4879 B		über dieselbe Thematik	
Dr. Achim Reichert STATT Partei	4879 C		— Drs 15/7366 —	4893 D
Beschluß	4880 B		Ralf-Dieter Fischer CDU	4893 D
			Petra Melzer SPD	4896 B
			Heike Sudmann GAL	4897 D
Bericht des Rechtsausschusses:			Georg Berg STATT Partei	4899 B
Reform der Verwaltung			Dr. Thomas Mirow, Senator	4900 B
(Bezirksverwaltungsreform)			Beschlüsse	4901 C
Gesetz über die Ermächtigung des Senats zu Änderung, Ergänzung und Aufhebung			Nächste Sitzung	4901 D

A **Beginn: 15.02 Uhr**

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur heutigen Bürgerschaftssitzung. Die Sitzung ist damit eröffnet.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat ist die Tagesordnung um einen Punkt 14 a ergänzt worden. Die Unterlagen dazu sind Ihnen zugegangen. Die Fraktionen haben sich verständigt, Punkt 31 von der Tagesordnung abzusetzen.

Weiterhin ist mir ein Schreiben des Vorsitzenden der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg, Herrn Jury Krawzov, vom 25. April 1997 zugegangen, das ich Ihnen gern verlesen möchte. Das heißt:

„Sehr geehrte Frau Pape!

Im Namen der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg und in meinem eigenen Namen beglückwünsche ich Sie ganz herzlich zum Internationalen Tag der Städtepartnerschaften am 27. April.

An der Schwelle zum dritten Jahrtausend werden die Tendenzen zu einer Annäherung der Interessen der verschiedenen Länder und einer gleichberechtigten Partnerschaft in den internationalen Beziehungen Vorrang gewinnen.

Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der konsequenten Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der russischen Föderation zu, für die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Partnerstädten Hamburg und St. Petersburg ein Beispiel sind.

B Ich bin davon überzeugt, daß die Vertiefung und Vervollkommnung dieser Kontakte den Bürgern unserer Städte zum Nutzen gereicht. Eine nicht unwichtige Rolle in diesem Prozeß kommt auch den Beziehungen zwischen der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg und der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg zu.

Ich bitte Sie, die besten Wünsche den Abgeordneten und Mitarbeitern der Bürgerschaft und den Bürgerinnen und Bürgern Ihrer Stadt, denen die Petersburgerinnen und Petersburger immer ein Gefühl der tiefen Sympathie entgegengebracht haben, auszurichten.

Mit freundlichen Grüßen
Jury Krawzov“

Bei dieser Gelegenheit darf ich noch darauf hinweisen, daß Anfang Juni eine Delegation der Bürgerschaft unsere Partnerstadt, anlässlich der vierzigjährigen Partnerschaft zu der Stadt St. Petersburg, besuchen wird.

Der Senat hat mir mitgeteilt, daß der Erste Bürgermeister vor Eintritt in die Tagesordnung zum Thema

„Stadt und Hafen — eine Vision für Hamburg“

zu sprechen wünscht. Damit hat das Wort der Erste Bürgermeister Dr. Voscherau.

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Große Zukunftsprojekte, die immer dann beschlossen wurden, wenn gewachsene Strukturen ihre Tragkraft allmählich einzubüßen begannen, sind das Geheimnis der Stärke Hamburgs. Mit dieser Bereitschaft haben Senat und Bürger-

erschaft einen Niedergang unserer alten Hansestadt über Jahrhunderte ausgeschlossen und immer wieder neu erreicht, daß Hammonia wie Phönix aus der Asche aufsteigen konnte. Der Phönixsaal zeigt dieses Geheimnis in Bildergestalt. **C**

In Zeiten großer Umbrüche ist es vor dem Hintergrund dieser verpflichtenden Tradition geradezu Bürgermeisterpflicht, Senat und Bürgerschaft große Zukunftsprojekte vorzuschlagen. Als es um den Zollanschluß ging, hat Bürgermeister Versmann so gehandelt. Die Bürgerschaft hat am 15. Juni 1881, damals noch im Gebäude der Patriotischen Gesellschaft, über seinen Vorschlag beraten. Als es um die Altstadtanierung ging, haben Bürgermeister Mönckeberg und sein Senat so gehandelt. Die Bürgerschaft hat am 22. Januar 1902, am 1. November 1905 und am 2. Mai 1906 darüber beraten; schon in unserem Rathaus.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Diese Ahnenreihe!)

Als es um langfristige Perspektiven für Hafen und Industrie ging, hat Bürgermeister Weichmann so gehandelt. Seine programmatische Perspektive lautete: Hamburgs Zukunft liegt im Süden. Erst jetzt wird daraus Wirklichkeit in Altenwerder, am 2. Juli 1969 hat die Bürgerschaft darüber beraten.

Der Zollanschluß 1888 war Auftakt zur wirtschaftlichen Blüte der Stadt unter den Bedingungen des damals aufziehenden Industriezeitalters, aber auch der zunehmenden nationalstaatlichen Konkurrenz im Welthandel auf den Weltmeeren. Senat und Bürgerschaft haben damals mit den weitsichtigen Entscheidungen zum Ausbau des Hafens und zur Errichtung der Speicherstadt am nördlichen Elbufer die Grundlagen für das Wachstum der Stadt in den kommenden Jahrzehnten und in unserem Jahrhundert gelegt. Welch unglaubliche Früchte hätte diese Entscheidung getragen ohne das kaiserliche Wettrüsten zur See gegen Großbritannien und den verhängnisvollen Einschnitt des Ersten Weltkrieges, der unser gesamtes Jahrhundert und seinen Gang verändert hat. **D**

Die Sanierung der Altstadt, die von einer Senats- und Bürgerchaftskommission ab 1897 vorgeschlagen und ab 1910 in Angriff genommen wurde, wurde überlagert durch die damals völlig neuen Anforderungen an das Zentrum einer modernen Großstadt des neuen, des zwanzigsten Jahrhunderts. Rathausmarkt und Hauptbahnhof, damals neue Magneten der schnell wachsenden Stadt, ihrer Kraft und Bedeutung, erforderten eine leistungsfähige Verbindung. Die Nachfrage nach modernen Kontorhäusern — damals etwas völlig Neues — forderte Expansionsraum im Stadtkern mit der Entscheidung, die Mönckebergstraße — heute würde man sagen: brutal — durch die Altstadt zu brechen und eine zentrale Verkehrs- und Geschäftsachse zu schaffen. So entstand laut Fritz Schumacher ein neuer Typus Großstadtstraße, der bis dahin in Deutschland überhaupt nicht anzutreffen war. Die moderne, die uns als selbstverständlich bekannte Hamburger Innenstadt als Antwort auf neue Bedingungen von Wirtschafts- und Stadtentwicklung war damals geboren; eine zweite weitsichtige Zukunftsentscheidung für Generationen.

Beide bedeutenden Entscheidungen waren Voraussetzung für die Entwicklung Hamburgs zu einem Welthafen und zu einer Handels- und Dienstleistungsmetropole von internationalem Rang. Hundert Jahre nach diesen großen Weichenstellungen steht Hamburg wieder vor einer histo-

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A rischen Herausforderung. Die Entwicklung von Stadt und Hafen im 21. Jahrhundert erfordert wiederum eine große Generationenentscheidung. Denn, meine Damen und Herren, die damaligen Weichenstellungen haben eine Spätwirkung. Eine Spätwirkung, die im neuen Jahrhundert zunehmend schädliche Folgen gewinnen würde. Sie haben 20 000 Hamburgerinnen und Hamburger damals vertrieben. Sie haben unserer Innenstadt, ohnehin begrenzt durch den Wallring, weitere Optionen organischer Ausbreitung und Erweiterung genommen und sie außerdem von der attraktiven Lage am Wasser, am Elbufer abgeschnitten.

Die Bedingungen für die zukünftige Entwicklung Hamburgs als Metropole Nordeuropas im neuen Jahrhundert haben sich mit dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch in Deutschland sowie in Mittel- und Osteuropa abrupt, radikal und dauerhaft gewandelt.

Am 26. Juni 1991 hieß es in meiner Regierungserklärung vor der Bürgerschaft bereits: „Zunächst und vor allem ist dies alles eine große Chance für Hamburg ...“, „... denn es rückt Hamburg wieder in den Mittelpunkt eines neu zusammenwachsenden, einheitlichen, starken Wirtschafts- und Handelsraumes.“ Weiter hieß es: „Uns stellt das Wachstum, das Wiedererstarken Hamburgs zu einer der dynamischsten Regionen Europas vor gänzlich neue Aufgaben.“

Meine Damen und Herren, Bürgermeister Sieveking hat recht behalten, als er am 9. Dezember 1953 in seiner Regierungserklärung sagte:

„Die Abtrennung des Hafens von seinem natürlichen Großwirtschaftsraum ist keine endgültige, sondern im Rahmen des geschichtlichen Ablaufs letzten Endes eine Episode.“

Durch die Erweiterung der Europäischen Union nach Norden und in Zukunft später auch nach Osten wird dies noch verstärkt. Große Wohlfahrts- und Arbeitsplatzgewinne in Mittel- und Nordeuropa sind möglich. Ihre regionale Zuordnung zu Hamburg oder anderswo allerdings ist offen.

Doch geht es in Zukunft nicht allein um die Vertiefung und Erweiterung Europas, sondern zugleich geht es um eine neue Qualität weltweiten Wettbewerbs, nicht zuletzt auf wichtigen Dienstleistungsmärkten, um die interkontinentale Ansiedlung von Produktionsstätten, um globale Beschaffungs- und Absatzmärkte und auch um den wachsenden Austausch von Gütern aller Art über die Meere. Bei all dem kann Hamburg besonders gewinnen. Zwangsläufig ist das keineswegs. Denn alle anderen leistungstarken europäischen Regionen beteiligen sich an diesem Wettlauf, viele von ihnen aussichtsreich, manche mit strategischer Entschlossenheit — vielleicht sollte man „leise“ hinzufügen —, manche mit deutlicherer, sichtbarer strategischer Entschlossenheit, als diese gegenwärtig in Deutschland üblich ist.

Hamburgs Erfolg im Wettbewerb der Standorte wird maßgeblich von harten und weichen Standortbedingungen bestimmt. In jedem Fall aber wird die Verfügbarkeit geeigneter Flächen für Dienstleistungen, für Wohnen, für Gewerbe in zentraler Lage zu einem wichtigen Faktor im direkten Wettbewerb mit anderen europäischen Metropolen werden. Die Wachstumsimpulse für alle diese konkurrierenden Metropolen im Übergang zum 21. Jahrhundert werden vor allem durch Handels-, Verkehrs-, Logistik-, Finanz-, Medien-, Unterhaltungs-, Kultur- und Tourismusdienstlei-

stungen eintreten. Zugleich werden wir, wie die Handelskammer bezogen auf den Mediensektor vorausgesagt hat, im neuen Jahrhundert in zunehmender Konkurrenz zu Berlin stehen. Für alle diese Citynutzungen wird sich über konjunkturelle Zyklen weit hinaus eine qualitativ neue, eine langfristige Nachfrage nach hochwertigen Cityflächen ergeben. Diese Nachfrage wird sich vor allem auf die Innenstadt beziehen. Sie wird sich auf angrenzende Flächen wie auf solche im Gebiet des Hafens mit dem Hamburg-typischen Ambiente am Wasser richten.

Wir müssen uns in weitsichtiger Vorausschau auf einen solchen langfristigen Modernisierungs-, Veränderungs- und Wachstumsschub, auf einen langfristigen strukturellen Umbruch in den ersten Jahrzehnten des vor uns liegenden Jahrhunderts einstellen: Kein Aktionismus, meine Damen und Herren, kein kurz- oder mittelfristiger Handlungsdruck, aber sehr wohl eine langfristige Planungs-, Vorbereitungs-, Umsteuerungschance. Ich sage ganz deutlich: Nicht das Rathaus wird entscheiden, die Realität wird entscheiden, wann die „Nachfrage nach Hamburg“ die Erweiterung der City auslöst, die wir, wenn wir wollen, ermöglichen können.

In ihrer Standortwahl zwischen den Regionen wird eine solche Nachfrage hochmobil sein. Sie wird übrigens auch Standorte gegeneinander ausspielen, so wie überhaupt der Globalisierungstrend und die Tendenz der Internationalisierung dazu neigt, Kontinente, Staaten, Metropolen gegeneinander auszuspielen, keineswegs immer zum Nutzen demokratischer Institutionen und ihrer Gestaltungsmöglichkeit.

Jedenfalls wird diese Nachfrage hochmobil sein. Die langfristige Absicherung Hamburgs als die nordeuropäische Metropole ist deshalb unmittelbar abhängig von einer frühzeitigen, flexiblen, großzügigen Flächenperspektive, vor allem in zwei Bereichen der Stadt: in der Innenstadt und im Hafen als sich wechselseitig befruchtenden Sektoren ebenso wie Stadtteilen.

An dem Projekt einer Hafencity habe ich seit einigen Jahren gearbeitet, und zwar leise und beharrlich. Am Übersee- tag habe ich dieses Projekt der Öffentlichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt vorgestellt. Gestern dem Senat, heute der Bürgerschaft. Die Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie sind ja wichtig, meine Damen und Herren,

(Lachen bei der GAL — Dr. Roland Salchow CDU: Ach nee!)

und vielleicht sollten Sie sich einmal selbstkritisch die Frage stellen, ob sie nicht mindestens wenigstens genauso wichtig sind wie wir hier in diesem Raum,

(Dr. Willfried Maier GAL: Die Frage war nur, ob sie nur auf dem Übersee- tag vertreten sind!)

in dem Politiker dazu neigen, zwischen „drinnen und draußen“ zu unterscheiden.

(Beifall bei der SPD — Anna Bruns GAL: Das war aber nur ein sehr selektiver Ausschnitt!)

Darum geht es um ein traditionsreiches Tabu: um die Neuausrichtung des Spannungsverhältnisses zwischen Hafengrenze und Innenstadt gegenüber dem epochalen Einschnitt Versmanns von 1881. Und überdies geht es auch um die Realisierung der Vision Herbert Weichmanns von Hamburgs Zukunft im Süden.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A Mit der Hafenerweiterung in Altenwerder ist begonnen. Das ist nicht Gegenstand dessen, was ich heute vorrangig ausführen möchte. In den nächsten Jahrzehnten muß es sich vor allem darum handeln, daß sich die Innenstadt ausdehnen kann, für metropoltypische Wirtschaftszweige und für zentrumsnahes Wohnen am Elbufer. Für dieses Vorhaben steht nur ein großes Gebiet zur Verfügung, der innenstädtische Hafensrand, das ist das Gebiet Grasbrook und Baakenhafen. Hier ist das einzige direkt an die City anschließende Areal, das so große und zusammenhängende Flächen aufweist und das für die Wiedereinbeziehung in die Innenstadt geeignet ist; rund 180 Hektar brutto, gut 100 Hektar Entwicklungsfläche. Das entspricht in etwa der Hälfte der jetzigen im Wallring liegenden Innenstadt.

Die Voraussetzungen für eine solche Umsteuerung sind inzwischen geschaffen worden. Die Stadt kann über wesentliche Teile des innenstädtischen Hafensrandes verfügen. Dabei kam es natürlich vorrangig darauf an, Partikularinteressen Dritter vertraglich möglichst leise einzubinden. Diese Vorarbeiten sind unter Wahrung der notwendigen Vertraulichkeit vorangebracht worden. Die Absicht mußte sein, ohne Auslösung spekulativer Interessen Entwicklungsmöglichkeiten für Stadt und Hafen zu eröffnen. Dafür bin ich besonders Herrn Diplom-Ingenieur Peter Dietrich zu Dank verpflichtet. Bürgermeister Rittershaus hat mir und ihm ab Anfang 1994 den Rücken freigehalten und hat sehr geholfen, die fachlich betroffenen Senatskollegen im Verlaufe des Prozesses der Arbeit desgleichen. Ihnen allen und auch den vertraulich eingeschalteten wenigen Mitarbeitern möchte ich danken.

B Meine Damen und Herren, auch im internationalen Vergleich bietet sich in einem offenen schrittweisen Planungsprozeß die Chance für eine hochattraktive und sicher weit über die deutschen Grenzen hinaus beachtete Stadtentwicklung Hamburgs. Das Besondere unserer Stadt ist seit alters her der Wasserbezug. So bietet der innenstädtische Hafensrand ein unvergleichliches Entwicklungspotential: Tourismus, Kultur, Freizeit — weltweit wachsende Wirtschaftszweige. Hamburg kann erheblichen wirtschaftlichen Nutzen aus ihnen ziehen. Nur der innenstädtische Hafensrand bietet dafür ideale Voraussetzungen: Fußwegentfernung zur Einkaufscity, Brückenschlag der Innenstadt zu Hafen und Fluß, das Kulturdenkmal der Speicherstadt am Wegesrand und vor allem und nicht zuletzt innenstadtnahes Wohnen, die Belebung der City. Beides ist in Hamburg seit der Vertreibung der 20 000 Hamburgerinnen und Hamburger aus der Altstadt des 19. Jahrhunderts bekanntlich Mangelware und eher ein Problemsektor. Auch dieses können wir ändern.

Die Flächen ermöglichen eine bruchlose Fortentwicklung unserer Innenstadt. Sie ermöglichen die Rückkehr der City an die Elbe. Diese Rückkehr geht über die traditionellen Wohnquartiere Ende des vorigen Jahrhunderts am Kehrwieder und Alter Wandrahm hinaus. Dort steht jetzt unter anderem die Speicherstadt. Sie wird noch auf lange Zeit von Umnutzungsplänen ausgenommen bleiben. Hamburgs Attraktivität als eine der schönsten europäischen Metropolen am Wasser kann in der kommenden Generation weiter erhöht werden.

Die Einbeziehung eines Kreuzfahrtterminals kann dieses Gebiet zusätzlich herausheben. Der künftige Transrapid-Haltepunkt liegt in der Nähe. Je nach Geschmack kann man das auch in den Konjunktiv setzen.

C Mit etwa einer Stunde Fahrzeit wird der Großraum Berlin angebunden. Die Attraktivität dieser Lage und dieser Schnittstelle für kommerzielle und für touristische Zwecke wird so erheblich steigen, mit der Verknüpfung von drei herausragenden Vorhaben: der Cityquartiersentwicklung, einem High-Tech-Verkehrsprojekt und einer imagebildenden Tourismusanlage, käme Hamburg internationalen Anforderungen an Großstädte so in einzigartiger Weise entgegen, und unsere schöne Stadt bräuchte sich auch vor dem neuen Berlin im neuen Jahrhundert keineswegs zu verstecken.

Einige Anmerkungen, meine Damen und Herren, zu Machbarkeit, zu Bedingungen und zum möglichen Ablauf. Über das städtische Eigentum an Grund und Boden der Hafensflächen hinaus haben wir mittlerweile die wesentlichen Betriebs- und Immobilienvermögen in dem Areal erworben, und zwar durch eine gegründete Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung, kurz GHS. Aus der Sicht des Hafens sollte es meiner Auffassung nach vertretbar sein, daß bei gleichzeitiger Erschließung der heute für den Containerverkehr nachgefragten Hafensflächen in Altenwerder innenstädtische traditionelle Hafensflächen aus der Nutzung entlassen werden. Es geht nicht um Verlagerung nach Altenwerder. Es geht darum, Strukturwandel offensiv beim Schopf zu ergreifen, ihn als Chance zu begreifen, wie es den besten hamburgischen hanseatischen Traditionen entspricht. Die hafenswirtschaftlichen und sonstigen gegenwärtigen Nutzungen können zu angemessenen Bedingungen für die Betriebe, für die Kunden, für die Arbeitsplätze an andere geeignete Standorte im Hafen verlagert werden. Die Umsteuerung anstehender Investitionen auf andere Standorte ist bei rechtzeitig getroffenen Entscheidungen möglich. Im übrigen gilt: Es gibt eine positive Rückkopplung zwischen Wachstumschancen der Unternehmen in der Hamburger Innenstadt und der Hafenswirtschaft.

Unter Einbeziehung der GHS wurde mit den HEW vereinbart, den Standort des zur Erneuerung anstehenden Kraftwerks Hafen aufzugeben. Der Neubau eines bedarfsgerecht kleineren, baulich mit der Umwandlung des städtischen Hafensrandes verträglichen, mit Erdgas betriebenen — also umweltfreundlicheren — reinen Heizwerks

(Holger Matthews GAL: Ohne Kraft-Wärme-Kopplung!)

wird auf einem anderen Grundstück auf dem Grasbrook erfolgen. Und gegenüber dem Zwischenruf ergänze ich meine Ausführungen dahin, daß infolge des Vertrages der HEW zum Bezug umweltfreundlichen skandinavischen Stroms aus Wasserkraft

(Holger Matthews GAL: Austausch!)

eine Kräfteerzeugung an dieser Stelle künftig nicht erforderlich sein wird, wohl aber aus hydraulischen und Einspeisungsgründen ein Heizwerk, so daß wir hier mehrere Dinge unter einen Hut bringen können, und zwar auch im Interesse des Umweltschutzes.

(Alexander Porschke GAL: Zumindest, wenn die Atomkraftwerke am Netz bleiben!)

Mit zwei Hafenerneuerungen, für die bereits seit längerem das jetzt für den HEW-Heizwerksneubau erforderliche Grundstück disponiert war, wurde unter Einschaltung der GHS der Wechsel auf anderes Hafengelände geregelt. Der Umnutzung des jetzigen Hafengebietes sind durch das

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

- A Hafentwicklungsgesetz Grenzen gesetzt. Für in den folgenden Jahrzehnten geplante Vorhaben ist daher die Entlassung der Flächen schrittweise aus dem Hafentwicklungsgesetz notwendig. Ein Gesetzentwurf als Grundlage dafür liegt der Bürgerschaft vor.

Der Senat, meine Damen und Herren, hat verschiedene Organisations- und Finanzierungsmodelle geprüft. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Errichtung eines gesetzlichen Sondervermögens die zweckmäßige Form ist. Daher soll ein Sondervermögen „Stadt und Hafen“ die Finanzierung dieser geplanten sukzessiven, sich über eine Generation marktgerecht selbsttragenden Entwicklung und Verwertung der Flächen des Hafenrandgebietes ermöglichen. Im Sondervermögen sollen die im Gesetzentwurf genau bezeichneten städtischen Grundflächen, Anlagen und Gebäude am innenstädtischen Hafenrand zugewiesen werden. Die aus der Verwertung erzielten Einnahmen sollen der Finanzierung dienen. Soweit sich dabei Überschüsse ergeben — soweit, wiederhole ich ausdrücklich —, sind diese willkommene Beiträge zur Finanzierung von Altenwerder, ein Vorhaben, das allerdings unabhängig von der Cityerweiterung in jedem Fall verwirklicht und sonst aus dem Haushalt finanziert wird.

Da die Einnahmen aus dem Verkauf von städtischen Anlagen am innenstädtischen Hafenrand erst in Zukunft anfallen werden, ist eine kreditäre Zwischenfinanzierung zu Lasten des Sondervermögens notwendig und vorgesehen. Die Verkehrsanbindung kann so gestattet werden, daß sich für die Nutzer der Speicherstadt und zugehöriger Bereiche sowie für die bis zur Umsiedlung noch am innenstädtischen Hafenrand verbleibenden Betriebe keine unzumutbaren Veränderungen ergeben.

- B Die Speicherstadt ist nicht Gegenstand der Umnutzungspläne des Senats. Gleiches gilt für den Betriebsstandort der Kaffeeagentur KLG, für den Unternehmenssitz der Reederei Schulz sowie für die Nutzung und baulichen Anlagen an der Magdeburger Straße, also für den Kaispeicher B, Speicher, Lager, Bürobauten und das Kühlhaus. Die Umnutzung des innenstädtischen Hafenrandes ermöglicht die Fortführung der gegebenen gewerblichen Nutzung der Speicherstadt, solange eine dementsprechende Nachfrage besteht. Auch hier entscheidet die Realität, nicht das Rathaus.

Allerdings sehe ich die Zweifler auf die aktuelle Büromarktsituation zeigen, und man konnte so etwas auch schon lesen. Doch geht es hier um ein Generationenprojekt, das in einem langen Zeitraum zu realisieren ist, über Konjunkturzyklen weit hinaus. Noch einmal: Kein Aktionismus. Es handelt sich um eine langfristige Weichenstellung, nicht um kurzfristigen Handlungsdruck.

Die Cityeinbeziehung des innenstädtischen Hafenrandes muß und wird der jeweiligen Aufnahmefähigkeit des Marktes angepaßt werden. Einen Angebotsüberhang, der zu Markteinbrüchen führen müßte, wird der Senat ausschließen. Die tatsächliche Schrittfolge der Umnutzung wird bestimmt durch wirtschaftliche Möglichkeiten, durch stadtentwicklungspolitische Vorgaben. Diese müssen natürlich überhaupt erst in einem offenen Prozeß erarbeitet werden — das ist eine zusätzliche gestalterische Chance an alle — durch städtebauliche Gestaltung und durch verkehrsplanerische Vorgaben und Verlagerungen.

Sobald aber die Realität die Entscheidung getroffen haben wird: „Jetzt ist die Nachfrage da“, hat der Senat festgehal-

ten, daß die GHS dann unmittelbar angebunden und gesteuert wird. Dann sind auch tragfähige parlamentarische Institutionen für die Begleitung notwendig. Es geht dem Senat — das hebe ich ausdrücklich hervor — um eine Generationenoption, nicht darum, sich die Bürgerschaft „at arms length“, wie das heutzutage so schön heißt, zu halten.

Bei alledem gilt: Die konkrete Ausgestaltung der Umnutzung des innenstädtischen Hafenrandes wird durch die Grundsatzentscheidung nicht präjudiziert. Ich betone, die Entscheidungen sind durch die bisher geschaffenen Fakten nicht vorweggenommen worden. Meine Initiative hat eine stadtentwicklungspolitische Perspektive eröffnet. Die förmliche Entscheidung über Realisierung oder nicht bleibt selbstverständlich der Bürgerschaft vorbehalten.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ist das nett!)

— Das ist nicht nett, das ist so, Herr Salchow. Wenn es nur nett wäre, wäre es vielleicht anders; es ist aber so.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ich bin gerührt!)

Nur wenige Städte mit weltweitem Ruf haben die Chance, ihre gewachsene urbane Struktur so einschneidend zu modernisieren, gewachsene Hafenanlagen an Fluß oder Meer weltweit beachtet aufzuwerten und die vorhandenen Betriebe und Arbeitsplätze pfleglich zu verlagern. Der Strukturwandel bietet Hamburg jetzt die Chance dafür, dies einzuleiten. Öffnen wir sie für eine kommende Generation.

„Sie schläft, meine Schöne“

(Dr. Roland Salchow CDU: Ach, du liebe Güte!)

hat ein berühmter Anonymus

(Ole von Beust CDU: ... der tütelig ist!)

unter drei Sternen einmal geklagt.

Eine neue Generation, unsere Generation war es, die sie geweckt hat, unsere Schöne. Geben wir unsererseits nun einer wiederum neuen Generation die Chance zur Gestaltung. Und wie wir dann später einmal über die Neuen „gnadderig“ reden, da ist ja jeder selbst erwachsen.

Die Stadt kann einmal mehr ihre Stärke beweisen als hanseatische Einheit, die äußere Impulse frühzeitig erkennt, die auf äußere Veränderungen durch innere Anpassung mutig reagiert. Es geht mir darum, mit einer Großtat unserer Stadt und unserer Wirtschaft neue hochwertige Entwicklungsräume zu öffnen, und zwar in sehr bewußter Abkehr von den in mehr als hundert Jahren nun gewachsenen Strukturen.

Die Umwandlung des innenstädtischen Hafenrandes setzt einen offenen intensiven Planungsprozeß voraus. Sie benötigt deshalb lange Vorlauf-, Brainstormings-, Entscheidungs- und Realisierungszeiten. Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft sind jetzt erforderlich, um diese Entwicklung förmlich zu ermöglichen und damit Hamburg Optionen für die Zukunft weit außerhalb des Tagesgeschäfts zu eröffnen.

In seiner langen Geschichte hat Hamburg sich häufig mit Mut, Vernunft, klaren Zielen und Tatkraft auf geänderte Bedingungen eingestellt. Die Entwicklung zu einer im europäischen Vergleich blühenden Metropole, zu der heute wohl bedeutendsten aller früheren Hansestädte in Europa, ist Beweis, aber auch Lohn dafür. Ich würde mir wünschen, daß der damalige Aufbruchswille uns Vorbild ist. Mit ihren

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A Entscheidungen sind Bürgermeister Versmann im vorigen Jahrhundert, aber auch Bürgermeister Mönckeberg zu Beginn dieses Jahrhunderts und auch Bürgermeister Weichmann vor gut einer Generation große Wagnisse eingegangen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Eine Straße ist nach ihm benannt!)

Sie haben sich auf eine ungewisse Zukunft eingelassen. Das ist die Lage, in der alle handelnde Politik immer ist. Niemand konnte damals mit Bestimmtheit voraussagen, ob die erheblichen Belastungen der Stadt und ihrer Menschen uns das erhoffte wirtschaftliche Wachstum sowie den erwarteten Wohlfahrtsgewinn am Ende wirklich bringen würden.

Rückblickend — das ist immer leichter — hat die Geschichte nun gezeigt, wie richtig und vorausschauend das Handeln, das Wagnis war. Auch die jetzige Umsteuerung geht ein Wagnis ein. Eine Perspektive für einen Verliererkontinent, für einen Absteigerkontinent — wie die Kinder sagen würden, für die „Looser“ des neuen Jahrhunderts —, eine solche Perspektive wäre das nicht. Sondern aufgehen wird diese Rechnung, wenn Europa, wenn unser Land, unsere Stadt und unsere Bürgerinnen und Bürger sich mit Mut, mit Tatkraft und mit Zuversicht im neuen Jahrhundert behaupten. Und das ist doch, worauf wir alle setzen, woran wir im Sinne des Appells des Bundespräsidenten von Berlin alle — ich wiederhole: alle gemeinsam — arbeiten müssen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Machen wir!)

B Der Umsetzungsprozeß wird lange dauern. Die Entscheidungen zum Beginn, zur Weichenstellung müssen jetzt getroffen werden. Denn es besteht für den innenstädtischen Hafenrand durch den Strukturwandel eine der seltenen Entscheidungsmöglichkeiten, nämlich zu bestimmen, ob die künftige Entwicklung dieses großen zusammenhängenden Areals als Teil des Hafens erfolgen soll — auch in eine solche Zukunft könnte man neu investieren — oder als Teil der Innenstadt. Nutzen wir dieses wahrscheinlich eher kurze Zeitfenster für eine solche weichenstellende Entscheidung. Entscheiden wir uns für die Innenstadt, für ein blühendes Hamburg im neuen Jahrhundert, denn ich vertraue fest darauf: Hamburg ist zukunftsfähig. Seien wir zukunftswillig.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD und der STATT Partei — Dr. Roland Salchow CDU: Das war nur eine Minute Beifall! Das war etwas wenig!)

Präsidentin Ute Pape: Ich eröffne nunmehr die Beratung. Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach Überseeclub, nach der hamburgischen Presse und nach dem Senat dieser Stadt, der auch noch vorher befragt wurde, hat nun das Parlament das Vergnügen, sich mit dem zu befassen, was der Bürgermeister in aller ihm eigenen Bescheidenheit eine Vision, eine Großtat nennt.

(Claus Müller SPD: Kein Neid!)

Wir sollten das in Ruhe und Gelassenheit tun und es durchaus für legitim und vernünftig erachten, wenn sich ein Bürgermeister, ein Staatsoberhaupt, ein Stadtoberhaupt Gedanken darüber macht, wie langfristig die Zukunft dessen aussieht, wofür er Verantwortung hat.

C Und bei aller Verantwortung, Träumereien, Visionen und Ideen beschleicht einen die leise Frage: Warum macht er das eigentlich gerade jetzt?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der STATT Partei — Petra Adam-Ferger SPD: Das ist ärgerlich! — Alexander Porschke GAL: Ja, warum?)

— Ich werde die Frage auch beantworten können; keine Sorge, Herr Porschke, ich werde Sie nicht im unklaren lassen. Man nennt es eine rhetorische Frage, aber die Antwort kommt.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Das war eine rhetorische Frage? Das habe ich gar nicht gemerkt!)

Fünf Jahre umtreibt es ihn, und leise und beharrlich hat er daran gearbeitet, mit stummem Dank an die, die mitgearbeitet haben — wie er eben gesagt hat —, und jetzt muß es raus.

(Dr. Holger Christier SPD: Das ärgert Sie!)

Zufällig vier Monate vor den Bürgerschaftswahlen plagt es ihn, und jetzt muß es raus. Man sieht die Absicht und ist amüsiert über diesen Zustand.

(Dr. Holger Christier SPD: Das ärgert Sie aber mächtig!)

— Nein, ich ärgere mich gar nicht.

Was wird denn nun konkret vorgelegt? Zunächst einmal die Grundidee, die hier angepriesen wird. Die Grundidee, zu der man letztlich zusammenfassend sagen kann: Die im Süden liegenden bisherigen Hafentflächen, die rein für die Gewerbenutzung des Hafens vorgesehen waren, werden nun einer anderen Nutzung zugeführt, wozu verschiedene Ideen geäußert werden.

Neu, meine Damen und Herren, ist diese Großtat nicht, die den Bürgermeister fünf Jahre umtreibt. Wir brauchen uns nur alte Zeitungsmeldungen anzugucken: „Unruhestifter Kossak träumt von der Hafencity“, 1990. Und Traute Müller — wer erinnert sich daran —, die verehrte Stadtentwicklungssenatorin, plante das 1992. Das heißt, neu ist die Idee nicht.

Neu ist die Art und Weise, wie sie vorgebracht wurde. Aber Neues ist relativ wenig in der Grundsubstanz dieser Idee enthalten; das muß auch gesagt werden. Das tatsächlich Neue ist, daß der Senat, daß Bürgermeister Voscherau mit einem Tabu bricht, was sich dieser Senat selbst auferlegt hat, daß nämlich Hafentflächen nur für Hafengewerbe genutzt werden können. Jetzt feiert der Bürgermeister als Großtat, daß er mit einem Tabu bricht, was er sich selbst auferlegt hat. Die Lösung ist zwar richtig, aber ein mutiger Tabubruch ist das auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ansonsten wird das Ganze in einem mit wunderschönen Fotos illustrierten Bildband vorgelegt, mittelmäßigen Computersimulationen, hübsch übereinandergelegten Fotos, ein munterer Bildband und gut für ein Kindergeschenk zu Weihnachten geeignet.

(Lachen bei Petra Adam-Ferger SPD — Georg Berg STATT Partei: Zahnloser Wadenbeißer!)

Das hat in Hamburg Tradition, und zwar deswegen, weil sich diese Bilder so gut abdrucken lassen. Es sieht nämlich so wunderbar aus, wenn es in gedruckter Form vorliegt.

(Ole von Beust CDU)

- A Und es gibt noch andere Beispiele in der Stadt, bei denen Bilder und Visionen vorgelegt worden sind, aus denen hinterher überhaupt nichts geworden ist. Ich erinnere zum Beispiel an eine wunderbare Vision darüber, wie St. Pauli mit dem Spielbudenplatz hinterher aussehen sollte.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Toller Vergleich!)

Da gab es eine wunderbare Zeichnung, und dazu hieß es: So sieht der neue Spielbudenplatz aus.

(Dr. Rolf Lange SPD: Blanker Neid!)

Sehen Sie den, meine Damen und Herren? Ein Bluff ist es gewesen, und es war nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU)

Des weiteren erinnere ich daran, als vor einiger Zeit — gottlob ist daraus nichts geworden — eine Alster-City in St. Georg von der Baubehörde vorgestellt wurde, „Eine riesige Skylinelandschaft: Das ist das neue St. Georg“, hieß es damals. Zum Glück ist das nichts geworden, meine Damen und Herren. Hüten wir uns davor, irgendwelche Computerzeichnungen und Malereien schon als Hamburger Wirklichkeit zu nehmen. Ankündigungen sind das eine, die Wirklichkeit ist etwas anderes.

(Beifall bei der CDU)

Hingegen wird neben den Bilderchen so gut wie kein Wort über die Kosten gesagt. Es wird nichts darüber gesagt, in welchem Zeitraum und in welchem Planverfahren dies genau geschehen soll. Es gibt keine Kostenanalyse des Hochwasserschutzes. Es gibt keine Kostenanalyse darüber, wie teuer die Verkehrsinfrastrukturen sein werden, die wir machen müßten. Es ist auch nichts über die Kosten der Altlastenbeseitigung bekannt. Es gibt keine Kostenanalyse darüber, wie das Lärmproblem zu lösen ist, denn direkt an diesem Gebiet fährt eine Eisenbahn vorbei. Es gibt keine Abschätzung der möglichen Erlöse.

(Inge-Anke Kuhbier SPD: Sie sind ja ein toller Bürokrat!)

Machen wir uns nichts vor, meine Damen und Herren, die Grundidee einer neuen Flächennutzung als solche ist vernünftig. Was hier aber sonst vorgelegt wird, ist „Tedje mit de Utsichten“ und nichts anderes. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich werden wir — und da hat der Bürgermeister recht —

(Günter Elste SPD: Natürlich!)

diese Pläne, die ihn umtrieben haben, in Ruhe und Sachlichkeit prüfen, und die ganze Stadt wird an diesen Überlegungen mitarbeiten müssen. Viele Unterlagen kamen erst gestern auf den Tisch. Wir werden diese Angelegenheit und vor allem die Kostenfrage in den Ausschüssen in Ruhe prüfen.

Vor allen Dingen müssen Fragen, was das an Haushaltsmitteln kostet oder wer dort nachher eigentlich wohnen wird — weil die Preise der Mieten relativ hoch sein müssen —, geprüft werden. Alle diese Dinge müssen wir genau prüfen, und eine solche Vorlage hat einen Anspruch darauf.

Allerdings drängt sich der Verdacht auf, daß die Devise, die dahintersteht, ganz schlicht ist: Lieber von Visionen reden

als von der Wirklichkeit, die diese Stadt beherrscht. Das ist der Trick, der hinter der Geschichte steckt.

(Beifall bei der CDU)

Sie fliehen mit sogenannten Visionen, die Sie jahrelang umtrieben haben, mit dieser Großtat, die in der konkreten Umgestaltung völlig unkonkret ist, die keine Zahlen und nichts Genaues nennt, vor der Wirklichkeit und der Verantwortung der Stadt, weil Sie sie nicht wahrhaben wollen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Dr. Rolf Lange SPD: Neid, nur Neid! — Günter Elste SPD: Ganz kleinmütig!)

Sie haben vorhin davon gesprochen, daß wir zwischen drinnen und draußen unterscheiden müssen. Das heißt, mit dem, womit wir uns hier drinnen befassen, den zum Teil weihewollen Reden, die hier gehalten werden, und den Generationen über 50, 60 Jahre, um die es hier geht. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren und Herr Bürgermeister, die Menschen draußen haben im Moment völlig andere Sorgen als Ihre Visionen; das ist so. Sprechen Sie mit den Menschen, und Sie werden sehen, daß sie andere Probleme haben. Von der Politik erwarten sie — egal von welcher Partei, das gilt für uns alle —, daß sie nicht in unkonkrete Visionen flieht — wir müssen uns Gedanken machen über die Zukunft —, sondern daß wir die Probleme, die die Menschen jetzt haben, auch lösen. Das ist die Verpflichtung, die wir haben.

(Beifall bei der CDU)

Führen wir uns doch einmal vor Augen, wie die Wirklichkeit in dieser Stadt aussieht, die Sie nicht so gerne hören. Lieber von riesigen Plänen und Zeiträumen reden und verschweigen, daß es eine soziale Situation in dieser Stadt gibt, die vielen Menschen in bestimmten Vierteln das Wasser bis zum Hals steigen läßt,

(Karin Rogalski SPD: Das ist ja wohl das Letzte! — Petra Brinkmann SPD: Nein, peinlich! — Zurufe: Ach, ach!)

daß wir 4500 Jugendliche haben, die eine Lehrstelle suchen,

(Jens Rocksien SPD: Warum ist das so?)

daß wir über 92 000 Arbeitslose haben in einer Stadt wie Hamburg, mit dem größten Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland, daß wir in Hamburg, was die Sozialhilfedichte betrifft, eine traurige Spitzenstellung in der Bundesrepublik haben, daß wir die Stadt sind mit der zeitlich längsten Sozialhilfe in Deutschland und daß in vielen Vierteln bei den Menschen der Eindruck besteht, sie werden von der Politik im Stich gelassen. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn Sie sich nicht um die Hamburgerinnen und die Hamburger kümmern, sondern bei allen Schwierigkeiten auf Bonn weisen, und wenn es hier ernst wird, Visionen an die Wand malen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Reden wir von der Wirklichkeit und dann von der sogenannten Vision. Stichwort Kriminalität. Auch das hören Sie nicht gern, daß wir in Hamburg fast 10 000 Gewaltdelikte im letzten Jahr gehabt haben, daß wir die Spitzenstellung der Kriminalität bei Gewaltdelikten von Kindern und Jugendlichen haben, daß über 300 Strafgefangene nicht aus dem Hafturlaub zurückgekommen sind

(Ole von Beust CDU)

A *(Georg Berg STATT Partei: Soll der Grasbrook wieder Hinrichtungsstätte werden?)*

und daß die Menschen Angst davor haben — nicht nur alte Menschen nachts, sondern inzwischen alle Generationen —, Tag und Nacht mit U- und S-Bahnen zu fahren. Das ist die Wirklichkeit in dieser Stadt, meine Damen und Herren. Lassen Sie uns darüber einmal reden und dazu Ihre Vorschläge und eine Regierungserklärung zur Hamburger Wirklichkeit hören. Fliehen Sie nicht in das Wolkenkuckucksheim, sondern nehmen Sie Verantwortung wahr, wofür Sie gewählt worden sind, das ist Ihre Pflicht.

(Beifall bei der CDU)

Man kann das Beispiel in vielen Dingen fortsetzen, von der Haushaltssituation bis zu Planungsdefiziten der Infrastruktur. Es gibt Planungen in Hamburg, die für die Infrastruktur und Wirtschaft, von der A26 bis zur Hafenuerspannung, von größter Wichtigkeit sind. Sie werden seit zehn, 15 Jahren mit immer neuen Gutachten diskutiert. Statt diese Hausaufgaben zu machen, das zu erledigen, was der Bund bezahlt und was Sie in Hamburg aufgrund von Unfähigkeit nicht umsetzen können, fliehen Sie in eine Vision. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Von daher sollte man durchaus zwischen drinnen und draußen unterscheiden. Was bewegt die Menschen draußen, und was bewegt uns und den Bürgermeister hier drinnen.

Gehen wir von mir aus gern auf das ein, was uns hier drinnen bewegt, und gucken, wo Berührungspunkte zu dem sind, was die Menschen draußen besorgt macht.

B Punkt 1 ist — darin sind wir uns, glaube ich, einig — die Frage des Wirtschaftsstandorts Hamburg und die Arbeitsplätze. Ist diese Vision oder Idee geeignet, bei diesem Hauptproblem etwas für unsere Stadt zu tun?

(Inge-Anke Kuhbier SPD: Genau! Das ist sie!)

Ist diese Idee, wenn sie denn käme, dafür geeignet? Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Äußerungen über die Speicherstadt mit ihren 2000 Arbeitsplätzen zumindest sehr zwiespältig sind. Der Bürgermeister sagt in seiner Erklärung Widersprüchliches. Weiter hinten heißt es, daß an die Speicherstadt nicht herangegangen wird, und vorne heißt es: Vorerst wird nicht herangegangen. In diesem Plan mit den schönen Bildern ist die Speicherstadt in dem Plangebiet enthalten. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierung: Lassen Sie die Hände von der Speicherstadt, und sichern Sie die 2000 Arbeitsplätze dort, statt sie durch Herumreden zu gefährden. Das wäre Ihre Aufgabe für die Menschen dort.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Überlegen wir uns, was denn mit einer Hauptursache dafür ist, warum Handwerksbetriebe und Industrieunternehmen diese Stadt verlassen. Neben Preisen, Gebühren, Abgaben, Umland ist das Hauptproblem, daß wir in Hamburg im Gewerbe- und Industriebereich zu wenig Flächen haben für Expansion, für Betriebe, die sich in Hamburg ausdehnen oder neu investieren wollen. Es sollen jährlich 30 Hektar ausgewiesen werden.

Nun haben wir eine Fläche im Hafen, von der — nehmen wir die Speicherstadt einmal heraus — vielleicht 70 oder 80 Hektar bleiben. Da stellt sich die Frage, ob es nicht

C sinnvoller wäre, diese Fläche zu nutzen, um den Firmen, die in Hamburg bleiben wollen, Möglichkeiten der Investition zu bieten. Das wäre unsere Aufgabe; nicht Tedje mit den Utsichten, sondern Firmen in Hamburg zu halten, die in Hamburg bleiben wollen. Nur das sichert Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Darum bin ich der Auffassung: Wenn wir diese Flächen anders als bisher und nicht nur für die Hafenuirtschaft nutzen wollen — der Ansatz ist ja vernünftig —, daß wir diese Flächen, auf denen Gewerbe konfliktfrei betrieben werden kann, für Gewerbe und Industrie nutzen, die aus Hamburg abwandern wollen.

Nun wird gesagt, man könne das mit Wohnen verbinden. Machen wir uns doch nichts vor. Wir wissen aus der Vergangenheit, daß eine wohnmäßige und eine gewerbliche, industrielle Nutzung nebeneinander fast nirgendwo gut geht. Die Leute ziehen erst hin, und hinterher beschweren sie sich über das Gewerbe, den Lärm und die Immissionen, die von der Industrie ausgehen, und versuchen es über die Gesetze einzuschränken. Das ist die Wahrheit.

(Inge-Anke Kuhbier SPD: Sie reden wie der eigene Vater! — Dr. Rolf Lange SPD: Kommen Sie endlich zum Thema!)

Das heißt, wenn Sie wollen, daß wir neue Flächen anders nutzen, dann doch bitte in erster Linie, um Arbeitsplätze zu sichern, Gewerbe und Industrie anzusiedeln,

(Dr. Willfried Maier GAL: Welche Industrie sehen Sie denn wachsen?)

und nicht, um sich dem Traum hinzugeben, Wohnen und industrielle und gewerbliche Nutzung zusammen seien auf Dauer verträglich. Verträglich wäre es nur — und das deuten Sie an —, wenn Flächen vorhanden sind, die nicht für Gewerbe genutzt werden,

(Dr. Willfried Maier GAL: Wenn Sie da ein Stahlwerk hinstellen!)

sondern für Dienstleistungen, also Büroflächen.

(Inge-Anke Kuhbier SPD: Das sind zweierlei Dinge!)

Nun sagt der Bürgermeister listig, das Argument befürchtend, daß es in Hamburg jetzt schon über 600 000 Quadratmeter leerstehende Büroräume gebe, über 6 Prozent des Bestandes, daß das keine Hamburgensie sei, da es in anderen Städten noch schlimmer sei. Das ist kein Gegenargument, denn wir planen ja für Generationen. Die Menschen brauchen heute Arbeitsplätze

(Petra Brinkmann SPD: Ach, das merkt er auch schon!)

und keine Planung für Generationen, auf einem Gebiet, für das die Nachfrage mehr als gedeckt ist und ein Überangebot riesigen Ausmaßes besteht. Darum halte ich es für einen falschen Weg, dieses für Arbeitsplätze, Handwerk und Industrie wertvolle Gelände für Büroräume zu nutzen, die hinterher leerstehen. Sie stehen ohnehin schon an vielen anderen Flächen der Stadt leer, und das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie Wohnen und Büronutzungen zusammenfassen wollen, was vernünftig ist, dann frage ich mich, warum Sie

(Ole von Beust CDU)

- A es dort, wo Sie es machen könnten, nicht gemacht haben. Gucken wir uns doch die City Süd an: eine reine Bürostadt ohne Wohnmöglichkeit und mit großen Leerständen. Dort, wo Sie es hätten machen können, haben Sie es nicht gemacht, und jetzt kündigen Sie es für die Zukunft an; wer soll das denn glauben?

(Beifall bei der CDU)

Der nächste angekündigte Punkt heißt: Etwas tun für Hamburg und die Wirtschaft. Es bestehe eine enorme Möglichkeit für die City, sich in diesem Bereich auszudehnen. Sehen wir uns einmal die jetzige Situation der südlichen City an. Sind Sie eigentlich schon einmal im Kontorhausviertel der jetzigen südlichen City gewesen, im ehemaligen Sprinkenhof-Gebäude? Darin stehen 80 Prozent der Räume leer. Sie kommen sich vor wie in Buffalo, an jeder zweiten Scheibe klebt das Schild: For sale. Die meisten Läden sind nicht vermietet. Gucken Sie sich den großen Teil des Großen Burstah an, ein großer Teil der Läden steht leer. Gucken Sie sich das Südende der Mönckebergstraße an, eine schwierige Situation für die Firmen, die dort ansässig sind, ein Teil steht auch leer. Das heißt, die jetzige südliche City pfeift aus dem letzten Loch, was Handel und Gewerbe betrifft. Und den Menschen, die dort Handel und Gewerbe treiben, sagen Sie, wir wollen die City noch weiter nach Süden verlegen. Das wäre das Ende dieses Teils der City, der jetzt schon Schwierigkeiten hat. Helfen Sie den Menschen, die Hilfe brauchen, und kommen Sie nicht mit Planungen, die in der Wirklichkeit nicht hinhalten.

- B Glauben Sie denn wirklich, Herr Dr. Voscherau, wenn die Zeit irgendwann gekommen ist, daß die Menschen ihr Rucksäckchen schnüren und sich aufmachen, vom jetzigen Zentrum der City — dieser Bereich bis hin zum Gänsemarkt — loszumarschieren, durch das Börsenviertel, hinüber über die vierspurige Ost-West-Straße, durch das Deichstraßenviertel hindurch, über das Fleet, durch die alte Speicherstadt, um dann nach einer Viertelstunde Fußmarsch im Regen endlich in ihrer neuen City anzukommen?

(Anna Bruns GAL: Das stimmt!)

Das ist ein Wolkenkuckucksheim.

(Beifall bei der CDU — Dr. Holger Christier SPD: Ganz im Gegenteil! — Dr. Willfried Maier GAL: Ein Kuckuck paßt dort wunderbar hinein!)

Das wird für die City überhaupt nichts bringen.

Darum glaube ich, daß man für Hamburgs Wirtschaft und Dienstleistung und zur Stärkung der City darauf setzen sollte, die City dort zu verdichten, wo sie ist, und sie nicht künstlich auseinanderzudehnen, um eine neue City zu schaffen, wenn es in der jetzigen schon nicht klappt. Das ist Flucht vor der Verantwortung für die Menschen, die Handel und Wirtschaft in der jetzigen City betreiben.

(Wolfgang Curilla SPD: Sie sind kleinmütig!)

Zu Punkt drei: Tourismus. Es soll also eine touristische Perle werden. Wir können jetzt schon in Hamburg mit Stolz sagen, daß wir, was den Städtetourismus angeht, vor München stehen, was einen besonders mit Stolz erfüllt, und wir haben wachsende Übernachtungszahlen. Hamburg ist bei Touristen aus gutem Grunde beliebt, denn es ist eine schöne Stadt, ohne Zweifel.

(Dr. Rolf Lange SPD: Trotz der CDU! — Dr. Holger Christier SPD: Trotz dieser Opposition!)

Die Frage ist nur, ob Sie mit dem, was Sie planen, wirklich eine touristisch interessante Vision schaffen. Ich glaube, die Attraktionen, die wir jetzt schon haben, sind Attraktionen, deren touristischen Stellenwert man sehr überdenken und dabei überlegen muß, wie man ihnen in ihrer Standort-sicherung helfen kann. Man sollte sie nicht links liegenlassen und einen großen Wurf für 30 Jahre planen und an den Dingen, die jetzt schon schief- oder brachliegen, nichts mehr machen, so, wie es in der Vergangenheit geschehen ist.

Gucken wir uns St. Pauli an, ich hatte vorhin schon den Spielbudenplatz genannt. Ich sage es deshalb, weil St. Pauli die touristische Perle und Anziehungspunkt Hamburgs ist. Die Sandwüste ist immer noch vorhanden. Die einzige Senatsplanung besteht darin, eine Gehwegangleichung an diese Sandwüste vorzunehmen. Das ist Ihr Touristikkonzept für St. Pauli. Und nun sagen Sie, daß Sie für die City Süd ganz große Pläne haben. Helfen Sie St. Pauli jetzt, und vernachlässigen Sie es nicht, indem Sie irgendwelchen Wolkenkuckucksheimen nacheifern, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Das gleiche gilt für den Zustand, die Verschmutzung, den Dreck sowie die teilweise vorhandenen Graffiti und ferner für den Zustand der Landungsbrücken, die an sich eine touristische Hochlage im südlichen Bereich sind. Sehen Sie sich das doch einmal an. Das sind Bretterbuden, die für ein touristisches Zentrum, für eine Stadt wie Hamburg nicht angemessen sind. Lassen Sie uns da etwas tun.

D Ferner sprechen Sie von der Idee, daß das Kreuzfahrtterminal in der Hafencity angesiedelt werden soll. Nun haben wir gerade vor einiger Zeit ein Kreuzfahrtterminal fertiggestellt. Wissen Sie, wie viele Schiffe dieses Kreuzfahrtterminal im letzten Jahr angelaufen haben? 35 Schiffe im ganzen Jahr. Als dieses Terminal vor kurzem groß eingeweiht wurde, sollte es ein Anziehungspunkt für Fährverkehr und Kreuzfahrten werden. Nun wird es von 35 Schiffen im Jahr angelaufen, und Sie sagen: Das ist meine touristische Vision für die Hafencity. Das ist abenteuerlich, meine Damen und Herren. Auch das ist Spökenkiekerei.

(Beifall bei der CDU)

Daher habe ich große Zweifel daran, daß Sie in den entscheidenden Dingen, die Sie als Argument für die Hafencity in der jetzt vorgelegten Planung nennen: Arbeitsplätze, Handel, Dienstleistung und Wirtschaft sowie Tourismus, wirklich vorankommen. Ich bezweifle, daß Sie die Ziele erreichen können, die Sie erreichen wollen.

Auf der anderen Seite würde ich mir wünschen, daß es in diesem Bereich möglich wird — um das Tabu zu brechen, was wir gemeinsam brechen wollen —, neue Flächen zur Verfügung zu stellen, um dort Handwerk und Industrie anzusiedeln, um jetzt Arbeit für die Menschen zu schaffen.

Daher habe ich für den Grundansatz, die die Enttabuisierung von Hafenflächen betrifft, Verständnis für Ihre Ideen und meine auch, die Lage der Fläche wäre interessant. Ich glaube, sie ist interessanter für Gewerbe und Industrie, und ich habe Zweifel an den Nutzungsmöglichkeiten, die Sie nennen. Ich lasse mich aber auch gerne — denn es geht nicht um Rechthaberei —

(Ole von Beust CDU)

A *(Petra Adam-Ferger SPD: Warum stampfen Sie denn mit dem Fuß auf?)*

in den Diskussionen, die wir in der nächsten Zeit führen werden, eines Besseren belehren. Wir sollten diese Diskussionen undogmatisch führen.

Was mich aber besorgt, ist, daß hier unter fadenscheiniger Begründung — „Fünf Jahre ist daran gearbeitet worden, jetzt offenbare ich der Stadt eine Vision“ — unrealistische Dinge angeboten werden, ohne Zahlen vorzulegen, oder mit Zahlenmaterial, das nicht stimmt. Darüber hinaus werden vorhandene Schwierigkeiten gerade im Bereich der Stadt, die die Arbeitsplätze, den Handel und die Dienstleistungen sowie Teile des Tourismus betreffen, mit keiner Zeile erwähnt. Und wenn dann gesagt wird: Schnee von gestern, wer darüber spreche, sei Kleinkrämer, man habe eine Vision, meine Damen und Herren, wer so argumentiert, hat keine Vision, der hat eine Illusion und stiehlt sich aus der Verantwortung der Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Von daher sollten wir den Alltag bei allen hehren Stunden und feierlichen Regierungserklärungen nicht vergessen. Der Alltag und das, was die Menschen in dieser Stadt bedrückt, sieht anders aus. Lassen Sie uns daran arbeiten, daß zunächst der Alltag besser wird, bevor wir uns in die Visionen fliehen. — Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CDU — *Günter Elste SPD: Kleinmütig, kleingeistig und kleinkariert war das!*)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Kiausch.

B **Elisabeth Kiausch SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Drucksache „Hamburgs Standort- und Hafententwicklung im 21. Jahrhundert“, die uns heute zur Beratung vorliegt, weist in eine relativ ferne Zukunft, nämlich in das nächste Jahrhundert. Das hat Herr von Beust irgendwie nicht ganz mitbekommen.

(*Ole von Beust CDU: Jahrtausend!*)

Ich finde, sie trägt der Tatsache Rechnung,

(*Dr. Roland Salchow CDU: Wir können einen Zukunftsausschuß einrichten!*)

daß sich in der Tat seit dem Fall der Mauer zwischen beiden Teilen Deutschlands und den weitreichenden Veränderungen im ehemaligen Ostblock sowie dem Ausbau Europas für Hamburg die Situation wesentlich verändert hat. Ich stimme dem Bürgermeister in der Analyse dieser Veränderungen, die er bei seiner Rede im Überseeclub angesprochen hat, zu und auch darin, daß man dieser Veränderung Rechnung tragen muß.

(*Alexander Porschke GAL: Tatsächlich?*)

Wir werden nicht allzulange Zeit haben, konzeptionell an unserer Zukunft zu arbeiten, betrachtet man das atemberaubende Tempo der Entwicklung in anderen Ländern und Regionen. Und um auch ein Zitat zu benutzen — wie hat Herr Gorbatschow doch bemerkt: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Herr von Beust, nun zu Ihnen. Wenn man die Sprache sozusagen als Waffe des Parlamentes nicht dringend

brauchte, dann würde einem das, was Sie gesagt haben, die Sprache verschlagen. C

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Es hat wirklich alle meine Erwartungen im negativen Sinne übertroffen. Getragen von der Begeisterung Ihrer Fraktion

(*Dr. Roland Salchow CDU: Das war gut!*)

haben Sie sich im kleinkarierten Heute verirrt und das Thema in weiten Teilen Ihrer Rede durchaus verfehlt.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich kann man es so machen, daß man den Zeitpunkt einer Regierungserklärung beklagt. Ich gebe zu, daß dieser Zeitpunkt aus Ihrer Sicht auch ärgerlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte aber auch als Oppositionsführer eine Vision nicht mit einem Flächennutzungs- oder einem Bebauungsplan verwechseln. Das haben Sie gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Irgendwann fiel zwar der Satz „Die Lösung ist zwar richtig“, aber zu sehr viel mehr haben Sie sich nicht durchringen können.

(*Hartmut Engels CDU: Sie dürfen nicht die Bürgerschaft mit dem Ohnsorg-Theater vergleichen!*)

Sie haben uns verschüchterte Kleingeistigkeit präsentiert, und von Perspektive kann man überhaupt nicht reden.

(Beifall bei der SPD — Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

Unser Bundespräsident hätte bei seiner Berliner Rede, in der er anprangert, daß bei Reformen zunächst Angstszensarien erzeugt werden und nach Risiken und Gefahren anstatt nach den Chancen gefragt wird, D

(*Günter Elste SPD: Der kannte Volksreden schon!*)

direkt an Herrn von Beust denken können, wenn er ihn gekannt hätte.

(Beifall bei der SPD und STATT Partei)

Ich sehe natürlich durchaus, daß grundsätzliche Planungen zur Stadtentwicklung eine sicher nicht unbeträchtliche Anzahl von Problemen mit sich bringen werden, aber ich habe meine Zweifel, ob es gerade diejenigen sind, die Sie, Herr von Beust, jetzt ganz besonders bedrücken. Es werden eher wohl andere sein.

Auf der anderen Seite denke ich aber, daß es der CDU nicht direkt schaden würde anzuerkennen, wenn unser Bürgermeister dem Anspruch des Bundespräsidenten gerecht wird,

(*Dr. Roland Salchow CDU: Ach, du meine Güte!*)

wenn dieser sagt, wir brauchen wieder eine Vision.

(Zurufe von der CDU)

— Wenn dies für Deutschland gilt, dann gilt das genauso für Hamburg.

(Beifall bei der SPD — *Dr. Roland Salchow CDU: Das wäre aber visionär!*)

Auch die Hamburgerinnen und Hamburger haben ein Anrecht darauf, daß Politik große Linien aufweist — das ist

(Elisabeth Kiausch SPD)

- A auch ein Anspruch des Bundespräsidenten —, die perspektivisch über das Tagesgeschehen hinaus in die weitere Zukunft weisen.

Nun einen kleinen Abstecher in Richtung GAL:

(Susanne Uhl GAL: Wo ist denn da die große Linie!)

— Ich weiß nicht, was Herr Maier sagen wird,

(Dr. Willfried Maier GAL: Das werden Sie ja gleich hören! — Gegenruf von Dr. Holger Christier SPD: Aber wir sind dagegen!)

aber ich bin schon gespannt. Ich bin davon überzeugt, daß es in gewisser Weise intelligent sein wird.

(Heiterkeit bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

— Den nächsten Halbsatz verkneife ich mir.

(Alexander Porschke GAL: Gute Idee!)

Bei dem Thema Herausnahme des Bereichs Grasbrook und Baakenhafen aus dem Hafengebiet haben Sie, Herr Maier, ganz schnell Ihren alten Wunsch, Moorburg und Francop auch aus dem Geltungsbereich des Hafentwicklungsgesetzes herauszunehmen, wieder vorgebracht. Richtig pffiffig von Ihnen, darauf wären wir nie gekommen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das glauben wir, deswegen werden wir es auch sagen! — Heiterkeit und Beifall bei der GAL)

Um Ihre Freude gleich wieder zu dämpfen: Diesem Wunsch werden wir heute und auch in Zukunft nicht nachkommen. Es handelt sich nämlich um Vorratsflächen, über die spätere Generationen entscheiden werden. So wollen wir es auch belassen.

B

Nun möchte ich mich dem eigentlichen Thema widmen, es ist es wert.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das kann doch nicht wahr sein!)

— Doch, Herr Salchow. Ich nehme an, Sie tun das auch noch; ich hoffe es wenigstens, denn bisher haben wir noch nicht viel zum Thema gehört.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ihre Redezeit ist gleich rum!)

Natürlich gehört Mut dazu, heute perspektivisch weit in die Zukunft reichende Planungen zu entwickeln und damit auch Strukturen vorzuprägen, die mehr als den Bereich Wirtschaft und Wohnung beinhalten.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ja, daß das einer kann!)

Sinnvoll und richtig finde ich, daß es keine Festlegung über die Art der Bebauungsmischung gibt, daß die Zeitschiene offen ist, daß die Abfolge der einzelnen Maßnahmen nicht durch Vorgaben, sondern, wie der Bürgermeister sagt, durch die jeweilige Realität bestimmt wird. Dieses bietet Schutz vor Fehlplanungen und beläßt jede Option des Umsteuerns, ist also insgesamt ein flexibles Verfahren, das auch künftigen Politikergenerationen — und die werden sich auch weiter damit beschäftigen — notwendige Handlungsoptionen offenhält.

Natürlich gehört auch Mut zum ersten Schritt, der getan werden muß, nämlich mit dem Tabu der Unangreifbarkeit des Hafens zu brechen und eine Umnutzung des Bereichs

Grasbrook und Baakenhafen zu beschließen, um eine Erweiterung der City zum Wasser überhaupt zu ermöglichen.

C

Die heute zur Debatte stehende Entscheidung setzt voraus, daß man den weiteren Ausbau Hamburgs als Metropole des Nordens, als Zentrum für Handel und Dienstleistung will. Die SPD-Fraktion will dies, denn ein Stillstand der Entwicklung — davon bin ich fest überzeugt — würde ziemlich schnell Rückschritt bedeuten.

Die Entscheidung setzt voraus, daß man fest daran glaubt, daß Hamburg bei entsprechenden strategischen Entscheidungen und Leistungen — aber nicht automatisch — eine Rolle zufällt, die dazu führt, die Metropolfunktionen im Rahmen eines nach Norden und Osten erweiterten Europas wahrnehmen zu können, und durch tätiges Handeln dokumentiert, daß Europa, wie der Bürgermeister es nennt, kein Verliererkontinent im Rahmen vielfältiger Umwälzungen und Globalisierung sein wird. Sie setzt außerdem voraus, daß man notwendigen Entscheidungen nicht etwa deshalb ausweicht, weil die augenblickliche wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands und Hamburgs eher Tal als Gipfel darstellt. Dies wäre in einem Ausmaß kleinmütig, die hanseatische Tradition unwürdig wäre.

Der Senat hat sich diesen Entscheidungen gestellt, meine Damen und Herren, und wir als Bürgerschaft müssen uns auch stellen. Es wird uns eine weitreichende Grundsatzentscheidung abverlangt, vergleichbar mit den Entscheidungen des Senats in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Es werden aber außerdem auch solche Entscheidungen verlangt, die bei grundsätzlich positivem Votum das Projekt „auf die Schiene setzen“.

Gerade die Punkte, die jetzt in Angriff genommen werden müssen, bedürfen natürlich der gründlichen Ausschußberatung. Dies sollte — darüber haben wir uns im Ältestenrat verständigt — in den Ausschüssen für Stadtentwicklung, für Wirtschaft und für Haushalt geschehen. Der Gesamtkomplex ist zudem aber so weitreichend und bedeutend, daß wir auch eine Expertenanhörung durchführen sollten.

D

(Antje Blumenthal CDU: Noch vor der Wahl!)

Sicher wird man im Laufe der Zeit über weitere parlamentarische Begleitung nachdenken müssen, beispielsweise über einen begleitenden Sonderausschuß. Aber das bleibt der nächsten und übernächsten oder vielleicht einer noch späteren Bürgerschaft vorbehalten.

Um noch einmal auf die Anhörung zurückzukommen:

(Antje Blumenthal CDU: Haben Sie schon einen Termin?)

Viele Fachleute haben an dieser Stadtentwicklungsvision mitgearbeitet. Es haben sich viele namhafte Persönlichkeiten und Institutionen geäußert, die nunmehr auch dem Parlament auf viele Fragen Rede und Antwort stehen können.

(Ole von Beust CDU: Feierstunde!)

Ein wichtiger Punkt innerhalb des Gesamtkomplexes — ich nehme nur diesen einen heraus — ist die Bildung eines Sondervermögens, um die Finanzierung langfristig zu ermöglichen. Positiv wird sich auf lange Sicht auswirken, daß der Senat unauffällig und vorsorglich den Großteil der benötigten Flächen in Hamburger Besitz gebracht hat.

(Ralf Mairose CDU: Gegen die Verfassung!)

(Elisabeth Kiausch SPD)

- A Ich glaube, daß die Bildung eines Sondervermögens nach Abprüfung diverser Alternativen nicht ungewöhnlich und in diesem Fall, besonders im Hinblick auf die Langfristigkeit des Projekts, sinnvoll ist. Der Senat schlägt uns in dem Drucksachenentwurf eine Konstruktion vor, die der vollen Kontrolle der Bürgerschaft unterliegt, jedes Jahr wieder Beschlüsse der Bürgerschaft verlangt und vom Rechnungshof überprüft werden kann. Das ist für uns alle wichtig, denn ich kann mir vorstellen und auch nachempfinden, daß der Planungs- und Entwicklungsverlauf bis heute dem Parlament insgesamt nicht so besonders behagt. Wir haben es hier ohne Zweifel mit einer langen Arbeitsphase ohne Information der Bürgerschaft in einer stadtbewegenden Zukunftsfrage zu tun. Das Agieren weniger Handeinder — insofern geht es dem „Gremium Senat“ nicht anders als der Bürgerschaft — ist aber objektiv gut begründbar.

Als Hauptpunkt ist das Ausschalten von Bodenspekulationen als besonders wichtig zu nennen. Aber auch eine Debatte über unkoordinierte Einzelaspekte aufgrund von Teilinformationen wäre sicher nicht nützlich gewesen. So bleibt der Punkt der parlamentarischen Beteiligung bis heute in gewisser Weise unbefriedigend, aber in der Abwägung spricht sehr vieles dafür, daß die Gesamtinformation zum heutigen Zeitpunkt eine sachlich richtige Entscheidung ist.

Festzuhalten bleibt deshalb: Die Bürgerschaft hat alle Optionen. Sie kann dieses Projekt anhalten, sie kann aber auch zustimmen und diese Zukunftsvision „Stadt am Hafen, Wohnen und Arbeiten an der Elbe, Planen und Entwickeln für zukünftige Generationen“ zu ihrer eigenen machen.

- B Wie sagte unser Bundespräsident in seiner Berliner Rede richtigerweise?

„Wir brauchen wieder eine Vision. Visionen sind nichts anderes als Strategien des Handelns.“

(Dr. Willfried Maier GAL: Moses ist dafür in den Sinai gegangen!)

„Das ist es, was sie von Utopien unterscheidet.“

Der Senat legt uns hier eine Vision, eine Strategie des Handelns vor, weit entfernt, Herr von Beust, von einer Utopie. Die SPD-Fraktion will diese Strategie des Handelns beschließen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Schicken wir den Bürgermeister dafür in die Wüste!)

Sie wird in den kommenden Jahren beraten und begleiten. Sie hat den Mut, die Zukunft gestaltend in Angriff zu nehmen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich habe aus dem heutigen Debattenverlauf zwei Dinge gelernt: Zum einen weiß ich jetzt genauer, was der Bürgermeister unter Realität versteht. Während der Koalitionsverhandlungen hat er uns immer gesagt, wir sollten uns stärker an der Wirklichkeit orientieren. Ich habe mich immer gefragt, was er eigentlich damit meint. Heute kann man in seiner Rede nachhören oder nachlesen:

„Sobald aber die Realität die Entscheidungen getroffen haben wird, jetzt ist die Nachfrage da ...“

Was ist also die Realität? Sie ist die Nachfrage der Investoren.

(Beifall bei Georg Berg STATT Partei)

Daher verstehe ich ganz gut, warum der Bürgermeister mit seiner Botschaft zunächst zur Realität gegangen ist: Er ging zum Überseeclub und hat dargestellt, wie die Sache sich entwickeln sollte,

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

und erst dann in die Bürgerschaft. Daraus ist zu schließen, daß wir hier eine ziemlich irrealer Vereinigung sind und die Realität woanders sitzt.

(Dr. Holger Christier SPD: An dieser Frage orientiert sich das Angebot!)

Die zweite Sache, die ich begriffen habe — allerdings aus der Rede von Herrn von Beust —, ist, daß die Grundidee einer neuen Flächennutzung vernünftig sei. Das hatte ich so von ihm noch nicht gehört. Es zeigt mir, daß er vernünftiger geworden ist, daß er dieses Herausnehmen der Fläche aus dem Hafen heute akzeptiert, wenngleich er jetzt damit kokettiert, er möchte dort Industrie ansiedeln: vermutlich die Hamburger Stahlwerke oder sonst etwas, weil damit wegen der citynahen Nutzung die Lieferung der Flüssigstahlproduktion in die einzelnen Haushalte ermöglicht wird.

So absurd mein Beispiel: Irrealer als Ole von Beusts Vorschlag ist es nicht: Woher wollen Sie denn im Moment Industrie in die City hineinbekommen?

Die entscheidende Frage ist tatsächlich — so wurde sie auch in der Senatsvorlage angesprochen —, zu bestimmen, ob die künftige Entwicklung dieses großen und zusammenhängenden Areals als Teil der Innenstadt oder als Teil des Hafens erfolgen soll.

Da ist für uns die Sache ganz eindeutig: Auch wir wollen, daß dieses Areal Teil der Innenstadt wird, nicht Teil des Hafens. In diesem Sinne begrüßen wir die Vorlage und die entsprechende Veränderung des Hafentwicklungsgezetzes. Wir sind nicht unbedingt der Auffassung, daß das nun eine Vision ist. Es gibt viele Träger dieser Vision. Ich möchte mich in diese Visionsträger auch einmal einreihen. Ich habe erst 1993 öffentliche Visionen gehabt, aber bei den Koalitionsverhandlungen habe ich zum Beispiel folgendes Papier vorgelegt:

(Ole von Beust CDU: Das Trauma sitzt tief, oder wie? Das ist vier Jahre her!)

— Nein, das war nur das erste Dokument öffentlicher Visionen am 18. Oktober 1993:

„Hamburg steht vor Entscheidungen von langer Dauer. Wie und wohin soll die Stadt wachsen? Noch mehr Großsiedlungen wie Mümmelmannsberg et cetera oder Stadtquartiere anschließend an die heute schon hochverdichteten Bereiche, eher mit fünfgeschossigen Gebäuden als mit Siedlungshäusern? Hamburg hat dafür, anders als andere Städte, eine gute Chance, wenn es bereit ist, alte Sünden aufzugeben und zu korrigieren. Im Zentrum der Stadt, im Südosten und im Süden liegen Gewerbe- und Hafenflächen, die heute für den Seehafen nicht mehr benötigt werden. In Hammerbrook, in Hamm, in Rothenburgsort, am nördlichen Hafenrand und entlang des Reiherstiegs bis Harburg können

(Dr. Willfried Maier GAL)

- A 15 000 bis 20 000 hochattraktive Wohnungen, stadtnah und häufig am Wasser, entstehen.“

(Beifall bei Helga Weise SPD und bei Alexander Porschke GAL)

Sie sehen also, daß das noch größere Visionen waren. Ich will aber gar nicht von Visionen sprechen. Damals hatten wir allerdings auch schon das Problem. Die SPD hatte uns im Entwurf einer Vereinbarung gesagt:

„Die Koalitionspartner vereinbaren, Konzepte für veränderte langfristige Visionen für Entwicklungsachsen im Wohnungs- und Siedlungsraum, zum Beispiel am Reiherstieg, zu machen.“

(Heiterkeit bei der GAL)

In unserem Gegenentwurf hieß es nur:

„Die Koalitionspartner vereinbaren, Konzepte für eine längerfristige Stadtentwicklung unter Einbeziehung der Innenstadtteile zu machen.“

(Heiterkeit bei Georg Berg STATT Partei und Beifall bei der GAL)

Wir haben es einfach etwas niedriger gehängt und aus dem Bereich des Religiösen herausgenommen. Früher ging man in die Wüste, Mohammed beispielsweise; dann kam er wieder, hatte Visionen, schrieb sie auf, und sie hielten ein paar tausend Jahre; ebenfalls Moses, der sogar auf den Sinai ging.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Da kommt doch jetzt noch etwas!)

— Ja, da kommt noch mehr.

- B (Jan Ehlers SPD: Doch, seine Heiligensprechung!)

Wir sind deswegen insbesondere dafür — das wurde bereits ein bißchen angedeutet —, daß die innenstadtnahen Entwicklungsmöglichkeiten der City genutzt werden, weil wir den Druck auf die grüne Fläche vermeiden wollen. Wir wollen keine neuen Trabantenstädte um Hamburg haben, sondern wollen diese einmalige Wachstumsmöglichkeit, die Hamburg zu seiner Erweiterung hat, nutzen und lebendige neue Stadtteile haben.

Dabei ist uns ganz besonders wichtig, daß der Anteil an Wohnen hoch ist, denn sonst werden wir nie einen lebendigen Stadtteil bekommen. In dem Maße, wo das neue Gewerbe nicht mehr Industrie ist, sondern Dienstleistung — wie gegenwärtig vor allen Dingen —, ist es auch denkbar, die Vereinbarkeit von Wohnen und Gewerbe in einer neuen Weise hinzubekommen. Das darf sich dann allerdings nicht zum Beispiel auf die obersten zwei Stockwerke für irgendwelche Lofts beschränken. Und es darf nicht so sein, daß die innenstadtnahen Grundstücksflächen, um die es geht, ausschließlich unter entweder fiskalischen oder Altenwerder Hafenerweiterungsgesichtspunkten kommerziell genutzt werden sollen, sondern man muß die Entwicklung dieses nördlichen Hafenrandgebiets als Teil der City, als Erweiterung und Wiederverlebendigung der City nutzen und dort Wohnungsbau in einem beträchtlichen Ausmaß ermöglichen wollen, was dann natürlich auch etwas kostet.

Wir sind der Meinung, daß darüber zudem auch noch ökonomisch etwas gewonnen werden kann, und werden durch die Senatsvorlage bestärkt. Darin findet sich der von uns auch häufig behauptete, aber vom Senat sonst nicht so gerne zugegebene Satz:

„Trotz der Lage im Stadtzentrum und am Wasser wird der Aufwand der Baureifmachung eher weniger neue Infrastrukturmaßnahmen erfordern als für die Entwicklung in Außengebieten (zum Beispiel Allermöhe).“

Das heißt, wir könnten dort in Citynähe einen neuen Stadtteil preisgünstiger bauen und verkehrsmäßig erschließen, als das in Allermöhe geschehen ist: Das stellt der Senat in seiner Begründungsdrucksache fest. Das ist jetzt nicht mehr nur unsere Behauptung, wenngleich wir das immer schon gesagt haben. Das spricht doch sehr dafür, daß es sehr vernünftig ist, diesen Plan zu verfolgen, und daß er vielleicht schon früher hätte betrieben werden sollen.

Geradezu Heiterkeit hat bei mir gestern abend bei der Lektüre ausgelöst — wir sind ja so früh bedient worden und haben gestern am späten Nachmittag die Vorlage bekommen —, als ich die Konstruktion des Sondervermögens Stadt und Hafen gelesen habe. Da soll also jetzt ein separates Rechtssubjekt gegründet werden, dem das Vermögen der Stadt übertragen wird. Dieses separate Rechtssubjekt darf dieses Vermögen beleihen, und aus den Einnahmen dieses Vermögens darf dieses Rechtssubjekt den Schuldendienst für die Beleihung leisten. Und da erinnerte ich mich: Hatten wir so etwas nicht auch schon einmal? Hatten wir nicht die Hafenbesitz GmbH, wo gesagt wurde, daß die gesamte Hafentfläche an ein separates Vermögen gehen, dann beleihen und aus den Einnahmen der Kredit bedient werden soll? Was haben wir da aus der Mitte des Hauses gehört? Völlig irrealer Vorschlag.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Bei Ihnen fehlt nur die Vision, Herr Dr. Maier!)

Jetzt finden wir dieselbe Konstruktion,

(Dieter Obermeier STATT Partei: Nee, nee, nicht dieselbe!)

allerdings mit einem verdrehten Zweck, der sich darin festmacht, daß wir diese Konstruktion haben wollten, um die Ökonomisierung der Nutzung der Hafentfläche zu erreichen, damit diese intensiver genutzt wird, indem Einnahmen daraus gezogen werden. Jetzt wird die Sache so konstruiert, daß nicht die Nutzung der Hafentfläche ökonomisiert wird, sondern eine Hafengesellschaft die Fläche des nördlichen Hafenrands bekommt. Diese Gesellschaft soll die Fläche ökonomisieren, um den Hafen nicht ökonomisieren zu müssen, sondern um eine neue Fläche ausbauen zu können, nämlich Altenwerder, um Flächenverschwendung zu betreiben. Das ist die Drehung dieses Finanzierungsmodells. Es wird das Sondervermögen dazu genutzt, um eine möglichst ökonomische Verwertung des aus dem Hafen gelösten nördlichen Hafenrands zu erreichen, damit man im Hafen nicht intensivieren muß, sondern Altenwerder zusätzlich ausbauen darf.

Ein paar kleinere Dinge an dem Sondervermögen Hafenbesitz GmbH gefallen mir nicht, und zwar insbesondere, daß das Sondervermögen geschäftsführend der GHS überantwortet wird, einer Tochter des Hafenumschlagbetriebs, der das größte Interesse an Altenwerder hat. Wenn die Tochter dieses Betriebs die Entwicklung des nördlichen Hafenrands betreibt, ist völlig klar, daß deren spontanes Interesse sein muß, vor allen Dingen möglichst hohe Nettoüberschüsse herauszubekommen, um die Finanzierung Altenwerders zu gewährleisten. Diese Tochter hat nicht das primäre Interesse, daß aus dem nördlichen Hafenrand, aus diesem neuen Citygebiet, wirklich City wird,

(Dr. Willfried Maier GAL)

- A sondern, daß daraus viel Geld für Altenwerder wird. Das ist eine absurde und die ganze bisherige Vision auf den Kopf stellende Konstruktion, der wir natürlich nicht zustimmen können und werden.

Folgendes gefällt uns auch nicht: Bei unserer Idee „Hafenbesitz“ hatten wir uns vorgestellt, daß es eine GmbH werden könnte, die man sogar bilanzrechtlich bewerten kann. Jetzt machen Sie eine merkwürdige Konstruktion Sondervermögen, die wiederum nur kameralistisch geführt wird. Da sollen dann zwar Einnahmen und Ausgaben gegeneinandergestellt werden, aber daß die Vermögenspositionen bewertet werden sollen, wie sie das bei einem bilanzgestaltenden Betrieb machen müßten, das wird ausdrücklich ausgeschlossen. Das ist auch in diesem Punkt ein ausgesprochen konservatives, alle Betriebswirtschaft verachtendes Herangehen. Ich vermute, es geschieht aus dem Grunde, weil es vor allen Dingen auf die Einnahmen ankommt, die an andere Stelle wandern sollen.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Das ist doch gar kein Geheimnis!)

Gar nicht mehr heiter habe ich dann über die Perspektiven gelesen, die der Senat über die Zukunft des neuen südlichen Cityteils anstellt. Ich trage vor, was in der Senatsdrucksache aus einer wiedergefundenen Zukunft zitiert wird:

„Ziele des Gesamtvorhaben zu Beginn noch vornehmlich auf die Verbesserung der Wohnverhältnisse ab, so wurde die Entwicklung in der Altstadt überlagert durch die neuen verkehrlichen und funktionalen Anforderungen an das Zentrum einer modernen Großstadt.“

- B Die Rede ist von der Mönckebergstraße und ihrer Planung seit 1897. Von Wohnungen war da bald gar nicht mehr die Rede, und es sind auch nachher keine entstanden. So sehr Herr Mönckeberg in seiner Zwiesprache mit dem Bürgermeister alle Ehren verdient, aber daß er die City zugleich auch totgemacht hat, nämlich absolut frei vom Wohnen, ist eine stadtentwicklungspolitische Sünde gewesen, allen wunderschönen neuen Straßen zum Trotz. Sie hat dazu beigetragen, daß die Hamburger City verödet ist. Das wird hier nun als wiedergefundene Zukunft zitiert. Mir kam dabei natürlich sofort, wie Herrn von Beust, auch die City Süd in den Kopf. Es ist ja nicht das erste Mal, daß hier Bürgermeister Visionen haben, aber diese Vision ist sozusagen komplett gescheitert. Durch eine Schrottarchitektur ist ein absolut totes Stadtviertel entstanden, ganz citynah. Man hatte es vorher schon mit der City Nord probiert. Da ist das gleiche passiert, nicht ganz so citynah, aber man hatte schon die Erfahrung. Man hat zweimal diesen Schrott gemacht. Hier sehe ich jetzt die Gefahr, daß so etwas ein drittes Mal passiert, wenn die ganze Sache an das Finanzierungsinteresse Altenwerder gebunden wird und ausschließlich dieses Finanzierungsinteresse das Projekt regiert.

In den Planungen, die Marg & Partner dazugelegt haben, gibt es drei Konzepte. Da ist zunächst von siebzigprozentigem Wohnanteil die Rede, man kann es aber auch bis zu einem dreißigprozentigen Wohnanteil herunterrechnen. Ich bin mir völlig sicher, wie das verhandelt werden wird: Zunächst werden wir mit einem relativ hohen Wohnanteil in die stadtentwicklungspolitische Debatte gelockt werden — da wird die Lockung mit 70 Prozent bei verschiedenen Teilen eine Rolle spielen —, dann geht man allmählich herunter, und zuletzt wird dann noch darauf verwiesen, daß auch 30 Prozent darin standen, und wenn später noch ein

paar Lofts gebaut werden, ist das auch ganz schön. Das ist die zu erwartende Dynamik, und damit sind wir nicht einverstanden. C

Wenn wir zudem noch darauf verwiesen werden, wie außerordentlich wertvoll diese innenstadtnahe Hafenumfläche ist, dann geht uns noch einmal durch den Kopf, daß dieser außerordentlich hohe Wert auch bei der im Hafen verbleibenden Fläche eine Rolle spielen müßte und nicht nur bei der aus dem Hafen herausgelösten Fläche. Da spielt er aber offenbar keine Rolle mehr, denn die Ökonomisierung wird nur mit dem einen Teil betrieben.

Mir ist natürlich auch, wie Herrn von Beust und wie wahrscheinlich allen, die Terminierung der Bürgermeistervision aufgefallen. Auch in den Reden vor dem Überseeclub war zu hören, wie solche Visionen zustande kommen: Das geht in Zwiesprachen mit Herrn Versmann, mit Herrn Mönckeberg, gelegentlich war auch eine Zwiesprache mit Herrn Ballin dazwischen.

(Elisabeth Kiausch SPD: Das ist doch nichts Schlechtes!)

— Ich habe ja auch nichts dagegen, aber es wäre nett gewesen, wenn man hier darüber gesprochen hätte.

(Günter Elste SPD: Sie reden doch auch manchmal mit Marx!)

— Ja, mit Marx und Engelszungen. Aber ich würde normalerweise meine eigenen Redebeiträge nicht damit begründen, daß ich gerade mit Marx geredet hätte.

(Günter Elste SPD: Das stimmt! — Dr. Holger Christler SPD: Aber wir merken das!)

D Ich will noch ein bißchen weiter spekulieren: Hätte die 14. Legislaturperiode nicht im Jahre 1993 ein unvermutetes frühes Ende gefunden,

(Günter Elste SPD: Das war ein Jammer, muß ich sagen!)

wissen Sie, wann uns dann diese Visionen erstmals zu Ohren gekommen wären? Ich vermute: 1995 hätten wir diese Visionen gehört.

(Ilse Baseler CDU: Logol)

Zwei Jahre vorher wären diese Visionen in die Welt gekommen, wenn diese Legislaturperiode nicht dieses plötzliche Ende gefunden hätte und jetzt die nächste bis 1997 dauert. Insofern ist etwas dran an dem alten Aphorismus, den ich irgendwo gefunden habe, und zwar für die aktuelle Situation des Wahlkampfes:

„Politiker benutzen die Zukunft als Sprungbrett für die Gegenwart.“

Ich habe meine Zweifel, ob es wirklich um Erweiterung und Belebung der City geht oder ob uns jetzt nur ein Prospekt vorgehalten wird, der im Wahlkampf eine Rolle spielt. Dazu habe ich auch noch eine Bemerkung:

„Wahlkampf gleicht häufig dem Versuch, einen Touristen statt im Hotel im Reiseprospekt unterzubringen.“

— Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den vielen, überwiegend positi-

(Dr. Achim Reichert STATT Partei)

- A ven öffentlichen Kommentaren zu Voscheraus Vision einer Rückführung der Stadt ans Wasser, einer Ausdehnung der Innenstadt um 50 Prozent ihrer Kernfläche bis an die Norderelbe heran, fällt es schwer, heute noch etwas Originelles zu sagen, ohne ein Plagiat zu begehen. Wenn selbst Ulli Exner in seinem „Morgenpost“-Kommentar vor unserem Bürgermeister den Hut zieht und von einer Meisterleistung der Extraklasse spricht, die das geneigte Publikum nur begeistert zur Kenntnis nehmen könne, so will das schon etwas heißen. Der Herausforderer, Ole von Beust, sonst eher ein Sponti, hat vier Tage gebraucht, bis er seine Sprache wiedergefunden hat. Und was er dann von sich gegeben hat, hat mehr dem Amtsinhaber als seinem Herausforderer genutzt.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist nur dummi!)

Eigentlich sollte dem Oppositionsführer bekannt sein, daß Kaltenkirchen bisher an der schleswig-holsteinischen Landesregierung — und das schon zu CDU-Zeiten — gescheitert ist. Wie schön, wenn sich daran inzwischen auch sein Kieler Amtskollege nicht mehr erinnern will oder kann und nun daher kräftig zustimmt.

Was den von Voscherau angesprochenen Reiz des Projekts für den Tourismus angeht, so solle sich Hamburg lieber um seine vorhandenen touristischen Visitenkarten kümmern, sagt Herr von Beust. Den Spielbudenplatz nennt er eine Sandwüste,

(Bernd Reinert CDU: Recht hat er damit!)

an den Landungsbrücken stünden Bretterbuden, und am Jungfernstieg regiere Beton.

(Bernd Reinert CDU: Ja, richtig!)

- B Welchen Baustoff hätte Herr von Beust denn gern?

(Barbara Ahrons CDU: Es geht doch darum, wohin das verkauft wurde!)

Er fordert dagegen Visionen zur Konfliktlösung in der Stadtentwicklung, können wir in der Zeitung lesen.

Als ich im Januar den Ankauf des Grundstücks Ludwigstraße 8 innerhalb des Laue-Komplexes als einen Beitrag zur Konfliktlösung in der Stadtentwicklung bezeichnete, war er ganz anderer Meinung. Sollten wir über verschiedene Konfliktbegriffe sprechen?

Für mich ist die Vision unseres Bürgermeisters ein Geniestreich für Hamburgs Zukunft.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Unsere City bekommt damit endlich wieder Luft zum Atmen, ohne daß es damit dem Hafen an den Kragen geht. Im Gegenteil. Für mich hat die Hafenpolitik damit an Glaubwürdigkeit gewonnen. Die Erschließung neuer Hafenentwicklungsgebiete durch Rückwandlung alter Hafengebiete in frühere Nutzungsformen zu finanzieren, macht Sinn. Ich sehe darin — im Gegensatz zur GAL-Fraktion — keinen Grund zur Kritik.

Für mich ist die Vision einer Hafencity ein gutes Beispiel von günstigen Randbedingungen, wie sie Politik für die Wirtschaft und die gesamtstädtische Entwicklung schaffen muß, ohne allzu kleinteilig Einfluß zu nehmen.

Wo heute so oft auf Politiker geschimpft wird — unter anderem, weil alles so unendlich lange dauert —, ist die Vision Voscheraus ein gutes Gegenbeispiel.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ich denke, das dauert alles so lange!)

Hiermit hat er innerhalb von zwei Jahren nach der Wiedervereinigung die Konsequenz aus der Änderung der geopolitischen Position Hamburgs gezogen. Hamburg war mit der Wende aus der östlichen Randlage des westeuropäischen Wirtschaftsgebiets ins Zentrum des zusammenwachsenden Europas gerückt und hatte sein Hinterland wiedergewonnen. Natürlich kann man aus Sicht der Bürgerschaft Kritik an sechs Jahren Geheimniskrämerei üben. Ich teile auch keinesfalls die Meinung, daß bisher nichts präjudiziert worden sei. Die Kraft des Faktischen hat bereits ihre Wirkung entfaltet. Aber Bürgermeister Voscherau und seine verschworene Crew der Eingeweihten, allen voran der Zweite Bürgermeister Rittershaus,

(Lachen bei Alexander Porschke GAL)

haben bisher Erfolg gehabt. Sie haben die Stadt vor gigantischen Bodenspekulationen Dritter bewahrt, und rechtfertigen, meine Damen und Herren, müssen sich nur die Erfolglosen.

Natürlich ist für uns die Frage von großer Bedeutung, inwieweit der Ansatz realistisch ist, mit dem Nettoerlös des Sondervermögens Altenwerder zu finanzieren. Aber Einzelheiten solcher Abschätzungen können nur ein Thema für den Ausschuß und nicht für die Plenardebatte sein. Es gibt aber, da sind wir zuversichtlich, realisierbare Modelle, unter denen der Nettoerlös zur Finanzierung von Altenwerder geeignet ist. Es verbleiben natürlich noch genug Imponderabilien, sowohl Risiken als auch Chancen. Aber es ist gerade das Wesen einer Vision, daß es vorerst mehr Unbekannte als Gleichungen gibt. Aber eines ist uns gewiß: Diese Vision ist keine Illusion. Wir werden alles daransetzen, daß diese Senatsvorlagen noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden, und zwar aus unserer Liebe zu Hamburg. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und SPD — Jutta Biallas GAL: Weil Sie mitmachen wollen, oder wie?)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Wegner.

Markus Wegner fraktionslos: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kiausch, ich bin auch für Visionen. Ich finde sie gut, aber ich habe etwas dagegen, wenn klammheimlich Visionen verfolgt werden, die gar keine mehr sind. Ich will Ihnen sagen, warum.

Ich bin auch dafür, daß man diskutiert, was am Hafенrand und was in Hamburg passiert und wo die entsprechenden Ressourcen gewonnen werden, auch möglicherweise durch Erzielung von Einnahmen, die man dann aber an anderer Stelle in der Stadt braucht. Ich will jetzt nicht darüber diskutieren, an welcher Stelle wir sie in Hamburg nötig brauchen — das kann die GAL in diesem Punkt sicherlich besser als ich —, aber ich möchte darüber reden, wann man eigentlich worüber informiert wird. Ich finde es nicht fair, wenn ein Fraktionsvorsitzender beklagt, er hätte gestern die Informationen erhalten; ich habe sie heute auf Nachfrage bekommen. Es ist nicht angemessen, daß man derart wichtige Punkte erst in der Presse öffentlich vorstellt, ohne sie zu Beginn in der Bürgerschaft vorzustellen. Das wäre auch ein Paukenschlag gewesen. Man sollte auch darüber diskutieren, ob die Usancen der Wirtschaft genau die sind, die sich der Senat für sein weiteres Handeln zu eigen machen sollte. Das Handeln in der Politik

(Markus Wegner fraktionslos)

- A setzt andere Maßstäbe. Genau dafür hat hier eine Gruppierung, die mit Ihnen kooperiert, plädiert, daß man in der Politik andere Usancen spielen sollte, als sie sonst woanders üblich sind. Insofern kann ich erkennen, daß in einem gewissen Handstreich einige Entscheidungen bereits herbeigeführt worden sind, und ich toleriere dieses nicht. Das ist nicht okay gegenüber den anderen Teilen der Stadt und vor allen Dingen auch nicht gegenüber der Politik.

Ich weiß nicht, Herr Rittershaus, ob Sie sich in die Schuhe schieben lassen sollten, federführend daran mitgewirkt zu haben, Offenheit zu hintertreiben. Man sollte hier anders miteinander umgehen. Es gibt genügend Beispiele in dieser Stadt, über die man diskutieren kann: zum Beispiel, mit welcher Firma man bereits einen Handschlag getätigt hat, wenn das und das von anderen abgesegnet wird. Da bestehen sehr große wirtschaftliche Interessen, und wenn sie bereits im Vorfeld ihr entsprechendes Plazet bekommen, dann muß so etwas auch offengelegt werden. Weiterhin muß offengelegt werden, wie es mit den Kosten aussieht und wie das entsprechende Kosten-Nutzen-Verhältnis aussieht, aber dieses ist in den beiden Drucksachen nicht mit einem Wort angesprochen worden.

Welche Kosten sind der Stadt und der GHS bislang entstanden? Wir wissen es nicht. Wie hoch sind die geschätzten Summen der Beträge, die dem Sondervermögen aus Einnahmen aus der Veräußerung der Grundstücke oder aus den Mietzahlungen der ansässigen Mieter im innerstädtischen Hafensrand zustehen sollen? Wir wissen es nicht. In welchem Haushaltsplan ist durch Umbuchungen mit Verlusten zu rechnen? Wie ist es, wenn entsprechende Gewinne entstehen? Wir wissen es nicht. Wer prüft das Sondervermögen? Wem gegenüber ist Rechenschaft zu legen? Wir wissen es nicht. Welchen Wert hat der Teil des Sondervermögens, der jetzt bereits durch die einzubringenden Grundflächen, Anlagen und Gebäude im Gebiet des innerstädtischen Hafensrandes entstanden ist? Welchen Wert umfaßt der Teil des Sondervermögens, der von der GHS erworben wurde und die zu übertragenden Nutzungsrechte, Anlagen und Gebäude im Gebiet des innerstädtischen Hafensrands betrifft. Wir wissen auch dies nicht. Welche Kosten durch entsprechende Infrastruktur entstehen sollen — Herr von Beust hat das angesprochen —, wissen wir nicht. Wenn man sich die Skizze ansieht mit Visionen der letzten 200 Jahre in dieser Stadt, ist man versucht zu sagen, ob nicht auch noch die Hamburg zur Begründung dieses Projekts herhält. Wir wissen nicht, was das damit zu tun hat. Wenn darin verschiedene Varianten aufgezeichnet sind — beispielsweise ein großer Polder mit Sperrwerken —, fragt man sich, wer das bezahlen soll. Wir wissen das nicht.

Hier wird eine Vision angesprochen. Es sind bereits Vorgänge getätigt worden, die nicht offengelegt worden sind, es sind Preise gezahlt und es sind Verhandlungen geführt worden. Welche weiß keiner.

(Günter Elste SPD: Sie wissen ja gar nichts!)

Am Ende wissen wir noch nicht einmal, ob diese Vision nicht vielleicht als halbe Vision nachher übrigbleibt und die Endvision nicht Realität werden kann.

Wann die Umsetzung des Hafensrands zwischen Landungsbrücken, Fischmarkt bis nach Övelgönne abgeschlossen ist, wissen wir ebenfalls nicht.

Man sollte die Öffentlichkeit besser informieren und anders miteinander umgehen, denn dann kann man mit den

Bürgern in dieser Stadt ganz anders sprechen und diskutieren. — Danke schön. C

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist also wieder ein Plan geschmiedet worden. Das tun Bürgermeister ja gern. Ich habe mir die „taz“ aus dem Jahre 1983 herausgesucht.

(Antje Blumenthal CDU: 14 Jahre Zeit!)

„Des Bürgermeisters Traum. Hamburg im Jahre 2003. Die Vision einer Schiffsfahrt von Bergedorf nach Blankenese.“

Das sagte Herr von Dohnanyi. Pläneschmieden tut man in diesem Hause oder im Überseeclub mit Erfolg. Die Rede damals hat Herr von Dohnanyi im Überseeclub gehalten, also das alte Ritual. Auch damals hat er mit der Geschichte begonnen, wie jetzt Voscherau, fuhr mit der Psychologie der Mitscherlichs fort und forderte dann Wohnen am Wasser — siehe heute — von der Billie bis Blankenese, Stadtfestigkeit der Hamburger, Ort gesellschaftlicher Aktivitäten.

Man fragt sich, wieweit das, was jetzt angeblich neu ist, nur eine Wiederaufnahme alter Pläne ist. Epigonales, könnte man sagen. Was blieb eigentlich von dem, was der frühere Bürgermeister als Vision hatte?

Ein weiteres Beispiel: 1982, genau wie jetzt vier Monate vor der Wahl, das Alsterentlastungsprogramm. 15 Reinhaltetecken hatte man versprochen. Was ist von der Vision Volker Langes, dem jetzigen — erfolgreichen — HSV-Vizechef, eigentlich übriggeblieben? D

(Ole von Beust CDU: Dem geht's gut, keine Sorge!)

— Ja, der reinigt jetzt etwas anderes.

Vier Reinhaltetecken hat man gebracht. Das ist der Visionsrealisierungsfaktor der SPD. Vier durch 15 — das kann man mit Prozentrechnung ungefähr ausrechnen — sind rund 25 Prozent dessen, was übrigbleibt.

(Günter Elste SPD: Das ist ja Ihr Wahlergebnis!)

— Herr Elste, Sie waren damals noch nicht in der Bürgerschaft, Sie erinnern das Wort Alsterentlastungskonzept gar nicht.

Dann gab es eine andere Vision, die ich auch in der „taz“ von 1983 finde. In Elbe und Alster soll man 1995 wieder baden können,

(Klaus Lattmann CDU: Ist ja bald!)

sie sollen als Badegewässer freigegeben werden. Herzlichen Glückwunsch! Denn man alle hinein.

Eine andere Vision hatte Ole von Beust schon zitiert: Wolkenkratztürme an der Alster, der Dampfer auf dem Spielbudenplatz, Flughafen-S-Bahn, Airbustrasse. Warum nimmt die Presse diese Visionen so ernst? Visionen sollen mit Wirklichkeit zu tun haben.

Für die Stadtentwicklungspolitik stellt sich in der Wirklichkeit die Frage, was sie tun kann, um die schleichende Abwanderung derjenigen auszugleichen, die wir zur Prosperität dieser Stadt brauchen.

Jährlich gehen 6000 Arbeitsplätze von Hamburg in das Umland, weil Gewerbe und Handwerk davonziehen. Hält

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A also Ihr Modell, Herr Bürgermeister, dagegen? Das ist doch eine primäre Sorge, die ein Modell bedienen sollte, und keine Wolkenschleberei.

(Beifall bei der CDU)

Die andere Sorge ist, Herr Bürgermeister, daß jährlich 6000 bis 10 000 Menschen aus Hamburg wegziehen, um außerhalb der Stadt zu wohnen. Sie zahlen draußen Steuern, was dazu führt, daß wir jährlich 50 Millionen DM Einnahmen an Steuern verlieren. Bedient Ihr Modell, Herr Bürgermeister, eigentlich dieses Problem? Das sind doch große Probleme, die primär zu erledigen sind.

Im Zuge der Überarbeitung des Flächennutzungsplans in den nächsten Wochen wird der Vorrat an gewerblichen Bauflächen um 350 Hektar verringert. Gründe für die Landschaftserhaltung machen es erforderlich, und das ist zu einem gewissen Teil auch vernünftig. Die Kammern forderten daher, vier bis fünf Flächen von 30 bis 50 Hektar als Entwicklungspole für das produzierende Gewerbe einzustellen, um es ansiedlungs- und umsiedlungswilligen Betrieben anbieten zu können. Der Bürgermeister wird auch hier gefragt, ob seine Vision dieses Problem abdeckt. Nein, ist die Antwort. Diese Vision deckt eigentlich gar nichts ab. Die Büroflächen sind nicht das Knappheitsproblem, auch der Einzelhandel ist kein Flächenproblem. Der Büroleerstand betrug im letzten Jahr 665 000 Quadratmeter. Daher kann doch nicht die Hauptsorge sein, Büroräume zu bauen. Ihr Wohnraum, den Sie vorhaben, ist Upperclass, was nicht schlecht sein muß. Auch GAL-Leute leben im privaten Bereich gern als Upperclass,

(Beifall bei der CDU — Dr. Willfried Maier GAL: Da wird mehr Büroraum frei!)

- B obwohl das in der Nähe von Kraftwerken und Verkehrsadern vielleicht ein zweischneidiges Schwert ist.

Wenn es dann aber so ist, dann scheint mir das primär ein Modell zur Geldschöpfung zu sein, um Altenwerder zu finanzieren. Das würde aber mit anderen Worten bedeuten, daß die Stadtentwicklungspolitik in Hamburg von der Finanzbehörde gemacht wird. Dieses findet Beifall der Grünen, wie man hört.

Die Stadtentwicklungsbehörde hat so als Aufgabe noch die Erstellung von Hochglanzbroschüren, und dazu nimmt sie, Projektmittel ausgebend, Fliegen tragende Architekten, die dann den entsprechenden bezaubernden Duft des Produktes produzieren.

(Ole von Beust CDU: Gebundene Fliegen haben die!)

— Ja, gebundene Fliegen, ich bin auch kein Architekt.

Wenn es aber mehr Büros werden sollen — Volker Lange könnte dann wieder beim Verkauf etwas organisieren —, dann kommt man in die Gefahr weiterer monofunktionaler Einöde. Agglomerate geschlechtsloser Bürohäuser haben wir in Hamburg schon.

Was ist denn nun die Vision? Da winken die Docklands wie in London: schicke Wohnungen, Restaurants, Geschäfte; ein Pub fehlt allerdings.

(Werner Dobritz SPD: Ich habe einen Pub gefunden! Das kommt auf Ihre Ansprüche an!)

Gehegt wurden gigantische Erwartungen, Investitionen, Investoren sollten kommen, Leben sollte da sein. Ich mußte vorige Woche in London arbeiten und habe mir das noch

einmal angesehen. Die Docklands wirken ziemlich tot; sie finden dort keinen Pub, nur Upperclass-Restaurants. Sie finden in den Docklands eine Unternutzung und diverse Pleiten. Das kann es doch nicht sein, was uns hier als Vision des Bürgermeisters geboten wird.

Warum steht hier nichts Konkretes zur Finanzierung?

(Georg Berg STATT Partei: Mach ich gleich!)

— Sie haben die Drucksache doch gar nicht gelesen, weil Sie sie auch erst gestern bekommen haben.

Die Finanzierung von 460 Millionen DM durch die Grunderlöse kann vernünftig sein, aber sie ist nirgendwo nachgewiesen. Ich weiß nicht, woran man sieben Jahre gearbeitet hat, wenn man das nicht nachweist.

Die Kosten der Zwischenfinanzierung sind nicht genannt. Es ist unklar, was das Sondervermögen bedeutet. Wie hoch sind die Zinskosten? 150 Millionen DM oder 500 Millionen DM? Wenn man sie auf 500 Millionen DM aufschlägt, liegen sie irgendwo zwischen 600 Millionen DM und 1 Milliarde DM. Die Finanzierungskosten sind nicht berechnet. Was machten die Kollegen eigentlich sieben Jahre, als sie an dieser Sache arbeiteten? Dohnanyi hat 1989 das Projekt schon in der „Zeit“ vorgestellt. Acht Jahre lang hätte man also über die Finanzierung nachdenken können. Ich weiß gar nicht, was daran so neu ist, was hier jetzt als so visionär dargestellt wird. Herr Reichert war schon fast entrückt, nicht verrückt, vor Begeisterung über die Tat des Bürgermeisters. Er möchte doch einmal erklären, was daran Neues ist.

(Dr. Achim Reichert STATT Partei: Sie begreifen es eben nicht! Das ist das Problem von Ihnen!)

Die Hafencity muß ungefähr 600 Millionen DM bis 1 Milliarde DM Nettoerlöse abliefern. Jetzt dividieren Sie das doch einmal durch die Quadratmeter, ziehen einen Infrastrukturaufwand von 20 Prozent ab, dann kommen Sie auf Grundstückspreise von 1000 DM bis 2500 DM pro Quadratmeter. Damit können Sie keinen sozialen Wohnungsbau machen, Herr Maier, da können dann nur die Yuppies wohnen. Aber damit decken Sie nicht das normale Wohnungsproblem Hamburgs ab.

Ich kann das noch fortsetzen: Die Kosten für Hochwasserschutz sind nicht eingerechnet, ebenso die Kosten für eine neue S-Bahn-Station. Die Straßenverkehrsinvestitionen sind nicht kalkuliert, man weiß nicht, wie hoch die Altlastenkosten sind, weil die Umweltbehörde das sowieso nie weiß. Das Lärmproblem der Eisenbahnstrecke ist nicht kalkuliert.

Ich will das zusammenfassen:

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Was?)

Wir haben eben die Docklands angesprochen — im Englischen gibt es das schöne Wort „to beat the air“, die Luft prügeln. Ich habe den Eindruck, als ob Visionen jetzt mit „die Luft prügeln“ ins Deutsche zu übersetzen sind. Es steht kaum etwas Konkretes dahinter.

Frau Klausch hat in ihrem bemerkenswert tief sinnigen Redebeitrag gesagt, daß eine Vision her müßte. Dann hat sie fortgeführt, daß alles offen und alles flexibel ist, die Bebauung nicht festgelegt ist und die Optionen offenbleiben. Ich frage mich eigentlich, wozu dann das ganze Papier noch gut ist.

(Dr. Roland Salchow CDU)

A (Beifall bei der CDU — *Elisabeth Kiausch SPD*: Das begreifen Sie nicht!)

Eingeleitet wurde das Senatspapier durch den lateinischen Spruch, wir kennen ihn vom Eingang zum Rathaus: *Libertatem servare*, heißt es da: Die Freiheit bewahren. Erklären Sie uns bitte, was das eigentlich mit diesem Spruch im Zusammenhang mit der Flächennutzung im südlichen Stadtrand auf sich hat.

(*Elisabeth Kiausch SPD*: Aber, Herr Salchow, Sie haben doch genug Wissen, um es selbst herauszufinden!)

Wo liegt hier der Geniestreich? Ich verstehe, daß Herr Voscherau gern in die Geschichte eingehen möchte. Straßennamen könnte man vorhalten, damit wären wir auch einverstanden, aber wo liegt hier der Geniestreich, und was ist hier neu? Ich habe nichts entdeckt. Die Diskrepanz zwischen der Größe des Anspruchs und der Unkonkretheit der Details ist so augenscheinlich, daß ein Lob hier nicht angemessen wäre. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Müller.

Claus Müller SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Salchow und Herr von Beust, es bleibt dabei, was Frau Kiausch gesagt hat: Noch nie war die CDU in einer Debatte so provinziell und so kleinmütig.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Es geht — das haben die Kritik und auch die Unterstützung dieses Vorschlags des Bürgermeisters gezeigt — um ein Stück Zukunft für Hamburg, für unsere Stadt.

B

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Ach so!)

Ohne Visionen und Leitbilder ist keine Programmarbeit für die Stadtentwicklung Hamburgs nach der Jahrtausendwende zu leisten. Im Unterschied zu früheren Visionen hat der Bürgermeister hier erst gehandelt und dann geredet. Dieses gibt der Aktion eine größere Chance zur Verwirklichung. Deswegen wird sie auch ernst genommen, ernster, als es früher der Fall war, auch wenn dies zur Kritik führt, das Parlament sei nicht ausreichend informiert worden. In der Vergangenheit war es umgekehrt, und das Ergebnis kennen wir alle.

(*Jens Langsdorff CDU*: Was ist denn das für ein Bürgermeister gewesen? Mein lieber Mann!)

Mit seiner Vision der Hafencity hat der Bürgermeister ein Tor für die Entwicklung Hamburgs bis weit in das nächste Jahrhundert aufgestoßen. Im internationalen Wettbewerb mit anderen Metropolen könnte Hamburg dadurch einen einmaligen Standortvorteil erhalten. Das schafft Mut und Tatkraft und kann zukunftsweisende Impulse für die weitere Entwicklung unserer Stadt auslösen. Darin liegt für mich das Mitreißende dieser Vision.

Die innere Stadt kann allmählich in das neue Areal hineinwachsen, und mit der Rückkehr der City an die Elbe nimmt Hamburgs Attraktivität als eine in ihrer Art einmalige europäische Metropole am Wasser weiter zu. Nur die Räumung dieser zentrumsnahen Hafenanlagen — da sind wir uns auch mit der GAL einig — gibt Hamburgs City den dringend benötigten Entwicklungsspielraum, um der Nachfrage nach metropoltypischen Dienstleistungen und städtischem Wohnen gerecht zu werden.

Büroraum, Herr Dr. Salchow, ist hier nicht mit Dienstleistungsangeboten auf dieser Fläche gleichzusetzen, sondern dieses ist ein falsches Synonym. In Hamburg gibt es inzwischen eine Entwicklung von 20 Prozent für produktives Gewerbe und 80 Prozent für Dienstleistungsgewerbe, so daß man hier das Rad nicht mehr zurückdrehen kann und eventuell Flächen für Betriebe aus Norderstedt und Quickborn und um den Hamburger Stadtgürtel herum anbietet. Das wäre eine falsche Entwicklung.

C

Es geht um expandierende und arbeitsplatzintensive Dienstleistungen. Kultur, Medien und Fremdenverkehr können sich hier optimal entwickeln. Das sind insgesamt positive Ansätze, die es jetzt zu überprüfen gilt.

Drei Prämissen möchte ich dabei jetzt schon machen:

Erstens: Die Speicherstadt muß bleiben. Dieses Wort des Bürgermeisters nehme ich sehr ernst. Das gilt auch für die Nutzung, den zollfreien Status und die Bewahrung des Ensembles als Baudenkmal.

Zweitens: Wohnen sollte am Gesamtbauvolumen einen hohen Anteil haben. Es ist nicht geplant, Wohnen zu einem Feigenblatt für eine gewerbliche Nutzung zu machen. Dieses muß ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Planung sein.

Drittens: Die vorhandenen Wasserflächen müssen weitgehend erhalten bleiben, denn sie machen den attraktiven Reiz des Gebiets aus, und dürfen nicht eventuell zugunsten von Flächenerwerb zugeschüttet werden, um so mehr Raum für Bebauung zu erhalten.

Die Reaktion in den Medien sowie bei Kammern und Verbänden auf den Bürgermeistervorschlag zeigt, daß auch hier die Cityerweiterung als eine enorme Chance für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt gesehen wird. Vorschnelle Kritik oder flink zusammengeschusterte Alternativen sollten uns nicht von einer gründlichen Prüfung abhalten. Wir stehen vor einem Projekt, das wahrscheinlich erst in zehn oder 20 oder 30 Jahren vollendet werden kann.

D

Ich habe auch keine Angst, daß hier kurzfristig Erträge zugunsten des Ausbaus von Altenwerder geschaffen werden. Jeder Versuch, diese Flächen kurzfristig auf den Markt zu werfen, um Kasse für die Stadt zu machen, ohne Nachfrage und Bedarf zu berücksichtigen, hätte verheerende wirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Folgen.

(*Antje Möller GAL*: Das kann man ja in Altenwerder erleben!)

Angesichts des Büroflächenüberhangs, von dem der Standort Hamburg allerdings im Moment profitiert, gibt es zum Beispiel kurzfristig auch keinen Grund, noch weitere Flächen für diese Nutzung in Hamburg anzubieten. Die Cityerweiterung darf nicht die Standorte in der vorhandenen Innenstadt schwächen, vielmehr muß die allgemeine Stärkung dieses Standorts deutlich Priorität haben.

Die Beratung über die Chancen und Risiken für die Stadt und die Entscheidung, ob wir dieser Option weiter folgen wollen und sie weiterbringen wollen, sollte allerdings zügig vorangetrieben werden. Bei der weiteren Beratung der uns überwiesenen Senatsvorlagen stehen aus meiner Sicht vier Punkte im Vordergrund:

Erstens Beratung über „Visionen für die Stadt“. Wie tragfähig ist das Konzept, und welche Folgen sind zu erwarten?

(Claus Müller SPD)

A Zweitens: die uns vorliegenden gesetzlichen Änderungen. Das Hafenenwicklungsgesetz wird im Wirtschaftsausschuß und das Sondervermögen Stadt und Hafen im Haushaltsausschuß behandelt. Hier ist zu prüfen, ob mit dieser Gesetzgebung auch die Ziele der Konzeption eingehalten werden können und Nebenwirkungen, die für die Stadt nicht günstig sind, verhindert werden können. Das ist Aufgabe dieser beiden Ausschüsse. Da sollte man nicht schon im Vorwege unken, welche negativen Wirkungen von diesen beiden Gesetzen ausgehen können.

Drittens: die parlamentarische Begleitung. Hier muß sichergestellt werden — das ist schon mehrfach angesprochen worden —, daß die parlamentarische Kontrolle nicht eingeschränkt wird. Das Parlament muß hier das Heft des Handelns behalten.

Viertens: die städtebauliche Umsetzung. Wie lassen sich die besten Ideen von Architekten und Stadtplanern für dieses Areal gewinnen und auch umsetzen? Dies wird ein sehr langfristiger Ansatz sein, den wir über die Periode der Planung und Entwicklung hinaus Stück für Stück weiter nutzen müssen.

Wenn wir uns anstrengen und dieses Konzept noch in dieser Legislaturperiode anschieben wollen, dann sollten wir recht bald Verfahrensvorschläge und Terminplan abstimmen. Die Sitzungen heute und morgen geben dazu vielleicht den Sprechern in den einzelnen Fachausschüssen die Möglichkeit.

Die SPD-Fraktion schlägt darüber hinaus eine Expertenanhörung vor — Frau Kiausch hat das schon gesagt —, um möglichst zügig den für eine Entscheidung nötigen Sachverstand zu mobilisieren. Vielleicht ist es noch möglich, in der August-Sitzung der Bürgerschaft eine erste Entscheidung zu treffen.

B Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu den Alternativvorschlägen der CDU. Herr von Beust ist leider nicht mehr da, aber es wird ihm sicherlich mitgeteilt.

Herr von Beust, Sie haben sich nicht als erfahrener Steuermann Ihrer Fraktion erwiesen.

(Elisabeth Kiausch: Sehr wahr! — Vizepräsidentin Ulla Bussek übernimmt den Vorsitz)

Als Hamburger kennen Sie doch das oberste Gebot guter Seemannschaft in schwierigen Situationen: Ruhe bewahren. Hektisches, unüberlegtes Handeln führt leicht zu Verlust von Boot und Mannschaft. Mit ihrem Versuch, innerhalb von Tagen ein ähnlich visionäres Konzept zu entwickeln, hat die CDU ihren Kahn auf Grund gesetzt und muß nun sehen, wie sie wieder davon herunterkommt.

(Beifall bei der SPD)

Dieses hat die Rede von Herrn von Beust deutlich belegt. Das war der Wurf mit Nebelkerzen, um den Rückzug zu tarnen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Immer diese militaristischen Bilder!)

Blieben wir doch ganz kurz noch bei den Punkten, die Sie vorgeschlagen haben. Sie werfen dem Bürgermeister mangelnde Zeitplanung, mangelnde Kostenrechnung, fehlende Infrastrukturvorschläge und Realitätsbezug vor.

(Dr. Roland Salchow CDU: Genau! Völlig richtig!)

Was ist denn mit Ihrem Vorschlag zur Untertunnelung der Ost-West-Straße? Wo liegen hier Kostenvorschläge, eine

Zeitplanung, eine technische Realisierung oder ein Realitätsbezug vor. Sie wissen doch auch — das hat sich schon 1990 gezeigt, als wir das hier diskutiert haben —, daß die Untertunnelung wahrscheinlich nur zu einer Reduktion der Ost-West-Straße um zwei Fahrspuren führt.

Sie können am Glockengießerwall als Musterbeispiel sehen, wie so etwas aussieht, und werden sich fragen müssen, welcher Investor auf dieser Fläche dann für 1 Milliarde DM investiert; also weder Vision noch Realitätsbezug.

Zweitens Verlagerung der Messe nach Fuhlsbüttel. Herr von Beust, Sie haben völlig vergessen, daß gerade die Anbindung von Congress Centrum und Messe den besonderen Standortvorteil Hamburgs bietet. Dieses wollen Sie jetzt zerschlagen. Die Anbindung an einen großen Freizeitmarkt, die direkte Fußgänger-Verbindung an die City, die hervorragende Anbindung an das überregionale Eisenbahnnetz und die Cityerschließung der S- und U-Bahn ließe sich nur mit einem Milliardenaufwand beim Flughafen und damit dem Wegfall des Standortvorteils für Hamburg realisieren. Wo bleiben da Kostenrechnungen, Realitätsabwägungen und dergleichen? Eine Vision, die noch nicht einmal den Namen verdient.

Die Verlagerung des Flughafens Kaltenkirchen, dies ist hier schon gesagt worden, nimmt niemand mehr ernst. Zehn Jahre lang hat die CDU-Regierung in Schleswig-Holstein das verhindert. Nun sind sie plötzlich in der Opposition und kriegen, wie in Hamburg auch, die Kurve und finden das plötzlich ganz toll.

(Berndt Röder CDU: Das ist ja wohl der Gipfel! Das ist Geschichtsklitterung!)

Der Vorschlag des Bürgermeisters ist eine Antwort auf zukünftige Herausforderungen. Der Vorschlag der CDU besteht im wesentlichen aus alten Hüten, Milliardenkosten und fragwürdiger Rentabilität. Allerdings ist es auch interessant, die Reaktion der GAL auf diesen Vorschlag zu beachten.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wir sind immer interessant!)

— Nicht immer, aber sie ist zumindest manchmal für Überraschungen gut. — Die GAL versucht, mit hektischer Betriebsamkeit den Bürgermeister zu überholen, indem sie sich zum Urvater dieser Idee macht. Nur die Finanzierung von Altenwerder paßt ihr nicht in den Kram.

(Alexander Porschke GAL: Da sind Sie überrascht, was?)

Doch Vorsicht, es war schon oft Strategie der GAL, allgemein akzeptierte Ziele wie Wohnungsbau oder innere Stadtentwicklung lautstark zu unterstützen. Bei der konkreten Umsetzung stand die SPD dann aber alleine da, und die GAL tauchte ab oder war plötzlich auf Gegenkurs; warten wir es ab.

Wie immer wir uns in den kommenden Beratungen entscheiden mögen, wir befinden über ein Stück Zukunft für Hamburg. Das sollten wir dabei nicht vergessen. — Danke.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Frau Sudmann.

(Dr. Roland Salchow CDU: Auch über die Zukunft oder über die Vergangenheit?)

A **Heike Sudmann** GAL: Ich werde über beides sprechen, Herr Salchow. Erst einmal bin ich mit dem Bürgermeister durchaus einer Meinung, daß wir keinen Aktionismus betreiben sollten. Darum bin ich Ihnen auch sehr dankbar, daß wir die Möglichkeit hatten, uns innerhalb von 24 Stunden vorzubereiten und dieses Thema heute zu debattieren. Das ist im Gegensatz zu unserer hektischen Betriebsamkeit, als wir das vor vier Jahren vorgeschlagen haben, ein sehr interessanter Zeitablauf; dafür herzlichen Dank.

Aber diese Form des Aktionismus hat durchaus auch andere Behörden getroffen. Mir ist jedenfalls aufgefallen, daß die Stadtentwicklungsbehörde anfänglich gar nicht beteiligt war, sie nachher aber laut Senatsdrucksache — nachzulesen auf Seite 8 — beteiligt wurde, weil es um die Standortwahl des HEW-Heizwerkes ging. Das ist auch eine interessante Variante für Stadtentwicklungspolitik.

Aber wir können der Drucksache entnehmen, daß auch der Senat mit oder ohne STEB aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Er möchte, was völlig richtig ist, hier eine Mischnutzung machen. Wenn man aber ein bißchen weiterliest, fällt auf, daß es hier vor allen Dingen um hochwertige Büroflächen geht; dies ist eben schon angesprochen worden. Aber ein Aspekt ist bei dieser Büroflächendebatte nicht angesprochen worden, nämlich der, daß es auch auf dem Dienstleistungssektor eine Weiterentwicklung gibt, die noch nicht einschätzbar ist und unter anderem dazu führen wird, daß wesentlich mehr Büroarbeitsplätze nach Hause verlagert werden, sozusagen Heimarbeitsplätze werden. Von daher muß man immer wieder kritisch hinterfragen, wie gesund eine Leerstandsrate sein muß, bevor Hamburg sagt, langsam, aber sicher haben wir genug.

B Die Mischnutzung beim Wohnen will die GAL unbedingt, doch wir wollen auch, daß das für andere Bereiche dieser Stadt gilt. Wenn ich mir die aktuelle Senatspolitik ansehe — ich brauche nur über die Elbe zu gucken, in die innere Stadt, in die südliche Neustadt —, dann stelle ich fest, daß dort Büros statt Wohnungen gebaut worden sind, daß es dort Boarding-Häuser, sogenanntes Luxuswohnen, statt Wohnen gibt, und das kann es nicht sein. Wenn wir schon eine Mischnutzung propagieren, dann auch für alle Bereiche der Stadt.

Doch für wen soll geplant werden? Das ist sehr relevant, wenn wir uns angucken, wie es an einem kleinen Teil des ehemaligen Hafenentwicklungsgebiets, nämlich an der Kehrwederspitz, gelaufen ist. Dort hat eine Investorenplanung stattgefunden, die so ausgesehen hat, daß der heutige und damalige Investor gesagt hat, Wohnungsbau könne er hier nicht machen. Wenn er das verwerten wolle, dann müsse er auch hochwertige Büronutzung machen können. Herr Maier hat schon darauf hingewiesen, daß auch klar sei, wenn man dadurch Altenwerder finanzieren wolle, welche Investoren bevorzugt würden. Das darf nicht sein, da muß die Bürgerschaft eindeutig einen Rahmen vorgeben, welche Nutzungen wir da haben wollen.

Unser Erster Bürgermeister hat auch noch gesagt, für wen wir planen wollen. Er hat nämlich von einer Wiedergutmachung für die 20 000 Vertriebenen gesprochen, wobei er sicher nicht die Verstorbenen meint, sondern eine vergleichbare soziale Schicht. Daraus kann ich nur schließen, Herr Erster Bürgermeister, daß Sie mit der GAL-Fraktion einer Meinung sind, daß wir vor allen Dingen einen großen Anteil an preiswertem Wohnungsraum brauchen und nicht

nur an hochwertigem Wohnungsraum. Aber wie ich der Drucksache entnehmen kann, sollen vor allen Dingen die steuerstarken Bevölkerungsgruppen angesiedelt werden; das ist die Vision. In der Realität hat man aber erst einmal steuerzahlende Bewohnerinnen aus Altenwerder, Francop und Moorburg vertrieben, um diese Stadtteile platt zu machen.

Im gleichen Atemzug hat Herr Voscherau aber nicht erzählt, daß er letztes Jahr groß durch die Presse gegeistert ist und gesagt hat, es sei eine Schweinerei, daß die Einkommensmillionäre gar keine Steuern zahlten. So kann man auch auf die Nase fallen. Nein, lieber Erster Bürgermeister, so soll eine Stadtentwicklungspolitik nicht aussehen. Vision heißt nämlich auch, soziale Visionen zu entwickeln. Und für eine Vision reicht es nicht aus, eine Zwiesprache allein mit Toten zu halten. Es reicht auch nicht aus, alte Visionen zu verlängern, wie dies zum Beispiel einer Ihrer Vorgänger, Herr von Dohnanyi, gemacht hat, der vor allen Dingen die Standortpolitik und die Ansiedlung der einkommensstarken Gruppen haben wollte.

Ich komme jetzt zum Thema der Finanzierung. Es ist wirklich erstaunlich, da Sie diese Drucksache seit langem vorbereitet haben und die GHS seit langem aktiv ist, daß wir nicht eine Zahl darüber finden, wieviel Geld bis heute schon ausgegeben wurde. Vielmehr wird uns gesagt, aus den Erlösen solle Altenwerder finanziert werden. Mir kommt das ein bißchen vor wie ein Warentermingeschäft. Man sagt, wir finanzieren die eine Sache mit einer Ware, deren Wert noch gar nicht bekannt und berechenbar ist. Das ist etwas anrüchig, so wie Warentermingeschäfte es oft sind. Seriöser ist gerade in diesem Gebiet eine Verwendung von Grund und Boden im Sinne einer sozial gerechten Bodennutzung, jener Vision der GAL-Fraktion, der Sie nicht folgen wollen. Aber ich habe das Gefühl, sobald aus einer Vision ein konkretes Konzept wird, sind Sie dagegen.

Es wird immer wieder betont, wie hochwertig und wichtig diese Flächen für die Stadt seien. Ich frage mich, warum dann der Senat diese wichtigen Flächen, die noch in hundert Jahren eine Bedeutung haben werden, verkauft, warum man nicht sagt, wir machen es im Erbbaurecht, da haben wir immer noch 75 Prozent der möglichen Verkaufserlöse als Einnahmen für die städtischen Kassen. Das ist nicht gewollt.

Gewollt ist auch keine Beteiligung der Bürgerschaft. Es kommt mir absurd vor, wenn ich morgen mit den Kolleginnen und Kollegen über den Flächennutzungsplan abstimmen soll, den wir lange unter der Voraussetzung debattiert haben, soundsoviel Hektar Gewerbeflächen und soundsoviel Hektar Wohnungsbauflächen zu schaffen. Auch im Stadtentwicklungskonzept gibt es entsprechende Angaben. Heute stellen wir auf einmal fest, daß es noch ganz andere Möglichkeiten gibt. Das heißt, wir haben drei Jahre lang unter etwas komischen Voraussetzungen debattiert.

Für die von Ihnen genannte Begründung, daß man Spekulationen verhindern wolle, bin ich auch immer. Im Hafenentwicklungsgebiet gehören aber Grund und Boden der Stadt. Die einzige Frage, die man sich stellen muß, ist, wie es mit den zu zahlenden Nutzungsentschädigungen aussieht, wenn einzelne Mieterinnen oder Pächter woanders hin sollen. Da wir, wie immer, noch keine Einblicke in die Gestaltung der Mietverträge haben, kann ich nur allgemein sagen, daß, selbst wenn es vorher bekannt wird, normalerweise die Entschädigungen nicht in die Höhe gehen, weil

(Heike Sudmann GAL)

- A sie sich nach der derzeitigen Nutzung richten, nach dem Mietpreis, nach der Dauer des Mietvertrags. Von daher ist das Argument, die Spekulation werde gefördert, wenn die Bürgerschaft vielleicht etwas früher beteiligt werde, wohl nicht ausreichend.

Außerdem hat das Baugesetzbuch mittlerweile auch Wege vorgesehen, wie man Spekulationen verhindern kann. Es gibt also wirklich keinen Grund, die Bürgerschaft so lange außen vor zu lassen.

Zum Schluß noch ein Wort zu den verschiedenen Versionen einer Vision. Eindeutig ist der Flughafen Kaltenkirchen keine Vision, aber es gibt Visionen, die wir uns gut vorstellen können, die aber beim Senat bis heute eher als Abfallprodukt ankommen. Solche Visionen heißen ganz konkret Stadtbahn, heißen Deckel auf die A 7, aber da tun Sie sich immer wieder sehr schwer.

(Beifall bei der GAL — *Dr. Roland Salchow CDU*: Wo Sie ja sonst gerne deckeln!)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Berg.

(*Werner Dobritz SPD*: Aber jetzt nicht zum Sillberg!)

Georg Berg STATT Partei:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Visionen, Visionen, Visionen! Je öfter ich das heute abend höre, um so entbehrlicher halte ich es, zumal es zu verdecken droht, daß wir hier konkret über ein gelungenes Stück handfester Handwerksarbeit sprechen und nicht über irgendwelche wolkigen Visionen; ich werde das gleich erläutern. Andererseits weiß man über die Entstehung von Visionen ja einiges. Es sind normalerweise

- B Auswirkungen von Entkräftung durch Sonnenstich, Vergiftung oder Schlafentzug.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Insofern hat der Begriff der Vision zunächst auch seine Suggestion auf Herrn von Beust nicht verfehlt. Nach einiger Überlegungszeit wollte er ursprünglich auch mit Visionen hervortreten, bei denen die Ursachen Sonnenstich oder Vergiftung noch erkennbar waren. Nachdem er damit im Gelächter untergegangen war, hat er uns seine Drehbewegung gezeigt, mit der er allerdings im Boden versunken ist. Er hat es dann aufgegeben, eigene Vorstellungen vorzutragen, und statt dessen aus der Not eine Tugend gemacht und eine vollmundige Absage an Planungen für Generationen erteilt.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Alles Quatsch, was Sie sagen!)

Er wirbt jetzt um Verbündete im Geiste der Begriffsstutzigkeit und hat sie, wie man an dem Zwischenruf hört, in seiner eigenen Partei ausreichend gefunden.

(Beifall bei *Christian Böickow STATT Partei*)

Visionen sind hier nicht einmal gefragt, sondern, Herr Salchow, der epochale Gewinn für Hamburg, der Geniestreich in handwerklicher Hinsicht liegt in folgendem: Seit Jahren pfeifen es die Spatzen von den Dächern oder sind so heiser, daß sie es nicht mehr pfeifen, daß Teile des Hafengebiets unterwertig genutzt werden.

(*Alexander Porschke GAL*: Teile? Das Ganze!)

In dieser Situation ist es jetzt gelungen — es ist wirklich selten, daß etwas in dem Bereich gelingt —, eine Hand-

lungsmöglichkeit zu gewinnen, wie sie in der heutigen Zeit der rechtlichen Einschränkungen und der Rechte einzelner selten hinzubekommen ist. Es ist gelungen, in einem ruhigen Verfahren zu sichern, daß die Eigentumsverhältnisse und Nutzungsrechte Hamburg eine vollständige, entlastende Planungsfreiheit für einen großen Bereich geben. Es besteht dabei sogar noch die Chance, mit der einen Zukunftsentwicklung, der Erweiterung der Innenstadt, die andere Zukunftsentwicklung, nämlich die Hafenerweiterung in Altenwerder, zu finanzieren. In der Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit für die Stadt trotz schwierigster Rahmenbedingungen liegt das epochale Verdienst des Projekts, das wir heute diskutieren.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns aber auch klar machen, daß wir die dadurch entstandene Chance in anderer Hinsicht nutzen müssen. Die Unsicherheit über die zukünftige Nutzungsweise der Hafengebiete hat sehr viel größere Bereiche des Hafens erfaßt als diejenigen, die jetzt von diesem Konzept erfaßt sind. Es ist bei den Betrieben eine Unsicherheit und Verzagtheit entstanden. Nachdem nunmehr konkretisiert worden ist, in welchem Bereich sich die Stadt in den Hafen auszudehnen gedenkt, sollte man die Chance für die anderen Bereiche, wo man jetzt weiß, daß sich Hamburg in absehbarer Zeit nicht in den Hafen ausdehnen wird, nutzen, um für die dort vorhandenen Betriebe Planungssicherheit und Zuversicht zu schaffen, zum Beispiel auch für den großen Bereich von Hamm-Süd außerhalb der Steinbeker Straße.

Insofern sollten wir uns nicht nur freuen, daß für dieses Konzept Handlungsfreiheit geschaffen worden ist, sondern die Chance nutzen, den restlichen Hafennutzern dezidiert zu sagen, ihr könnt jetzt sicher sein, daß euer Gebiet nicht betroffen ist, ihr könnt weiter planen, ihr könnt erweitern und weiter eure Arbeitnehmer beschäftigen. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Porschke hat das Wort.

Alexander Porschke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Vision Hafencity ist dummerweise verbunden mit der Vorstellung, die Hafenerweiterung in Altenwerder zu finanzieren. Mir ist dazu als Finanzierungs-konzept die Überschrift eingefallen: „Von Hamburg versteigern wir mehr.“ Das macht allerdings die Hafenerweiterung in Altenwerder doppelt so teuer wie in der Drucksache ausgewiesen. Reduziert man die heutige Senatserklärung einmal von allem Bürgermeister-Pathos und rhetorischem Schnickschnack, kommt dabei heraus, daß Altenwerder auf Pump finanziert werden soll und die Rückzahlung vielleicht im nächsten Jahrtausend durch den Verkauf zentrumsnaher Grundstücke erfolgt. Um das geht es doch in Wirklichkeit.

Die Folgen: Allein wenn man einmal die Kreditzinsen, die mitbezahlt werden müssen, weil Einnahmen aus dem Verkauf der citynahen Grundstücke nicht sofort zur Verfügung stehen, mit 6 Prozent annimmt, sind das bis zum Jahre 2004 schon circa 700 Millionen DM, und das nur für das, was der Senat selbst angibt. Er gibt aber gar nicht alles an, was man für die Verwirklichung von Altenwerder braucht.

Die Beschaffung der Grundstücke, für die die Gesellschaft für Hafen- und Standortsicherung schon eingesetzt wor-

(Alexander Porschke GAL)

- A den ist, ist auch noch einmal mit circa 200 Millionen DM in Rechnung zu stellen. Damit kommt man auf eine knappe Milliarde DM, die das Projekt Altenwerder in zehn Jahren gekostet haben wird, und das bei den derzeitigen Niedrigmieten — im Gegensatz dazu hat man beim Hafencity-Projekt erkannt, wie hochwertig diese zentrumsnahen Hafeflächen sind — von 40 Pfennig pro Quadratmeter im Monat. Wenn Sie eine Milliarde DM für den Bau der geplanten Fläche in Altenwerder ausgeben — die ganzen Hütten stehen dann ja noch nicht darauf — und die nachher für 40 Pfennig im Monat vermieten, können Sie sich vorstellen, was das auf Dauer an Subventionen bedeutet, die aus unserer Sicht EU-rechtswidrige Beihilfen sind.

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Hafenerweiterungsprojekts Altenwerder fällt auch auf, daß all das, was der Senat zur erfolgreichen Umsetzung seines Hafencity-Projekts gemacht hat, von uns immer gefordert worden ist, nämlich beim Alternativvorschlag Petroleumhafen Dradenau. Man konnte frühzeitig Mietverträge verändern, man konnte Verhandlungen mit den dort ansässigen Unternehmen führen, alles war möglich, wenn man diese Fläche längerfristig nutzen wollte. Man wollte aber keine Alternative zu Altenwerder suchen, sonst wäre dieser Weg auch gangbar gewesen.

Insofern war die gesamte Prozeßführung des Senats eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, denn es ging in Wirklichkeit nicht um die Hafenerweiterung — dieses Projekt liegt schon seit 1991 in der Schublade —, sondern um eine Hafenerweiterung. Man kann ja dafür sein, wenn man will, aber man darf nicht in die Planfeststellungsbeschlüsse hineinschreiben, das fachrechtliche Ziel der Planung sei eine Hafenerweiterung und nicht etwa die Ersetzung der bisherigen Nutzung durch eine andere oder neue Nutzung.

B

Insofern hat der Senat sein Projekt in Altenwerder unter Vorspiegelung falscher Tatsachen durchgesetzt. Die Kosten werden durch Pumpfinanzierung auf über 1 Milliarde DM steigen. Im Gebiet Grasbrook/Baakenhafen war all das möglich, was angeblich für die Alternativfläche zu Altenwerder nicht möglich gewesen sein soll.

Das ist aus unserer Sicht sehr ärgerlich, und es ist schade, daß ein stadtentwicklungspolitisch sinnvoller Schritt durch ein derartiges Koppelgeschäft vergiftet worden ist.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Debatte zu diesem Thema beendet.

Im Ältestenrat wurde einvernehmlich festgelegt, über die Überweisungsanträge zu Punkt 14 a an dieser Stelle abzustimmen.

**[Senatsantrag:
Hamburgs Standort- und Hafenerwicklung im
21. Jahrhundert — Drucksache 15/7460 —]**

**[Senatsantrag:
Finanzierung der Zukunftsinvestition
„Hafenerweiterung Altenwerder“
— Drucksache 15/7461 —]**

Die SPD-Fraktion beantragt für beide Drucksachen die Überweisung an verschiedene Ausschüsse, und zwar federführend an den Stadtentwicklungsausschuß sowie mitberatend an den Wirtschafts- und den Haushaltsaus-

schuß. Wer stimmt diesen Überweisungen zu? — Das ist einstimmig. C

(Dr. Roland Salchow CDU: Bericht bis 2050! — Gegenruf vom Ersten Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Bis 2001! — Gegenruf von Dr. Holger Christier SPD: Da brauchen wir aber einen Zwischenbericht!)

Ich rufe Punkt römisch zwei der Tagesordnung auf, die

Aktuelle Stunde

Zur Aktuellen Stunde sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Law and order — Anspruch und Wirklichkeit

von der GAL-Fraktion

Ausländerangelegenheiten in die Bezirke

sowie von der SPD-Fraktion

Die Mai-Steuerschätzung — ein Offenbarungseid der CDU/CSU/F.D.P.-Koalition in Bonn

Ich rufe zunächst das von der CDU-Fraktion angemeldete Thema auf. Das Wort hat Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ohne Visionen geht es heute nicht, und ich möchte nicht der erste sein, der dieses Wort nicht benutzt. Der Bürgermeister hatte noch eine Vision von einer Stadt ohne Kriminalität, ohne Gewalt, einer Stadt, in der Law and order herrscht, was, wie wir gelernt haben, Labour issue ist, also eine sozialdemokratische Aufgabe. Er hat noch mehr markige Worte gebracht — ich zitiere aus der „Bild“-Zeitung vom 3. Mai —: D

„Gegen Gewalt muß es null Toleranz geben.“

Oder — wie man heutzutage sagt — „zero tolerance“.

„Dagegen setzen müssen wir eine neue Entschlossenheit in Staat und Gesellschaft, Rechtsfrieden und Sicherheit verlässlich zu schützen.“

So weit, so richtig. Nur, warum muß diese Forderung vom Ersten Bürgermeister überhaupt aufgestellt werden? Doch nur, weil die Realität erheblich anders aussieht,

(Dr. Roland Salchow CDU: Genau!)

und das nach neun Jahren unter Führung des Senats durch Voscherau, nach 40 Jahren SPD-Herrschaft und, seit 40 Jahren ununterbrochen, einer Reihe von SPD-Innensenatoren.

Insofern ist so ganz ohne Einfluß auf die gegenwärtige Situation Herr Voscherau und die SPD nicht gewesen. Sie muß sich große Teile der Verantwortung zurechnen lassen. Ich weiß, daß jetzt das Argument kommt, wir sind in einer Großstadt, da gibt es immer Kriminalität, damit müssen wir uns abfinden. Aber vieles von dem, was wir hier vorfinden, was wir beklagen, ist hausgemacht; Fehlentwicklungen wurden viel zu lange geduldet.

Ich erinnere an einen Vorfall vor einigen Monaten, als in der sogenannten Bauwagen-Siedlung in Altona 40 oder 50 Polizisten im wahrsten Sinne des Wortes geschlagen das Feld verließen, weil man einen illegalen Bauwagenplatz über Jahre zugelassen hatte, an die offene Drogenszene im Schanzenviertel, wo sich die Bewohner kaum noch auf

(Heino Vahldieck CDU)

- A die Straße trauen — seit Monaten deutet sich das an, die Entwicklung ist entsetzlich. Ich erinnere an jugendliche Intensivtäter, insbesondere Kinder.

Unsere Forderung nach einer gesicherten Unterbringung, der sich nunmehr auch der Vizepräsident des OLG, Herr Raabe, und der Leitende Oberstaatsanwalt Grosse angeschlossen haben, war für die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren ein Tabuthema. Das kommt auf keinen Fall in Frage, was das einzige, was in der SPD zu dieser Frage zu hören war.

(Rüdiger Schulz SPD: Dann haben Sie nie zugehört!)

Oder die offene Drogenszene am Hauptbahnhof: Die Situation ist schlicht unerträglich.

(Beifall bei der CDU)

Wer dort in den letzten Wochen und Monaten gewesen ist, der wird mir zustimmen, daß man auch als erwachsener und durchaus nicht ängstlicher Mann ein Gefühl der Beklommenheit bekommen kann. Die Vorstellung, daß meine zehnjährige Tochter von dort, die Bahn verlassend, den Bus aufsucht, läßt bei mir eine Gänsehaut aufkommen. Diese Zustände haben sich seit Jahren so entwickelt, und es gibt sie immer noch.

Vor Monaten wurde hier viel über aggressives Betteln geredet. Was ist passiert? Überhaupt nichts. 90 Prozent der Probleme, die ich hier beschrieben habe, sind mit den gegenwärtigen Gesetzen lösbar, den Schönwettergesetzen, wie Herr Voscherau ironisch gesagt hat. Und für den Rest bitten wir um Vorschläge; wir werden konstruktiv mitarbeiten.

- B (Elisabeth Kiausch SPD: Auch in Bonn? — Gegenruf von Ingeborg Knipper CDU: Gerade!)

Die Probleme zutreffend zu beschreiben ist sicherlich richtig. Das ist wichtig und dem Bürgermeister einmal mehr gelungen. Sie zu lösen ist ungleich wichtiger. Innere Sicherheit muß neben dem Thema Arbeitsplatzsicherheit das Thema Nummer eins werden. Wir dürfen in diesem Bereich nicht weiter sparen. Es muß konsequent und schnell gegen Kriminalität vorgegangen werden, weitere Brennpunkte dürfen nicht entstehen. Straffällige Ausländer müssen möglichst schnell in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Wann immer es möglich ist, sollen sie ihre Strafe dort verbüßen und nicht in unseren Gefängnissen, die aus der Sicht dieses Personenkreises eher als Hotel anzusehen sind denn als Strafe.

(Jan Ehlers SPD: Das ist ein schöner Vergleich mit den Gefängnissen!)

Wir müssen offene Kriminalität, wo immer sie besteht und wir sie vorfinden, konsequent unterbinden. Wir müssen eine sichere Verwahrung jugendlicher Intensivtäter anstreben und die Dezentralisierung von Polizeiwachen voranbringen, statt die Zahl der Wachen zu reduzieren. Wenn diese Forderungen erfüllt sind, dann hat die Vision des Ersten Bürgermeisters einen Zweck gehabt, dann hat sich herausgestellt, daß es mehr war als Wahlkampfgetöse, daß es mehr war als die Verteilung von Placebos und die Spekulation auf das kurze Gedächtnis unserer Bürger. — Die rote Lampe leuchtet, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Dr. Christier. C

Dr. Holger Christier SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Rede des Bürgermeisters auf dem Parteitag und anschließende Interviewäußerungen haben offenbar die Opposition ziemlich kalt erwischt und einigermaßen durcheinandergebracht, denn anders sind gewisse verzweifelte verbale Ruderbewegungen nicht zu begreifen. Vorhin mußte sogar die Kriminalität als Gegenargument zur Hafen-Vision herhalten. Soweit sind wir mittlerweile schon gekommen.

Nehmen Sie zur Kenntnis — Herr Vahldieck, es wundert mich, daß es Sie überrascht —, daß die Zeiten des bequemen Ausruhens auf vermeintlichen oder demoskopischen Kompetenzvorsprüngen im Bereich der Inneren Sicherheit durch die CDU vorbei sind.

(Ilse Baseler CDU: Aha! Das ist doch Wahlkampfgetöse, was Sie da von sich geben!)

Im übrigen frage ich Sie, ob Ihr Redebeitrag eine angemessene Reaktion auf die Einladung des Bürgermeisters an alle zu einer Koalition gegen die Gewalt in dieser Stadt war; ich möchte das bezweifeln.

Die Rede des Bürgermeisters hat jedenfalls für alle sichtbar den Stellenwert der Inneren Sicherheit in dieser Stadt unterstrichen, die Bedeutung des Rechtsfriedens und der Gewaltproblematik, Werte, die im Bewußtsein der Bevölkerung, aber längst auch in diesem Hause, einen hohen Stellenwert haben, wie die fast jedesmal stattfindenden Debatten unterstreichen. Insofern haben wir überhaupt keine Probleme damit, wenn Sie hier von Anspruch und Wirklichkeit reden, uns diesem tabufreien Abgleich von Anspruch und Wirklichkeit zu stellen. D

Allerdings ist es billig und gefährlich, hierbei die Maßstäbe in derartige illusionäre Höhen zu schrauben, daß am Ende nur Verbitterung und Enttäuschung bei den Bürgern übrigbleiben kann, denn gegen gewisse Vorfälle wie gestern in Lohbrügge haben wir keine flotte Antwort, aber Sie haben sie letztlich auch nicht. Also sollten wir keinerlei Illusionen verbreiten.

Billig und gefährlich ist es auch, wenn zum Beispiel der Oppositionsführer dem Bürgermeister geradezu eine persönliche Verantwortung für die Kriminalität, für die Straftaten zuweist, als ob er sie selbst begangen hätte. Auch das ist Gerede von jemandem, der weiß, daß ihn in exekutiver Verantwortung diese Sprüche wohl niemals einholen werden.

Zu einigen von Ihnen angesprochenen Punkten will ich gerne etwas sagen. Stichwort — immer wieder gerne gebraucht — Bauwagenplätze, erweitert heißt das dann rechtsfreie Räume. Darüber kann man eine lange Diskussion führen. Aber daß wir an vielen dieser Punkte eine andere Situation haben als in den vergangenen Jahren mit brennenden Barrikaden und Tausenden von Polizisten, muß man auch einmal erwähnen dürfen. Es läßt sich nicht nur statistisch, sondern auch optisch beweisen, daß im Bereich Krawalle und gewaltsame Demonstrationen die Stadt so ruhig ist wie lange nicht mehr.

Schließlich erlaube ich mir, auch in dieser Debatte auf die hysterisierenden Aspekte hinzuweisen, die einfach Tatsache sind. Unverändert gilt, auch wenn es nicht in die auf-

(Dr. Holger Christier SPD)

A geregte Landschaft paßt, daß die Kriminalität insgesamt rückläufig ist, daß sie nicht höher ist als vor zehn Jahren.

(Antje Blumenthal CDU: Nichts gelernt aus der Vergangenheit!)

Der Personalbestand ist trotz Sparens unverändert deutlich höher, die Aufklärungsquote ist die höchste seit vielen Jahren. Die Präsenz auf den Straßen hat sich deutlich verstärkt. Auch das gehört zur Beschreibung der Wirklichkeit in dieser Stadt.

Nun sind aus den Reihen der Justiz einige Bemerkungen gemacht worden, aber eigentlich haben sie den falschen Adressaten, denn sie wenden sich gegen die Rechtsprechung und die Gesetzeslage und weniger gegen dieses kleine Landesparlament. Dieses Landesparlament hat die geringste Verantwortung gegenüber einer deutschen Rechtsprechung und Rechtstradition, die nun einmal das Eigentum hochhält, und ansonsten ist das Leben gefährlich. Gegen diese Tendenz hat Politik allerdings einen schweren Stand.

Und wenn Sie hier so viel über die Drogenpolitik erzählen, dann muß doch gefragt werden, wer es denn in erster Linie ist, der eine veränderte Drogenpolitik verhindert. Das sind doch vor allem die CDU und die CSU in Bonn. Viele andere sind doch bereit, etwas anderes zu versuchen, weil sie wissen, wie die Probleme sind.

(Beifall bei der SPD)

Rufen Sie hier bitte nicht: Haltet den Dieb!

Natürlich sind wir mit der Entwicklung nicht zufrieden. Es gibt in manchen Bereichen nichts zu beschönigen. Mit den erkennbaren gesellschaftlichen Fehlentwicklungen in den Bereichen Gewalttaten, Waffeneinsatz — ich habe gestern auf das Beispiel hingewiesen —, Jugendkriminalität, organisierte Kriminalität, werden wir uns niemals abfinden.

B

Ich möchte noch eine Bemerkung zum Jugendbereich machen. Ich empfehle Ihrer Aufmerksamkeit den Bericht im „Spiegel“ vom Montag. Ich glaube gar nicht, daß Sie geschlossene Heime fordern, denn was dort abgelaufen ist, ist bestimmt nicht in Übereinstimmung mit dem, was Sie wollen.

(Beifall bei Rolf-Peter Bakker SPD)

In Wahrheit fordern Sie nämlich Hochsicherheitstrakte für Jugendliche, und das ist unsere Politik mit Sicherheit nicht.

Wir jedenfalls verstehen die Sorgen der Bürger und setzen uns an die Spitze derjenigen, die in dieser schwierigen Lage mit allen Mitteln versuchen gegenanzukämpfen.

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Das hätten Sie vor 20 Jahren machen sollen!)

Wir akzeptieren aber nicht die Kritik derjenigen, die das größte Finanzchaos aller Zeiten angerichtet haben und damit auch der Inneren Sicherheit Teile des Finanzfundamentes weghauen. Wir akzeptieren nicht die Kritik derjenigen, die einerseits sagen, es muß für die Innere Sicherheit mehr ausgegeben werden, und zugleich eine Haushaltssperre fordern.

(Glocke)

Wir akzeptieren auch nicht die Kritik derjenigen, die die Gesetzgebungsmehrheit haben und nichts gegen organi-

sierte Kriminalität machen. Und wir akzeptieren auch nicht die Kritik derjenigen, C

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Wer akzeptiert denn da?)

die ein kleines Zipfelchen Verantwortung haben und denen nichts anderes einfällt, als zum Beispiel die Bahnwache Altona dichtzumachen.

Es ist ganz eindeutig, daß Sie bei diesem Thema schwer und unverhofft in die Defensive geraten sind, und wir werden dafür sorgen, daß Sie dort auch bleiben. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit dem 26. Februar wissen wir, welchem Staatsverständnis Henning Voscherau nachtrauert — dem Obrigkeitsstaat. Demokratie ist ja ganz schön, nur sieht diese Staatsform keine Untertanen vor, und das wurmt unseren Bürgermeister.

Kein Zufall ist es deshalb, daß dem Ersten Bürgermeister bei einer Debatte, die die Stadtentwicklung St. Paulis zum Thema hatte, als erstes die polizeiliche Lösung der Probleme in den Sinn kam. Dies markiert in dramatischer Form, meine Damen und Herren, wie es zur Zeit um die politische Diskussionskultur im Bereich der Inneren beziehungsweise öffentlichen Sicherheit bestellt ist. Nicht Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt mit ihren Kindern und Jugendlichen ist tatsächlich das Thema, sondern Machterhalt um jeden Preis. Nur darum geht es. Polizei als Politikersatz hat wieder Hochkonjunktur — wir haben es eben wieder gehört —, und die „alte Tante SPD“ schweigt dazu in der Hoffnung, daß der Spitzenkandidat es nicht zu toll treibt mit seinen Sprüchen. D

Aber nach dem Stimmungs- und Umfragentief während des PUA „Hamburger Polizei“ hat die SPD zur Zeit offensichtlich nichts Besseres zu bieten und setzt alles auf eine Karte: Voscherau forever, ganz gleich, welchen Unsinn er von sich gibt. Starke Sprüche kommen an — hofft man jedenfalls —, da wird schon mal ein Auge zgedrückt. Hauptsache, daß am Ende das Wahlergebnis stimmt. Doch ich darf Sie daran erinnern, meine Damen und Herren von der SPD, daß genau Sie diesen Politikstil zu Recht der CDU im letzten Wahlkampf vorgeworfen haben.

Herr Dr. Voscherau, manchmal frage ich mich, mit welchen Gefühlen Sie morgens in den Spiegel blicken, nachdem Sie wieder einmal die Sau durch die Stadt getrieben haben. Welcher Teufel hat Sie eigentlich geritten, als Sie am Tag nach Ihrer Wahl zum Spitzenkandidaten der SPD sagten, es sei nicht ihr Ehrgeiz, den Strafvollstreckungsanspruch des deutschen Staates vor Lasten der deutschen Steuerzahler an jedem ausländischen Täter in Deutschland abzuarbeiten. Haben Sie eigentlich vergessen, wieviel nichtdeutsche Steuerzahler dazu beitragen, daß die deutschen Renten gesichert werden? Sie sollten sich wirklich schämen, Herr Dr. Voscherau, auf welchem Niveau Sie zur Zeit Ihren Populismus treiben.

(Beifall bei der GAL)

Sie, der Sie doch so gerne nachdenkliche Reden halten, müßten es doch eigentlich besser wissen, wieviel Gewalt und Menschenverachtung in Ihrer Sprache dabei mit-

(Manfred Mahr GAL)

- A schwingt. Es ist wirklich ekelhaft. Statt über — wie Sie es nennen — Schönwettergesetze zu lamentieren, sollte der Senat besser eine Bilanz seiner Politik aufmachen, die die Defizite in den Quartieren benennt und politische Handlungsansätze aufzeigt.

Aber Sie regieren sicher lieber als geklonter Edmund Stoiber, der mit Bundesratsinitiativen zwar „nicht so grobschlächtig“ wie die Bayern, aber „mit Mumm“ in Hamburg wieder Ruhe und Ordnung herstellen will. Es sind wirklich nur Sprüche, meine Damen und Herren.

Wie sieht das denn mit den sogenannten Schönwettergesetzen in Hamburg aus? Sie haben doch, meine Damen und Herren von der SPD, in den letzten Jahren zweimal das Polizeirecht mit dem Ziel novelliert, endlich durchgreifen zu wollen, um wieder Sicherheit zu produzieren. Außer daß Tausende von Platzverweisen und Ingewahrsamnahmen erfolgt sind, die Drogenszene hin- und hergetrieben worden ist und polizeiliche Übergriffe als Begleiterscheinung den Untersuchungsausschuß und die Gerichte beschäftigt haben, hat sich doch tatsächlich nichts verändert. Wieweit wollen Sie eigentlich die Schraube noch drehen? Wann leiten Sie endlich eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein, die bei den allen Unsicherheitsgefühlen zugrunde liegenden Problemen ansetzt und nicht die Polizei als Ausputzer für eine verfehlte Politik mißbraucht?

(Beifall bei der GAL)

Dabei könnte der Senat durchaus etwas vom bayrischen Landeskriminalamt lernen. Von dort war nämlich kürzlich im Zusammenhang mit der Interpretation der bayrischen Kriminalstatistik zu hören, Kriminalität sei keine Frage des Passes, sondern der Lebensumstände. Aus den statistischen Zahlen ließe sich deshalb lediglich folgern, daß sehr viel mehr Ausländer als Deutsche unter Umständen leben müssen, die Straffälligkeit begünstigten. Damit sind wir wieder hier in Hamburg und nicht bei irgendwelchen abgedrehten Bundesratsinitiativen.

B

Wir brauchen keinen Obrigkeitsstaat, sondern einen Rechts- und Sozialstaat, der die Menschen mit ihren Sorgen ernst nimmt, der ihnen offen zeigt, was machbar ist, und ihnen differenzierte Antworten gibt. Die „Süddeutsche Zeitung“ kommentierte jüngst treffend, daß gegen anwachsende Kriminalität keine schärferen Gesetze helfen. Wer sie als Lösung anbietet, ist ein politischer Betrüger.

Wenn die großen Parteien nach mehr Abschreckung rufen, dann sollten sie vom Publikum gezwungen werden, genau zu dem Punkt zurückzukehren, von dem die Regierung ablenken will:

(Glocke)

zu Arbeitslosigkeit und sozialer Desintegration. Sie gefährden den inneren Frieden. Dem ist wirklich nichts hinzuzufügen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Ole von Beust in einem „Bild“-Interview sagt, Voscherau sei schuld, daß man in Hamburg seines Lebens nicht mehr sicher sei, so ist dies sicherlich eine wahlkampfbedingte polemische Übertreibung.

(Dr. Holger Christier SPD: Ja, das ist ein starkes Stück!)

C

Wenn aber auf der anderen Seite Bürgermeister Voscherau auf dem Nominierungsparteitag der SPD davon spricht, daß Law and order ein Thema der Labourpartei ist, so glaube ich ihm das bezogen auf Tony Blair und Großbritannien. Ich glaube ihm auch, daß es sein ernsthafter Wunsch ist, daß das künftig, bezogen auf die deutsche Sozialdemokratie und auch sicherlich die hamburgische, so werden soll. Erst recht glaube ich ihm, daß eine wachsende Anzahl von Bürgern — selbstverständlich auch vielen SPD-Wählern — mit der bestehenden Sicherheitslage zu tiefst unzufrieden sind und mehr Law and order fordern. Was liegt daher näher, als gerade im Wahlkampf diese Forderungen aufzugreifen und sich zu eigen zu machen? Hier muß allerdings der alte und der neue Spitzenkandidat der SPD einen Verdrängungswettbewerb gegen die vorherrschende Kompetenzzuordnung in der öffentlichen Meinung führen. Denn auch nach der letzten Emnid-Umfrage halten die meisten Befragten die CDU am ehesten für fähig, mit Problemen der Inneren Sicherheit fertig zu werden.

(Jan Ehlers SPD: Das ist eine Entgleisung!)

Das meiste, was Bürgermeister Voscherau analysiert, bewertet und fordert, kann ich — und sicherlich auch meine Kollegen — voll unterschreiben. Aber auch wenn ich die eingangs zitierte einseitige Schuldzuweisung von Herrn von Beust für überzogen halte, so muß ich feststellen, daß Hamburg und selbstverständlich auch der Erste Bürgermeister deutlich mehr für die Sicherheit dieser Stadt hätten tun können, als dies geschehen ist. So haben sich die Kooperationspartner unter anderem vorgenommen, die bestehenden gesetzlichen Handlungsgrundlagen konsequent anzuwenden und vorurteilsfrei auf ihre Praxisnähe hin zu überprüfen. Hier sehe ich große Defizite in Analyse, Konzept und Vollzug. Vor allem warte ich trotz x-maligen Nachfassens bei den zuständigen Stellen auch heute immer noch vergeblich auf ein Konzept des Senats, wie er der wachsenden Jugendkriminalität begegnen will. Ebenso warte ich immer noch auf wirksame Strategien zur Kriminalitätsvermeidung, die von den hauptsächlich betroffenen Ressorts gemeinsam entwickelt werden sollten.

D

Auf diese hier schon oft zitierte Passage seiner Regierungserklärung habe ich unseren Ersten Bürgermeister persönlich wiederholt — leider vergeblich — mit der Bitte um Initiative angesprochen. Herr Dr. Schmidt, wie heißt es nach einer Aesopischen Fabel: Hic Rhodus, hic salta?

Wenn unser Erster Bürgermeister aber künftig verstärkt das Feld der Inneren Sicherheit beackern will, dann hat er dabei unsere volle Unterstützung, hoffentlich auch die seiner Partei und seiner Behörden. Von dem sensiblen Thema unserer unabhängigen Gerichte einmal ganz abgesehen, deren Urteile im Namen des Volkes von diesem, insbesondere bei Jugenddelinquenz, immer weniger verstanden werden. Wettbewerb, meine Damen und Herren, belebt das Geschäft. Besser zwei machen sich für Innere Sicherheit stark als gar keiner. Besser, es werden gute Ideen kreiert und in die Tat umgesetzt, als daß man sich gegenseitig mit Verbalinjurien beharkt. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Senator Wrocklage.

A Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gewaltfreiheit und Rechtsfrieden, das sind sozialdemokratische Themen. Das hat der Bürgermeister zum Ausdruck gebracht, und das ist auch meine Position.

Wer sich für den Rechtsstaat und die wehrhafte Demokratie einsetzt, kann, wenn er einzelnen Verbrechen, wie dieser Raubtat in Lohbrügge, gegenübersteht, durchaus einer Fehlorientierung unterliegen, wenn er der Meinung ist, man müsse dies alles verhindern können. Da muß ich sagen, daß es Grenzen der Möglichkeiten für polizeiliches Handeln gibt.

Wichtig ist, daß die Polizei bei dieser Einzeltat schnell und professionell reagiert hat und den Täter in kürzester Zeit festnehmen konnte. Dafür gebührt der Polizei Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit gibt es kein Patentrezept. Das ist in dieser Debatte deutlich geworden. Ich denke, man kann einen bestimmten Slogan angesichts dieser Debatte durchaus abwandeln: Von Hamburgs Sicherheit verstehen wir mehr, als es hier von den Oppositionsparteien zum Ausdruck gebracht worden ist.

(Berndt Röder CDU: Warum wenden Sie es dann nicht mal an?)

Das erste, was man bewahren muß, ist eine klare Lagebeurteilung. Zu der klaren Lagebeurteilung gehört auch, daß man mit kühlem Kopf feststellt, daß wir im letzten Jahr einen Rückgang der Kriminalität von 3,75 Prozent zu verzeichnen hatten. Wir haben die höchste Aufklärungsrate gehabt. Das sind alles Erfolge, die man nicht unter den Scheffel stellen darf, sondern benennen muß.

B Umgekehrt muß man in gleicher Weise offen und klar benennen, wo unsere Probleme liegen, nämlich in der Gewaltkriminalität und auch in der Jugendkriminalität. Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich im Bereich der Inneren Sicherheit Transparenz geschaffen habe. Es gibt den Polizeibericht, es gibt die Antwort auf die Große Anfrage der SPD, es wird in kürzester Zeit eine Stellungnahme zu den Empfehlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses geben. Ich bin deswegen auch sehr oft in unserer Stadt angeeckt, weil ich die Probleme beim Namen genannt habe, und das werde ich auch künftig tun.

(Beifall bei Dr. Achim Reichert STATT Partei)

Aber natürlich ist es nicht dabei geblieben. Wir haben konkrete Handlungskonzepte vorgelegt. Immer nach der Devise: Präsenz, Prävention und Repression. Ich will nur einige Beispiele nennen:

Die Klarstellung der Rahmenbedingungen im Bereich des SOG, intelligente Einsatzkonzepte in St. Georg. Ihre Schilderung geht an der Sache vorbei, Herr Mahr. Da müssen Sie sich, glaube ich, korrigieren. Wir hatten KOSTA, wir haben jetzt die besondere operativ, präventiv arbeitende Einheit. Wir haben die Intensivierung der Kooperation auf regionaler, nationaler und sogar auf internationaler Ebene, etwa im Bereich der internationalen Tätergruppen. Wir haben Synergieeffekte durch Ausschöpfung unserer Kapazitäten möglich gemacht, die weit über die Polizei hinausgehen. Beispiel: Paul-Roosen-Straße, wo wir Grundstück für Grundstück geprüft haben und zu Erfolgen gekommen sind. Wir haben die neue Technik nach vorne gebracht und

C damit auch die Ausschöpfung von Rationalisierungsmöglichkeiten. Wir haben endlich HELP in Funktion gesetzt und damit das modernste Einsatzsystem, was es in Deutschland und wahrscheinlich auch in Europa gibt.

Wir haben darüber hinaus Innovationen geleistet im Bereich Führung und Fortbildung. Wir haben die Reorganisation der Polizei auf den Weg gebracht. Wir haben mit neuen Maßnahmen, wie zum Beispiel NSM, wirkliche innovative Effekte erzielt. Das hat sogar Herr von Beust bei dem Besuch der Polizeirevierwache 38 anerkannt.

Machen Sie es mir oder dem Senat doch einmal nach, miten in der Finanzkrise einen Neubau des Polizeipräsidiums durchzusetzen. Bauen Sie die Wache 11, bauen Sie die Wache Wilhelmsburg. Das ist alles geschehen. Insofern haben wir allen Grund, dem Bürger offen zu sagen, daß wir Sorgen haben, aber nach besten Kräften handeln.

(Manfred Mahr GAL: Nun sagen Sie doch mal was zum Bürgermeister!)

Alle diese Komponenten gehören natürlich zusammen. Sicherheit ist keine statische, sondern eine dynamische Aufgabe. Das bedeutet Klarheit im Kopf und auch im Handlungswillen. Wer allerdings auf den ganz schnellen Erfolg setzt, der muß sich fragen, ob er eigentlich die Dimension der Sicherheitslage wirklich begriffen hat,

(Manfred Mahr GAL: Genau den Eindruck hat Herr Voscherau erweckt!)

denn sie ist wahrlich kompliziert und schwierig. Wir werden unsere Kräfte zusammennehmen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Es hilft nur beharrliche, motivierte Arbeit. Mir ist klar, wie die Aufgabe lautet, und ich bin mir der Verantwortung, die ich trage, bewußt. Ich werde auch in diesem Wahlkampf wie ein Fels in der Brandung stehen und die Senatspolitik offensiv vertreten,

(Dr. Willfried Maier GAL: Petrus!)

und das kann ich aus sehr guten Gründen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Frau Koop.

Karen Ingeborg Koop CDU: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich möchte einmal bekunden, daß ich Verständnis dafür habe, daß aus der Betroffenheit heraus natürlich vieles hier angesprochen worden ist. Wir haben auch von der Praxis her schon viel gehört. Aber ich möchte einen anderen Aspekt, einen grundsätzlicheren Aspekt ansprechen, der schon lange in mir gärt. Das ist der schwammige und leichtfertige Umgang mit den Begriffen Sicherheit und Freiheit.

Immer häufiger — und da gucke ich nicht ohne Grund in die linke Ecke — benutzen die sogenannten selbsternannten kritischen Menschen ihre Grundrechte, die verfassungsmäßig garantierten Menschenrechte, gegeneinander ausspielend. Das heißt, es wird der Eindruck erweckt, je mehr Sicherheit von staatlicher Seite garantiert wird, desto weniger persönliche Freiheit bleibt für uns übrig. Das ist unsinnig,

(Dr. Willfried Maier GAL: Das ist wahr!)

denn die demokratischen Freiheiten bedürfen eines gesicherten Rahmens, um sich überhaupt entfalten zu können.

(Karen Ingeborg Koop CDU)

- A Das gilt für die allgemeinen Freiheiten, aber im besonderen auch für meine und Ihre persönliche Freiheit.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das stellen wir nicht in Frage!)

Sie kennen sicher das Zitat von Rosa Luxemburg, daß die Freiheit des einzelnen an die Freiheit des anderen grenzt. Daß an dieser Nahtstelle kein Hauen und Stechen entsteht, liegt daran, daß das Gewaltmonopol verfassungsgemäß beim Staat liegt. Nur durch diese verfassungsmäßige Eingrenzung wird der einzelne dazu gezwungen, sich in anderer Form der Abgrenzung und Auseinandersetzung zu betätigen, als sofort zur Keule zu greifen. Wer dieses Gewaltmonopol ständig angreift, schmälert und einschränken will — aus welchen hehren, anthroposophischen oder vielleicht anderen niederen Gründen auch immer —, der handelt grob fahrlässig, höhnt unser Sicherheitssystem aus, verunsichert die Menschen und läßt sie dann verstärkt selber zur Gewalt greifen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein Irrtum, zu glauben, wenn wir die Täter immer besonders lebenswürdig behandeln, daß sie sich dann auch in ihrem Verhalten ändern werden. Wir sind von Natur aus nicht friedfertig. Sie mögen das vielleicht von sich selber mit voller Bewunderung sagen, aber gucken Sie sich einmal das Gesicht eines Einjährigen an, der das erste Mal erlebt, wenn er mit einem Baustein zuschlägt, hat er mehr Nachdruck, als würde er nur mal ein bißchen schubsen. Das muß schon genauer untersucht werden.

Sicherheit vor Gewalt ist eine staatliche Aufgabe. Wer das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Justiz und Polizei systematisch zerstören will, muß sich nicht über eine wachsende Gewaltbereitschaft wundern. Wer die Taten immer stärker verniedlicht und zu Bagatellen umfunktioniert, der muß sich über wachsende Täterscharen und die Bereitschaft zur Gewalt nicht wundern.

(Beifall bei der CDU — Ulf Lafferenz CDU: Genau!)

Im Strafvollzug zeigt sich am deutlichsten die Schwäche einer immer stärkeren Laisser-faire-Haltung des Senats. Dabei geht es mir — Herr Vahldieck hat es schon gesagt — im Augenblick gar nicht um eine Verschärfung der Gesetze. In den meisten Fällen reicht schon eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze und vor allen Dingen eine deutlichere Ausschöpfung des Strafmaßes aus. Nötig ist eine klare, deutliche Absage an alle Gesetzesbrecher, eine Absage an sogenannte Kavaliersdelikte und eine deutliche Linie in der Verbrechensbekämpfung; denn daß es ein Kampf ist, wissen wir alle. Dabei geht in diesem Kampf die Gewalt nicht von den staatlichen Organen aus,

(Dr. Holger Christier SPD: No tolerance!)

sondern es ist das kriminelle Potential, das um so unverfrorener agieren kann, je schwächer sich Polizei und Justiz zeigen beziehungsweise zeigen müssen. Freiheit und Sicherheit bedingen einander, aber das Maß von der Freiheit hängt im wesentlichen von der Stärke der Justiz und der Regierenden ab, die zum Wohle des Bürgers etwas verändern wollen. Dieser Senat kann das nicht und beweist das täglich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Dr. Maier hat das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich höre mir nunmehr seit etlichen Sitzungen in etwa immer die gleiche Innere-Sicherheits-Debatte an: Offene Drogenszene, Bauwagenplätze, aggressives Betteln, was alles so verantwortlich ist für die schreckliche Sicherheitslage in Hamburg. Nun habe ich mir gedacht, da hörst du irgendwie nichts Genaues. Lies doch mal etwas.

(Dr. Achim Reichert STATT Partei: Lesen bildet!)

— Eben: So etwas soll ja gelegentlich bilden.

Nun bin ich auf eine Studie gestoßen: „Rückgang von Kriminalität in Städten, ein Vergleich New York — Schweiz in der neuen Kriminalpolitik“. In dieser Studie wird berichtet von diesem berühmten William Battista, dem neuen New Yorker Polizeipräsidenten, der dort „Null Toleranz“ eingeführt und damit wahnsinnige Erfolge erzielt hat. Der Mann ist 1994 in sein Amt gekommen. Das absolut Überraschende bei seiner Leistungsfähigkeit ist, daß seit 1991 ein dramatischer Rückgang der Kriminalität stattfand. Dieser Mann ist sozusagen rückwirkend wirksam geworden. Das hat man in deutschen Polizeipräsidiolen noch nicht erlebt.

Aber dieser Schweizer Autor stellt noch mehr fest. Er stellt fest, daß es bei einer völlig anderen Kriminalitätspolitik in der Schweiz, wo man nicht 1 Prozent der Bevölkerung in die Knäste gebracht hat — in den USA sind jetzt etwa dreimal soviel in den Knästen wie Mitte der achtziger Jahre —, die gleiche Kriminalitätsentwicklung gibt. Ab 1991 geht sie zurück. Da kratzt sich der Autor die Haare auf dem Kopf; ich habe nur noch wenige und habe sie auch gekratzt. Er habe das weiterverfolgt, und dann stellt er fest, es muß doch wahrscheinlich um die Jahre 1991 eine andere Ursache gegeben haben.

Nun findet er zwar keinen völlig schlüssigen Beweis, aber doch ein sehr starkes Indiz. Vor dem Jahr 1991 lag der Heroinpreis in der Schweiz bei etwa 350 bis 400 Schweizer Franken für die Einheit. Ich weiß nicht, wie die gemessen wird. Dann sackt er durch die internationale Marktentwicklung auf 50 Schweizer Franken ab, um gegenwärtig bei etwa 100 Schweizer Franken stabilisiert zu sein.

(Ingeborg Kripper CDU: Das können Sie aber nicht belegen!)

Was tritt ein? Wunderbarerweise ein Rückgang der Kriminalität. Können Sie das erklären, Herr Kampf? Ich habe da eine Idee, wie das möglicherweise zusammenhängen könnte, nämlich daß die gesamte Beschaffungskriminalität durch Marktentwicklung dramatisch heruntergeht. Die Realität hat es gebracht. Die Nachfrageentwicklung! Das heißt, hier ist etwas passiert, was in allen Kriminalitätstheorien offenkundig so gar nicht vorkommt.

Statt daß wir hier ewig dieselben Säue durch den Ort jagen, sollten wir darüber nachdenken, ob die Zusammenhänge vielleicht etwas komplexer sind, als wir sie jeweils für einen Wahlkampf gerade so brauchen.

Ich finde es schon bemerkenswert, wenn Herr Wrocklage sagt, die Sache sei kompliziert, es gebe sogar einen Rückgang der Kriminalität in Hamburg. Und gemäß Angaben des Landeskriminalamtes gibt es diesen Rückgang seit Anfang der neunziger Jahre tatsächlich, auch im letzten Jahr wieder. Weiter sagt Herr Wrocklage, die Sache mit der Kriminalität sei kompliziert und ganz schwer zu behandeln. Vor allem: Es gebe nicht den Königsweg.

(Dr. Willfried Maier GAL)

- A Nur der Bürgermeister, der kennt den Königsweg. Der Bürgermeister sagt, die Gesetze sind zu lau. Wenn wir das ändern, dann haben wir den Königsweg gefunden. Ich glaube, daß es ihn nicht gibt nach all dem, was ich hier gehört habe, sondern es gibt eine ausgesprochen komplexe Lage. Das hat offensichtlich etwas mit Drogen- und Beschaffungskriminalität zu tun. Es hat etwas mit der wachsenden Anonymität in öffentlichen Verkehrsmitteln zu tun. Das hat aber auch etwas mit der dortigen Personalpolitik und der Gestaltung dieser öffentlichen Verkehrsmittel zu tun. Es hat etwas mit der wachsenden Anonymität in Vierteln zu tun. Ich glaube nicht, daß dieser wachsenden Anonymität allein durch Gewaltmonopol entgegengewirkt werden kann. Dazu bedarf es der Kommunikation unter Bürgerinnen und Bürgern, damit diese Anonymität nicht wächst. Das kann sonst keine Polizei der Welt aufhalten. Ich glaube auch, daß die Jugenddelinquenz, die im Moment das schwierigste Problem ist, vor allen Dingen die sehr frühe Jugenddelinquenz, damit zusammenhängt, daß da eine massive Verdüsterung von Perspektiven stattfindet.

Wenn schon Zwölf- bis Vierzehnjährige die Arbeitslosigkeit als ihre Zukunftsperspektive wahrnehmen, dann hat sich etwas Dramatisches in der Gesellschaft geändert. Ich glaube, ich wollte Lokomotivführer oder Seemann oder so etwas ähnliches werden, das heißt, wir waren in dem Alter überhaupt noch nicht auf das Realitätsprinzip verpflichtet. Heute haben die Kinder Angst vor der Zukunft. Wenn da das Problem ist, dann müssen wir an dieses Problem heran und uns nicht mit Law-and-order-Konzepten Wahlkampfinstrumente um die Ohren schlagen.

(Beifall bei der GAL)

- B **Vizepräsidentin Ulla Bussek:** Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch kurz auf das Gleichnis von Senator Wrocklage eingehen: Fels in der Brandung. Dieses Gleichnis hat mich nachdenklich gemacht, obwohl oder vielleicht gerade, weil es auch meiner Wahrnehmung entspricht. Aber wenn das Gleichnis stimmt, Herr Wrocklage, ein Fels ist eine relativ eng umgrenzte Erhebung und unterscheidet sich deutlich von einem Hochplateau oder einer Steilküste. Ich glaube, um die Probleme, die vor uns liegen, zu lösen, wären mehr Gemeinsamkeiten nötig, wäre eine breitere Bewußtseinsfront sowohl im Senat als auch in der SPD nötig, um das, was wir uns einmal gemeinsam vorgenommen haben, nämlich gerade die sozialen Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen und nicht nur mit den oft untauglichen Mitteln der Innenpolitik oder gar der Polizei anzugehen. Wie sehr Ihr Gleichnis Fels in der Brandung stimmt, zeigt mir auch — wiewohl vielleicht die Vorgehensweise damals nicht sonderlich geschickt war, als es um das Grundthema ging, die Bettlerdrucksache —, welche Empörung da über Ihnen zusammengebrochen ist. Ich würde mir doch mehr Gemeinsamkeiten wünschen, daß es wirklich zu einer breiteren Küstenbildung gegenüber der Brandung kommt. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei — *Andreas Bachmann* GAL: Sind Bettler denn Brandung oder was?)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich rufe das zweite Thema auf:

Ausländerangelegenheiten in die Bezirke

Das Wort hat Frau Bruns.

Anna Bruns GAL: Man könnte bei der heutigen Debatte an vieles anknüpfen, beispielsweise an das Voscherausche Zitat:

„Hamburg gehört zur schönsten europäischen Metropole, drinnen und draußen.“

Wenn man sich die Amsinckstraße ansieht, wenn man am Pfingstmontag abends aus dem Wochenende kommt, dann sieht man dort Schlangen stehen, an der Peripherie nicht gerade einer der repräsentativen Räume der Stadt, sondern eine Auto- und Verkehrswüste. Ich glaube, daß man dann nicht mehr mit Stolz sagen kann, daß Hamburg zu den schönsten deutschen oder europäischen Metropolen gehört.

Wenn man als „draußen“ nur den Überseeclub benennt und das, was in der Amsinckstraße draußen passiert, übersieht, dann ist man einäugig, hat eine selektive Wahrnehmung und geht verantwortungslos mit einer Politik für immerhin 250 000 Menschen in dieser Stadt um, die zum sogenannten Ausländerbestand oder Ausländerwesen, wie es in den Senatsdrucksachen heißt, gehören.

Allerdings — und das muß ich gleich vornweg sagen — ist dieser Skandal, der sich seit Wochen abspielt und Schlagzeilen macht, nicht ein vorübergehender Skandal. Man braucht nur die Presse der achtziger Jahre bis jetzt zu verfolgen, vom Bieberhaus am Hachmannplatz bis zur Umsiedlung zur Amsinckstraße, immer wieder macht diese Behörde negative Schlagzeilen. Immer kommt es zu Warteschlangen, immer kommt es zu Mißständen, und immer wieder wird den Menschen, den Besucherinnen und Besuchern dieser Behörde, versprochen, daß jetzt alles besser werden soll. Es heißt, man werde umstrukturieren, man werde einen neuen Geist in die Behörde einziehen lassen, man werde ein Service-Center daraus machen, man habe einen Paradigmawechsel vorgenommen, man wolle also mehr den gewährenden als den abwehrenden Charakter der Gesetze in die Tagesarbeit mit einfließen lassen. Man habe Mummert + Partner, eine Gutachterfirma, beauftragt, für 300 000 DM ein Gutachten zu erstellen und dann, glaube ich, auch noch mit einem teuren Anschlußgutachten über die Umstrukturierung der Behörde zu forschen und irgendwelche Maßnahmen vorzuschlagen.

Es passiert aber überhaupt nichts. Es ist nicht nur dieses sogenannte Kindervisum. Es ist sicher, daß die Struktur dieses Apparates — und der ist ganz offensichtlich nicht zu reformieren — von Grund auf verändert werden muß. Es ist nach wie vor nicht einzusehen, daß 250 000 Menschen, die zur sogenannten normalen Wohnbevölkerung gehören, unter diesen menschenunwürdigen Umständen verwaltungsmäßig zentralistisch abgefertigt werden. Angeblich müssen sie zentralistisch gesteuert werden, weil sie offensichtlich eine krisenhafte Masse sind.

(Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Dieser Senat hat einen einvernehmlichen Beschluß der Bürgerschaft zur Dezentralisierung aufenthaltsrechtlicher Belange für die nichtdeutsche Wohnbevölkerung schlichtweg abgelehnt. Er hat das mit der Begründung abgelehnt,

(Anna Bruns GAL)

- A daß das zu teuer ist. Aber diese Begründung hörten wir schon in sehr guten Haushaltsjahren, nämlich schon 1988 hat der Senat gesagt, daß alles zu teuer ist. Es ist schlicht politisch nicht gewollt. Aber es gibt hier nicht nur das politische Mißmanagement, sondern natürlich auch das Verwaltungsmanagement. Dieser Behörde steht natürlich ein verdienter Genosse vor. Seit Jahren bekommt er das nicht in den Griff. Jeder kleine Filialleiter wäre längst geschafft worden. Jeder Fußballtrainer muß gehen,

(Petra Brinkmann SPD: Er ist ja auch kein Trainer!)

wobei es da nur um ein paar Tore geht. Hier aber geht es tatsächlich um Hunderttausende von Menschen, die derartig unwürdig behandelt werden. Sie wissen alle — besonders die Menschen im Eingabenausschuß —, wie der Ton in dieser Behörde ist. Es gibt Urteile gegen diesen Wachdienst. Wenn man diese liest, dann glaubt man, es handele sich um Berichte aus Zaire. Es wurden Menschen in Aufzügen mißhandelt. Ich kann Ihnen Zitate aus einem Hamburger Urteil vorlesen, beispielsweise:

„Mildernd war bei allen Angeklagten zudem zu beachten, daß sie mit der ihnen übertragenen Aufgabe der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung weit überfordert waren, ohne daß ihnen von ihrem Arbeitgeber oder der auftraggebenden Behörde entsprechende Hilfestellungen zuteil geworden sind.“

Der öffentliche Auftraggeber betreibt eindeutig Mißmanagement. Man kann nicht immer nur sagen, ein paar Angestellte eines Wachdienstes seien schuld, sondern es ist eine Spirale. Natürlich gibt es großen Unmut bei den Klientinnen und Klienten und den Mitarbeitern darüber, daß diese Behörde nicht in den Griff zu bekommen ist. Wir fordern personelle Konsequenzen. Das ist doch wohl ganz klar. Was der HSV tut, muß die Innenbehörde doch erst recht können, denn hier geht es um Menschen.

(Raif Mairose CDU: Wir haben hier Tarifverträge!)

Wir fordern die Dezentralisierung.

(Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schluß, Frau Bruns.

Anna Bruns (fortfahrend): Wir fordern ganz schnelle Maßnahmen, natürlich nicht diese Feuerwehr. Das ist ja fast eine Freudsche Fehlleistung.

(Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Frau Bruns, Ihre Redezeit ist seit längerem abgelaufen.

Anna Bruns (fortfahrend): Wir fordern, daß Termine mit dieser Behörde abgemacht werden können und daß Aufenthaltstitel nicht so kurz gegeben werden.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Hakkı Keskin SPD — Dr. Wilfried Maier GAL: Herr Christler ist sehr viel großzügiger behandelt worden! Wenn unsere Vizepräsidentin Herrn Christler so behandelt, ist das netter, als Sie Frau Bruns behandelt haben!)

Präsidentin Ute Pape: Es sind 45 Sekunden über die Zeit. Wir haben eine Vereinbarung von fünf Minuten Redezeit. Ich bin die Wächterin über die fünf Minuten und habe Frau

Bruns rechtzeitig vorher mitgeteilt, sie möge zum Schluß kommen. Sie lächelt. Sie ist einverstanden. Das Wort hat Herr Bakker.

Roif-Peter Bakker SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Vorfälle, die sich in den letzten Wochen in und vor der Ausländerbehörde in Hamburg abgespielt haben, sind nicht akzeptabel und höchst bedauerlich. Das war für die Betroffenen schlichtweg unwürdig und für unsere Stadt kein gutes Aushängeschild. Ich glaube, darüber kann es keine Unstimmigkeiten geben.

Die Innenbehörde scheint durch den Ansturm, den es aufgrund der im Bundesrat vereinbarten Kindervisumsregelung gegeben hat, überrascht worden zu sein. In der Tat — das muß man, glaube ich, fairerweise feststellen — gibt und gab es eigentlich keine Notwendigkeit für solch eine Krisenreaktion. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Übergangsregelung bis zum 30. Juni nächsten Jahres läuft und daß es für die Betroffenen keine Notwendigkeiten gibt, noch vor den Sommerferien ein Visum zu beantragen. Ich appelliere deshalb auch von dieser Stelle an die Betroffenen: Helfen Sie im eigenen Interesse, diese Situation in der Ausländerbehörde zu entspannen. Hilfreich wäre es, wenn von offizieller Seite noch einmal in Richtung der Heimatpresse klar gestellt wird, daß es eine Gewähr gibt, daß die Leute wieder in das Land einreisen können und daß diese Visa zu diesem Zeitpunkt nicht notwendig sind. Ich appelliere an Senator Wrocklage, das in Auftrag zu geben und zu unternehmen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wo ist die Heimatpresse? — Ingeborg Knipper CDU: Warum habt ihr es denn nicht publik gemacht?)

Gleichwohl ist natürlich auch zu hinterfragen — und auch das sollte die Innenbehörde intensivst tun —, warum die Behörde auf diese Situation nicht besser vorbereitet war und warum nicht die Möglichkeiten für solch eine Krisenreaktion von vornherein in das Kalkül einbezogen worden sind. In anderen großen deutschen Städten, wie Berlin, Frankfurt oder Köln, hat es diese Fälle anscheinend nicht gegeben, zumindest sind sie nicht berichtet worden.

Meine Damen und Herren! Die Hamburger Innenbehörde hat inzwischen auf die Situation reagiert und versucht, durch die Erweiterung von Öffnungszeiten, durch personelle Umschichtungen und Aufstockungen sowie letztendlich durch eine Teildezentralisierung des Aufnahmeverfahrens den aktuellen Engpaß abzubauen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dieses wird als Zwischenlösung so lange Bestand haben müssen, solange der Andrang auf diese Abteilung noch so groß ist. Die positive Resonanz, von der wir lesen konnten, die gerade diese Dezentralisierung des Aufnahmeverfahrens gefunden hat, läßt uns hoffen, daß sich die Situation in den nächsten Wochen entspannen wird und daß sie wieder zu einem geregelten Verfahren ohne inakzeptable und menschenunwürdige Wartezeiten kommen können.

Die GAL-Forderung hingegen, die Ausländerangelegenheiten in die Bezirke auszugliedern,

(Anna Bruns GAL: Das war auch die Forderung Ihrer Fraktion!)

nutzt im Moment überhaupt nichts, weil wir Sofortmaßnahmen brauchen. Diese Sofortmaßnahmen sind von der

(Rolf-Peter Bakker SPD)

- A Innenbehörde ergriffen worden, und wir hoffen, daß sie ziehen. Sollten diese Sofortmaßnahmen allerdings nicht ziehen, bin ich der Meinung, daß noch einmal sofort über die Teilzentralisierung von ausländerbehördlichen Aufgaben nachgedacht werden muß, wie es meine Fraktion Anfang 1996 schon einmal beschlossen hat. Die Situation kann so nicht bleiben. Es muß etwas passieren. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Kramer.

Wolfgang Kramer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es macht mir sicherlich keinen Spaß, parallel zur GAL diesen Senator zu kritisieren,

(Lachen bei der GAL — *Manfred Mahr GAL:* Warum nicht?)

denn gerade bei der Eilverordnung waren wir ja diejenigen, die Ihnen zuletzt immer Rückendeckung gegeben haben, Herr Senator. Aber was sich in den letzten Wochen in der Ausländerbehörde abgespielt hat, ist einfach unglaublich. Sicherlich hatte die Intensität des Protestes hier in Hamburg etwas mit der besonderen Situation der Festung Am-sinckstraße zu tun.

Was ich überhaupt nicht verstehen kann, Herr Senator, nachdem doch nun klar ist, daß die Fristen — Herr Bakker hat es angesprochen — bis Juni 1998 laufen, ist, warum Sie sich nicht mit dem Vorsitzenden der größten Selbstorganisation der Türken zusammengesetzt und einen gemeinsamen Brief an alle betroffenen Eltern türkischer Kinder geschrieben und mit einem Zusatz darauf hingewiesen haben, daß sie, wenn sie Schwierigkeiten bei irgendeiner untergeordneten Polizeidienststelle haben, diesen Brief mit ihren Ausweisen vorzeigen und veranlassen, daß die oder die Telefonnummer angerufen wird.

Dezentralisierung von Ausländerverwaltung ist etwas, was der CDU schon seit langem ein Ziel ist für bestimmte Bereiche. Wir wollen natürlich keine unterschiedliche Ausländerpolitik in Hamburg-Mitte und Wandsbek einerseits und in Eimsbüttel oder Hamburg-Nord andererseits. Die Problempunkte müssen natürlich in der Zentrale bleiben, aber wir müssen ein Stück Normalität für die große Mehrzahl der hier friedlich lebenden Leute ohne deutschen Paß herstellen. Ich habe damals im Namen meiner Fraktion vorgeschlagen, daß man mit den europäischen Unionsbürgern anfängt, und habe sofort gesagt, daß ich selbstverständlich damit einverstanden bin, daß man gleich diejenigen in diese Dezentralisierung einbezieht, die hier ein Daueraufenthaltsrecht haben. Nur, da hat die Behörde eine Taktik angewandt, die sich eigentlich seit dem zweiten Jahrhundert vor Christi gegen alle Reformen bewährt hat. Als Tiberius Gracchus eine Landreform betreiben wollte, haben diejenigen, die das verhindern wollten, Demagogen in die Volksversammlung geschickt, die das Dreifache verlangt haben. Dann war das nicht mehr finanzierbar, und es kam nichts heraus. Heute macht man das, indem man eine dicke Senatsvorlage macht, alles ausweitet und anschließend erklärt, das sei nicht finanzierbar.

Meine Damen und Herren, noch vor der Sommerpause werde ich Ihnen dafür Deckungsvorschläge präsentieren. Aber bitte beachten Sie die Notwendigkeit, hier Normalität herzustellen. Integration besteht nicht nur darin, daß man das Staatsangehörigkeitsrecht ändert — Sie wissen, daß

die Hamburger CDU diesem Gedanken gegenüber abgeschlossen ist —, sondern vor allen Dingen darin, Menschen menschlich zu behandeln. Dies ist hier zum Teil einfach nicht mehr gegeben. Auch Herr Cohn-Bendit in Frankfurt, der nicht der CDU angehört, hat kürzlich einen Extraschalter für die Unionsbürger eingerichtet. Diese Differenzierung ist geeignet, um den Ausländerbegriff, der allmählich nur zu einem negativen Begriff wird und dessen Einheitlichkeit zu erhalten wirklich kein großes Verdienst ist. Es ist zu verhindern, daß der allmählich zum Barbarenbegriff wird im Sinne der Griechen, wo die Barbaren ursprünglich auch nur diejenigen waren, die nicht Griechen waren.

Ich meine, daß wir für die Ausländerintegration genauso eine Methode einschlagen müssen wie bei der Frage des Proletariats. Die Einheit des Proletariats war auch nicht die Lösung, sondern die Einbeziehung von immer mehr Arbeitnehmern in eine integrierte Mittelschichtengesellschaft. Das war die bessere Lösung, um für die Einheit des Proletariats zu kämpfen. Kämpfen Sie auch bitte nicht um die Einheit der Ausländer.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der Tat Probleme in der Ausländerbehörde. Daran führt kein Weg vorbei. Das muß eingeräumt werden. Es hat in den letzten Wochen Zustände gegeben, die keiner von uns gerne gesehen hat, sondern die Gegenmaßnahmen erforderten. Das vorweg.

Ich weiß, daß wir zwei unterschiedliche Probleme zu erörtern haben. Das eine ist die Frage der Dezentralisierung. Frau Bruns, gerade die SPD und besonders die SPD-Fraktion, wenn ich Herrn Ehlers, Herrn Pumm oder Herrn Grund hier vor mir sehe, hat sich wirklich massiv für die Dezentralisierung eingesetzt. Auch der Senat — das habe ich hier auch erklärt — ist für die Dezentralisierung. Allerdings haben wir dafür Kosten errechnet, die wir nicht haben aufbringen können. Das ist eine Feststellung, die ich treffen muß, weil wir tatsächlich in einer Finanzkrise leben und uns nach der Decke strecken müssen.

Wir haben versucht, uns auf andere Weise diesen Problemen in der Ausländerbehörde zu nähern, nämlich durch die von Ihnen zitierten Gutachter, die ihre Ergebnisse abgeliefert haben. Wir arbeiten beständig daran, Wege zu finden, um solche Situationen, wie sie eingetreten sind, nach Möglichkeit zu vermeiden. Wir machen auch entsprechende Erfahrungen, die in anderen Städten maßgeblich gewesen sind, und versuchen sie umzusetzen. Für mich ist dieses Kapitel noch lange nicht abgeschlossen. Ich muß Ihnen allerdings sagen, daß das zur Zeit an den Kosten scheitert. Vielleicht gibt es andere Formen unechter Delegation von Aufgaben, wie zum Beispiel die Annahme und Abgabe von Anträgen, wie wir das jetzt in diesem Sofortprogramm gemacht haben.

Nun muß ich mich aber auch zu der derzeitigen Situation äußern. Ich möchte in aller Entschiedenheit Vorwürfe wie korrupte Chaosbehörde oder eine Behörde, die die Ausländer menschenunwürdig behandelt, zurückweisen. Um Ihre Beispiele aufzugreifen. Wir haben tatsächlich Über-

C

D

(Senator Hartmuth Wrocklage)

A griffe vom Wachpersonal eines privaten Sicherheitsunternehmens gehabt. Diesen Mitarbeitern wurde sofort gekündigt. Selbstverständlich haben wir, was das Thema Kindervisum angeht, auch türkische Zeitungen eingeschaltet und eine Informationspolitik gemacht, von der wir geglaubt haben, sie werde die Menschen aus ihrer Angst herausbringen, in die sie teilweise durch die gesamten Diskussionsverläufe geraten sind, weil die Befürchtungen sehr groß waren und die Gegenargumente einfach nicht angekommen sind.

Wenn Sie sich das Ergebnis dieser Operation ansehen, werden Sie feststellen müssen, daß man im Ergebnis nicht sagen kann, daß wir unsere Ziele im Hinblick auf das Thema Visumsfreiheit und Aufenthaltsgenehmigung nicht etwa erreicht hätten. Wir haben sie nicht nur erreicht, wir haben sie im Prinzip übererfüllt mit der weiteren Wirkung, daß die türkischen Kinder, die hier geboren sind, besser dastehen als vorher. Das sollte man auch einmal zur Kenntnis nehmen und ebenso, daß es diese Übergangsfrist bis zum 30. Juni des nächsten Jahres gibt.

Wir haben nicht erst jetzt reagiert, sondern als sich die Entwicklung im April andeutete, unsere Publikumszeiten erhöht und angepaßt. Wir haben Aufgaben intern verlagert. Das alles hat nichts genützt im Hinblick auf die dann Anfang dieses Monats eingetretenen schlimmen Zustände. Dann habe ich eine Notmaßnahme getroffen, die aus verschiedenen Elementen besteht.

(Glocke)

B **Präsidentin Ute Pape** (unterbrechend): Herr Senator Wrocklage, würden Sie der Abgeordneten Frau Knipper eine Zwischenfrage gestatten? (Zustimmung) — Bitte, Frau Knipper.

Zwischenfrage von Ingeborg Knipper CDU: Herr Senator Wrocklage, haben Sie es versucht, über die Schulbehörde die Kinder beziehungsweise deren Eltern anzusprechen — die Schulbehörde gibt praktisch alle Mitteilungen an türkische Eltern auch in der Muttersprache heraus —, und hat die Schulbehörde darauf reagiert? Offensichtlich ja mit Nein, da es nicht geschehen ist.

Senator Hartmuth Wrocklage (fortfahrend): Ich kann Ihnen diese Frage in diesem Augenblick nicht exakt beantworten. Wir haben aber viele einzelne Schritte gemacht, um eine bessere Informationspolitik sicherzustellen, übrigens in enger Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeauftragten. Ich hatte vorher schon gesagt, daß wir auch die türkische Presse informiert haben.

Nun zu den Sofortmaßnahmen. Wir haben einmal den Mittwoch zur Verfügung gestellt und zum anderen einen Sonderstab eingerichtet. Dann haben wir die fünf Dienststellen an fünf Feuerwehrtaxen eingerichtet. Ich kann nicht verstehen, Frau Bruns, wenn Sie von einer Freud-schen Fehlleistung reden, wo wir dort gestern über 400, heute über 300 Vorgänge bearbeitet haben. Das sind Zahlen, die alle wichtig sind, weil sie die Schlangen verkürzt haben.

Wir sind dabei, auch hierfür weiter zu werben, und bitten alle, die in diesem Bereich beteiligt sind, daran mitzuwirken, daß eine entsprechende Aufklärung gemacht wird, so daß wir unsere türkische Bevölkerung, ihre und andere Kinder aus Anwerbeländern wirklich erreichen, damit die

Situation, wie sie sich im Augenblick abgezeichnet hat, wesentlich verbessert wird. C

Ich weiß, da steht eine Aufgabe ins Haus, die wir ständig begleiten müssen. Ich habe diese Sache selbstverständlich jeden Tag unter Kontrolle. Wir handeln so gut wir können, aber ich kann wirklich nicht zaubern und muß auch darauf verweisen, daß wir vor der Sommerpause immer Engpaßprobleme gehabt haben, allerdings nicht in diesem Ausmaß. Deswegen auch die Gegenmaßnahmen, von denen wir glauben und hoffen, daß sie greifen. Wir werden jedenfalls die Situation überprüfen, um dann möglicherweise auch noch nachzusteuern. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Bruns.

Anna Bruns GAL: Nein, Herr Wrocklage, zaubern sollen Sie nicht, sondern ordentlich organisieren und verwalten. Das ist das einzige, was wir verlangen. Sie wissen, daß ich eine Kleine Anfrage gestellt habe, als sich abzeichnete, daß der Kanthersche Erlass zumindest quantitativ exekutiert werden würde. Sie haben sich damals noch mit dem Ausländerbeauftragten darum gestritten, ob es 18 000 oder 22 000 Visumsfälle sein werden. Qualitativ ist die Regelung etwas verbessert worden, aber quantitativ war sie absehbar. Es ist aber überhaupt nichts passiert.

Gucken Sie doch in andere Großstädte. Sie tragen jetzt eine Reihe von Maßnahmen vor, und nichts hat genützt. Die Schlangen stehen da, die Leute stehen 14 Tage lang. Ich kenne eine Frau, die seit 14 Tagen versucht, dort anzukommen. Die Information ist dort gleich Null. Manchmal kommt man mit einer Nummer dran, wird wieder herausgeschickt, ohne daß man beraten oder informiert wird, warum man draußen wieder warten soll. Dann ist die Öffnungszeit zu Ende, und man muß unverrichteter Dinge wieder nach Hause gehen. D

Manche Leute kommen mit drei Kindern, ziehen nur eine Nummer, kommen zur Sachbearbeiterin, die dann sagt, sie müßten aber drei Nummern ziehen, nämlich pro Kind eine Nummer. Kein Mensch ahnt etwas davon. Das ist ja auch das hausgemachte Elend dort, die Tatsache, daß neben der Visumsfrage noch der normale Publikumsverkehr in all seiner arbeitsaufwendigen Abwicklung anfällt.

Ich kann Ihnen Beispiele sagen, wo Menschen, die seit einem Jahr hier sind, alle drei bis acht Tage zur Ausländerbehörde müssen, um ihre Duldungen verlängern zu lassen. Sie wissen aber ganz genau, daß sie Duldungen auch langfristig geben können, weil sie sie zurücknehmen können, wenn der Duldungsgrund ausländerrechtlich erlischt. Das sind doch alles hausgemachte Mißstände. Das kommt noch dazu.

Man könnte natürlich nun sagen, Sie hätten ganz ordentlich gearbeitet, aber die Ausländer sind doof, denn die hätten das nicht verstanden, daß sie erst in einem Jahr kommen müßten. Man sollte aber einmal darüber nachdenken, was hinter dieser Hektik steckt. Natürlich stecken dahinter auch die Erfahrungen, die die Menschen, die hier leben, seit Jahren mit dem Ausländergesetz gemacht haben.

Dahinter steckt beispielsweise die Erfahrung, daß Fristen versäumt wurden, daß irgendeines dieser Kriterien wieder nicht erfüllt wurde, was dazu führen kann, daß oft die gesamte Lebensperspektive oder Familienzusammenhänge auseinandergerissen werden. Wir kennen doch die Fälle,

(Anna Bruns GAL)

A und Sie kennen sie auch. Das sind doch wirklich Fälle, die die Ausländer zumindest in ihren Familien, in ihrer Nachbarschaft gleichsam täglich erleben. Dahinter steckt eine Panik, daß man ja nichts falsch macht und die Angst vor immer mehr Law und null Order.

An diesen Begriff kann man hier gut anknüpfen. Keinerlei Order herrscht dort, aber immer mehr Law. Die Menschen werden verwirrt. Das Ausländergesetz ist verwirrend. Da guckt auch unsereins nicht durch. Wenn wir denken, endlich haben wir einen roten Faden, dann kommt jemand aus der Ausländerbehörde und sagt, April, April, legal sei der Aufenthalt, aber doch nicht legalisiert. Solche komischen semantischen Begriffe gehören zur Alltagserfahrung, und diesen Situationen sind Hunderttausende von Menschen, die zur Hamburger Wohnbevölkerung gehören, seit vielen, vielen Jahren ausgesetzt, und die Gesetze werden nicht liberaler, sondern enger und umzingeln sie mehr und mehr.

Von daher ist es völlig verständlich, daß die versuchen, so schnell wie möglich ihr Schäfchen ins Trockne zu bringen, damit ihnen nichts passiert und ihre Kinder nicht rausgeschmissen werden. Auf diese Ängste muß man eingehen. Man kann nicht einfach sagen, man verstehe nicht, warum es die Leute so eilig haben.

Jetzt zu Frau Brinkmann. Sie haben den Kopf geschüttelt,

(Jan Ehlers SPD: Das ist nicht zulässig, Frau Brinkmann! Das geht nicht!)

als ich gesagt habe, daß es dort brutal zugeht. Im Namen des Volkes ist letztes Jahr ein Urteil ergangen, in dem steht, daß

B „drei Menschen wie alleinige Machtinhaber despotisch und brutal agiert haben. Das konkrete Vorgehen war im Einzelfall von einer gewissen Feigheit gekennzeichnet. Meistens war es so, daß regelmäßig Verstärkung zusammgezogen wurde, bevor man den jeweiligen Geschädigten richtig in die Mangel nahm. Ein Hinweis auf das Wissen um die Rechtswidrigkeit des eigenen Tuns war dabei auch, daß die Prügel regelmäßig unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nämlich im Fahrstuhl oder in dem berüchtigten Zimmer 415, verabreicht wurden. Dabei hatten die Geschädigten während der Übermacht der Angreifer, die sie schließlich auch noch fesselten, keine Chance, den Attacken der Täter zu entgehen.“

Unter den Geschädigten war auch eine Frau. Dieser Wachdienst ist immer noch in der Ausländerbehörde beschäftigt. Diese Leute hindern Menschen, die im Warteraum sitzen, daran, durch einen Seiteneingang hinauszugehen, um sich Essen zu kaufen. Sie hindern Menschen, mit dem Kinderwagen auf und ab zu gehen, wenn das in den Wartezimmern zu stickig wird. Diese Leute schubsen und behandeln die Leute zum Teil wie Vieh. Das ist mehr als nur Mißmanagement, und da kann man auch nicht mehr reformieren. Diese Behörde muß in dieser Form weg.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Keskin.

Dr. Hakki Keskin SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde zu diesem Thema eine persönliche Stellungnahme abgeben.

Zunächst möchte ich der Presse meinen Dank für ihre Arbeit als vierte Gewalt in diesem demokratischen System sagen. Immer wieder stelle ich fest, wie wichtig die kriti-

sche Kontrolle und Begleitung der Politik und der Verwaltung durch die Medien ist. Die Lage in und bei der Ausländerbehörde — besonders seit der Einführung der Visums- und der Aufenthaltserlaubnispflicht für Kinder unter sechzehn Jahren aus den Nicht-EU-Staaten — ist in der Tat unerträglich, ist inhuman und inakzeptabel und dieser liberalen und weltoffenen Stadt nicht würdig.

(Beifall bei der GAL)

Die zugespitzte Lage bei der Ausländerbehörde in den letzten Wochen ist die Folge einer Verordnung des Bundesinnenministeriums. Diese Verordnung — besonders, was die Aufenthaltserlaubnispflicht der hier in Deutschland lebenden Kinder anbetrifft — war und ist nach sachlichen Kriterien in keiner Weise begründet und gerechtfertigt. Es war ein großer Irrtum, diese Verordnung, wenn auch in einer durch den Bundesrat gemilderten Form, zu unterstützen.

Nach der Annahme dieser Verordnung war es klar, welcher Engpaß bei der Ausländerbehörde entstehen würde. Warnungen hierzu hat es genügend gegeben, auch von mir. Es war vorauszusehen, daß die Betroffenen vor dem Beginn der Schulferien ihre Pässe verlängern würden, um ohne Risiko in den Urlaub gehen zu dürfen. Entsprechende Maßnahmen hätten also rechtzeitig eingeleitet werden müssen, um die katastrophalen Zustände verhindern zu helfen. Eine Anweisung der Länderinnenminister sowie der Innenminister hätte darüber erfolgen müssen, daß die Anmelde- und Schulbescheinigungen für die Einreise nach Deutschland bis Mitte 1998 ausreichen. Diese Anweisung hätte über Botschaften, Schulen, Konsulate und Medien bekanntgemacht werden müssen. Leider ist das Vertrauen der betroffenen Menschen in die Politik stark erschüttert, so daß allein Pressemeldungen über die Verlängerung der Frist bis Mitte 1998 kein Gehör fanden.

Das eigentliche Problem mit der Ausländerbehörde ist aber struktureller Art. In Hamburg leben rund 270 000 Nichtdeutsche. Ein Großteil dieser Menschen aus dem Großraum Hamburg hat nur mit dem Haus in der Amsinckstraße zu tun. Wegen ihrer Aufenthaltserlaubnisse und — verlängerungen müssen viele Nichtdeutsche dort hingehen. Deshalb ist eine Konzentration der Menschen an diesem einen Ort und sind die daraus resultierenden chaotischen Zustände fast unvermeidlich.

Genau deshalb fordern die Kenner des Problems seit über einem Jahrzehnt eine Dezentralisierung in die Orts- und Bezirksämter. Zuletzt wurde dieses Vorhaben aus finanziellen Gründen leider verschoben. Hierbei darf aber nicht vergessen werden, daß auch die Nichtdeutschen Steuerzahler sind und einen Anspruch auf akzeptable Dienstleistungen wie alle anderen Menschen auch in dieser Stadt haben.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der SPD und bei Christian Böckow STATT Partei, Markus Wegner fraktionslos und Wolfgang Kramer CDU)

Diese Zustände bei der Ausländerbehörde machen die Notwendigkeit der Dezentralisierung der Ausländerbehörde mehr als deutlich. Deshalb meine Bitte an den Senat, nunmehr auch im Interesse der Integration der Eingewanderten in die deutsche Gesellschaft diesen Schritt spätestens im nächsten Jahr zu realisieren. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der SPD und bei Christian Böckow STATT Partei, Markus Wegner fraktionslos und Wolfgang Kramer CDU)

A **Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde mich sehr kurz fassen und möchte nicht auf die persönliche Erklärung von Herrn Keskin eingehen, aber ich will etwas klarstellen.

Ich habe, auch auf Initiative von Herrn Keskin, im April mit Herrn Kanther über das Thema Öffentlichkeitsarbeit gesprochen. Ich habe mit Herrn Kanther am letzten Freitag über Gerüchte gesprochen, die mir zu Ohren gekommen sind, daß zum Beispiel türkische Stellen, aber auch ungarische, österreichische oder slowenische Grenzbeamte türkische Familien angeblich nicht zurückreisen lassen. Wir haben keine originäre authentische Information, sonst würden wir reagieren. Wir haben immer wieder gesagt, daß wir es als ausreichend ansehen und daß es respektiert wird, wenn die türkischen Familien ihre Aufenthaltsberechtigung zum Beispiel durch Schulbescheinigungen glaubhaft machen. Frau Knipper, wir haben inzwischen die Schulen angefaxt und diesen von ihnen vorgeschlagenen Weg insofern bereits beschriftet. — Vielen Dank.

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Ehlers.

Jan Ehlers SPD:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten zu diesem Thema eine Debatte, die auch die Kinken aufgezeigt hat, die durch die Initiative des Bundesinnenministers Platz gegriffen haben; aber das muß man dann auch für sich realisieren. Stein des Anstoßes ist die Kanther-Sofortverordnung.

(Ingeborg Knipper CDU: Ist das in anderen Städten so anders?)

B Sie hat zur Verunsicherung großer Bevölkerungskreise geführt. Dieses Haus hat sich das in der Debatte nicht zu eigen gemacht, sondern sehr differenziert darüber diskutiert.

Herrn Keskin stimme ich in einem Punkt aber nicht zu. Ich halte es schon für wichtig, daß diese Verordnung, wie der Bundesinnenminister sie auf den Weg gebracht hat, so nicht endgültig geworden ist, sondern eine deutlich veränderte und aus Sicht der Betroffenen abgemilderte Form erhalten hat. Das betrachte ich auch als persönliches Verdienst unseres hamburgischen Innensensors und bin für diese Vorgehensweise ausgesprochen dankbar.

Allerdings darf man eines nicht mehr übersehen, obwohl wir uns ansatzweise mit dem Thema immer befaßt haben. Auch unabhängig von dieser Sondersituation, die deutlich macht, wie schnell ein solches Haus überfordert ist, ist der Zustand in der Amsinckstraße für die ausländischen Bürger dieser Stadt und auch für uns nicht gut.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es ist aber nicht so, daß wir dieses verschweigen. Wir haben ein Ersuchen des Sozialausschusses beschlossen, eine Dezentralisierung vorzunehmen, weil es keinen Sinn macht, die Ausländer als Einheit zu sehen, sondern man bekommt wahrscheinlich die Probleme besser in den Griff, wenn man eine Dezentralisierung vornimmt und die verschiedenen Initiativen in den Verwaltungseinheiten mitberücksichtigt.

Insofern ist die Dezentralisierung wohl der richtige Weg, das hat der Senat auch nicht geleugnet, aber es ist ein finanzielles Problem. Wenn wir dieses mehr und mehr er-

kennen — alle haben diese Bilder gesehen, entweder vor Ort oder im Fernsehen —, so ist das nichts, auf das wir stolz sind. Hier zu einer Veränderung zu kommen, ist nicht nur eine Sache des Innensensors.

Ich greife einmal ein Beispiel heraus, das sehr weit zurückliegt, so daß sich niemand auf den Schlipps getreten fühlen kann. Als das Schwerbehindertengesetz in Kraft trat, wußte niemand, wie viele Menschen in Hamburg Anträge stellen würden. Es waren im Ergebnis nachher 160 000. Ernst Weiß war damals Senator, er steht eigentlich über jeder Kritik. Dreimal hat er personelle Verstärkung beantragen müssen, hat sie nicht aus dem eigenen Bestand nehmen können, sondern alle im Senat haben dazu beitragen müssen. Zum Beispiel wurden auch solche Wege beschriftet, daß diejenigen, die ihre Ausbildung beendeten, zuerst in diese Behörde gingen. Drei Jahre — skandalträchtig — dauerte die Bearbeitung der Rückstände dieser Anträge.

Es sind ja entsprechende Äußerungen zu hören gewesen, aber wir sollten die Diskussion über die Dezentralisierung nicht als abgeschlossen betrachten. Herr Keskin, als Abgeordnete können wir es uns nicht so einfach machen, uns aus der Finanzierung davonzustellen; diesen Aspekt haben wir mitzusehen. Aber wir sollten dieses weiter im Gespräch halten und mit etwas Phantasie auch ressortübergreifend einen Weg finden, zu einer grundlegenden Veränderung und Verbesserung zu kommen, die uns allen erlaubt, gerade in die Welt zu gucken.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Kramer.

Wolfgang Kramer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ehlers, Sie haben es zwar nachher noch ein bißchen relativiert, aber für das, was an der Amsinckstraße passiert, ist nun wirklich nicht der Bundesinnenminister verantwortlich.

Ich bin überzeugt davon, daß das Ganze, wenn wir eine Dezentralisierung hätten, die Leute also zu den örtlichen Einwohnerämtern gehen und von dort entsprechende Benachrichtigungen bekommen würden, sehr viel undramatischer verlaufen wäre.

Wir sollten nicht nur die hohen staatsrechtlichen Dinge im Auge haben. Sie wissen, daß wir da auch unsere Engagements haben. Die Fragen der menschlichen Behandlung, ob die Leute sich als zugehörig zu dieser Gesellschaft fühlen oder nicht, sind häufig viel wichtiger als dieses oder jenes Papier. Ich möchte auch Veränderungen, aber das wird man nicht mit 51 zu 49 Prozent machen können, sondern da muß man versuchen, einen möglichst breiten Konsens herbeizuführen.

Vielleicht paßt es manchen gar nicht, wenn ich das sage, aber wenn wir über Innere Sicherheit reden, so ist sicherlich auch ein Aspekt, daß wir 7,2 Millionen Menschen haben, von denen sechs Millionen und mehr auf Dauer hier bleiben. Wenn die sich zu diesem Staat und dieser Gesellschaft nicht zugehörig fühlen, dann entstehen irgendwann Situationen, daß unsere Polizei in bestimmten Stadtteilen wie eine Besatzungsmacht operiert. Und wenn die Bevölkerung kein Vertrauen zur Polizei hat, dann ist das die Grundbedingung für Mafia-Strukturen. Wenn wir über Innere Sicherheit reden, müssen wir dieses als langfristigen Aspekt auch im Auge behalten.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A **Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Zwei Bemerkungen. Erstens: Die Leute, die jetzt in die Amsinckstraße kommen, kommen nicht wegen der Pläne von Herrn Kanther dahin, sondern wegen der beschlossenen Regelungen, denen der Senat mit Ihrer Einwilligung zugestimmt hat. Sie können sich nicht herausreden, indem Sie sagen, der hatte noch Schlimmeres vor.

(Jan Ehlers SPD: Nein, wir haben nicht zugestimmt!)

— Der Senat hat im Bundesrat zugestimmt, sonst wäre dies nicht durchgekommen.

Zweitens zu den Kosten: Es wird nicht erörtert, was dieses Visa-Verfahren für die Kinder kostet, wohl aber werden die 2 bis 3 Millionen DM erwähnt, die die Dezentralisierung der Ämter kostet. Wenn wir eine Situation hinnehmen, wo das Gesicht des bundesrepublikanischen Staates für 270 000 Bürgerinnen und Bürger, die hier wohnen, Amsinckstraße ist, dann ist völlig klar, welche Wahrnehmung von diesem deutschen Staat diese 270 000 Menschen haben müssen, denn das ist der unmittelbare Kontakt. Diesen Menschen, die hier ohnehin ohne Bürgerrechte leben, die immerhin Menschenrechte genießen, begegnet der deutsche Staat in einer Situation, die mit menschenrechtlichen Umgangsformen nichts mehr zu tun hat, sondern mit Verachtung.

(Jan Ehlers SPD: Na, Menschenwürde ist ein bißchen hochgegriffen!)

So würde kein deutscher Amtsträger mit deutscher Bevölkerung umgehen, er wäre sofort weg vom Fenster. Er wäre so was weg vom Fenster, darüber würde überhaupt nicht mehr geredet. Aber in diesem Fall ist er keineswegs weg vom Fenster, sondern dieser Zustand hält im Prinzip seit Jahren an, und das kann nicht sein. Wir haben einen Etat von 18 Milliarden DM im Jahr, und ein menschlicherer Umgang mit 270 000, einem Sechstel der hamburgischen Wohnbevölkerung, die hier Steuern zahlen, scheitert an diesen 2 bis 3 Millionen DM. Wir haben über Hafenprojekte von 500 Millionen bis 1 Milliarde DM gesprochen. Kein Problem, das finanzieren wir locker wie immer, aber diese 2 bis 3 Millionen DM bringen wir nicht auf. Wir müssen uns schämen, wenn wir das nicht hinkriegen.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Hakki Keskin SPD)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen nicht vor.

Dann kommen wir zum dritten, von der SPD-Fraktion angemeldeten Thema:

Die Mai-Steuerschätzung — ein Offenbarungseid der CDU/CSU/F.D.P.-Koalition in Bonn

Wir haben noch sieben Minuten Redezeit. Das Wort hat Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Steuerschätzungen in Deutschland sind inzwischen das politische Ereignis des Jahres. Sie erreichen die dramatischen Dimensionen von Endzeitinszenierungen. Die Defizit-Spiralen drehen sich immer schneller und sind offensichtlich nicht unter politischer Kontrolle. Wir werden im Jahre 1997 nach der neuesten Schätzung 18 Milliarden DM Ausfälle für Bund, Länder und Gemeinden

haben, im nächsten Jahr 31,6, in den folgenden Jahren 32 und um die Jahrtausendwende 37,2 Milliarden DM. Diese Ausfälle sind dramatisch genug, dennoch geht es noch weiter. C

Der Bund wird etwa 9,1 Milliarden DM an Ausfällen in diesem Jahr verzeichnen und dazu 20 Milliarden DM umfinanzierte Kosten der steigenden Arbeitslosigkeit. Dazu kommt eine der interessantesten Steuerreformen des Jahrhunderts von 56 Milliarden DM, die derzeit nicht gegenfinanziert ist, von der Deckung der Abschaffung des Solidaritätszuschlags in einer Größenordnung von 8 Milliarden DM ganz zu schweigen.

(Klaus Lattmann CDU: Wir sind hier nicht im Bundestag!)

Vor diesem Hintergrund kann man nur feststellen, daß die öffentlichen Finanzen der Republik mehr oder weniger ruiniert sind. Sie sind nicht nur ruiniert, sie sind nicht einmal unter politischer Kontrolle. Es gibt keinen Primat der Politik in der Finanzwirtschaft mehr, sondern mehr oder weniger den freien Fall. Und diesen freien Fall kann man auch feststellen, wenn man sich Ihre Deckungsvorschläge für die Lücke im Bundeshaushalt genauer ansieht. Da schlagen Sie vor, die Telekom-Aktien zu verkaufen, ein wirklich interessanter Vorschlag, daß wir inzwischen mit Aktien Teile des Bundeshaushalts decken.

(Klaus Lattmann CDU: Wer sind „wir“?)

Sie schlagen vor, die Goldreserven der Bundesbank aufzulösen und die ursprüngliche Bewertung zu revidieren. Bei diesem Vorschlag erinnern wir uns doch daran, daß es einen Finanzminister Waigel gab, der sich vehement dagegen wandte, daß die belgische Regierung Goldreserven aktiviert, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Nun machen wir dasselbe nach dem Motto: Was schert uns unser Geschwätz von gestern, alles ist möglich, nichts kann nicht sein, wenn wir es denn brauchen. Das ist politischer Trickbetrug, wie Ihre Regierung versucht, die Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen. Da braucht man nichts Sozialdemokratisches mehr zu zitieren. Man braucht nur zu zitieren, was Ihr Koalitionspartner von sich gibt. Und was gibt der F.D.P.-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein von sich? Waigel soll mit der südamerikanischen Buchführung aufhören. Schöner kann man es eigentlich nicht sagen. D

Wenn Sie die internationale Presse lesen, dann werden Sie eine seltene gemeinsame Häme finden, zum Beispiel die Ausführungen des italienischen Finanzministers, der ein besonderer Freund von Finanzminister Waigel wegen dessen fundierter Ausführungen über Italien und die Maastricht-Kriterien ist, über die kreative deutsche Buchführung. Oder anders ausgedrückt: Da ist nichts mehr, was an dieser Bundesregierung seriös ist, meine Damen und Herren von der CDU hier im Hause. Wir befinden uns mehr oder weniger an einem finanziellen Abgrund und können ihn nicht aussitzen.

(Ralf Mairose CDU: Wo sind Ihre Vorschläge?)

Das Problem ist, daß diese Bundesregierung Länder und Gemeinden regelrecht in den freien Fall mitreißt. Und in der Situation stellt sich dann Finanzminister Waigel hin — ich zitiere aus der Bundestagsdebatte — und sagt:

„Die Probleme bringen uns nicht aus dem Konzept dessen, was wir für richtig halten.“

(Walter Zuckerer SPD)

- A Darf ich Sie fragen, was Sie denn für richtig halten? Ist das Ihr Konzept der Finanzpolitik? Was ist eigentlich aus Ihrer Sicht daran noch seriös, außer daß Sie sagen können, es gehe halt nicht anders, weil wir es nicht anders zustande bringen. Wenn Sie ein bißchen Einfluß hätten in dieser Bundes-CDU, würden Sie der ganzen Republik und auch Ihrer eigenen Partei einen Dienst erweisen, wenn Sie diesen Finanzminister ablösen würden, und wir würden Sie dabei unterstützen. Sie wissen selbst, daß es so nicht mehr weitergeht. Sie sind inzwischen zu einer Partei der Steuerlügen und der Minusrekorde geworden, und ich füge noch hinzu, auch der Euro-Lügen. Ihnen fällt im Grunde genommen finanzpolitisch nichts mehr ein.

Wenn Sie sich dann hinstellen und öffentlich als Reaktion auf dieses finanzielle Desaster, Herr Dr. Freytag, in einer Presseerklärung erklären, daß nun endlich der Zeitpunkt gekommen sei, wo dieser Senat keine heiligen Kühe mehr bewahren könne, sondern wo er öffentliches Vermögen verkaufen müsse, dann hat man den Eindruck, daß Sie eine Finanzkrise erfreut begrüßen nach dem Motto: Der Ausverkauf ist endlich da, wir von der CDU wollten ihn immer, wir wollten nie etwas anderes. Es ist, das muß ich Ihnen ehrlich sagen, von vorne bis hinten nur noch komisch, was Sie finanzpolitisch abliefern.

(Beifall bei der SPD und bei Dieter Obermeier STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Runde.

- B **Senator Ortwin Runde:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Mai-Steuerschätzungen haben seit einigen Jahren — wenn man es genau betrachtet, seit vier Jahren — jeweils an sich, daß die ursprünglich eingesetzten Prognosen nach unten korrigiert werden mußten. Dies war im letzten Jahr am dramatischsten, aber auch dieses Jahr wieder in einer Größenordnung von 18 Milliarden DM, ansteigend in den nächsten Jahren auf 31, 32 und 37 Milliarden DM.

Dies ist zum einen durch die konjunkturelle Entwicklung verursacht. Seit 1993 hat es diese Republik nicht geschafft, eine Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben, die zu einem Aufschwung geführt hätte. Dieser Faktor ist bedeutsam, aber schon in der Mai-Steuerschätzung des letzten Jahres wurde deutlich, daß eine noch größere Wirkung als die konjunkturellen Faktoren die Faktoren der Steuerrechtsänderung der letzten Jahre gehabt haben. Etwa zwei Drittel der Steuerausfälle bei der letzten Mai-Steuerschätzung waren auf Steuerrechtsänderungen und ihre Folgen zurückzuführen, die anders eingeschätzt wurden. Herr Schäuble ist in der diesjährigen Bundestagsdebatte über die Mai-Steuerschätzung dann auch zu der Erkenntnis gekommen, daß nicht nur der konjunkturelle Punkt eine Rolle gespielt hat, sondern die Steuergestaltungsmöglichkeiten. Die Regierung hat in der Tat mit ihrer hektischen Steuerpolitik den Überblick über die Wirkung von Steuerrechtsänderungen verloren.

18 Milliarden DM in diesem Jahr weniger bedeutet, daß, wenn man sich korrekt verhält, die Stabilitätskriterien für den Euro nicht mehr gefährdet wären, sondern nicht eingehalten werden können. Hier wird deutlich, daß die Bundesrepublik, die sich immer zum Lehrmeister für alle anderen in Europa aufgeschwungen hat, selbst zur kleinen Mogelei oder zu Buchhaltertricks greifen muß, um die Stabilitätskriterien erfüllen zu können. Dieses ist natürlich kein

Beitrag dazu, die Deutschen und Europäer von der Werthaltigkeit und Stabilität des Euro dauerhaft zu überzeugen. Dies ist auch kein Beitrag zur europäischen Integration. Diese Taschenspielertricks werden uns auf Dauer ganz teuflisch schaden.

Und eines wird auch deutlich: Wenn der Bund sagt, beim Stabilitätspakt kommt es darauf an, daß Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam Stabilitätskriterien erfüllen und für den Fall der Verfehlung von Stabilitätskriterien dann diejenigen sanktioniert werden, die dazu beigetragen haben, daß die Stabilitätskriterien verfehlt wurden, dann wird deutlich, daß sich die Länder auf so etwas gar nicht einlassen können, wenn der Bund allein definieren kann, in welchem Umfang und wie man Stabilitätskriterien für den Euro erfüllt oder nicht erfüllt. Man muß sich das einmal vorstellen: Wenn wir ein, zwei Jahre mit dem Euro weiter wären, hätte die Bundesregierung die Möglichkeit, zu definieren, ob Länder und Gemeinden sanktioniert werden oder nicht, je nachdem, wie sie ihren und ob sie ihren Mogeleinfluß in Brüssel geltend macht; dies kann nicht sein.

Was nützt diese Mai-Steuerschätzung, da die Steuerreformpläne der Bundesregierung geplatzt sind und sich gezeigt hat, daß das alles Illusionen waren. Daß es nicht geht, dem Bürger 57 Milliarden DM Nettoentlastung zu versprechen, wird mehr als deutlich. 37 Milliarden DM davon sind jetzt schon weggegeben worden ohne eigenen Willen. Und Waigel sagt nicht etwa, diese Mai-Steuerschätzung bringt mich zur Umkehr, sondern betrachtet es als eine Bestätigung seiner Steuerreformpläne.

Man muß einmal zu den bisherigen Defiziten im Finanzplan der Bundesregierung mit den Ausfällen aufgrund der Steuerschätzung die Nettoentlastung addieren, die mit der Steuerreform beabsichtigt wird. Herr Freytag, der jetzt nicht da ist, würde einen großen Schrecken bekommen, in welche Staatsverschuldung wir dann hineinlaufen. Hier wird auch deutlich, daß das Konzept der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Vermögensveräußerungen einzusetzen, um Staatsverschuldung abzubauen, eine Argumentation ist, die der Realität nicht standhält.

(Elisabeth Kiausch SPD: Das ist sehr höflich ausgedrückt!)

Selbst wenn der gute Herr Waigel in der gegenwärtigen Situation — im letzten Jahr hatte er eine Nettokreditaufnahme und eine Neuverschuldung von 78 Milliarden DM, gegenwärtig liegt er bei 53 Milliarden DM — überlegt, ob er die Nettokreditaufnahme auf 63 Milliarden DM erhöht, kann er damit die Haushaltslöcher noch nicht stopfen. Selbst wenn er Telekom-Aktien und die Lufthansa kräftig verkauft, wird er nicht in der Lage sein, allein diese Nettokreditaufnahme durch Vermögensmobilisierung auszugleichen. Der Glaube, man könne Vermögen mobilisieren und damit Schuldenabbau betreiben, ist ein schlichter Irrglaube. Dieses ist weder in Bonn noch in Hamburg möglich.

Wenn ein Spieler sich selbst ruiniert, dann ist das bedauerlich für ihn. Wenn er andere ruiniert, dann ist dieses böseartig.

(Elisabeth Kiausch SPD: Richtig!)

Was wir gegenwärtig erleben, ist der Ruin und die Zerstörung der Staatsfinanzen dieser Republik auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden.

(Elisabeth Kiausch SPD: Und also böseartig!)

(Senator Ortwin Runde)

- A Austragen und aushalten müssen es am Ende die Bürgerinnen und Bürger. Was auf Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Jahren zukommt, wird deutlich, wenn man sich die Diskussion der Bonner Koalition über weitere Sparanstrengungen anhört. Es ist bezeichnend, daß Herr Waigel und Herr Kohl sagen, mit dem Sparen gehe es so nicht mehr weiter. Da sei nicht mehr viel zu holen, wir bräuchten eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme und auch Steuererhöhungen. Das sind interessante Diskussionen.

Vor dem Hintergrund, vor dem wir gegenwärtig Politik machen, wäre eine Reaktion des Ausgleichs der ausfallenden Steuereinnahmen durch zusätzliche Einsparungen wirtschaftspolitisch nicht zu verantworten. Es würde vor allem die Investitionen treffen und damit bedeuten, daß die Konjunktur weiter nach unten und die Arbeitslosigkeit weiter nach oben geht. Deswegen können auch kurzfristig wirksame und vielleicht populäre Maßnahmen wie Haushalts-sperren in einer solchen Situation nicht helfen, sondern vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, daß sich der Finanzplanungsrat in Bonn auf seiner nächsten Sitzung im Juni darüber unterhält, wie man eine Wende in der Finanzpolitik hinbekommt, die endlich Schluß mit der Abwärtsentwicklung der wirtschaftlichen Spirale macht und neue Wachstumsimpulse auslöst. Es wird erforderlich sein, sich partienübergreifend und auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden zu verständigen, denn wenn jeder im Teufelskreis von Einnahmeausfällen und Einsparungen weitermacht, dann kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus. Wir haben eine tiefe Einnahmekrise, die wir auf der Ausgabenseite allein mit Sicherheit nicht lösen können. — Schönen Dank.

- B (Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Mairose.

Ralf Mairose CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die „Süddeutsche Zeitung“, Herr Zuckerer, muß Ihre Rede gekannt haben, denn sie schreibt in ihrer Ausgabe vom letzten Wochenende:

„Die Schadenfreude und Häme, mit der insbesondere Sozialdemokraten derzeit über Waigel herfallen, ist zwar verständlich und entspricht durchaus den parteipolitischen Spielregeln zwischen Regierung und Opposition.“

Hier höre ich erst einmal auf und betone, daß ich das bei Ihnen nicht gemacht habe, Herr Finanzsenator, bei den vielen Löchern, die sich am Schluß eines jeden Jahres ergeben haben. Wir haben sogar Vorschläge gemacht, wie man damit umgehen kann, und Ihnen manches erleichtert, was wir auch hätten erschweren können, wenn wir den Rechtsweg beschriften hätten.

Die Lage ist schlimm, das will ich gerne einräumen, das ist gar keine Frage. Vor einer solchen Situation stand die Bundesrepublik noch nie. Ich weiß zwar nicht, ob es klug ist, wenn ausgerechnet im Haus Hamburg die ganz großen Worte hierzu fallen. Das könnte man vielleicht auch anderen Ländern überlassen, die noch eine etwas bessere Situation haben. Wir haben in Hamburg — um ein paar Daten zu nennen — in den letzten 13 Jahren fünf Finanzsenatoren und eine -senatorin verbraucht. Wir decken seit Jahren unsere Haushaltsdefizite aus dem Grundstock — alleine 1 Milliarde DM in den letzten Jahren, 1,8 Milliarden DM aus der Scheinprivatisierung der Stadtentwässerung, was der

Bürger über höhere Gebühren zu spüren bekommt, 250 Millionen DM durch die Stadtreinigung, 1,2 Milliarden DM durch den Verkauf von HEW-Aktien. In diesem Jahr fehlen noch einmal 1,3 Milliarden DM, also ein Betrag von fast 6,5 Milliarden DM, der allein aufgebracht worden ist, um das Finanzloch der Stadt in den letzten Jahren zu stopfen.

Dagegen belaufen sich die Sparanstrengungen, wenn sie denn gelungen sind — das wissen wir nicht, das kann auch keiner im Augenblick wissen —, auf einen Betrag von 1 Milliarde DM. Diese Sparanstrengungen wurden nur dadurch erbracht, daß man an den Zuwachsraten reduziert hat, also nicht an den tatsächlichen Ausgaben. Die zweite Milliarde, sagt der Rechnungshof, wird die schwierigste.

(Senator Ortwin Runde: Jährlich! Modifiziert die Zahl der Jahre! — Gegenruf von Dr. Roland Salchow CDU: Er will die HEW jedes Jahr verkaufen!)

— Das ist doch das Problem.

Meine Damen und Herren! Bundesfinanzminister Waigel kann keineswegs seine Steuerschätzung nach Belieben vorlegen, sondern hierfür gibt es den Arbeitskreis Steuerschätzung. Und in dem sind nicht nur Bundesfinanzminister, Bundeswirtschaftsminister, Bundesbank, Sachverständigenrat, Statistisches Bundesamt, sondern auch die Länderfinanzminister beteiligt, das heißt auch Hamburg. Der einzige Schwachpunkt ist, daß dieser Arbeitskreis Steuerschätzung die Konjunkturdaten des Wirtschaftsministeriums beziehungsweise eines Konglomerats aus Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsministerium zugrunde legt.

Das Problem ist aber, wenn ich mir die letzte mittelfristige Finanzplanung angucke, daß für Hamburg nominal ein genau so großes Wirtschaftswachstum geschätzt wurde wie durch das Wirtschaftsministerium für den Bund, nämlich 3,5 Prozent. Daran war Hamburg offenbar beteiligt.

Nun gibt es — das hat der Finanzsenator richtig angesprochen — das strukturelle Problem der permanenten Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre, das zu diesen großen Unsicherheiten führt. Aber ich sehe nicht, wie eine andere Bundesregierung oder gar SPD-regierte Länder dies lösen wollen beziehungsweise besser gemacht haben; jedenfalls haben sie auch nichts anderes vorhergesagt.

(Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

Jede Opposition kann Kritik üben, soviel sie will, aber es ist manchmal überzogen, wenn es ausgerechnet von dieser Seite aus erfolgt.

Meine Damen und Herren! Ich fürchte, auch in Hamburg werden wieder Steuerausfälle zu verzeichnen sein. Man hätte also nicht, wie noch im Dezember verabschiedet, eine Zuwachsrate bei den Einnahmen von 4,3 Prozent vor Länderfinanzausgleich schätzen dürfen. Das Land Brandenburg ist zum Beispiel in der Ausgabenplanung unterhalb der Schätzung des Finanzplanungsrats und des Arbeitskreises Steuerschätzung geblieben und hat für 1997 nur einen Zuwachs von 1,6 Prozent angesetzt, also sehr viel realistischer als Hamburg. In den letzten Jahren haben sich die Defizite, die neu in den übernächsten Haushalt eingestellt werden müssen, ständig vergrößert.

Zuletzt noch ein Wort zur, wie Sie sich ausgedrückt haben, südamerikanischen Buchführung.

(Elisabeth Kiausch SPD: Ne, das war Herr Köppelin! Das war ein Zitat!)

— Gut, dann zitiere ich Herrn Köppelin entsprechend.

(Ralf Mairose CDU)

- A Entscheidend wird sein, ob Deutschland am Euro teilnimmt.

(Glocke)

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Herr Mairose, Sie müssen zum Schluß kommen.

Ralf Mairose (fortfahrend): Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. — Entscheidend wird sein, wie EUROSTAT, das Statistische Amt der Europäischen Union, dieses bewertet. Nach der deutschen Gesetzgebung wären die gemachten Vorschläge nicht illegal. Es müßten zwar Gesetze geändert werden, aber sie behindern nicht die Teilnahme Deutschlands am Euro. — Ich danke Ihnen. ...

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Wilfried Maier GAL: In einem möchte ich Herrn Runde und Herrn Zuckerer recht geben. Die Haushaltspolitik des Bundes, insbesondere die Steuerpolitik, kann man nur noch als delirierend bezeichnen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Da wird seit Jahr und Tag die Einkommensteuer gesenkt, zwar nicht der Grenzsteuersatz, aber durch immer neue Ausnahmeregelungen auf der Unternehmensseite haben wir seit Mitte der achtziger Jahre eine Politik der Senkung der Unternehmens- und Einkommensteuer mit dem Ergebnis, daß die Last dort ständig schwächer wird, was den Beitrag zum Gesamtsteueraufkommen anbetrifft.

- B Seit Jahr und Tag wird aber immer wieder als Lösung aller Konjunkturprobleme empfohlen, die Steuern da noch weiter zu senken, dann gäbe es einen wunderbaren Aufschwung. Auch jetzt wird wieder empfohlen, die Grenzsteuersätze nicht etwa aufkommensneutral zu senken, sondern zusätzliche Steuergeschenke in der Größenordnung von etwas über 50 Milliarden DM zu machen. Das ist verrückt in einer Situation, in der die öffentlichen Ausgaben nicht mehr geleistet werden können, so daß man das nur noch als delirierend bezeichnen kann.

(Beifall bei der GAL und bei Michael Dose SPD)

Wenn der Finanzminister in dem Moment, in dem er seinen Offenbarungseid schwören muß, auch noch vor die Presse tritt und sagt, ich fühle mich darin bestätigt, auf Einnahmen seitens der Unternehmen weiterhin zu verzichten, dann ist das überhaupt nicht mehr faßbar.

Wenn Hamburg im Finanzplan 1996 bis 2000 mit jährlichen Steigerungsraten von 5 Prozent gerechnet hat, was ich schon im letzten Jahr an dieser Stelle für illusionär erklärt habe, dann ist diese Illusion geplatzt; Sie haben damals bestritten, daß es eine war. Das heißt, Ihre gesamte Finanzplanung bis ins Jahr 2000 können Sie als Makulatur betrachten. Sie können jetzt zwar sagen, daran sei der Bund schuld et cetera, aber daß die Bundesregierung noch ein Jährchen im Amt sein würde, war abschätzbar, und daß die Steuergesetze so sind, wie sie sind, war auch abschätzbar. Die konjunkturelle Hoffnung, die Sie immer hegen, in Gottes Ohr.

Auf jeden Fall ist die Finanzplanung Hamburgs Makulatur. Wenn Sie dem Bund vorwerfen, er verkaufe zum Haushaltsausgleich Telekom-Aktien, was verkaufen wir denn?

(Ralf Mairose CDU: Ja, eben!)

C Wir verkaufen HEW-Aktien. Wo da der qualitative Unterschied ist, bleibt zu fragen; auf der Ebene des Verkaufs ist es sicher keiner. Nur hätte der Bund die Möglichkeit der Korrektur auf dem Wege der Steuerpolitik, die wir in Hamburg nicht haben. Wir können keine veränderte Steuerpolitik machen, insofern sind uns die Hände gebunden. Aber es wäre auf jeden Fall richtig gewesen — ich erwarte das zumindest für den Finanzplan für die kommende Planungsperiode —, die Dramatik der Situation nicht noch zu beschönigen, indem man mit höheren Einnahmen rechnet, als sie wahrscheinlich eintreten. Wenn man diese Beschönigungen macht, steht man nachher mit heruntergelassenen Hosen da. — Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Obermeier.

Dieter Obermeier STATT Partei: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zu der offensichtlichen Unfähigkeit des Bundesministers der Finanzen, seine Finanzzahlen besser einzuschätzen, nicht äußern. Tatsache ist, daß die erneuten Mindereinnahmen auf den Hamburger Haushalt verheerend durchschlagen werden. Die Größenordnung werden wir in der nächsten Woche erfahren. Mit den erforderlichen Maßnahmen können wir uns das erste Mal auf der Sondersitzung des Haushaltsausschusses am 30. Mai auseinandersetzen.

Wir haben jedenfalls in Hamburg seit der Kooperation 1994 unsere Schularbeiten gemacht. Im letzten Jahr betrug der Ausgabenzuwachs nur 0,4 Prozent, in den Ländern 3,3 Prozent und im Bund 4,3 Prozent.

(Ralf Mairose CDU: Denken Sie an die Schulsenatorin!)

D — Die Schulsenatorin hat einen Vorgriff auf das nächste Jahr gemacht. Darüber werden wir uns auch noch unterhalten

(Ingeborg Knipper CDU: Allerdings!)

in der Sondersitzung des Haushaltsausschusses.

Das hat nichts damit zu tun, daß wir eine strenge Ausgabendisziplin geübt haben und nebenher — das sieht das Konsolidierungsprogramm ausdrücklich vor — Vermögensmobilisierung in Milliardenhöhe vornehmen müssen, und nicht, wie immer wieder von der CDU behauptet wird, zur Schuldentilgung, sondern um den Betriebshaushalt auszugleichen

(Dr. Wilfried Maier GAL: Die Handelskammer als Inbegriff wirtschaftlicher Vernunft glaubt das auch!)

In einer zeitlichen Linie, Herr Dr. Maier, bis zum Jahre 2000, wenn nicht wieder erneute Schreckenszahlen kommen — das deutet sich schon wieder an — und wir neue Entscheidungen treffen müssen. Wir können aber, das hat der Finanzsenator auch gesagt, nicht immer nur weiter sparen, weder bei den Investitionen noch bei den Ausgaben.

STATT Partei hält an dem eingeschlagenen Weg der Konsolidierung fest

(Hartmut Engels CDU: Angeschlagen!)

— nicht angeschlagenen, nicht fehlgeschlagenen, sondern eingeschlagenen Weg —

(Dr. Roland Salchow CDU: Durchgeschlagen!)

(Dieter Obermeier STATT Partei)

- A auch über den 21. September 1997 hinaus, Herr Professor Salchow, davon bin ich fest überzeugt, und dann werden Sie ganz schön dumm aus der Wäsche gucken. — Danke.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Wegner.

Markus Wegner fraktionslos: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf den Beitrag von Herrn Obermeier Bezug nehmen.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Ich kann Sie so schlecht verstehen, Herr Wegner!)

Eine Gruppierung ist seinerzeit damit angetreten, den Haushalt zu konsolidieren. Und wie sieht diese Konsolidierung nun aus? Wir haben einen rasanten Anstieg der weiteren Schulden der Hansestadt Hamburg, Verkäufe und Umbuchungen durch entsprechende Ausgliederungen in Milliardenhöhe, und dann kommen wir immer noch auf eine Steigerung der Schulden in Hamburg.

Aber es geht nicht darum, daß wir steigende Schulden haben; das ist überall der Fall. Man könnte trotzdem etwas dagegen tun, die Frage ist nur, was denn getan wird.

(Karin Rogalski SPD: Sagen Sie uns das mal! Sie wissen doch immer alles!)

Nur zu sagen, wir sparen uns kaputt oder sparen bei den Investitionen, kann es nicht sein.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Die fraktionslosen Abgeordneten werden uns aus dieser Misere helfen!)

- B — Regen Sie sich nicht so auf, Herr Obermeier. Ich frage Sie, was Sie hier gemacht haben. Sie haben es bis heute nicht fertiggebracht, die Personalstruktur in den Hamburger Behörden so anzupacken, daß etwas dabei herauskommt.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Sie haben das seinerzeit verhindert!)

Ich will noch ein Beispiel nennen. Heute abend wird noch über das Bezirksverwaltungsgesetz gesprochen, wozu es eine Anhörung gegeben hat, bei der Fragen nach den Einsparungen gestellt worden sind.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Klogschieter heißt das auf Plattdeutsch! — Elisabeth Kiausch SPD: Das ist nicht dieser Tagesordnungspunkt!)

Frau Kiausch, diese Zahlen liegen bis heute nicht auf dem Tisch. Es sind sogar Experten gefragt worden, die sagten, wahrscheinlich bringe es überhaupt nichts, vielleicht werde es sogar noch teurer. Ein gewisser Teil in dieser Stadt sitzt auf sehr guten Positionen, der untere Bereich in den Behörden wird abgespeckt, aber der Mittelbau und die Spitze werden noch weiter aufgestockt. Das ist ein Beispiel von Haushaltskonsolidierung, wie es nicht sein darf.

Ich frage, wenn man über das Thema Finanzen und Haushalt hier spricht, an welcher Stelle wie konsolidiert worden ist. Es ist überhaupt nichts gemacht worden, sondern alles mit dem roten Häkchen abgehakt worden, was die SPD vorgelegt hat. Das ist das eigentliche Problem, das wir in dieser Stadt haben, Herr Obermeier.

(Beifall bei der CDU — Dr. Roland Salchow CDU: Er hat recht, er hat völlig recht!)

Vizepräsident Rolf Kruse: Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde ist beendet. C

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf: Große Anfrage der SPD-Fraktion über die Verbesserung des Schutzes von Kindern vor sexuellem Mißbrauch.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Verbesserung des Schutzes von Kindern vor sexuellem Mißbrauch — Drucksache 15/7240 —]

Das Wort hat Frau Rogalski.

Karin Rogalski SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema sexueller Mißbrauch von Kindern ist zwar aus den großen Schlagzeilen der Medien heraus, das heißt aber nicht, daß es deswegen nicht mehr aktuell ist.

Aus den Antworten des Senats auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion geht deutlich hervor, daß es nicht nur die spektakulären Fälle von Entführung und Mord sind, denen wir unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Es sind die tagtäglichen Qualen, die Hunderten von Kindern in diesem Land zugefügt werden und unter denen sie ein Leben lang leiden, mit denen wir uns auch weiter werden befassen müssen.

Jede Gewaltanwendung ist abzulehnen. Besonders widerwärtig aber ist die sexuelle Gewalt gegenüber Kindern und Frauen. Ich möchte in der Reihenfolge der Fragen beziehungsweise der Antworten des Senats auf einige Aspekte dieser besonders abstoßenden Form von Kriminalität eingehen.

In den letzten Jahren sind in Hamburg jährlich zwischen 500 und 700 Kinder Opfer sexuellen Mißbrauchs geworden. Das ist eine erschreckend hohe Zahl, vor allen Dingen, wenn man sich bewußt macht, daß es sich hier nur um die Zahl der angezeigten Fälle handelt und es eine hohe Dunkelziffer gibt. Es gibt Schätzungen, die von einem Verhältnis von einem angezeigten Fall zu zehn nicht angezeigten Fällen ausgehen. Der Anteil der Täter aus dem Familien- und Bekanntenkreis ist sehr hoch, er liegt bei rund einem Drittel. Kindern wird durch diese Täter häufig ein derartiges Schuldbewußtsein einge-redet, daß sie sich nicht als Opfer, sondern als Täter sehen. Sie haben Angst, sind verunsichert, und wenn sie es schaffen, eindeutige Signale an Erwachsene zu geben, wird dieses oft nicht wahrgenommen oder besonders von Müttern bewußt übersehen, wenn es sich bei den Tätern um den Ehemann beziehungsweise den Partner handelt. D

Diese Kinder sind in einer ausweglosen Situation. Der prozentuale Anteil der mißbrauchten Mädchen liegt deutlich höher als der der Jungen. Dennoch ist der Anteil der Jungen unter den Opfern deutlich höher als in der breiten Öffentlichkeit vermutet; er beträgt rund 30 Prozent.

Dabei sollte man sich einige Erkenntnisse der Kriminalistik ins Bewußtsein rufen. So gut wie jeder Gewalttäter hat in seiner Kindheit oder Jugend Gewalt erfahren, das gilt auch für Sexualstraftäter. Dabei neigen Männer eher dazu, Gewalt, die sie selbst erfahren haben, auch gegen andere weiterzugeben. Mädchen und Frauen reagieren eher selbstzerstörerisch. Die Häufigkeit von Bulimie bei Frauen ist dafür zum Beispiel ein Indiz.

Im Vergleich zur Zahl der angezeigten Straftaten ist die Zahl der tatsächlich verurteilten Personen sehr gering. Für mich drängt sich die Bewertung auf, daß den Erwachse-

(Karin Rogalski SPD)

A nen, den Angeklagten mehr geglaubt wird als den mißbrauchten Kindern. Deshalb ist es besonders zu begrüßen, daß der Senat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen hat, die Strafmittlung zu verbessern. Die Einrichtung des Fachkommissariats Sexualdelikte und die geplante Einrichtung eines Sonderdezernats sexuelle Gewalt bei der Staatsanwaltschaft sind Schritte in die richtige Richtung. Auch der Einsatz von Videotechnik bei der Vernehmung kindlicher Zeugen ist ausdrücklich zu begrüßen. So kann zumindest eine weitere Vernehmung des Kindes bei der Staatsanwaltschaft überflüssig gemacht und die mit den Vernehmungen verbundene zusätzliche seelische Belastung für die Opfer verringert werden. Auch das Angebot eines Zeugenbetreuungsraums und der damit verbundenen Möglichkeiten verdient Anerkennung.

Ausdrücklich loben möchte ich auch den Einsatz Hamburgs im Bundesrat beim Zustandekommen des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz kindlicher Zeugen, durch das eine Verringerung der bisher in der polizeilichen und justiziellen Praxis notwendigen Mehrfachvernehmung erreicht werden soll. Durch die Nichtkonfrontation Opfer/Täter wird der Druck von den Opfern genommen.

Der Bundesrat hat diesen Entwurf mit Mehrheit im März dieses Jahres angenommen. Jetzt ist die CDU/F.D.P.-Mehrheit im Bundestag gefordert, ihre Pflichten zu erfüllen und das Gesetz zu beschließen. Ich fordere Sie auf, das auch aus Hamburg noch einmal zu unterstützen.

Ich unterstütze die Auffassung des Senats, daß entgegenkommende Handlungen, die ein Kind vornimmt, um die Gefahr von Leib und Leben abzuwehren, sich für den Täter nicht strafmildernd auswirken dürfen. Um so bedauerlicher ist es, daß es immer wieder Urteile gibt, die dem Täter aus diesem Grunde mildernde Umstände zubilligen.

B In diesem Zusammenhang möchte ich etwas zur gegenwärtigen Gesetzeslage sagen. Sexueller Mißbrauch von Kindern gilt rechtlich gesehen immer noch als Vergehen, nicht als Verbrechen. Die Mindeststrafe für sexuellen Kindesmißbrauch muß auf ein Jahr erhöht werden. Hier ist der Bundesgesetzgeber gefordert. Die SPD-Bundestagsfraktion hat der CDU/F.D.P.-Mehrheit im Bundestag dazu mit ihrem Antrag zum „Gesamtkonzept zum Schutz unserer Kinder vor sexueller Gewalt“ im Frühjahr dieses Jahres eine paßgenaue Vorlage geliefert. Die Hamburger CDU sollte sich dafür einsetzen, daß dieses Konzept auch von der Mehrheit des Bundestages so beschlossen wird.

In einem Punkt möchte ich aber einer Senatsbewertung widersprechen. Es hat sich herausgestellt, daß die Daten von Sexualtätern nicht immer lange genau gespeichert werden. Hier sollte der Datenschutz zugunsten des Opferschutzes zurücktreten.

Wie sich aus der Antwort des Senats ergibt, ist das Therapieangebot in Hamburg gut. Das bestätigte mir auch die Leiterin der Sozialtherapeutischen Anstalt in Bergedorf, Frau Barth, in einem längeren Gespräch. Deutlich wurde mir dabei aber auch folgendes: Eine Zwangstherapie, wie sie oft gefordert wird, ist abzulehnen. Nicht jede, nicht jeder ist therapierbar. Vorbedingung für den Erfolg einer Therapie ist, daß der Patient beziehungsweise in diesem Fall der Gefangene ihn auch selber will. Darauf baut auch das Angebot der Anstalt in Bergedorf auf. Die Erfolge, die in Bergedorf erzielt wurden, beruhen alle auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. In einem gründlichen Vorverfahren wird ermittelt, wer bereit ist, sein Leben tatsächlich zu ändern.

C Für das Konzept der Anstalten in Bergedorf und in Alten- gamme spricht der Therapieerfolg von 80 bis 90 Prozent und die geringe Abbrecherquote von nur drei bis fünf Fällen pro Jahr. In einigen, wenn auch wenigen Fällen gelingt sogar der Täter-Opfer-Ausgleich. Es wäre sehr wünschenswert, daß das Therapieangebot auch in anderen Bundesländern auf Hamburger Niveau angehoben beziehungsweise ausgebaut wird, denn einige Bundesländer haben so etwas überhaupt nicht.

Zu kritisieren ist das Verhalten der Krankenkassen. Sie lehnen in der Regel die Übernahme der Kosten für die Fortsetzung der Therapie nach der Haftentlassung ab. Insbesondere wird dieses abgelehnt, wenn jemand aus dem Hamburger Umland zur Therapie nach Hamburg muß, weil an seinem Wohnort keine Möglichkeit der Therapiefortsetzung vorhanden ist. Dieses kleinkarierte, kleinstaatliche Denken übersteigt mein Verständnis. Schließlich geht es um die weitere Stabilisierung von Straftätern und somit um den Schutz potentieller Opfer.

Der Senat listet in seiner Antwort auf mehr als zwei eng bedruckten Seiten die Maßnahmen zur Qualifizierung der mit sexuellem Mißbrauch befaßten Fachkräfte auf. Es wird also eine Menge getan, obwohl man sagen muß, daß es immer noch nicht genug ist, wenn man sich die Anzahl der Fälle ansieht. Sehr begrüßenswert sind die verstärkten Anstrengungen zur Zusammenarbeit und, wie man heute sagt, Vernetzung der Arbeit der verschiedenen mit den Erscheinungsformen der sexuellen Gewalt gegen Kinder befaßten Dienststellen.

D Zu den Antworten des Senats zum Bereich Prävention und Hilfsangebote möchte ich zwei Anmerkungen machen. Bei „Männer gegen Männergewalt“ sollten entgegen den Vorstellungen der Justizbehörde keine Stelleneinsparungen vorgenommen werden. Wenn Männer schon ihr Problem erkannt haben, dann sollten sie auch Hilfe erhalten. Sinnvolle Prävention ist allemal besser als alle Maßnahmen, die erst nach begangener Tat einsetzen. Die starke Inanspruchnahme von Angeboten wie „Dolle Deerns“ und anderen Beratungsstellen zeigt deutlich den Bedarf. Es stellt sich aber die Frage, wie Personen, die den Weg in diese Beratungsstellen nicht finden, erreicht werden können. Wesentlicher Bestandteil beim Schutz von Kindern vor sexuellem Mißbrauch ist deswegen ein offener Umgang mit dieser Problematik. Gerade angesichts der hohen Dunkelziffer ist es wichtig, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. Dieses Thema darf kein Tabuthema bleiben. Wir wollen erreichen, daß alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sachlich auf diese Problematik aufmerksam gemacht werden, denn die Aufklärung und Sensibilisierung ist für den Schutz der Kinder unerlässlich. Zusammenfassend möchte ich sagen:

Erstens: Der Senat hat in den letzten Jahren sehr viel für die Vorbeugung und Ausweitung der Therapiemöglichkeiten und vor allen Dingen für den Opferschutz getan.

Zweitens: Der Senat hat sich auf Bundesebene sehr dafür eingesetzt, daß Gesetze geändert werden und das Strafmaß heraufgesetzt wird. Das gilt im besonderen auch für die sexuelle Nötigung, die zur Zeit noch nicht als Verbrechen eingestuft wird. Das alles verdient unsere Unterstützung und Anerkennung.

Was ist sonst noch zu tun? Das der Gesellschaft vermittelte Kinderbild muß geändert und aufgewertet werden. Fernsehsendungen, in denen Kinder um eines vermeint-

(Karin Rogalski SPD)

- A lichen Unterhaltungseffekts wegen der Lächerlichkeit preisgegeben und als Sexualobjekte dargestellt werden, haben sicherlich negative Auswirkungen. Es ist zu hoffen, daß auch die für die Inhalte der Medien Verantwortlichen sich ihrer sozialen und nicht nur ihrer betriebswirtschaftlichen Verantwortung bewußt werden. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Knipper.

Ingeborg Knipper CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wichtig und richtig, daß die SPD mit ihrer Großen Anfrage das Thema noch einmal ins Parlament gebracht hat.

Die Antwort des Senats bringt viele Zahlen aus der Kriminalstatistik. Wir wissen aber doch alle, daß die Kriminalstatistik nur die Dinge erfassen kann, die geschehen sind und zur Anzeige gebracht wurden. Bei sexuellem Mißbrauch kann man jedoch die unbestritten große Dunkelziffer in diesem Bereich nur erahnen. Frau Rogalski hat es schon gesagt, die Vermutung ist eins zu zehn. Zur Verbesserung des Schutzes kann durch diese Zahlenabfrage nicht viel erreicht werden.

Wir erfahren, daß zu 90 Prozent Kinder von sechs bis 14 Jahren betroffen sind, zu fast 73 Prozent Mädchen die Opfer sind, es zu 90 Prozent männliche Tatverdächtige sind und es sich zu 79 Prozent dabei um Erwachsene handelt. Diese und viele andere Ergebnisse der Kriminalstatistik haben sich in den Jahren seit 1992 nur minimal verändert, und auch im Vergleich mit den Bundeszahlen gibt es kaum Unterschiede. Deshalb — ich wiederhole es — wäre es mir wichtiger gewesen, mehr über die Verbesserung des Schutzes seit 1992 zu erfahren; so haben Sie Ihre Große Anfrage ja auch genannt.

B

Ein Ergebnis der Zahlenabfrage läßt mich allerdings erschrecken, und es erfordert schnelles Handeln. Während die Kriminalstatistik von jährlich rund 500 Fällen spricht, erfahren wir in Teil V Ihrer Anfrage, daß sich jährlich 2300 bis 2500 Mädchen, Jungen und junge Frauen an die Beratungsstellen wenden. Hier wird deutlich, daß noch viel mehr im Bereich der frühzeitigen Hilfe getan werden kann und muß.

Leider hat man auch hier wieder den Eindruck, daß in erster Linie täterorientiert behandelt wird und die Hilfe für mißbrauchte Kinder eher ein Schattendasein führt. Wenn wir jedoch mehr Schutz erreichen wollen, müssen wir uns die Erkenntnisse zur Täterstruktur in diesem Deliktbereich genauer ansehen. Dazu gibt es profunde wissenschaftliche Ergebnisse. So handelt es sich häufig um Täter, die selbst als Kinder mißhandelt oder mißbraucht wurden und nie die Chance hatten, diese Erlebnisse aufzuarbeiten. Daraus hat sich bei ihnen eine Triebstruktur entwickelt, mit der sie nur durch Gewalt gegen andere, gegen Schwächere, das heißt auch gegen Kinder, reagieren können.

Ich hätte mir auch gewünscht, Frau Rogalski, daß Sie den Senat nach den Erfahrungen, den Möglichkeiten und den Problemen der speziellen Beratungsstellen gefragt hätten. So interessant die abgefragten Zahlen sein mögen, über das, was dort an therapeutischen Maßnahmen geschieht, wie sie angenommen und welche Ergebnisse damit erzielt werden, erfahren wir nichts.

Nicht gefragt haben Sie leider auch nach den Feststellungen und Möglichkeiten der Ärzte, der Kinderärzte, der

Schulärzte, die immerhin mit neun Pflichtuntersuchungen die Entwicklung eines Kindes wahrnehmen und diese sicher nicht nur medizinisch einschätzen können. Gehören nicht auch der gesamte Bereich der Kinderpornographie, ihre aktuell bekanntgewordenen grauenhaften Folgen bei uns und in anderen Ländern und ihre heute mögliche Verbreitung über Internet in diesen Diskussionszusammenhang? Die 61 Vorgänge, die Herrn Dr. Reichert kürzlich auf eine Kleine Anfrage für 1996 genannt wurden, sind sicher auch nur die Spitze des Eisberges.

C

Ich kann auf weitere Aspekte aus Zeitgründen nicht eingehen, will aber für die CDU-Fraktion ein Resümee ziehen.

Erstens: Wir alle müssen noch mehr hinsehen statt wegsehen, wenn Kinder geschlagen, verwahrlost, gedemütigt werden, und jedem Verdacht des sexuellen Mißbrauchs wirklich nachgehen. Wir müssen handeln, auch wenn es Mühe macht und Ärger gibt.

Zweitens: Wir müssen immer wieder an die Verantwortung auch und gerade der Medien appellieren. Auch darauf hat Frau Rogalski schon hingewiesen. Sicher sind es in erster Linie die Eltern, die den Kindern Vorgaben dafür machen sollten, was sie sehen können. Aber jeder weiß, wie schnell man umschalten muß, um eine Programmankündigung für einen Film nach Mitternacht vor oder nach der Kindersendung zu eliminieren. Der Kampf um die Einschaltquoten führt leider dazu, daß die gleichen Sender, die den Mißbrauch geißeln, auch dazu beitragen, daß er geschieht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der STATT Partei)

Drittens: Wir müssen die in Hamburg vorhandenen vielfältigen Hilfeeinrichtungen auf ihre Effizienz hin überprüfen, versuchen, sie stärker zu koordinieren. Der Zugang zu diesen Hilfeeinrichtungen muß für Opfer und Täter erleichtert, die Hemmschwelle gesenkt werden. Es gilt, meine Damen und Herren — und insofern unterstützen wir das Thema Ihrer Großen Anfrage —, den Schutz von Kindern zu stärken. Es geht um mehr Schutz, um frühzeitige Hilfe und auch um Therapie, damit wir weniger strafen müssen.

D

Ich hoffe, daß sich auch die kommende Bürgerschaft dieses Themas annehmen wird. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der STATT Partei und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Hauptmüller.

Gundi Hauptmüller GAL: Wieder eine Große Anfrage der SPD. Streng nach dem Motto: Der Senat tut Gutes, läßt uns darüber reden, schließlich ist Wahlkampf.

Ich kann meinen Vorrednerinnen eigentlich nur sagen, daß alles, was Sie bislang gesagt haben, wahr ist. Über die Dunkelziffer ist bereits einiges gesagt worden. 98 Prozent der Täter sind Männer. Die Geschlechterrelation: 20 Prozent Jungen, 80 Prozent Mädchen. Dies sind bundesweit geltende Zahlen und ist in erster Linie auch nicht unbedingt etwas Neues.

Es gibt jedoch einen besonderen Punkt, auf den meiner Ansicht nach zu wenig in dieser Anfrage eingegangen wird. In der Anfrage wird von einer Dunkelziffer mit dem Faktor 10 ausgegangen. Laut BKA-Einschätzung ist der

(Gundi Hauptmüller GAL)

- A Faktor 20. Einige Beratungsstellen gehen noch von einer wesentlich höheren Dunkelziffer aus.

Die Wissenschaft ist sich ziemlich einig darüber, daß in den alten Bundesländern ein Mißbrauch von jährlich 200 000 bis 300 000 Jungen und Mädchen stattfindet. Auch diese Anfrage geht davon aus, daß nur ein klitzekleiner Teil davon angezeigt wird. Warum ist dies so? Warum scheuen sich immer noch so viele Angehörige davor, vor allem weibliche Angehörige, nämlich die Mütter, einen Mißbrauch anzuzeigen? Wir wissen, daß der häufigste Mißbrauch — auch dieses ist heute schon gesagt worden — im Nahbereich geschieht. Das heißt, der Täter ist der Vater, der Onkel, der Stiefvater, der Freund der Mutter, der Großvater oder ein Nachbar. Die Kinder werden meist auf die mieseste Art und Weise erpreßt, um zu schweigen. Je jünger sie sind, desto sicherer sind die Täter, desto schwieriger ist es oftmals für die Mütter, den Mißbrauch wahrzunehmen, geschweige denn, ihn zu beweisen.

Wir hatten den Mißbrauch mit der Mißbrauchdebatte, in der vielen Frauen grundsätzlich unterstellt wurde, daß sie den Mißbrauch erfinden, um sich davon Vorteile zu verschaffen. Mit dieser Diskussion, der insbesondere in den Medien breiten Raum eingeräumt wurde, wurden jeder Mutter erst einmal die Glaubwürdigkeit abgesprochen und persönliche und egoistische Motive unterstellt. Spurlos wird diese Debatte an vielen Frauen nicht vorbeigegangen sein. Eine ähnliche Medienberichterstattung gab es dann auch über Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen, die Anzeigen über Mißbrauch gemacht haben.

B Erschwerend für die Aufdeckung eines Mißbrauchs in der Familie ist die Tatsache, daß die Kinder aufgrund des Drucks, unter dem sie stehen, die Tat verheimlichen zu sollen, nur ganz leise Zeichen senden. Diese richtig zu deuten bedeutet gleichzeitig, dem eigenen Partner nicht mehr vertrauen zu können und auch nicht mehr zu dürfen. Hinzu kommt oftmals noch die wirtschaftliche Abhängigkeit zum Täter. Mangelnde Glaubwürdigkeit ist ein immer wiederkehrendes Motiv, eine Befürchtung der Betroffenen, einen Mißbrauch nicht zur Anzeige zu bringen. Geht eine Frau zum Amt für soziale Dienste, heißt das noch lange nicht, daß ihr dort geglaubt wird, insbesondere dann, wenn eine Scheidung läuft. Das gleiche gilt für die Polizei. Entscheidet eine Frau sich dafür, eine Anzeige zu machen, entscheidet sie in diesem Falle nicht nur für sich selbst. Sie muß auch entscheiden, wieviel sie meint, ihrem Kind noch zumuten zu können. Die meisten Frauen entscheiden sich dann eher dafür, das Kind durch therapeutische Maßnahmen zu entlasten, als es durch Ermittlungen zu belasten. Erschwerend kommen die Bestrebungen hinzu, Therapiemaßnahmen zu erschweren. Das gefährdet natürlich einen Standpfeiler des Opferschutzes.

Die Frage, die sich hier zwingend stellt, ist, die Belastung eines Ermittlungsverfahrens und des möglicherweise anschließenden Gerichtsverfahrens zu minimieren. Positiv ist dabei zu bewerten, daß Hamburg die Bundesratsinitiative unterstützt, Videoaussagen von Kindern im Verfahren zu etablieren, zumal, wenn dies dazu führt, daß Kinder danach in die Therapie können. Es hat Fälle gegeben, in denen Kindern während einer Gerichtsverhandlung Therapiemaßnahmen untersagt wurden, weil es angeblich ihre Glaubwürdigkeit einschränkt. Auch dies ist eine höchst abschreckende Maßnahme, um eine Anzeige zu machen.

Dennoch ist es in Hamburg leider so, daß die Zeit zwischen Ermittlung und Verfahren — auch darauf bin ich schon in

C vorigen Debatten eingegangen — noch viel zu lang ist und die Wahrscheinlichkeit, daß eine Anzeige von der Staatsanwaltschaft eingestellt wird, so hoch ist, daß dies ebenfalls abschreckend wirkt. Ich finde es sehr bedauerlich, daß sich die Große Anfrage überhaupt nicht mit diesem Aspekt, nämlich der Dunkelziffer im Verhältnis zur Anzeige, zum Ermittlungsverfahren, zum Gerichtsverfahren beschäftigt. Vielleicht nützt der Senator die Gelegenheit, noch darauf einzugehen und uns genauere Informationen zu geben.

Gehen wir davon aus, daß die Realität im Moment noch ist, daß viele Betroffene und ihre Angehörigen größere Hoffnung auf therapeutische Maßnahmen als auf staatliche Hilfe setzen, dann ist das für uns als Politiker ein Armutszeugnis, denn wenn wir es mit dem Opferschutz ernst meinen, dann ist es unsere Aufgabe, als Parlamentarier dafür Sorge zu tragen, daß die Einrichtungen, die die Aufgabe übernommen haben, die Kinder und ihre Eltern zu unterstützen, ausreichend finanziell unterstützt werden. Hier liegt unsere politische Verantwortung. Ich hoffe, Frau Rogalski, daß zu dem, was Sie heute gesagt haben, noch Anträge kommen.

Dies ist ein Freifahrtschein für Täter. Nicht umsonst fordern einige Väterverbände, bei einem Mißbrauchsverdacht das betroffene Kind bis zur gerichtlichen Feststellung der Schuld in der Familie zu lassen. Die wissen, wie hoch ihre Chancen sind, niemals bestraft zu werden.

Eine abschließende Bemerkung zu den verurteilten Tätern, denn einige gibt es, wie man dieser Anfrage entnehmen kann. Das neue Zauberwort beim Kindesmißbrauch ist die Tätertherapie. Ich glaube jedoch nicht an die Therapie als Heilmittel schlechthin, sondern behaupte, daß der Erfolg einer Therapie viel mit der Qualifikation des Therapeuten zu tun hat. Des weiteren ist der Erfolg vom Verlauf einer Therapie abhängig. Beispielsweise darf sich ein Täter nicht nur mit seinem eigenen Opferanteil auseinandersetzen, sondern muß sich auch mit seiner Rolle oder sogar insbesondere mit seiner Rolle als Täter auseinandersetzen. Die Konfrontation damit ist ein Qualifikationskriterium des Therapeuten. Zur Qualifikation, insbesondere der in den Strafvollzugsanstalten tätigen Psychologen, und den Konzepten zur Tätertherapie verliert diese Anfrage jedoch ebenfalls kein Wort. Ich hoffe, daß der Senator auch dazu noch Stellung nimmt. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zweifelsohne ist die Beantwortung dieser neuerlichen Großen Anfrage der SPD-Fraktion wieder eine eindrucksvolle Dokumentation dessen, was Senat, Verwaltung und freie Träger auf dem Gebiet sexuellen Mißbrauchs von Kindern schon alles getan haben und sich vorgenommen haben, noch weiter zu tun. Ohne aber damit die Einreicher kritisieren zu wollen, bedaure ich — Frau Knipper sprach es eben schon an —, daß nur ein kleiner Teil der Fragen der Überschrift gerecht wird, nämlich der Verbesserung des Schutzes von Kindern vor sexuellem Mißbrauch in dem Verständnis, Frau Rogalski, der primären Prävention.

Sicherlich dient es dem Schutz von Kindern vor weiterem sexuellem Mißbrauch, wenn Verdachtsfälle aufgeklärt, Tä-

(Dr. Achim Reichert STATT Partei)

A ter überführt und abgeurteilt und aus dem Verkehr gezogen werden. Ich halte es für einen riesigen Fortschritt, daß die Anordnung von Sicherheitsverwahrung bei Sexualstraftätern erleichtert, Vollzugslockerungen erschwert werden sollen. Aber was ist mit dem ersten Mal? Wie können wir das erste Mal verhindern, denn das ist ja die größte Traumatisierung für das Kind. Ist vermehrte Aufklärung, Information die einzige Antwort, die einzige Prävention? Was wissen wir über einschlägige kriminologische Untersuchungen? Betreiben wir hier so systematisch Wissenstransfer, wie wir in der Wirtschaft von Technologietransfer sprechen? Was wissen wir über Anlagen, Randbedingungen, tatbegünstigende Momente? Was bringt einen Täter dazu, sich an einem Kind zu vergreifen?

Wenn das Risiko, daß aus nicht oder nicht ausreichend therapierten Opfern eines Tages möglicherweise selbst Täter werden — auch dies wurde schon angesprochen —, erwähnenswert groß ist, wieviel ernster müssen wir dann die Senatsaussage nehmen, daß Fachleute aller Einrichtungen ebenso wie niedergelassene Therapeutinnen und Therapeuten übereinstimmend berichten, daß die Zahl der Anmeldungen und Nachfragen die vorhandenen Therapiemöglichkeiten für Kinder deutlich übersteigt.

Eine Frage, die wir uns bei der rasanten Zunahme von Gewaltdelikten insgesamt stellen müssen, ist bei Sexualdelikten besonders schwer zu beantworten. Wie muß eine Strafe beschaffen sein, damit sie im Rahmen einer Generalprävention echt abschreckend wirkt? Wären wir dann auch gegebenenfalls bereit, dem Zeitgeist zuwiderlaufenden Erkenntnissen Rechnung zu tragen? Ich mache keinen Hehl daraus, meine Damen und Herren, daß ich das praktizierte deutsche Strafrecht mit seinen eng umgrenzten Instrumentarien — Geld- oder Haftstrafe sowie Maßregelvollzug —, begünstigt durch viel zu lange Prozeßlaufzeiten und Urteile, die sich eher am unteren als am oberen Rand des Strafrahmens bewegen, sowie das entgegen dem Geist dieses Gesetzes wiederholte Aussetzen von Strafen zur Bewährung für immer weniger imstande halte, wirklich noch abschreckend zu wirken.

Gerne hätte ich auch noch etwas zur Hamburger Pädastenszene mit Olaf R. als Spitze des Eisbergs gesagt. Leider muß ich mir das mit Blick auf unser Zeitkonto verkneifen. Ich habe den Eindruck, daß sich alle damit Befäßten ohnmächtiger geben, als sie es in Wirklichkeit sind oder sein können. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und bei *Ingeborg Knipper CDU*)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Senatorin Raab.

Senatorin Rosemarie Raab: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die polizeiliche Kriminalstatistik weist aus, daß in den zurückliegenden Jahren jährlich etwa 500 bis 600 Kinder als Opfer sexuellen Mißbrauchs polizeilich bekanntgeworden sind. Das tatsächliche Ausmaß muß jedoch als weitaus größer angenommen werden. Wir müssen uns über Dunkelziffern nicht streiten. Die sehr vorsichtigen Schätzungen besagen ein Verhältnis von aufgedeckten oder angezeigten Taten zu tatsächlich geschehenen Taten von eins zu zehn.

Trotz der erheblichen Anstrengungen, die in den zurückliegenden Jahren von den zuständigen staatlichen Stellen,

von zahlreichen Initiativen und Verbänden im Bereich Jugendhilfe, Polizei und Justiz und auch auf seiten der Medien unternommen wurden, um sexuellen Mißbrauch von Kindern in das öffentliche Bewußtsein zu bringen, gilt nach wie vor die Aussage aus der Vorbemerkung der Großen Anfrage, daß bei weitem nicht alle Fälle sexuellen Mißbrauchs von Kindern aufgedeckt werden, bei weitem nicht alle aufgedeckten Fälle werden angezeigt, und in bei weitem nicht allen angezeigten Fällen führen die Ermittlungen zum Beweis des sexuellen Mißbrauchs und zur Verurteilung der Täter.

Frau Hauptmüller, es gibt diesen Hinweis und Zusammenhang in der Großen Anfrage. Dieser Zusammenhang wird auch in den Zahlen, nach denen die SPD-Fraktion fragt, deutlich. Frau Knipper, genau diese Diskrepanz zwischen tatsächlichen und angezeigten Vorfällen, zwischen angezeigten und ermittelten Vorfällen und zwischen am Ende verurteilten Tätern ist es, die wir zum Anlaß nehmen müssen, um zu überlegen, wie wir den Schutz der Kinder vor sexuellem Mißbrauch erhöhen können. Herr Reichert, ich möchte das, was Sie gesagt haben, etwas relativieren. Es geht nicht nur um den Schutz der Kinder vor einem zweiten Mal. Angesichts der Tatsache, daß viele Täter Mehrfachtäter sind, geht es auch darum, bezogen auf andere Kinder zu verhindern, daß es überhaupt zu einem ersten Mal kommt. Ein Weg dahin kann darin bestehen, daß wir die Verfahren so optimieren, daß wir die Kinder im Verfahren nicht zum zweiten Mal zu Opfern werden lassen. Dieses — so ist die Erwartung und die Hoffnung — erhöht die Anzeigebereitschaft gerade von Eltern, Angehörigen oder Betreuungspersonen im Einzelfall, so daß verhindert wird, daß ein Täter weitere Kinder mißbraucht.

Frau Knipper, ich will noch etwas zu den Zahlen sagen, weil Sie sie so kritisch betrachtet haben. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist aus, daß etwa 30 Prozent der polizeilich bekanntgewordenen kindlichen Opfer sexuellen Mißbrauchs Jungen sind. 70 Prozent sind Mädchen. Bei den Fällen sexuellen Mißbrauchs von Kindern, die außerhalb ihrer Familie aufwachsen und die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugendhilfe bekannt geworden sind, betrug der Anteil der Jungen 1996 sogar 50 Prozent. Genau diese Tatsache, daß wir nämlich wissen, daß es entgegen einer landläufigen Meinung eben nicht nur um Mädchen geht, hat der Senat zum Anlaß genommen, sowohl 1991 als auch 1994 eine Initiative zu ergreifen, um eine strafrechtliche Gleichbehandlung oraler und analer Vergewaltigung mit vaginaler zu erreichen. Dieser Gesetzentwurf ist leider endgültig im Mai vergangenen Jahres durch einen Beschluß des Bundestages abgelehnt worden, obwohl der Bundesrat ihm zweimal zugestimmt hat.

Zwei Drittel der Kinder, so weist die Antwort des Senats aus, standen in keiner Vorbeziehung zum Täter. Bei einem Viertel stammte der Täter aus dem weiteren Bekanntenkreis. 1996 war jeder zehnte Tatverdächtige ein Angehöriger des Opfers. Hier zeichnet sich offenbar ein Trend ab. Von Jahr zu Jahr wurden mehr Angehörige angezeigt. Waren es 1992 noch 2,4 Prozent, so waren es 1996 10,2 Prozent der Tatverdächtigen. Verglichen mit den Ergebnissen retrospektiver Befragungen lassen die polizeilich registrierten Fälle aber darauf schließen, daß es nach wie vor so ist, daß sexueller Mißbrauch innerhalb der Familie und durch Bekannte in einem hohen Maße unentdeckt bleibt.

Der Senat hat in seiner Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion dargestellt, welche Initiativen und Maßnah-

(Senatorin Rosemarie Raab)

A men von Jugendhilfe, Polizei und Justiz zur Prävention, zur Verbesserung des Opferschutzes und zur Effektivierung der Ermittlungsarbeit in den vergangenen Jahren umgesetzt und welche weiteren Maßnahmen auf den Weg gebracht worden sind. Sie alle zielen darauf, die Diskrepanz zwischen begangenen und angezeigten Straftaten, zwischen angezeigten und abschließend ermittelten Straftaten sowie zwischen ermittelten und verurteilten Straftätern zu vermindern und damit den Schutz von Kindern vor künftigem sexuellen Mißbrauch nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören die Initiativen zur Erhöhung des Strafmaßes — sie sind auch schon von Ihnen, Herr Reichert, begrüßt worden —, die Initiative zur Neufassung des Straftatbestandes der Kindesentziehung im Kontext des Entwurfs des Sechsten Gesetzes zur Reform des Strafrechts. Weitere Initiativen zielen auf die Verbesserung der Strafverurteilungen. So hat der Senat die gesetzliche Änderung der strafrechtlichen Eingriffstatbestände bei der Überwachung des Fernmeldeverkehrs unterstützt. Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Ich möchte Frau Rogalski in einem Punkt korrigieren. Sie hat aufgeführt, daß es im Hinblick auf die Registrierung der Täter notwendig wäre, den Datenschutz bei der Polizei nicht wirksam werden zu lassen, sondern die Akten, so lange sie gebraucht werden, aufzubewahren. Ich glaube, hier handelt es sich um ein Mißverständnis. Es ist nicht so, daß es eine gesetzliche Regelung gibt, die verhindert, daß die Polizei, soweit sie Akten für die Zukunft glaubt zu brauchen, diese nicht auch aufbewahren kann. Es steht völlig in der Entscheidungsfreiheit der Polizei, dieses zu tun. Sie hat nur die Verpflichtung, innerhalb bestimmter Fristen zu überprüfen, ob die Aufbewahrung der Täterakten noch angemessen ist.

B Ich möchte noch auf die Initiativen des Senats zur Verbesserung des Opferschutzes verweisen. Hier hat sich Hamburg sehr engagiert. Sie haben das schon in Ihren Wortbeiträgen gewürdigt. Neben den Gesetzesinitiativen, die in der Anfrage aufgeführt sind, hat es aber auch noch weitere vielfältige Bemühungen zur Verbesserung des Opferschutzes gegeben. Dazu gehören die Einrichtung eines Zeugenbetreuungsraums im Hamburger Strafjustizgebäude, in dem Opfer von Sexualstraftaten und ihre Sorgeberechtigten durch eine Sozialpädagogin Betreuung, Beratung und Unterstützung finden, die Unterstützung der Arbeit der Vereine Opferhilfe und Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen, die eine psychosoziale Betreuung für Mädchen unter 14 Jahren für die Dauer des Ermittlungs- und Strafverfahrens anbieten, die als Opferzeugen eines Sexualdelikts vernommen werden müssen, die Beantragung von Ergänzungspflegschaften bei den Vormundschaftsgerichten zur Interessenvertretung von kindlichen Opfern im Strafprozeß und schließlich die vorgesehenen Maßnahmen zur Effektivierung der gerichtsmedizinischen Begutachtung im Zusammenhang mit der Erstellung von Glaubwürdigkeitsgutachten kindlicher Opferzeugen.

Mit all diesen Maßnahmen soll einer Viktimisierung kindlicher Opferzeugen durch das Verfahren wirksam begegnet werden. Darüber hinaus hat es vielfältige Fortbildungsmaßnahmen gegeben, und zwar für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen und Dienststellen, die mit dem sexuellen Mißbrauch von Kindern konfrontiert sind.

Zum Thema Beratungsstellen. Frau Knipper, die Zahlen in der Großen Anfrage weisen aus, daß die Einrichtungen, die

C In Hamburg auch als Spezialeinrichtungen zur Verfügung stehen, in den letzten Jahren eher rückläufige Nachfragen gehabt haben. Wir haben keinen Abbau von Personal in diesen Einrichtungen vorgenommen. Das ist Ihnen auch mitgeteilt worden. Man kann also davon ausgehen, daß die Zahl der Einrichtungen und die Angebote, die wir vorhalten, durchaus dem Bedarf an Beratung entsprechen.

Einen hohen Stellenwert hat die Öffentlichkeitsarbeit gehabt, um Eltern und Fachkräfte zu informieren und sie zu sensibilisieren für die Erziehung ihrer Kinder mit dem Ziel einer Prävention von sexuellem Mißbrauch. Im Zusammenhang mit besonders gravierenden Fällen des Kindesmißbrauchs durch Wiederholungstäter ist in jüngster Zeit die Frage nach wirksamer Therapie für Sexualdelinquenten verstärkt ins Blickfeld geraten. Zur Verbesserung des Schutzes der Allgemeinheit sieht der bereits erwähnte Entwurf der Bundesregierung des Gesetzes zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderer gefährlicher Straftaten vor, bei Gefangenen, die wegen einer Sexualstraftat verurteilt worden sind, künftig besonders gründlich zu prüfen, ob eine Verlegung in eine sozialtherapeutische Einrichtung vorzunehmen ist. Um die Möglichkeiten zur Behandlung von Sexualstraftätern zu verbessern, ist in Hamburg eine erhebliche Ausweitung der sozialtherapeutischen Angebote beabsichtigt.

D Nach heutigem Erkenntnisstand ist die Rückfallgefahr bei verurteilten Straftätern erheblich. Der Senat hält insoweit eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der Sicherungsverwahrung für erforderlich und hat entsprechende gesetzliche Initiativen unterstützt. Aufschlüsse darüber, inwieweit die unterschiedlichen Tätergruppen durch gezielte therapeutische Maßnahmen erreicht werden können, sind von einer Verlaufsuntersuchung zur Legalbewehrung und kriminellen Karriere von Sexualstraftätern zu erwarten, die die kriminologische Zentralstelle in Wiesbaden seit Anfang dieses Jahres durchführt. Insbesondere sind nach heutigem Erkenntnisstand pädophile Straftäter wegen ihres mangelnden Unrechtsbewußtseins und Leidensdrucks therapeutisch nur schwer erreichbar. Der Weiterentwicklung therapeutischer Maßnahmen kommt daher ein hoher Stellenwert zu, da jede verpaßte Therapiechance weitere Opfer zur Folge haben kann.

Das Dunkelfeld, meine Damen und Herren, wird sich nur in dem Maße aufhellen, in dem Erwachsene — seien es Eltern, Lehrer oder Erzieher — befähigt werden, die oftmals verschlüsselten Signale mißbrauchter Kinder sensibel wahrzunehmen. Es wird in Zukunft darauf ankommen, daß bei erhärtetem Verdacht nicht gezögert wird, Anzeige zu erstatten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben gerade erst begonnen, die noch sehr verbreitete Befürchtung zu zerstreuen, daß den Kindern nicht geglaubt wird oder daß die Täter am Ende doch unbehelligt davonkommen und die Kinder durch das Verfahren selbst ein zweites Mal Opfer werden. Mit den dargestellten Verbesserungen des Ermittlungs- und Strafverfahrens kann viel dazu beigetragen werden, daß die Bereitschaft, Sexualstraftaten anzuzeigen, wächst. Eine wirksame Prävention, ein wirksamer Opferschutz und wirksame therapeutische Maßnahmen beziehungsweise ein wirksamer Schutz der Allgemeinheit vor therapeutisch nicht erreichten Sexualstraftätern sind weiterhin vordringliche Aufgaben, die die zuständigen Behörden nur im Verbund und mit Unter-

(Senatorin Rosemarie Raab)

- A stützung der Öffentlichkeit werden leisten können. Wir haben sie mit erheblichen Anstrengungen in Angriff genommen, und ich setze darauf, daß auch jenseits spektakulärer Einzelfälle dieses Engagement anhält.

(Beifall bei Margrit Schlankardt SPD)

Der Senat wird weiterhin alle Initiativen zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Mißbrauchs von Kindern unterstützen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, stelle ich fest, daß die Besprechung zur Großen Anfrage 15/7240 abgeschlossen ist.

Wir kommen zu Punkt 45 der Tagesordnung: Soeben hat mir die CDU-Fraktion mitgeteilt, daß sie die Debattenanmeldung zu Tagesordnungspunkt 45 über Straßenschäden in Hamburg zurückzieht. Zugleich hat mir die SPD-Fraktion mitgeteilt, daß sie ihre Debattenanmeldung zu Tagesordnungspunkt 20 zurückzieht.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Straßenschäden in Hamburg
— Drucksache 15/7247 —]**

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/7247, gibt es einen Antrag der GAL-Fraktion, Drucksache 15/7470.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Bericht über den Zustand der Straßen
— Drucksache 15/7470 —]**

- B Beide Anträge möchte die STATT Partei Gruppe an den Bau- und Verkehrsausschuß überweisen. Wer so überweisen will, möge das durch Handzeichen kundtun. — Das ist einstimmig überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 53 auf, Drucksache 15/7413: Antrag der GAL-Fraktion zur Erfolgskontrolle der Innovationsförderung.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Erfolgskontrolle der Innovationsförderung
— Drucksache 15/7413 —]**

Diesen Antrag möchte die STATT Partei Gruppe an den Wirtschaftsausschuß überweisen. Herr Porschke hat das Wort.

Alexander Porschke GAL: Meine Damen und Herren! Nachdem uns eben ein eindrucksvolles Beispiel für Effizienzsteigerung des parlamentarischen Betriebes vorgeführt worden ist, kann ich gleich in das Thema einsteigen. Es geht nämlich auch um die Effizienz der Innovationspolitik der Stadt Hamburg. Ich möchte dazu aus einer Pressemitteilung der Staatlichen Pressestelle zitieren. Da heißt es:

„Mit einer innovativen Technologieregion wird die Basis für die Schöpfung qualitativ hochwertiger und zukunftssicherer Arbeits- und Ausbildungsplätze gelegt.“

Kein Beifall? Schade, das ist jedenfalls das, was wir immer hören, wenn der Wirtschaftssenator über Innovationspolitik spricht. Es hat inzwischen die Funktion einer Gebetsmühle angenommen. Allein mir scheint die kritische Distanz zu fehlen, denn wenn wir uns einmal in ein anderes

Werk — es hat diese schöne Farbe zwischen rot und orange — hineinbegeben — das ist der Bericht des Rechnungshofes —, dann heißt es:

„Der Rechnungshof hat anhand der in der Wirtschaftsbehörde vorhandenen Daten festgestellt, daß allenfalls bei 5 Prozent der mit bedingt rückzahlbaren Zuwendungen geförderten Projekte innerhalb der sechsjährigen Frist mit dem Fördergegenstand erzielte Gewinne gemeldet worden sind und sich damit die der Fördermaßgeblich zugrunde liegende Erwartung eines wirtschaftlichen Erfolges insgesamt nicht bestätigt hat. Dauerarbeitsplätze bei KMU,“

— also kleinen und mittleren Unternehmen —

„wurden aufgrund der Fördermaßnahmen — soweit erkennbar — nicht oder nur in sehr geringem Umfang geschaffen.“

An einer anderen Stelle in diesem Rechnungshofsbericht heißt es, daß der Rechnungshof Fälle gefunden hat, in denen aufgrund der Kostensenkungen Arbeitsplätze abgebaut werden konnten. Wenn das der Sinn der Innovationspolitik sein soll, dann möchte ich sagen: Ziel verfehlt. Das kann es wohl nicht sein.

Deshalb muß es viel stärker darum gehen, zu erschließen, welches die tatsächlichen Ziele sind, die mit Innovationsförderung erreicht werden sollen. Um dieses überhaupt überprüfbar zu machen, können am besten diejenigen eine Hilfestellung geben, die eine Projektförderung beantragen, indem sie mitteilen, was sie mit einer Projektidee verbinden. Das ist übrigens ein Vorschlag, den auch der Geschäftsführer der Handelskammer im Beirat der Innovationsstiftung gemacht hat, daß nämlich die Antragsteller ihrerseits überprüfbare Ziele angeben sollen, bei denen erkennbar ist: Ziel erreicht oder Ziel verfehlt. Es kann nicht so sein, daß immer nur 5 Prozent der Investitionen erfolgreich sind — das sind inzwischen mehrere Millionen pro Jahr — und 95 Prozent davon in den Orkus gehen und die Ziele nicht erreichen, sondern sogar entgegengesetzt wirken.

Deswegen beantragen wir, daß die Angabe überprüfbarer Projektziele zu einem Förderkriterium der Innovationsförderung gemacht wird. Ferner wollen wir wissen — deswegen ersuchen wir den Senat zu berichten —, welche überprüfbaren Projektziele er für förderungswürdig hält. Last, not least hätten wir endlich einmal eine echte Antwort auf die Frage, mit welchen Maßnahmen er die Erfolgskontrolle der städtischen Innovationspolitik verbessern möchte. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß die ständige Wiederholung dessen, daß man glaubt, daß das toll sei für die Arbeitsplätze, von uns nicht als hinreichendes Kontrollinstrumentarium angesehen wird. Denn auch Gerhard Schröder — das sei vielleicht zum Abschluß gesagt — wird in der letzten „Spiegel“-Ausgabe zitiert:

„Es kommt nicht darauf an, was man gut meint, sondern was man gut macht.“

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Barnbeck.

Gunter Barnbeck SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei dem Thema Erfolgskontrolle in der Innovationsförderung wird vom Rechnungshof wie auch von

(Gunter Barnbeck SPD)

- A Herrn Porschke verstärkt Kritik sowohl an den Zielen des Programms geäußert, indem gesagt wird: Ziel verfehlt, als auch durch Zweifel an der Wirksamkeit. Bei der Wirksamkeit wird insbesondere in Frage gestellt, daß durch die Förderung Dauerarbeitsplätze geschaffen und überhaupt Gewinne erzielt werden können. Ich möchte mich im einzelnen mit diesen Punkten auseinandersetzen.

Die Förderungsziele sind allgemein beschrieben. Sie sollen nämlich Arbeitsplätze schaffen und sichern, die Leistungswettbewerbserfähigkeit erhöhen, die Innovationsentwicklungen und deren Umsetzung in unternehmerisches Handeln initiieren und das unternehmerische Risiko minimieren. Wir finden hier sehr breit angelegte Ziele, und ich denke, das muß auch sein, weil wir sehr unterschiedliche Bereiche ansprechen. Wir sprechen Dienstleistungsbereiche sowie High-Tech-Bereiche an. Wir sprechen traditionelle Bereiche wie zum Beispiel den Maschinenbau an, aber auch elektronische Hard- und Softwarehersteller.

Wenn man für jeden dieser Bereiche einen speziellen Ziel-Maßnahmen-Katalog entwickeln wollte, dann, glaube ich, würde man sehr viel Zeit damit verbringen. Wichtig ist, daß jeder einzelne Förderungsantrag geprüft wird und die allgemeinen Ziele für jeden einzelnen Antrag auf konkrete Zielsetzungen heruntergebrochen werden. Damit erreichen Sie, wie gesagt, überprüfbare Ziele.

(Alexander Porschke GAL: Wer hat das gemacht?)

Nun muß man aber auch sehen, wer diejenigen sind, die diese Anträge stellen. Sind sie bei Antragstellung überhaupt in der Lage, ihre Zielsetzungen marktgerecht, forschungspolitisch- und technologiegerecht zu formulieren? Ich habe da meine Zweifel, ob das überhaupt möglich ist.

- B Bei der Einzelfallprüfung werden dann in der Tat die Fragen nach den Arbeitsplätzen, der Wettbewerbsfähigkeit, des Strukturwandels in bestimmten Betrieben, oder ob mit diesem Projekt Umsätze und Gewinne zu erzielen sind, angesprochen. Es werden die Auswirkungen auf die Region Hamburg untersucht und inwieweit es für Hochschulen oder andere Projekte förderlich ist. Natürlich werden auch umweltpolitische Aspekte berücksichtigt. Und last, not least werden durch solche Projekte natürlich auch künftige Steuereinnahmen deutlich.

Alles das ist meines Erachtens richtig, wenn man es im Einzelfall tut. Wenn man es aber über alle Branchen vorher versucht zu klären, ist es meines Erachtens nicht möglich. Insofern würde ein wie vom Rechnungshof gefordertes vereinfachtes standardisiertes Prüfverfahren Gefahr laufen, daß bestimmte interessante Projekte einfach durch das Raster fallen, weil diese standardisierten Prüfverfahren zu grob sind.

Lassen Sie mich einmal einen positiven Einzelfall nennen. Die Firma Innovativ Systems hat ein System entwickelt und die Autoradiofirma Becker als Partner gewonnen. Die Autoradiofirma Becker hat es nun wiederum mit diesem Partner geschafft, das System bei Daimler-Benz als Systempartner in die Fahrzeuge einzubringen. Diese kleine Firma hat Firmen wie Bosch und Philips aus dem Rennen geschlagen. Wenn diese Firma aber zu Beginn des Projektes die Aufforderung erhalten hätte, einzuschätzen, welches ihre Projektziele sind, glaube ich nicht, daß sie sich zum Zeitpunkt der Antragstellung so eingeschätzt hätte, daß es ihr gelingen würde, auf dem deutschen Markt einen großen Automobilhersteller als Kunden zu gewinnen. Ich

meine, das würde sie bei weitem überfordert haben, geschweige denn, Umsatz- und Ergebniszahlen vorzuschätzen.

Das zweite Argument betrifft die Arbeitsplätze. Wenn es Neugründungen gibt, Firmen, Projekte, dann schafft das natürlich Arbeitsplätze. Zunächst einmal für diejenigen, die sich mit diesem Projekt beschäftigen; auch das ist Arbeit. In einem anderen Fall können solche Projekte die Arbeitsplätze stabilisieren und in einem dritten Fall möglicherweise nur den Abbau von Arbeitsplätzen verlangsamen. Auch das wäre ein Teil des Strukturwandels. Wir haben Branchen und industrielle Bereiche, in denen die Strukturen nahezu im freien Fall zusammenbrechen. Wenn man da eine Verlangsamung herbeiführt, ist das immer noch eine bessere Situation, als wenn der rasante Abstieg sofort erfolgen würde.

Letztlich gibt es auch die Fälle wie zum Beispiel der Ingenieurbüros. Hier werden scheinbar überhaupt keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Später aber, wenn Ingenieurbüros ihre Entwicklungen bei Herstellern oder Softwareverteilern vermarkten, werden dort entsprechende Arbeitsplätze geschaffen. Insofern ist es schwierig, bei groben Rastern zu sagen, daß keine oder nur in geringem Maße Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zum Thema Gewinne. Wenn die Ausweisung von Gewinnen mit der Aufforderung verbunden wird, diese Fördermittel ganz oder teilweise zurückzuzahlen, ist das bei den Firmen mit einer sehr starken Abwehr verbunden, dem Projekt überhaupt Gewinne zuzuweisen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß nur 5 Prozent Gewinne ausgewiesen werden. Ich will ein Beispiel nennen, das nicht von Hamburg gefördert wurde, das aber in der Presse sehr häufig diskutiert worden ist; das ist das Beispiel Airbus. Bei den Zuschüssen für deren Forschungs- und Entwicklungsmittel aus Bundessicht wird deutlich, wie sehr Airbus sich windet, um diese Mittel — was vertraglich zugesagt ist — überhaupt zurückzuzahlen, wenn sie Gewinne erwirtschaftet. Wir werden da in absehbarer Zeit noch ein-iges erleben.

Wer sich mit Bilanzen auskennt, weiß, welche Gestaltungsspielräume es in Bilanzen gibt, um Gewinne entstehen zu lassen oder nicht. Aber wenn wir bei den Gewinnen sind, muß man auch sagen, daß hier ein Zyklus von sechs Jahren betrachtet wird. Möglicherweise brauchen einige Projekte länger als sechs Jahre, so daß sie aus dem Betrachtungszeitraum herausfallen. Möglicherweise sind aber die angebotenen Projekte für die Firma die Eintrittskarte in bestimmte Märkte oder Marktsegmente, ohne die man dort nicht hineinkommt. Das heißt dann, daß sie zwar die Fähigkeit haben teilzunehmen, aber ihre Gewinne und Umsätze erzielen sie auf einem Sektor, auf den sie nur kommen, wenn sie diese Eintrittskarte haben. Auch das würde dann nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar diesem Projekt zuzuordnen sein. Das ist auch der Grund, warum die Betrachtung im Einzelfall wichtig ist. Der Bund verzichtet nebenbei überwiegend auf die Rückzahlung der Forschungsmittel, weil er erkannt hat, wie schwierig es ist, die Gelder wieder zurückzubekommen.

Zur Einzelfallkontrolle statt grober Strukturkontrolle. Hier ist es aber so, daß die Einzelfallkontrolle arbeits- und damit auch personalintensiv ist. Dabei muß man immer sehr deutlich zwischen Kontrolle und Einsatz des Personals abwägen, um die Innovationsprojekte überhaupt in Gang zu

(Gunter Barnbeck SPD)

- A bringen und sehr schnell beratend tätig zu sein. Ich denke, hier sollte man nicht zu viel an Kontrolle ausüben, obwohl sie natürlich dringend erforderlich ist, das will ich auch unterstreichen. Solche Art von Kontrolle setzt auch Managementmodelle mit flachen Hierarchien voraus, damit nicht zu viel Zeit in der Hierarchie vertan wird.

Letzter Punkt. In diesen Erfolgskontrollen muß es natürlich auch eine Rückkopplung dahin gehend geben, daß die Erfahrungen aus den Projekten für die Entscheidung über neue Projekte genutzt werden können.

Bei Innovationsprojekten steht der Erfolg leider vorher nie fest. Insofern haben wir hier ähnliche Bewertungsprobleme, wie wir es bei der Beurteilung von Risikokapitaleinsatz haben. Alle fordern immer den Risikokapitaleinsatz, aber wenn es darum geht, auch das Risiko zu tragen, dann schrecken viele zurück. Wenn bei einem Projektbeginn bereits feststehen würde, daß es ein Erfolg wird, weil dort Arbeitsplätze zu schaffen und Gewinne zu erzielen sind, dann müßten wir dort nicht mit öffentlichen Geldern hingehen, denn dort stehen Banken, private Kapitalgeber und professionelle Berater zur Verfügung. Deswegen haben wir es bei dieser Betrachtung immer mit Fällen zu tun, die ein Risiko beinhalten. Dieses Risiko muß minimiert werden, ist aber nie ganz auszuschließen.

Ich habe versucht, deutlich zu machen, daß es harte und weiche Entscheidungskriterien gibt. Wenn man sich die harten Entscheidungskriterien ansieht, das heißt, wenn ein Projekt abgebrochen werden muß oder wenn ein Unternehmen in Konkurs geht, das ein Projekt beantragt hat, so können wir feststellen, daß unter 5 Prozent aller Projekte diesen harten Abbruch erleben. Insofern muß die Projektbeurteilung nicht ganz ohne Erfolg sein. — Vielen Dank.

B

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Frau Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist gut, daß wir auch unter diesem Aspekt der Erfolgskontrolle erneut über Innovationsforderungen diskutieren. Der Rechnungshof hat in seinem Jahresbericht auf einige sehr spezielle Mängel verwiesen. Das Problem der Zuwendungskontrolle gilt aber für alle Behörden. Ein kleiner Bonus sei der Wirtschaftsbehörde eingeräumt. Bei der Förderung von Innovationen und technischen Entwicklungen ist natürlich der vorherige Erfolg nur schwer abzuschätzen, weil man meist sowieso nicht weiß, was dabei herauskommt.

Insofern halte ich die Formulierung des GAL-Antrags, überprüfbare Projektziele zu einem Förderkriterium zu machen, für sehr schwierig. Unbestritten bleibt aber die Notwendigkeit, daß in der Erfolgskontrolle über Zuwendungen erheblicher Handlungsbedarf besteht.

In diesem Zusammenhang sind aber auch noch weitere Aussagen des Rechnungshofes zu diesem Thema sehr interessant. Der Hinweis beziehungsweise die Empfehlung der Zusammenlegung zweier Beratungsstellen, die erhebliche Mittel aus dem Haushalt bekommen, deutet erneut auf die Notwendigkeit einer generellen Umstrukturierung des Technologietransfers sowie der entsprechenden Beratungsstellen in Hamburg hin. Hier ist der Senat seit mehreren Jahren untätig. Die jüngst vorgelegten Maßnahmen zur Zusammenlegung von TBZ und TU-Tech der Universität in Harburg sind schlicht vor dem Hintergrund der Viel-

zahl der Einrichtungen nicht ausreichend. Das Thema haben wir vor kurzem erst behandelt. Der Rechnungshof hat hier ein weiteres Spar- und Effizienzsteigerungspotential aufgezeigt.

C

Im Zuge dieser überfälligen Neustrukturierung wäre die Einführung eines einheitlich gehaltenen Controllings einigermäßen durchgängiger Förderkriterien und Förderhöhen eine vielleicht sinnvolle Ergänzung.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine kurze Bemerkung zur Innovationsstiftung Hamburg machen, weil auch der Rechnungshof ihre finanzielle Bedeutung für die Förderung von Innovationen in Hamburg betont hat. Der im Beirat der Stiftung versammelte Sachverstand könnte im Sinne einer zielgerichteten Förderung vielleicht endlich einmal genutzt werden, wenn dem Beirat die einzelnen Projekte auch einmal vorgestellt würden. Insofern würde ich für die Arbeit der Stiftung anregen, den Beirat in diese Aufgaben mehr einzubeziehen und ihn nicht nur zu den allgemeinen Angelegenheiten einmal im Jahr Stellung nehmen zu lassen. Aber ich denke, mit diesen Punkten sollten wir uns im Detail noch einmal im Wirtschaftsausschuß beschäftigen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, hier sind wir ausnahmsweise einmal einer Meinung. Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, daß ich mir eine intensivere Einschaltung der Gremien, Kuratorien und des Beirats der Innovationsstiftungen wünschen würde. Ich hoffe, daß die dafür Verantwortlichen das bald aufgreifen.

D

Zu dem GAL-Antrag möchte ich mich vergleichsweise kurz fassen. Selbstverständlich, meine Damen und Herren von der GAL-Fraktion, soll im Sinne des Neuen Steuerungsmodells staatliches Handeln zielstrebig und erfolgsorientiert sein. Dazu gehört natürlich auch die Wirtschaftsförderung, Herr Porschke. Hierfür gibt es zwar Förderrichtlinien, die aber mangels quantitativer Zielvorgaben bisher keine Erfolgskontrolle ermöglicht haben. Es ist üblich, daß der Senat zu Kritikpunkten des Rechnungshofes Stellung nimmt. Normalerweise wird das auch mit der Kritik des Rechnungshofes direkt abgedruckt. Insofern können wir hier zwei wichtige Sätze entnehmen — ich zitiere —:

„Die Festlegung von Kriterien für die Bemessung des Fördersatzes hält die Wirtschaftsbehörde allerdings für notwendig und hat überdies zugesagt, Projektziele, Erfolgskontrolle und Arbeitsabläufe neu zu gestalten und zu verbessern. So will sie aussagefähige, quantitative Kriterien für den Erfolg der Projekte entwickeln, sich dabei aber auch an die Vertretbarkeit des Aufwandes für deren Anwendung orientieren.“

Wenn wir über die Größenordnung sprechen, Herr Porschke, reden wir, glaube ich, über 3 bis 4 Millionen DM. Das muß man natürlich bei einem Controlling auch irgendwie berücksichtigen.

Ich halte diese Zusagen der Wirtschaftsbehörde, hier im Bericht des Rechnungshofes wiedergegeben, zunächst einmal für ausreichend, möchte es aber wegen des eigentlich richtigen Grundsatzes Ihres Antrages der Ausschußberatung überlassen, ob zwischen dieser Zusage der

(Dr. Achim Reichert STATT Partei)

- A Behörde und Ihrem Antrag noch irgendein Handlungsbedarf besteht. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Porschke.

Alexander Porschke GAL:* Herr Barnbeck, ich teile Ihren Ansatz, daß die groben Richtungen in den Kriterienkatalogen enthalten sein müssen, daß es aber beim Herunterbrechen auf das Einzelprojekt ankommt. Dann kann man sich aber nicht darauf reduzieren zu sagen, daß alles sehr schwierig sei. Ich glaube, daß gerade zu einer guten Beratung immer wieder die insistierende Frage gehört, was dabei herauskommen und welches Ziel damit verfolgt werden sollte. Wenn man in neuen Bereichen arbeitet — und das gehört zu dem, was Herr Dr. Reichert eben im Rahmen der Verwaltungsreform angesprochen hat —, geht es darum, herauszukristallisieren, welches Ziel verfolgt werden soll.

Deshalb ist dieser Vorschlag, den ich mir zu eigen gemacht habe — den haben andere aus anderen Bereichen eingebracht —, richtig, das zu einem Kriterium der Auseinandersetzung mit denjenigen zu machen, die einen Projektantrag stellen. Es läuft doch wohl nicht so, daß der Antrag in irgendeinem Briefkasten landet, gelesen wird und die Sache damit erledigt ist, sondern es gibt doch sicherlich einen Dialog mit den Antragstellern — so stelle ich es mir vor, und wie ich meine, zu Recht —, mit denen man versucht, die Sache verbindlich zu regeln. Wie das im Detail aussehen muß und was sich die Wirtschaftsbehörde in der Richtung gedacht hat, können wir dann im Ausschuß diskutieren.

B

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung. Wer möchte an den Wirtschaftsausschuß überweisen? — Das ist einstimmig.

Ich rufe Punkt 19 der Tagesordnung auf, Drucksache 15/7300, Bericht des Rechtsausschusses zur Reform der Verwaltung.

[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksachen:

1. 15/103: Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes (GAL-Antrag)
 2. 15/107: Kommunale Demokratie für Hamburg (CDU-Antrag)
 3. 15/147: Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes (CDU-Antrag)
 4. 15/175: Kommunale Demokratie für Hamburg (II) (CDU-Antrag)
 5. 15/4000: Bezirksverwaltungsreform (GAL-Antrag)
 6. 15/5357: Reform der Verwaltung (Senatsvorlage)
 7. 15/5358: Gesetz über die Ermächtigung des Senats zu Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Gesetzen über Bebauungs- und Landschaftspläne und zur Weiterübertragung dieser Ermächtigung (Senatsvorlage)
- Drucksache 15/7300 —]

Hierzu sind Ihnen als Drucksache 15/7465 ein Antrag der GAL-Fraktion und als Drucksache 15/7468 ein Antrag der SPD-Fraktion zugegangen.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Gesetz zur Reform der Verwaltung
— Drucksache 15/7465 —]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Reform der Verwaltung (Drucksache 15/5357) und
Gesetz über die Ermächtigung des Senats zu
Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Gesetzen
über Bebauungs- und Landschaftspläne und zur
Weiterübertragung dieser Ermächtigung
(Drucksache 15/5358) — Drucksache 15/7468 —]**

Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den Kooperationsverhandlungen war uns neben der Verfassungs- und Parlamentsreform auch die Verwaltungsreform ein besonderes Anliegen. Was die Bezirke betrifft, so steht in der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters — ich zitiere —:

„Die Kooperationspartner streben gemeinsam die Umstrukturierung der Bezirksverwaltung einschließlich der Neuordnung des Haushaltswesens der Bezirke bis zum Ende der Legislaturperiode an.“

Für diese Reform stehen die abgeschlossenen Vorarbeiten des Senats aus der vergangenen Wahlperiode,“

— Stichwort Drucksache 500 —

„über die er“

— nämlich der Senat —

„bereits Beschluß gefaßt hatte, zur Verfügung, werden aber nicht Bedingung.“

Ich erwähne diese Senatsdrucksache aus der letzten Legislaturperiode deshalb, weil die erheblichen Auseinandersetzungen in der senatsseitigen Beschlußphase vor einem Jahr zum Gegenstand hatten, daß der Erste Bürgermeister in seinen überraschenden Warnungen vor einem falschen Weg hinter die Linie dieser Drucksache 500 zurück wollte, die er uns noch in den Kooperationsverhandlungen wärmstens empfohlen hatte.

Irgend etwas kann nicht stimmen, wenn auf der einen Seite Bürgermeister Voscherau so überzeugt ist, daß der Senat mit dem vorliegenden Entwurf zu viel Rechte an die Bezirke abgibt, daß er mit seiner wochenlangen Verweigerungshaltung die Kooperation ihrer bisher härtesten Belastungsprobe ausgesetzt hat, und auf der anderen Seite die Opposition davon spricht, daß der Gedanke der kommunalen Demokratie in diesem Gesetzentwurf nicht mehr stattfindet, die Bezirke zu Filialen der Senatspolitik gemacht würden, die Bezirke entmachtet würden, mit der an sich sinnvollen Modernisierung der Verwaltung eine generelle Entdemokratisierung einhergehe und daß das Gesetz alles von einer Entscheidung des Senats abhängig mache.

Bei solchen diametral entgegengesetzten Auffassungen sollte eigentlich eine Expertenanhörung zu einer sachgerechteren Bewertung beitragen, vorausgesetzt, man akzeptiert Expertenmeinungen, vielleicht von einzelnen Ausreißern einmal abgesehen, aber doch zumindest gemeinsame Trends.

Ich stelle fest, daß als gemeinsame Trends der Senatsentwurf gerade auch von den CDU-seitig benannten Experten überwiegend positiv beurteilt wurde, zumindest unter Berücksichtigung der Hamburger Verfassung, darauf

C

D

(Dr. Achim Reichert STATT Partei)

A komme ich gleich noch zu sprechen. Selbst eher kritisch eingestellte Sachverständige bezeichneten den Entwurf als einen Schritt in die richtige Richtung. Und auch Herr Professor Schuppert, der ursprünglich bei bestehender Verfassungslage mehr Möglichkeiten sah, wurde nach einem Pausengespräch mit Senator Hoffmann-Riem nachdenklich.

(Ingeborg Knipper CDU: Nachdenklich gemacht, Herr Dr. Reichert! — Dr. Wilfried Maier GAL: Manche sterben eher!)

— Ich glaube, daß Herr Schuppert genügend Standing hat, eine andere Meinung zu vertreten, wenn er davon nicht überzeugt ist, auch wenn er mit Herrn Hoffmann-Riem gesprochen hat.

Was die Verfassungslage betrifft, hat Herr Raloff sehr eindrucksvoll dargelegt, wovon wir auszugehen haben. Zunächst einmal haben wir es mit dem Artikel 4 unserer Verfassung zu tun, wonach es keine örtlich abgegrenzten Gemeinden innerhalb der Stadt gibt und keine Trennung staatlicher und kommunaler Aufgaben. Das heißt, Bezirke kommen schon rein begrifflich in der Hamburgischen Verfassung nicht vor.

Als nächstes haben wir es mit Artikel 33 zu tun. Der Senat führt und beaufsichtigt die Verwaltung. Und ich sage dazu: Diese Verantwortung, die er auch gegenüber der Bürgerschaft zu vertreten hat, ist unteilbar. Sie wird nicht dadurch geteilt, daß Aufgaben mit zugehörigen Teilverantwortlichkeiten delegiert werden können.

Letztlich haben wir es mit Artikel 45 zu tun, dem Beamtenernennungsrecht. Das schließt beispielsweise die Bezirksamtsleiter mit ein. Die Kooperationspartner waren sich einig, daß die sich aus den Empfehlungen der Enquete-Kommission ergebenden Verfassungsänderungen nicht überfrachtet werden sollten mit sich möglicherweise aus einer Verwaltungsreform zusätzlich ergebenden Ansätzen.

Innerhalb dieser Randbedingungen sehen wir als Grundanliegen der Bezirksverwaltungsreform an:

Erstens. Klare Aufgabenzuordnung, Vermeidung von Kompetenzenwarr und Doppelbearbeitung und damit Effektivitätssteigerung der Verwaltung.

Zweitens. Dezentralisierung der Aufgabenwahrnehmung, wo immer möglich und sinnvoll.

Drittens. Zusammenfassung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten und damit Stärkung der Verantwortlichkeit der Bezirke für die Aufgabenerledigung.

Und schließlich viertens: Einführung des Neuen Steuermodells auch in den Bezirken.

In ihrer Bewertung der Expertenanhörung stimmen SPD-, CDU- und GAL-Fraktion insoweit überein, daß es den Sachverständigen mehr um die Modernisierung der Verwaltung, um Klarheit, Entflechtung und mehr Effizienz gegangen sei als um stärkere kommunale Demokratisierung. Die SPD sprach gar davon, daß eine Ausweitung der Rechte von Bezirksversammlungen als hinderlich bezeichnet worden sei. Am deutlichsten drückte dies der Experte von der Verwaltungshochschule Speyer, Professor Banne, *sinngemäß* wie folgt aus:

Durch unmittelbare Wahl der Bezirksabgeordneten machen wir sie zu Politikern, wenn auch nicht im staatsrechtlichen Sinne. Die Inkongruenz zwischen Selbstver-

ständnis und Kompetenz weckt falsche Hoffnungen, deren Nichterfüllbarkeit mit zur Politikverdrossenheit beiträgt. Eine Abschaffung der unmittelbaren Wahl von Bezirksabgeordneten wäre kein Abbau von Demokratie, sondern von Scheindemokratie.

Ich empfinde es nicht als einen Widerspruch, daß wir den vorliegenden Entwurf aus Überzeugung mittragen, obwohl eine Mitgliederversammlung von STATT Partei mit überwältigender Mehrheit ein Sachprogramm verabschiedet hat, das sich unter anderem dafür ausspricht, in einer zweiten Stufe der Bezirksverwaltungsreform die Bezirke in die Hamburgische Verfassung — ähnlich dem Berliner Modell — unter Beibehaltung der Einheitsgemeinde aufzunehmen, ihre Rechte zu stärken und gesetzlich zu verankern.

Auch bei der menschlichen Fortbewegung ist es klug, den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu tun. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Frau Weise.

Helga Weise SPD: Frau Bussek, meine Damen und Herren! Wir hätten die Bezirksreform schon eher haben können, wenn der Senat schneller gewesen wäre.

(Ole von Beust CDU: Hört, hört! — Dr. Roland Salchow CDU: Das dürfen Sie sagen?)

Wir hätten Sie eher haben können, wenn nicht ein Teil des Hauses es vorgezogen hätte, die parlamentarischen Instrumente kräftig zu nutzen.

(Ole von Beust CDU: Bonn ist schuld!)

Es war von Anfang an klar, daß die Opposition der Reform nicht zustimmen wird, aber das ist nicht untypisch für Oppositionen. Ein Jahr hat sich die Bürgerschaft mit der Bezirksreform beschäftigt. Ich möchte nicht behaupten, daß wir uns intensiv damit beschäftigt haben, denn es war mal mehr

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Wir ja, aber Sie nicht!)

und mal weniger intensiv. Einen Sonderausschuß hat es allerdings nicht gegeben, den wollte uns die CDU beschenken.

(Dr. Roland Salchow CDU: Damit es schneller gegangen wäre!)

Meine Damen und Herren, im Interesse der Bezirke liegt es jedenfalls nicht, daß sie so lange in Ungewißheit bleiben mußten und sich nicht auf die neue Gesetzeslage einrichten konnten. Gestern habe ich einen Alternativantrag der GAL-Fraktion erhalten — alle anderen wahrscheinlich auch —, der 20 Seiten umfaßt. Warum eigentlich erst gestern? Sie haben uns in den Rechtsausschußberatungen schon angekündigt, daß Sie etwas einreichen wollten. Nun haben Sie Pfingsten verstreichen lassen und uns den Antrag am Dienstag gegeben. So macht man es, wenn man nicht um die Zustimmung der anderen Fraktionen wirbt.

(Dr. Wilfried Maier GAL: Das ist wie mit den Bürgermeistervisionen, die dauern etwas länger!)

Die GAL kommentiert ihren Antrag dahin, daß er wohl nach der Neuwahl von GAL und CDU gemeinsam beschlossen werden könne. Da rufe ich den Wählerinnen und Wählern zu: Aufgemerkt, die GAL schmeißt sich an die CDU heran!

(Beifall bei der SPD)

(Helga Weise SPD)

- A Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der GAL, haben Sie dabei eigentlich ein gutes Gefühl?

(Heiterkeit des ganzen Hauses — Dr. Roland Salschow CDU: Das kann man doch verstehen, oder?)

Ich hatte immer gedacht, schwarz-grün ist out, und bei den vorangegangenen Diskussionen heute bin ich auch ein wenig eher in dieser Richtung bestärkt worden.

(Dr. Willfried Maier CDU: Geben Sie uns doch mal eine Empfehlung, mit wem wir was machen sollen!
— Erhard Pumm SPD: Helga, weiter im Konzept!
— Dr. Willfried Maier GAL: Es gruseit uns!)

— Jetzt geht es hier vom weiter, Herr Dr. Maier.

Wir hätten die Bezirksverwaltungsreform schon eher haben können, wenn wir uns die parlamentarische Arbeit anders und besser eingeteilt hätten. Wir werden natürlich auch jetzt ertragen, daß die zweite Lesung erst in 14 Tagen stattfindet. Offenbar bin ich die einzige, die aus den Bezirken gefragt worden ist, wann es endlich damit etwas wird und ob wir es noch in dieser Legislaturperiode schaffen. Ich meine, daß die Bezirke, und damit meine ich Bezirksversammlung und -verwaltung, endlich wissen sollten, was auf sie zukommt. Ich denke dabei auch an die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich auf eine neue Legislaturperiode vorbereiten.

Ich möchte gerne die Kernpunkte der Reform herausstreichen. Einen Kompetenzzuwachs erhalten die Bezirksversammlungen im Haushaltswesen, wo sie künftig über mehr Mittel entscheiden können. Wir haben Rahmenzuweisungen, Zweckzuweisungen, Einzelzuweisungen in einer Größenordnung von ungefähr 877 Millionen DM. Bisher haben die Bezirke über 180 Millionen DM sogenannte Paragraph-6-Mittel zu entscheiden. Das ist also wesentlich mehr Gestaltungsspielraum.

- B

Ein weiterer Reformschwerpunkt ist die Bauleit- und Landschaftsplanung. Es liegt Ihnen die Drucksache 15/5358 vor mit einem sehr langen Titel und einer langen Liste von Bebauungs- und Grünordnungsplänen. Mit dieser Drucksache wird die Kunstfigur der Subdelegation vom Senat auf das Bezirksamt geschaffen. Künftig werden also Verordnungen im Bereich der Bauleit- und Landschaftsplanung von den Bezirksamtsleiterinnen und Bezirksamtsleitern erlassen. Nur wenn sich die Bürgerschaft die Feststellung per Gesetz vorbehält, geschieht es anders.

Nun meint die Opposition hier einen Konflikt zwischen den Interessen der Bezirksversammlung und des Bezirksamtsleiters zu erkennen und unterstellt, es sei geradezu das Typische und besonders Gemeine an Bezirksamtsleiterinnen und Bezirksamtsleitern, sie würden genau das Gegenteil dessen feststellen, was die Politiker beschlossen hätten.

(Bernd Reinert CDU: Das ist oft richtig!)

Dazu sage ich: Weder Bezirksversammlung noch Bezirksamtsleiter haben über weiße Flächen zu planen. Der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm geben den Rahmen zur Ausfüllung vor. Warum nun ein Bezirksamtsleiter wider den Stachel löcken und die Bezirksversammlung brüskieren sollte, die ihn in ihrer Mehrheit politisch trägt, das weiß ich nicht. Es mag Konflikte geben, ob sie immer die Bezirksversammlung selber erreichen, ist die Frage. Vielleicht werden sie auch anders geregelt. Wenn es dann hart auf hart geht und die Bezirksversammlung nun ganz und gar nicht damit einverstanden ist, was

der Bezirksamtsleiter feststellt, dann kann die Bezirksversammlung die Abwahl inszenieren.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Aber wie macht sie das?)

Die neuen Kompetenzen bei der Bauleitplanung hätte ich mir, als ich seinerzeit Ausschußvorsitzende im Stadtplanungsausschuß in Harburg war, sehr gewünscht. Es fällt mir auch nicht schwer, nachzuvollziehen, daß diese Subdelegationsmöglichkeit an eine Amtsperson geknüpft ist, weil nämlich nur der Bezirksamtsleiter oder die Bezirksamtsleiterin in der Verantwortungskette Bürgerschaft, Senat und Bezirksamtsleiter steht.

(Heike Sudmann GAL: Zitat-Ende!)

Die Experten haben uns in der Sachverständigenanhörung aufgefordert, die Reform zügig zu beschließen, weil sie sich in ein Konzept der Neuen Steuerungsmodelle einpaßt. Auch die wissenschaftlichen Experten der Opposition haben den Senatsentwurf ausdrücklich gelobt, unter anderem, weil er der organisierten Unverantwortlichkeit ein Ende setzen werde.

Jetzt möchte ich noch einmal auf die Bezirksamtsleiterwahl zu sprechen kommen, denn das hat auch etwas damit zu tun.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ja, machen Sie das ruhig!)

Eine Änderung des Wahlverfahrens für Bezirksamtsleiterinnen und Bezirksamtsleiter ist erforderlich, denn das bisherige Modell hat sich nicht bewährt, wie man in zwei Bezirken besichtigen kann. Das geplante Konsensprinzip ist besser. Es besteht aber auch nicht die Gefahr, daß die Belange der Bezirke zu kurz kommen, denn der Senat richtet sich bei der Berufung nach dem Votum der Bezirksversammlung, sofern eines zustande kommt.

Ein längeres Vakuum an der Spitze eines Bezirksamtes ist für die Bürger und die Verwaltung unzumutbar. Deswegen ist es gut, daß ein Weg aus der von manchen Bezirken selbst angesteuerten Sackgasse gewiesen wird.

Ich möchte jetzt noch ein Thema diskutieren, das ich eher skeptisch sehe. Das ist die Diskussion über die Einführung eines Bürgerentscheids auf Bezirksebene. Ich bin eine Befürworterin der repräsentativen Demokratie, wie sie sich bewährt hat. Ich halte sie nicht für weniger demokratisch als die direkte Demokratie. Tendenziell würde ich eher sehen, daß der Parteien- und Parlamentsfeindlichkeit Vorschub geleistet wird. Parteien stellen sich demokratischen Wahlen, Bürgergruppen und soziale Bewegungen mit noch so idealistischen Zielen eben nicht. Wenn Beispiele aus der Schweiz und den USA angeführt werden, dann zeigt mir dies, daß direktdemokratische Elemente das repräsentative System ergänzen, aber gleichzeitig die Parteien dort immer schwächer werden. Referenden können eben keine Kompromisse schließen und keine Prioritäten setzen. Zum anderen haben die Bürgerentscheide andersorts in Deutschland mich auch nicht besonders positiv beeindruckt.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Mich schon!)

Man denke nur an die Bürger Brandenburgs, die die Fusion mit Berlin verhindert haben, weil sie nichts mit den „Besserwessis“ zu tun haben wollten.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wie blödi!)

(Helga Weise SPD)

- A Man denke an die Verhinderung des Buchheim-Museums durch die provinzielle Engstirnigkeit. In einem Dorf in Niedersachsen, in Garstedt, wurde entschieden, daß die Lampen im Dorf nachts leuchten, und zwar genauso wie vor dem Bürgerentscheid. In München wurde der Bau eines Straßentunnels beschlossen. Über die Finanzierung müssen sich jedoch andere Leute Gedanken machen. Das ist für mich symptomatisch für die direkte Demokratie und reizt mich nicht zur Nachahmung.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Haben Sie nicht ein paar schöne Beispiele für Parlamentsbeschlüsse?)

Die Arbeit in Parteien, Ortsausschüssen und in der Bezirksversammlung ist mühselig. Bei Bürgerentscheiden werden Themen publikumswirksam aus dem politischen Zusammenhang gerissen, und die eigentliche Arbeit verbleibt den Parlamenten und Ausschüssen.

(Heino Vahldieck CDU: Reden Sie jetzt über den Euro?)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zum Petition des Rechtsausschusses einschließlich der Ergänzungsdrucksache der SPD, die sich als erforderlich erwiesen hat, weil seit Einbringung der Senatsdrucksache noch weitere Bebauungspläne von der Bürgerschaft beschlossen worden sind. Ich bitte um Zustimmung in der ersten Lesung. Wenn wir heute nicht zu einer zweiten Lesung kommen, bitte ich Sie, sich in der zweiten Lesung an der Abstimmung zu beteiligen, damit wir diese wichtige Reform in dieser Legislaturperiode beschließen. — Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Georg Berg STATT Partei)

- B **Vizepräsidentin Ulla Bussek:** Das Wort hat Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Daß die Redebeiträge, verehrte Frau Kollegin Weise, die Sie hier halten, häufig ein Quell allgemeiner Freude sind, das kennen wir schon,

(Inge-Anke Kuhbier SPD: Das kann man von Ihnen nicht sagen!)

aber daß Sie unfreiwillig so ehrlich sind, das erfreut mich außerordentlich. Was hat die böse Opposition gemacht? Sie hat die parlamentarischen Mittel ausgenutzt.

(Dr. Roland Saichow CDU: Wie furchtbar! Das grenzt an Majestätsbeleidigung!)

Das ist einfach voll daneben. Wir geloben Besserung. Das wird nicht wieder vorkommen. Das ist ja das Allerletzte.

(Beifall bei der SPD)

Frau Weise, es wurde im Rechtsausschuß nicht intensiv beraten. Was Sie und Ihre Kollegen von der SPD betrifft, stimmt das völlig. Sie haben sich überhaupt nicht beteiligt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie waren der Stichwortgeber für den Senat, beziehungsweise Ihre Funktion war es, dafür zu sorgen, daß das möglichst schnell durchgepeitscht wurde. In der Sache ist von Ihnen überhaupt nichts gekommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Insofern bedanke ich mich für diese Ehrlichkeit.

Wir haben Vorschläge unterbreitet, wir haben Fragen gestellt und haben es — wie ich finde — in solider Weise erörtert. Das Ergebnis ist allerdings deprimierend. Was herausgekommen ist — ich habe das immer wieder gesagt —, ist eine gesetzgeberische Mißgeburt. Das Gesetz ist zutiefst zentralistisch. Herr Reichert hat das heute schon zitiert. Die Bezirke werden entmachtet, die Bezirksamtsleiter werden zu Vollstreckern des Willens des Senats gemacht und sonst gar nicht. Kommunale Demokratie wird auf voller Ebene abgebaut. Insofern bin ich für das Zitat eines Sachverständigen, des Staatsrats außer Dienst Haas, dankbar, der sagt, wenn man konsequent sein will und das tun würde, was wirklich notwendig ist, dann würde man darauf verzichten, weiterhin die Bezirksversammlungen zu wählen, denn zwischen dem, was die nach dem neuen Gesetz tatsächlich dürfen, und dem Grad der demokratischen Legitimation, nämlich aus allgemeiner und geheimer Wahl hervorgekommen zu sein, klafft eine unglaubliche Lücke. Das ist völlig richtig. Er hat in diesem Fall recht.

Meine Damen und Herren, ich ziehe daraus nicht die Konsequenz, jetzt diesen Antrag zu stellen, aber das Zitat von Herrn Haas sagt im Grunde alles, nämlich daß die Bezirke durch diesen Gesetzentwurf entmachtet werden sollen. Wir haben darauf verzichtet, einen eigenen Antrag zu stellen. Uns war klar, daß das Gesetz in der Art und Weise, die Frau Weise hier dargelegt hat, durchgezogen werden würde, auch weil die STATT Partei das natürlich als den einzigen Erfolg ihrer vierjährigen Kooperation vorweisen will. Der Antrag kommt also so oder so durch.

Nun hat sich die GAL die Mühe gemacht, einige Dutzend Änderungen zum Senatsentwurf vorzulegen. Ich glaube, wenn die durchkämen, wäre der Senatsentwurf respektabel und hinnehmbar. Es wäre immer noch nicht der große Wurf, aber mit den Anträgen der GAL zusammen bedeutet das Ganze eine gewisse Wiederherstellung der Demokratie und eine Steigerung der Bedeutung der Bezirksversammlung. Wenigstens würden die Bezirksamtsleiter wiederum gewählt werden. Weitere Punkte kämen dazu.

In dieser Form wäre das Gesetz hinnehmbar, zumindest aber erheblich besser, als es jetzt ist. Deshalb sind wir bereit, grundsätzlich dem zuzustimmen, vielleicht nicht jedem Wort und Komma, aber insgesamt ist das, was die GAL jetzt aus dem Gesetzentwurf gemacht hat, politisch vorzugswürdig mit Ausnahme des Bürgerantrags auf Bezirksebene bei Unterstützung von 1 Prozent der Bevölkerung, wie die GAL ihn vorgesehen hat. Da können wir, verehrter Herr Dr. Schmidt, nicht mitmachen. Ansonsten sind wir bereit, Ihrem Antrag zuzustimmen.

(Jan Ehlers SPD: Unter dem Verzicht des eigenen großen Wurfes?)

— Wir hielten das nicht für sinnvoll, einen solchen großen Wurf vorzulegen, damit Sie in einem Akt des Handhebens Schluß damit machen. Das hat doch überhaupt keinen Zweck. Wir sind der Auffassung, daß die Vorstellungen, die der Senatsentwurf hat, und unsere Vorstellungen diametral sind. Herr Reichert hat das völlig richtig dargestellt. In Abänderung des Gesetzentwurfes durch die Anträge der GAL wird das Ganze hinnehmbar. Leider wird das nicht durchkommen. Ich fürchte, der GAL-Antrag wird in diesem Fall nicht angenommen und wir werden einen weiteren gesetzgeberischen Tiefpunkt nach dem Senatsgesetz erle-

(Heino Vahldieck CDU)

- A ben. Mögen andere Mehrheiten in einer nächsten Bürger-schaft andere Entscheidungen fällen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es tut mir natürlich leid, daß wir unseren Antrag ein paar Tage zu spät eingereicht haben. Hätte ich gewußt, daß die SPD geneigt ist, ihn bei genauer Lektüre anzunehmen, hätten wir es eine Woche vorher gemacht und hier wäre Friede, Freude, Eierkuchen.

Herr Vahldieck, Sie haben einem Abgeordneten des Hauses schweres Unrecht angetan. In unseren langen Beratungen im Rechtsausschuß hat sich ein SPD-Abgeordneter mehrfach zu Wort gemeldet und sachkundige Beiträge geleistet. Es ist der ehemalige Senator Curilla, der mit Recht sagen konnte, daß zu seiner Zeit bessere Gesetzesvorschläge das Parlament erreicht haben.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Willfried Maier GAL)

Ansonsten war Ihre Beschreibung, Herr Vahldieck, richtig. Die langen Beratungen im Rechtsausschuß fanden in der Regel als ein Dialog zwischen GAL und CDU auf der einen Seite und den Vertretern des Senats statt. Die SPD hat sich mit Ausnahme von Herrn Curilla nicht daran beteiligt. Frau Weise hat uns freundlicherweise in jeder Sitzung mindestens einmal darauf hingewiesen, daß es schneller gehen müßte.

- B (Heiterkeit bei der CDU)

Schließlich hat die SPD am Schluß noch einen Änderungsantrag eingebracht, von dem ich noch zwei Punkte erwähnen werde, der aber ansonsten hauptsächlich redaktioneller Art ist. Ich nehme an, daß er im wesentlichen von Herrn Curilla stammt. Man kann natürlich sagen, daß er das Gesetz in einigen Punkten einfach lesbarer gemacht hat. Dennoch ist der Inhalt dessen, was man liest, nicht gut.

Die Bezirksversammlungen sollen in Zukunft weder die Tätigkeit des Bezirksamtes kontrollieren noch bei den laufenden Tätigkeiten des Bezirksamtes mitwirken. Das ist einer der Kernpunkte des neuen Gesetzes, und das ist natürlich extrem bezirksversammlungsfeindlich.

Es wird also nur noch eine Mitwirkung an grundsätzlich wichtigen Fragen akzeptiert. Diese Einschränkung der Mitwirkung der Bezirksversammlung auf grundsätzliche Fragen mißachtet, wenn sie nicht mit der Möglichkeit einer vollständigen Kontrolle verbunden wird, selbstverständliche Logik, denn — ich zitiere jetzt Aristoteles Nikomachische Ethik —:

„Vom einzeln Gegebenen gelangt man zum Allgemeinen. Man muß schon eine Wahrnehmung des einzeln Gegebenen haben, um zum Allgemeinen zu kommen.“

Nun hat uns aber der Senat freundlicherweise auf unsere Frage tatsächlich mitgeteilt, daß auch das Fragerecht der Bezirksabgeordneten in Zukunft auf Grundsätzliches beschränkt wird.

Nun frage ich Sie: Wie macht man das? Wie weiß man denn, daß Grundsätzliches droht, Grundsätzliches im Spiel ist, wenn man nicht die Erlaubnis hat, das Einzelne zu

erfragen. Ich sage Ihnen, wie das laufen wird, nämlich so wie jetzt auch. Die Bezirksabgeordneten werden sich an die Bürgerschaftsabgeordneten wenden, und die werden ihre vielen Kleinen Schriftlichen Anfragen stellen und der Senat wird darüber jammern, daß er leider wieder mit so viel Kleinkram befaßt wird.

(Dr. Rolf Lange SPD: So wie es bislang die GAL hält!)

Er hätte es viel leichter, würde er kommunale Demokratie akzeptieren, auf Bezirksebene den Bezirksabgeordneten die Rechte geben, die sie nötig haben.

Dieselbe Absurdität findet bei der Akteneinsicht statt, die Bezirksversammlungen auch in Zukunft durch Mehrheitsbeschuß haben sollen. Auch diese Akteneinsicht wird auf Grundsätzliches beschränkt. So die ausdrückliche Auskunft des Senats. Nun stellen Sie sich einmal die Arbeit vor, die sich ein Bezirksamt machen muß, wenn eine Bezirksversammlung oder ein Ausschuß Akteneinsicht beschlossen hat. Solche Verrücktheiten. Da müssen die die Ordner durchsehen und prüfen, was grundsätzlich und nicht grundsätzlich ist. Dann erst, wenn das schön purgiert ist, dürfen die Bezirksabgeordneten Akteneinsicht haben. Können Sie sich eine verrücktere Logik des gesamtpolitischen Verfahrens vorstellen? Ich nur mäßig. Dieses soll nun der Fortschritt der Demokratie und der Dezentralisierung in Hamburg sein.

(Dr. Roland Salchow CDU: Für Herrn Hoffmann-Riem ist das alles fortschrittlich!)

Die Überprüfung der Argumente des Senats ergab auch einige Mogeleinheiten bei der Begründung. Dafür, daß die Bezirksversammlungen nicht mehr an den laufenden Tätigkeiten des Bezirksamtes beteiligt sein sollen, wurde in der Gesetzesbegründung auf die Kommunalordnung anderer Bundesländer verwiesen. Da gibt es oft solche Regelungen. Aber es gibt kein einziges Bundesland, in dem eine solche Regelung besteht, daß der Bürgermeister die laufenden Angelegenheiten selbständig erledigt, wo die Tätigkeit des Bürgermeisters nicht mit der selbstverständlichen Vorschrift der Kontrolle durch den gewählten Gemeinderat verbunden ist. Ich habe die bayrische Gemeindeordnung vor mir. Bayern ist in solchen Fragen immer sehr vorbildlich. Selbstverständlich gibt es hier den Artikel 37, in dem steht, daß der Bürgermeister die laufenden Angelegenheiten selbständig erledigt. In Artikel 30 aber heißt es:

„Der Gemeinderat überwacht die gesamte Gemeindeverwaltung, insbesondere auch die Ausführung seiner Beschlüsse.“

In Hamburg wird folgendes stattfinden. Es wird eine Bezirksversammlung gewählt, die weder die laufenden Tätigkeiten des Bezirksamtes mitberät — wie bisher — noch allgemeine Informationsrechte über die laufenden Tätigkeiten haben wird, noch Kontrollrechte. Damit wird es wirklich ein Unikat in Deutschland geben. Es gibt keine Stadt, in der die kommunalen Angelegenheiten so gehandhabt werden wie in Zukunft in Hamburg. Denn eines ist wohl allen klar — Herr Reichert hat vorhin wieder so wunderbar von der grundsätzlichen Verantwortung des Senats für die gesamte Verwaltung gesprochen —, daß das eine Mogelpackung im großen Stil ist. Der Senat ist unfähig, genauso wie die Bürgerschaft unfähig ist, die gesamte Hamburger Verwaltung zu überwachen oder zu

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A kontrollieren. Das wissen alle im Hause. Das weiß der gesamte Senat, aber mit dieser Fiktion wird den Bezirksversammlungen das Recht genommen, das zu tun, was Kommunalparlamente normalerweise in Deutschland tun.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das ist das, was hier stattfinden wird.

Ich werde Ihnen noch einige Unikate vorführen, die in Hamburg neu eingeführt und die es in Deutschland sonst nicht gibt. Reden wir zunächst von der öffentlichen Anhörung, von der schon die Rede war. Sie hatte in der Tat zwei Teile. In der ersten Halbzeit referierten die Berliner Bezirksversammlungsabgeordneten, die von der CDU und der GAL geladen waren. Es waren dort Leute von der SPD, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen anwesend, die übereinstimmend dasselbe über ihre Erfahrungen in Berlin berichtet haben und ihr Erstaunen über die fehlende kommunale Demokratie in Hamburg ausgedrückt haben.

Die zweite Halbzeit war geprägt von den Experten, die eher Verwaltungsrechtler waren, die an der Modernisierung — das ist derzeit die Mode in Deutschland — der Verwaltung höchst interessiert waren und an der Demokratie nicht. Das kann man zur Kenntnis nehmen. Wenn Abgeordnete — das finde ich natürlich sehr lustig — dieser Bürgerschaft das zum Anlaß nehmen, um zu sagen, gut, dann brauchen wir keine kommunale Demokratie in Hamburg, dann ist das ihr Bier. Dann müssen sie wirklich selbst damit fertig werden. Ich finde, wer hier vom Volk in die Bürgerschaft gewählt worden ist, der sollte gegenüber solchen Modernisierungsargumenten, die gleichzeitig auf Demokratie verzichten, etwas skeptischer sein, als Frau Weise es heute getan hat.

- B (Beifall bei der GAL und bei *Ole von Beust* CDU)

Die SPD hat am Schluß einige Änderungsanträge eingebracht. Darunter einen ganz radikalen. In dem Gesetzentwurf des Senats war vorgesehen, daß in Zukunft die Zahl der Ausschüsse, die eine Bezirksversammlung bilden darf, gesetzlich reglementiert wird. Auch da ist es mir nicht gelungen, in deutschen Gemeindeordnungen ein Beispiel zu finden, aber Hamburg kann ja einmal etwas Neues machen.

Die Zahl der Ausschüsse sollte auf sieben reglementiert sein. Dann gab es darüber eine längere Debatte in dem Ausschuß. Wir haben uns die Zahlen geben lassen, was jetzt der Fall ist. Als Ergebnis dieser langen Debatte hat dann die SPD — großmütig wie sie ist — gesagt, nein es sollen neun werden. Nun führe ich Ihnen die Zahlen vor, damit Sie sehen, welch absurdes Gesetz Sie beschließen sollen.

Wenn man alle Ausschüsse zusammenzählt, die von einer Bezirksversammlung, einschließlich der Ortsausschüsse und Unterausschüsse, gebildet werden, so gibt es im größten Bezirk Wandsbek 29 Ausschüsse, in den etwa gleich großen Bezirken Altona, Eimsbüttel, Mitte, Nord und Harburg zwischen 17 und 21 und im kleinen Bergedorf 12. Altona unterscheidet sich in einem Punkt von den anderen gleich großen, weil Altona keinen Kerngebietsausschuß hat, aber dafür eine Reihe mehr Ausschüsse der Bezirksversammlung. Damit ist das, was Sie jetzt als Gesetz beschließen wollen, einzig und allein eine Lex Altona. Nur die Bezirksversammlung Altona wird gezwungen, sich neu zu organisieren. Wenn die Altonaer besonders schlau sind, dann gründen sie jetzt sofort einen Kerngebietsausschuß

und bilden bei dem weitere drei Unterausschüsse, und schon haben sie genausoviel Ausschüsse wie jetzt, nur anders organisiert. Wer von Ihnen will eigentlich beschließen, daß das so sein müßte? Warum kann nicht die Bezirksversammlung Altona über ihre internen Angelegenheiten selbst entscheiden? Würden Sie denn akzeptieren, daß irgendeine Instanz über uns beschließt,

(*Dr. Willfried Maier* GAL: Der Bundeskanzler!)

wieviel Ausschüsse die Bürgerschaft Hamburgs haben darf? Sie wollen jetzt zum Beispiel beschließen, daß Bezirksversammlungen keine Sonderausschüsse bilden dürfen. Wieviel Sonderausschüsse dürfen hier gebildet werden? Wer gibt Ihnen das Recht, zu sagen, wir sind ein wunderbares Parlament, wir können machen, was wir wollen, aber die unter uns dürfen das nicht? Aber machen Sie das. Das ist, finde ich, verrückt. Es sind Dinge, die nur in Hamburg so geregelt werden sollen, weil der Senat es so will und die SPD sich an der Debatte nicht beteiligt.

In der Anhörung gab es ohnehin auch Vertreter der SPD aus den Bezirken. Keiner der beiden, die da geredet haben, haben gesagt, das ist ein gutes Gesetz. Herr Jürgen Schmidt aus Altona hat gesagt, na gut, wir nehmen es halt hin, aber erlassen Sie uns doch die gesetzliche Vorschrift über die Ausschußzahlen. Nicht einmal das tun Sie, obwohl Sie immerhin noch jemanden gefunden haben, der auf Bezirksebene gesagt hat, akzeptieren wir das Gesetz.

Schließlich gibt es eine weitere wunderbare Neuregelung, die auch zu einem einzigartigen Vorgang in ganz Deutschland führen wird. Die Verabschiedung der Bebauungspläne soll in Zukunft in den Bezirken stattfinden, aber nicht durch Beschluß der Bezirksversammlung, sondern durch Entscheidung der Bezirksamtsleiter oder -leiterinnen. Die Bezirksversammlungen dürfen dazu eine Empfehlung abgeben.

Nun hat Frau Weise gesagt, das wird ja immer identisch sein. Pustekuchen, nichts wird sein, weil der Bezirksamtsleiter die Genehmigung der zuständigen Behörde haben muß, bevor er den Bebauungsplan erläßt. Also wird das schon ganz anders ausgehen. Daß das viele Konflikte geben wird, verspreche ich Ihnen. Der Senat kann das auch an sich ziehen und das dann selbst entscheiden. Sie wollen heute beschließen, daß der Senat tatsächlich die Ermächtigung bekommt, die Rechtsverordnungsmöglichkeit nach unten abzugeben oder selbst zu entscheiden. Damit werden wir in Hamburg folgendes Verfahren haben: Hamburg wird die einzige Stadt sein, in der Bebauungspläne nicht durch Beschlüsse von gewählten Gremien verabschiedet werden. In allen Bundesländern werden Bebauungspläne selbstverständlich von Gemeinderäten verabschiedet und sind damit rechtsgültig.

(*Rolf Kruse* CDU: Wie wahr!)

In Berlin selbstverständlich durch die Bezirksverordnetenversammlung und damit rechtsgültig.

Bisher haben wir in Hamburg die Regelung, daß entweder eine große Mehrheit der Bezirksversammlung einem Bebauungsplan zugestimmt haben muß oder die Bürgerschaft. In Zukunft soll es in Hamburg als einziger Stadt Deutschlands wirklich so sein, daß ein Bebauungsplan nicht durch eine Abstimmung in einem parlamentarischen, einem gewählten Gremium beschlossen wird. Das ist eine neue Erfindung des hamburgischen Senats mit Zustimmung der jetzigen Mehrheit. Ich kann mir nicht vorstellen,

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Herr Reichert, daß die STATT Partei, die mit dem großen Anspruch auf Demokratie angetreten ist, diese Hamburgense tatsächlich öffentlich verteidigen kann.

(Beifall bei der GAL und der CDU — *Ralf-Dieter Fischer CDU: Basisdemokratie!*)

Wir haben uns deswegen entschlossen, nicht auf unserem alten Gesetzentwurf, den wir auch in die Bürgerschaft eingebracht haben, zu beharren, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens: Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, daß zu einer ordentlichen Regelung der kommunalen Demokratie in Hamburg die Verfassung geändert werden muß. Da die SPD sich strikt verweigert und es nicht sehr wahrscheinlich ist, daß die SPD in absehbarer Zeit unter ein Drittel der Bürgerschaftsabgeordneten kommt, so daß eine Verfassungsänderung schlecht möglich ist, müssen wir uns damit abfinden

(*Ole von Beust CDU: Die Idee ist nicht schlecht. Wäre auch eine Vision!*)

— ja, Visionen machen wir —, daß auf der gegenwärtig gültigen Verfassung und ihrer gegenwärtig gültigen Auslegung weitergearbeitet werden muß.

Zweitens: Wir gehen auch davon aus, daß es in der Tat gewisse Dinge gibt, die wir als neu akzeptieren, weil richtig. Das ist der Aspekt der Modernisierung in dem neuen Gesetz, und das ist der Aspekt der Erweiterung — allerdings hat Frau Weise da wirklich ganz absurde Zahlen genannt — der Haushaltsrechte der Bezirksversammlungen. Das sind richtige Ansätze, und das sind die wenigen richtigen Schritte, Herr Reichert, die wir auch akzeptieren. Deswegen finden wir, daß man das lassen kann, aber vieles andere muß man ändern.

B

Ich will Ihnen noch einmal die drei wichtigsten Punkte unseres Änderungsantrages darstellen. Das ist einmal der Punkt, daß wir bei dem gegenwärtig gültigen Bezirksverwaltungsgesetz davon ausgehen, daß es einen Normalfall dergestalt gibt, daß Verwaltungsaufgaben bei den Bezirken stattfinden und abgeleistet werden, es sei denn, sie sind von übergeordneter Natur. Das jetzige neue Gesetz will das gänzlich abschaffen und Verwaltungsaufgaben bei den Bezirken nur dann stattfinden lassen, wenn es vom Senat so beschlossen wird. Dann wird noch die wunderschöne Vokabel „ortsnah“ zur Verschleierung des Verfahrens eingeführt.

In einem zweiten Punkt akzeptieren wir die Abschaffung der Mitwirkung der Bezirksversammlung an den laufenden Tätigkeiten der Bezirksversammlung, wenn dieses ergänzt wird durch das vollständige Informations- und Kontrollrecht der Bezirksversammlungen. Dann hat das Ganze einen Sinn, und dann haben wir uns in den Formulierungen sehr deutlich an den Regelungen in Berlin orientiert, wo das ganz genauso läuft.

Drittens: Es ist selbstverständlich, daß die Bebauungspläne von einem gewählten Parlament verabschiedet werden müssen, entweder von der Bezirksversammlung oder — das kann man akzeptieren — von der Bürgerschaft, wenn der Senat der Meinung ist, daß die Bezirksversammlung falsch entschieden hat. Dann muß der Senat sie in die Bürgerschaft geben. Das ist unser Vorschlag. Ein Parlament müßte so etwas eigentlich selbst beschließen.

Es gibt noch viele andere Dinge, die wir auch gem hätten, wie zum Beispiel die Wahl der Bezirksamtsleiter. Wir halten

es für selbstverständlich, daß Bezirksabgeordnete das Vorschlagsrecht bei der Wahl zum Bezirksamtsleiter haben müssen.

Hätten wir unsere Vorschläge vor einer Woche eingereicht, wäre alles ganz leicht und Sie würden sie annehmen.

Was passiert eigentlich? Gehen wir davon aus, daß das Gesetz heute und in zwei Wochen noch einmal beschlossen und damit gültig wird und gültig bleibt. Dann muß man zwar damit arbeiten, aber ich verspreche Ihnen, daß ich als einer der besten Kenner dieses Gesetzes einen Kommentar zur Anwendung für die neuen Bezirksabgeordneten zur subversiven Anwendung desselben schreiben werde.

(Beifall bei der GAL — Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Ich habe Hoffnung, daß unser heutiger Änderungsantrag geeignet ist, in der nächsten Legislaturperiode — falls die Mehrheiten so sind — ganz schnell dieses von der heutigen Mehrheit zu beschließende Gesetz zu einem der kürzestlebenden Gesetze in Hamburg zu machen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Professor Hoffmann-Riem.

Senator Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bezirksverwaltungsreform hat eine lange Vorgeschichte. Als ich die Ressortverantwortung übernahm, hatte die Reform sich schon mehrfach gehäutet, jeweils mit mehr oder minder großen Veränderungen. Der Protest der Bezirkspolitiker, der Verbandsvertreter und vieler enttäuschter Bürgerinnen und Bürger drohte sie gänzlich zum Scheitern zu bringen. Die noch von Herrn Senator Hardraht eingeleitete Anhörung hatte fast nur Kritik produziert.

Als ich das Amt übernahm, habe ich versucht, diese Kritik sehr ernst zu nehmen und abzuarbeiten. Die Grundstruktur der Reform allerdings mußte bleiben, sonst wäre das Vorhaben auch in dieser Legislaturperiode gescheitert. Alle Kritikpunkte wurden gesichtet, und eine Vielzahl von Anregungen wurde aufgegriffen. Allerdings nicht die Kritik derjenigen, die eine andere Reform anderen Zuschnitts wollten, also derjenigen, die eigentlich die Einheitsgemeinde aufgeben und Hamburg kommunalisieren wollten, wie beispielsweise Herr Schmidt, der die Absurditäten, die er in dem Gesetz zu entdecken meint, ausschließlich aus dieser Perspektive entwickelt hat. Wenn man ein Gesetz von einem anderen Konzept her interpretiert, dann wird es in der Tat nicht stimmig. Wenn man dann noch Aristoteles zitiert, wird diese Mißgeburt, die Sie geleistet haben, indem Sie einen Maßstab anlegen, der nicht paßt, nicht geheilt. Sie haben selbst zum Ausdruck gebracht, daß die Verfassung nicht geändert worden ist, und haben kommentiert, warum das nicht geschehen ist. Aber ohne eine Verfassungsänderung sind auch mehrere der Dinge, die Sie heute vorgeschlagen haben, nicht leistbar. So muß die Entscheidung darüber, welche Aufgaben bezirkliche und welche Aufgaben gesamtstaatliche sind, nach der jetzigen Verfassungslage dem Senat belassen bleiben. Auch die Wahl des Bezirksamtsleiters geht nach der Verfassungslage nicht derart, daß der Senat nicht eigenständig mitentscheidet. Der Versuch, Bezirksversammlung und Senat

(Senator Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem)

- A gemeinsam entscheiden zu lassen, ist ein verfassungsgemäßer; die Bezirksversammlung allein entscheiden zu lassen, wäre ein verfassungswidriger.

All diejenigen, die eine solche andere Reform wollen, müssen von dem Konzept enttäuscht sein. Das gilt aber auch für diejenigen, die das Heil in der Stärkung der Zentrale suchen. In der Zone zwischen diesen beiden Polen — den Gemeindesympathisanten und den Zentralisten — mußten Konsense gesucht werden, und es mußte auf diese Weise versucht werden, die allseits beklagte Tradition der organisierten Unverantwortlichkeit in der Bezirksverwaltung und in dem Verhältnis zwischen Bezirksverwaltung und Fachbehörden in Hamburg zu beenden.

In den Zielen waren sich viele einig. Es ging um eine schnelle, bürgerfreundliche und sachnahe Verwaltung, die möglichst dezentral arbeitet und inhaltlich von den Bürgerinnen und Bürgern der Bezirke angeregt und kontrolliert wird. Eine Bürokratie ohne unnütze Doppelarbeit sollte entstehen, eine effiziente, die finanziellen und personellen Ressourcen schonende Verwaltung.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ach, klingt das alles schön!)

Die einzelnen handelnden Beamten sollten in ihrer Kompetenz ernst genommen und mit Eigenverantwortung im Rahmen des rechtlich Möglichen betraut werden. Dieses waren weithin konsenterte Ziele, und sie sind im Gesetz realisiert worden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist überraschend! In welchem Gesetz denn?)

- B Auch in einem anderen Zielbündel waren sich fast alle einig. Die Bezirksverwaltung sollte den Anschluß an die Modernisierung der übrigen Verwaltung finden: Budgetierung und Neues Steuerungsmodell als Merkpunkte.

Das Ihnen vorgelegte Gesetz erlaubt eine angemessene Modernisierung der Verwaltung. Es verfolgt allerdings ein vorsichtiges Reformkonzept. Diese Reform befriedigt nicht alle — das ist heute wieder deutlich geworden —, insbesondere nicht die Anhänger einer „Viel-Gemeinde-Lösung“, auch nicht die eingefleischten Zentralisten, die sich heute allerdings nicht zu Wort gemeldet haben.

(Dr. Willfried Maier GAL: Die sitzen im Moment im Senat!)

Sie wissen, daß es keineswegs leicht war, das Vorhaben durch den Senat zu bringen. Es war auch etwas mühsam, die Filibuster-Hürden der Opposition im Rechtsausschuß zu überspringen. Es war allerdings erstaunlich leicht, vor den Sachverständigen zu bestehen, die der Rechtsausschuß geladen hatte. Für mich als Senator war es ein Vergnügen, zu sehen, wie fast alle Sachverständigen, ganz besonders die von der Opposition benannten, den Gesetzentwurf als einen notwendigen, modernen, auch mutigen Schritt in eine neue Dimension Hamburger Verwaltung gepriesen haben.

(Beifall bei der STATT Partei und bei Dr. Holger Christier SPD)

Wenn Sie jetzt diese Sachverständigen als solche bezeichnen, die kein richtiges Demokratieverständnis haben, dann frage ich mich, warum Sie diese eingeladen haben.

(Beifall bei der STATT Partei und SPD)

Im übrigen ist das eine unangemessene Diffamierung der Experten, die sich vor dem Rechtsausschuß geäußert haben.

Von dem grundsätzlichen Lob nahmen sich lediglich die Vertreter der Bezirke aus. Die übrigen Experten aber waren sich im Kern einig, daß diese Reform überfällig ist, weil sie in ihren Elementen modern und in ihrem Zuschnitt moderat ist. Die Reform ist allerdings auch entwicklungs offen. Wenn alle mit ihr klug umgehen und das Potential nutzen, dann kann sie das Sprungbrett sein, um das Reformanliegen in Zukunft noch weiter voranzutreiben. Wenn die Bezirke mit den gewachsenen Aufgaben verantwortungsvoll umgehen und den Bezirksegoismus im Interesse der gesamten Stadt zurückstellen, dann werden auch die Zentralisten verstummen, dann wird vor allem die Versuchung entfallen, bei den Fachbehörden übermäßig viel Überwachungskompetenz zu belassen. Ihre Kritik, Herr Schmidt, daß das Kontrollpotential des Senats nicht intensiv genug sei, wundert mich. Das zeigt, daß Sie das System der Globalsteuerung in einer darauf abgestimmten Controlling-Konstruktion nicht nachvollzogen haben.

Wenn die Reform greift und sich zeigt, daß die Bezirksversammlungen in der Lage sein werden, zügig überall kompetente Bezirksamtsleiter zu wählen, wenn sie nicht an gruppenegoistischen Blockaden, sondern an konstruktiven und schnellen Entscheidungen Spaß finden und wenn sie sich nicht vorrangig um des Nachbarn Garage, wohl aber um eine lebenswerte Stadt kümmern und wenn sie Standortentscheidungen für notwendige, aber eventuell lästige Gewerbe nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip treffen, dann spricht vieles für einen weiteren Schritt, etwa dafür, das Gesamtkonzept in der Zukunft zu überdenken und das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung gegebenenfalls neu zu bestimmen. Bis zum 21. September dieses Jahres wird es aber keine Zeit geben, dieses empirisch zu überprüfen, so daß es zu früh ist, über einen neuen Entwurf, wie ihn jetzt die GAL eingebracht hat, sachgerecht zu entscheiden.

Ihnen liegt der Entwurf eines Bezirksverwaltungsgesetzes vor, mit dem Hamburg den Anschluß an andere moderne Großstadtverwaltungen halten kann, allerdings nicht im Sinne einer gemeindlichen Binnendifferenzierung. Das Gesetz verbaut aber keine Möglichkeiten, später weiter in der eingeschlagenen Richtung zu gehen. Aber auch in der jetzigen Fassung zielt es auf eine Reform, die diesen Namen verdient, die die nach vielen Skandalen von vielen Kommissionen aufgedeckten Mängel einer nicht hinreichend transparenten und wirkungsvollen Verwaltung beheben kann. Die Aufgaben der sachnahen Bezirke werden gestärkt, das Haushaltswesen wird modernisiert. Das ist einigen nicht genug, aber es ist erheblich mehr, als ich es für möglich gehalten habe, als ich die Aufgabe vor gut eineinhalb Jahren von Senator Hardraht übernommen habe. Seinerzeit war die Reform fast blockiert, jetzt ist sie fast am Ziel. Die letzten Millimeter bis zum Ziel liegen vor Ihnen. Die Opposition kann die Bewältigung dieser Millimeter natürlich noch im Zeitlupentempo strecken, sie sollte sich aber nicht auf der Ziellinie querlegen. Hamburg braucht den Willen und die Fähigkeit zu Reformen; die Bezirksverwaltungsreform ist ein wichtiger Reformschritt. Stimmen Sie dem Gesetz zu. Ich freue mich dann auf die angekündigte Kommentierung aus subversiver Perspektive, die — da bin ich sicher — letztlich doch konstruktiv sein wird. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

A Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Berg.

Georg Berg STATT Partei:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, das Gesetz wird unabhängig von künftigen Mehrheiten auch deutlich über das nächste Jahr und die nächste Legislaturperiode hinaus in seinen Grundlagen und seinen Grundstrukturen Bestand haben. Mir wird immer deutlicher, daß erst dann, wenn Sie sich ernstlich und verantwortlich damit befassen und sich überlegen müssen, was man anders oder besser machen wird und muß, sich für Sie erschließen wird, worin die Besonderheit und auch der große Wurf dieses Gesetzes liegen. Sie werden feststellen, daß es im Moment keine Alternative dazu gibt.

Beginnen wir mit der Rolle der Bezirksversammlungen: Wenn Sie eine Verwaltung organisieren und sogar noch eine Bürgervertretung integrieren wollen, müssen Sie — das haben Sie bisher überhaupt noch nicht geleistet — eine Überlegung anstellen und ein Funktionskonzept machen, wie die Funktions- und Verantwortungsstränge sein sollen und wo sie dort die gewählten Abgeordneten in einer der Position würdigen sinnvollen Stellung einbauen.

(Bernd Reinert CDU: Nicht würdig, sondern effektiv!)

— Ja, effektiv, aber auch würdig und nicht nur irgendwelche Schubladenkramer, die sich zur Volksbelustigung zerfleischen, sondern daß sie adäquat an der vom Volk gewählten Position stehen.

(Beifall bei der SPD)

B Bisher ist diese Arbeit, sich ein Konzept auszudenken, von der Opposition nicht geleistet worden, sondern es ist immer in Wundertüten mit verschiedensten, nicht miteinander zu vereinbarenden Idealvorstellungen gegriffen worden: Hier die volle parlamentarische Stellung, dort ein Verwaltungsausschuß, der in den Schubladen kramt und den Beamten über die Schulter guckt, dann eine Nachwuchsschulung für Möchtegernhonoratioren. Eine einheitliche Grundstruktur, ein Funktionsmodell, auf dem das aufbaut, haben Sie nicht anzubieten, aber das haben wir angeboten. Das ist die Grundlage dieses Gesetzes.

Es wird Sie nicht überraschen, daß das die Struktur des Neuen Steuerungsmodells ist. Selbst die Damen und Herren von der CDU werden in Zukunft überhaupt nicht mehr daran vorbeikommen, abgesehen davon, daß wir hier zum Beispiel schon den Produktkatalog haben, auf dem jetzt dieser Haushalt aufbaut.

(Bernd Röder CDU: Das ist ja das Furchtbare!)

Sie können doch lesen, daß Ihr eigenes CDU-geführtes Bundeskabinett jetzt gerade erst gesagt hat, daß es die Haushaltsordnung des Bundes ändern wird, und zwar Abbau der Kameralistik, hin zum Neuen Steuerungsmodell. Selbst da hat man es begriffen. Sie haben es hier noch nicht begriffen.

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Das hätten Sie alles im Rechtsausschuß vortragen müssen!)

— Ich merke, daß die Opposition ein wenig in der Nachschulung allein gelassen worden ist. Wir können uns hier noch etwas darüber unterhalten.

(Dr. Roland Salchow CDU: So genial, wie Sie sind, hätten Sie ja an allen Fronten gleichzeitig helfen können!)

Das Modell der Mitwirkungsfunktion der Bezirksabgeordneten ist folgendes: Die beim Neuen Steuerungsmodell erforderliche Durchdringungstiefe ist nicht von einem Parlament machbar, wenn die Politik beide Leistungsbeschreibungen unter Kontrolle der Einhaltung der entsprechenden Vorgaben leisten will. Dafür brauchen wir die Bezirksversammlungen. Wir brauchen aber natürlich einen klaren Aufbau, eine klare einheitliche Linie, damit klar ist, welche Zuständigkeiten es gibt, damit man unnötige Arbeit vermeidet. Das ist die Grundstruktur, die in diesem Gesetz angelegt ist und die sich insbesondere bei den Regelungen niederschlägt, die das Gesetz über die Haushaltsaufstellung in der Bürgerschaft und nicht in der Bezirksversammlung vorsieht. Die Bürgerschaft kann und muß in Zukunft entscheiden, welche Produktgruppen und Produktbereiche sie aus diesem Bereich insgesamt zur weiteren Bearbeitung — das heißt zur Beschlußfassung und zur Fassung der politischen Steuerungsentscheidungen — an die Bezirksversammlung gibt. Insofern bekommen die Bezirksversammlungen einen originären wichtigen Teil der Aufgabe der Politik im Neuen Steuerungsmodell delegiert und müssen und können sie in der vollen Abgeordnetenfunktion ausfüllen einschließlich der Kontrolle der Einhaltung der entsprechenden Steuerungsaufgaben.

Dieses ist andererseits und konsequenterweise damit verbunden, daß diese Bezirksversammlungen in der Funktion weniger ein Verwaltungsausschuß sind, der bei laufenden Verwaltungsaufgaben den Beamten über die Schulter guckt. Sie wissen, daß wir diese Funktion als Parlament auch nicht haben. Es ist schon allein aus Gründen der Hygiene wichtig, daß die Politik die politischen Vorgaben gibt und überprüft, ob die eingehalten werden, aber daß wir keine politische Verwaltung bekommen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Also Kontrolle!)

Das heißt, daß die Verwaltungsentscheidungen letztlich nicht durch politischen Einfluß und Schmierereien beeinflußt werden.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Überprüfung schon!)

— Selbstverständlich.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist in dem Gesetz aber nicht vorgesehen!)

— Das ergibt sich implizit daraus.

(Lachen bei Dr. Martin Schmidt GAL)

Insofern kommen Sie — das werden Sie merken, wenn Sie sich an eine verantwortbare Umformung begeben wollen — an diesen Strukturen überhaupt nicht vorbei. Sie müssen die Bezirksversammlungen als Unterstützung Ihrer parlamentarischen Arbeit bei den ortsnahen Detailfragen aufnehmen.

Ich fürchte nicht darum, daß dieses Gesetz beschlossen wird, ich fürchte bei fortschreitender Zeit und festgefahrener Positionen, daß ich hier noch viel missionieren kann. Ich vertraue ganz auf die Lebensfähigkeit eines guten Konzepts. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei und SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Curilla.

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Jetzt kommt der einzige Sachkundige bei der SPD!)

A **Wolfgang Curilla** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu Beginn eine persönliche Bemerkung.

(Alexander Porschke GAL: Oh, ja!)

Vor genau 19 Jahren hatte ich die Ehre, bei der Schlußberatung in der Bürgerschaft, ganz am Ende der Legislaturperiode 1974/1978, das seinerzeit neue und bis heute geltende Bezirksverwaltungsgesetz für meine Fraktion zu vertreten.

(Susanne Uhl GAL: Da waren wir noch nicht da!)

Dieses Bezirksversammlungs-gesetz ist übrigens, Herr Dr. Schmidt, maßgeblich von Henning Voscherau und mir mit-gestaltet worden. Es war seinerzeit ein Fraktionsentwurf der Regierungsfractionen SPD und F.D.P., kein Senatsentwurf, und es ist übrigens am Ende von der Bürgerschaft einstimmig verabschiedet worden. Ich habe damals in meinem Redebeitrag unter anderem ausgeführt, daß die Bezirksreform eine ständige Aufgabe bleibe.

Was ich mir seinerzeit nicht vorgestellt habe, war, daß zur Durchführung dieses Gesetzes unmittelbar im Anschluß an die Neuwahl 1978 eine eigene Bezirksbehörde gegründet wurde, die ich leiten durfte. Ich hatte mir damals auch nicht vorgestellt, daß alsbald von Bezirksvertretern eine heftige Kritik gegen das neue Gesetz erhoben wurde mit der Forderung, die Rechte der Bezirke und insbesondere der Bezirksversammlungen zu verstärken. Deshalb stellte ich mir auch nicht vor, daß das Gesetz von 1978 gleichwohl 19 Jahre Gültigkeit behielt und am Ende der Diskussion als Resultat der Bezirkskritik dieser Gesetzesentwurf des Senats stehen würde.

B (Alexander Porschke GAL: Wir auch nicht!)

So schlecht kann also das Gesetz von 1978 nicht gewesen sein. Wenn man der Debatte lauscht, kann man manchmal den Eindruck bekommen, als wenn die eine oder andere Fraktion möchte, daß es noch länger gelten würde.

(Ingeborg Knipper CDU: Jedenfalls besser als das neue!)

Ich hätte mir damals sehr wohl vorstellen können, daß ich knapp zehn Jahre später eine grundlegende Novellierung erarbeiten würde, die zwar bereits 1988 alle Koalitions-gremien passiert hatte, dann aber doch nicht zum Tragen kam.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wer hat das denn gestoppt?)

In der Einbringungsrede des jetzigen Senatsentwurfs am 21. Juni 1996 habe ich vorausgesagt, daß aufgrund der vorangegangenen Kompromißfindung in der Kooperation nicht mit sehr großen Veränderungen im Gesetzgebungs-verfahren der Bürgerschaft zu rechnen sei. Dieses hat sich auch bestätigt. Gleichwohl ist es gelungen, daß der Senatsentwurf auf Initiative der SPD-Fraktion in einigen Punkten verbessert werden konnte. Die wichtigsten davon sind:

Erstens: Die Bezirksversammlung wirkt beratend auch an allen Angelegenheiten mit, bei denen eine Verordnungser-mächtigung des Senats auf das Bezirksamt weiter über-tragen worden ist.

Zweitens: Die Zahl der Fachausschüsse der Bezirksver-sammlungen wird von sieben auf neun heraufgesetzt.

C
Drittens: Es wird klargestellt, daß die Schlüssel für die Mit-telzuweisungen an die Bezirksämter nicht vom Senat end-gültig beschlossen, sondern von ihm der Bürgerschaft mit dem Haushaltsplan-Entwurf vorgelegt werden.

Viertens: Es bedarf zukünftig auch der Einwilligung der Be-zirksversammlungen für eine Anpassung von Haushalts-mitteln des Bezirks bei einer Kürzung des Zuweisungsvo-lumens während des Haushaltsjahres.

Weitergehende Verbesserungsvorstellungen waren in der Kooperation nicht durchsetzbar.

Ich möchte dann Herrn Vahldieck widersprechen: Wir ha-ben dieses Gesetz in einer Reihe von Sitzungen bis 22 Uhr sehr intensiv beraten. Daran haben sich auch die Regie-rungsfractionen beteiligt, wie man an den dargelegten Än-derungsvorschlägen sieht. Aber anders als Herr Vahldieck gesagt hat, hat die CDU keine Vorschläge unterbreitet.

Ich möchte dann auf Herrn Dr. Schmidt eingehen: Erstens: Es gibt wohl keine Stadt in Deutschland, die entsprechen-de Konstruktionen hat. Das erklärt sich relativ einfach. Hamburg ist ein Stadtstaat. Das Kommunalparlament Hamburgs sind nicht die Bezirksversammlungen, sondern ist dieses Parlament. Das ist nirgendwo anders so, denn Bremen ist bekanntlich ein Zwei-Städte-Staat, also nicht mit Hamburg vergleichbar, und Berlin hat — das haben Sie nicht gesagt — eine Fülle von Regelungen in seiner Verfas-sung selbst. Dort gibt es eine Reihe von Paragraphen. Wenn man sich die ansieht, stellt man fest, daß die über-wiegende Zahl der Vorschriften in der Verfassung von Ber-lin sich sogar unter der Überschrift „Mitwirkung der Bür-ger“ mit der Aufgabe von Bezirksversammlungen befaßt. Dieses ist in unserem Verfassungssystem so nicht vorge-sehen — Artikel 4 —, und von daher sind wir unvergleichbar.

D
Zweitens: Die Ausschußzahlen. Sie haben dort die Orts-ausschüsse mitgezählt, das ist im Gesetz nicht der Fall. Wir haben Ihnen nachgewiesen, daß die Zahl 9 unter fach-lichen Kriterien ausreicht, wenn man zusammenhängende Komplexe in einem Fachausschuß zusammenfaßt.

Drittens: Sie haben kritisiert, daß in Zukunft der Bezirks-amtsleiter durch delegierte Verordnung die Bauleitpläne und die Landschaftspläne feststellen könne. Ich erinnere Sie daran, daß auch heute mindestens die Hälfte der Pläne vom Senat durch Verordnung beschlossen wird

(Dr. Martin Schmidt GAL: Aber doch nur, wenn die Bezirksversammlung zugestimmt hat!)

und daß der Senat im übrigen — aber auch abweichend von dem, was die Bezirksversammlung beschlossen hat — dabei eigene Abwägungen machen kann. Das muß er sogar, und zwar qua Bundesgesetz.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Wahl der Bezirksamtsleiter nach dem neuen Gesetz auch in Zukunft der Zustimmung der Bezirksversammlung bedarf. Es gibt einen einzigen Ausnahmefall, den ich aber als hypothe-tisch empfinde, wenn sich nämlich die Bezirksversamm-lung drei Monate lang weigert, über einen Vorschlag über-haupt abzustimmen. Wenn sie ihn ablehnt, muß ein neuer Vorschlag gemacht werden, und zwar so lange, bis eine konsensuale Lösung gefunden ist, so daß also in aller Re-gel der Bezirksamtsleiter auch in Zukunft der Zustimmung der Mehrheit der Bezirksversammlung bedarf.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Nein, dann muß er hier-her!)

(Wolfgang Curilla SPD)

- A Bedauerlich finde ich, daß die Oppositionsfraktionen — ich bitte um Verständnis, daß ich das auch sage, nachdem Herr Dr. Schmidt so freundliche Worte über mich gesagt hat — die Beratungen im Ausschuß nicht so konstruktiv begleitet haben, wie ich es mir gewünscht hätte. Man hat — das hat der Senator ausgeführt — am Beginn den Eindruck haben müssen oder können, daß sie glaubten, durch Filibustern möglicherweise eine Beschlußfassung in dieser Legislaturperiode zu verzögern und damit unmöglich zu machen. Das ist am Ende dann nicht mehr so gewesen, aber sie haben — insbesondere nach dem für sie ungünstigen Anhörverfahren — keine Änderungsanträge mehr gestellt. So ist zum Beispiel meine Anregung aus der Einbringungsdebatte, darüber nachzudenken, ob für die bezirkliche Ebene ein plebiszitäres Element geschaffen werden sollte — ich unterscheide mich hier von Frau Weise —, im Ausschuß auch von den Oppositionsfraktionen nicht aufgegriffen worden.

Der GAL-Antrag mag interessant sein, aber, Herr Dr. Schmidt, der Rechtsausschuß hat die Senatsdrucksache am 28. Juni 1996 überwiesen bekommen. Das liegt elf Monate zurück. Nun werden Sie uns doch nicht weismachen können, daß Sie in elf Monaten nicht die Möglichkeit gehabt hätten, einen Antrag zu stellen, ihn einzubringen und ordnungsgemäß im Ausschuß beraten zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Dies haben Sie versäumt. Aus meiner Sicht ist klar, daß Sie gar nicht davon ausgehen, daß dieser Antrag noch in dieser Legislaturperiode ernsthaft beraten werden kann.

(Inge-Anke Kuhbier SPD: Genau!)

- B Das durchgeführte öffentliche Anhörverfahren hatte für mich ein zugegeben überraschendes, aber eindeutiges Ergebnis: Der Senatsentwurf wurde ganz überwiegend begrüßt und seine Umsetzung rasch empfohlen, und zwar zum Teil auch von den Experten, die die Oppositionsfraktionen benannt hatten. Dabei hatten sich die Sachverständigen maßgeblich an den Aspekten der Verwaltungsmodernisierung und der Effektivität der Verwaltung ausgerichtet. Der Aspekt der Partizipation ist demgegenüber von den Gutachtern im Anhörverfahren als weit weniger bedeutsam angesehen worden. Der Gesetzentwurf macht gegenüber dem bisherigen Gesetz im Bereich der Partizipation im Interesse einer effektiveren Verwaltung deutliche Abstriche. Zwar erhalten die Bezirksversammlungen in Zukunft echte Entscheidungskompetenzen im Haushaltsbereich — wir haben sie im Ausschuß noch verstärkt — und können bei der Bauleit- und Landschaftsplanung gewichtiger als bisher mitberaten.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Nein, das ist falsch!)

Alle bisherigen Befugnisse der Bezirksversammlungen, verbindliche Entscheidungen für das Bezirksamt zu treffen, werden aber beseitigt.

Hinsichtlich der Entflechtung der Effizienz der Verwaltung, der Beschränkung von Aufsichtsfunktionen der Fachbehörden auf eine Globalsteuerung statt bisher detaillierter Fachlicher Weisungen sind die Verbesserungen durch den Gesetzentwurf des Senats unverkennbar. Gleiches gilt für die Übertragung der Bauleit- und Landschaftsplanung auf die Bezirksämter.

Große Kosteneinsparungen, vor allem im Personalkörper, werden aber durch den Gesetzentwurf nicht bewirkt. Die-

ses war aber auch von vornherein nicht zu erwarten, da eine Dezentralisierung eher zu höheren Personalbedarfen führt als eine zentrale Aufgabenwahrnehmung.

Ein entscheidender mittelbarer Einspareffekt — dieses ist der essentielle Punkt — wird sich durch das neue Gesetz aus den schnelleren Verwaltungsabläufen ergeben. Diese führen vor allem auch zu schnelleren Entscheidungen für den Bürger. Das ist aber der entscheidende Vorteil einer bürgerfreundlichen Verwaltung, daß rasche Entscheidungen — zum Beispiel für investitionsbereite Bürger — kostensparend wirken.

Meine Damen und Herren! Insgesamt gesehen und aus diesem Grunde führt das neue Gesetz zu deutlichen Verbesserungen für den einzelnen Bürger, indem es die Bezirksverwaltung modernisiert, entscheidungsfreudiger und wirksamer macht.

(Beifall bei der SPD und STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Wegner.

Markus Wegner fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es etwas merkwürdig, wenn sowohl von Ihnen, Herr Curilla, als auch von dem Justizsenator die Meinung vertreten wird, daß man an der Bezirksverwaltungsreform deshalb nicht mehr machen kann, weil unsere Verfassung nicht mehr zuläßt.

Wie Sie alle wissen, hat es in dieser Legislaturperiode eine Diskussion über die Verfassungsreform gegeben. Ich war entsetzt, als ich erfuhr, daß das Bezirksverwaltungsreformvorhaben an den Rechtsausschuß und nicht zugleich an den Verfassungsausschuß gegeben wurde. Das wurde damit begründet, daß man nicht zwei solche komplexen Vorhaben in einem Ausschuß bearbeiten könne. Das würde zeitlich nicht machbar sein. Ich möchte jedoch festhalten, daß es im Verfassungsausschuß durch meine Person einen solchen Antrag gegeben hat, hier eine Änderung herbeizuführen, und daß dieser Antrag, der auch schriftlich vorgelegen hat, seinerzeit einvernehmlich von allen Fraktionen gegenüber dem nicht stimmberechtigten fraktionslosen Abgeordneten praktisch mit Nichtbefassung behandelt und zur Seite gelegt wurde.

Das ursprüngliche Ziel derjenigen, die angetreten waren, etwas für den Bürger, aber auch für die Stadt unter dem Stichwort „Unter Bürgermitwirkung stärkere Effizienz der Verwaltung herzustellen“ zu erreichen, das waren eigentlich drei Punkte: Die Bürgermitwirkung zu stärken und insbesondere die Verwaltung zu reformieren und die Effizienz zu steigern.

In einem Punkt möchte ich dem, was vorhin geäußert wurde und auch in den Papieren nicht zum Ausdruck kommt, ganz klar widersprechen. Es ist in der Anhörung unter anderem von meiner Seite hinsichtlich der Kosten gefragt worden. Zu dem Punkt hat Herr Curilla gerade etwas gesagt. Ich möchte auch hier noch einmal festhalten, daß immerhin einer derjenigen, unter dessen Federführung das Ganze in der Bürgerschaft mit bearbeitet worden ist, nämlich der ehemalige Staatsrat Raloff, gesagt hat, daß sich durch diese Bezirksverwaltungsreform wohl keine Kostensenkung herstellen lassen würde.

Ich möchte auch bemerken, daß zum Beispiel der Experte Banner etwas sehr Interessantes angesprochen hat. Das ist ein Punkt, der mir ebenfalls am Herzen liegt, denn wir

(Markus Wegner fraktionslos)

A haben bei Wahlen in Hamburg immer zwei Stimmzettel. Auf dem einen steht Bürgerschaft, auf dem anderen Bezirksversammlung. Die sehen beide gleich aus, und der Bürger denkt immer, das ist seine Zweitstimme. Professor Banner hat sehr ausführlich deutlich gemacht, daß man sich dann doch eigentlich die Wahlen sparen könne, wenn es sich denn um einen reinen Verwaltungsausschuß handle, in dem die Rechte der Bürger eigentlich sehr gering seien. Vor allen Dingen, wenn auch noch die Gefahr bestünde, daß man hier zwei Sachen verwechselt, die miteinander gar nichts zu tun haben.

Zu dem Punkt Verwaltung möchte ich sagen, daß die Struktur der Behörden verändert werden soll. Es ist sehr schön, Herr Curilla, daß Sie gesagt haben, daß Kosteneinsparungen durch den Personalkörper nicht zu erwarten seien. Ich möchte aber auch festhalten, daß diese deshalb nicht zu erwarten sind, weil möglicherweise durch entsprechende Umschichtungen der Strukturen von Fachbehörden und Behörden innerhalb der Bezirke im wesentlichen niedrige Stellen gestrichen werden, während die höheren Stellen geschaffen werden. Und das ist der falsche Weg.

Ich möchte an dieser Stelle anmerken, daß es möglicherweise dann mit der Kontrolle etwas hapert, wenn ich einerseits von Neuen Steuerungsmodellen und Produktbeschreibungen spreche, die hohle Begriffe sind, andererseits mir aber die Produktbeschreibungen nichts nützen, wenn nicht klar wird, was im einzelnen tatsächlich gemacht werden soll, damit ich das auch kontrollieren kann, sei es als Bürgerschaft oder innerhalb des Bezirkes.

(Jan Ehlers SPD: Das soll doch nicht im einzelnen, sondern global gesteuert werden!)

B

Es geht mir nicht um die Punkte, die Herr Schmidt von der GAL schon angesprochen hat, sondern ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, daß das, was in Artikel 50 auf hamburgischer Landesebene gemacht worden ist, also Bürgerinitiativen, Volksinitiativen starten zu können, auf Bezirksebene nicht geht.

Eines war auch der falsche Weg, der nicht hätte eintreten dürfen und den ich ansprechen möchte. Insofern muß ich auch Herrn Hardraht in Schutz nehmen, der nicht der Alleinige war, der dieses Papier auf den Weg gebracht hat. Der Begriff Hardraht-Papier ist insofern falsch, denn es gibt auch gewisse Vorgaben aus dem Senat. Es wäre schön, wenn man auch auf Bezirksebene den Bürger mitentscheiden lassen könnte. Auch dieses ist versäumt worden. Schade um dieses Reformvorhaben, was meines Erachtens den Namen Reform nicht mehr verdient. — Danke schön.

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Hoffmann-Riem, ich gebe gerne zu, daß ich das halbe Jahr im Jahr 1992, in dem wir uns häufig in einem Gremium trafen, in viel angenehmerer Erinnerung habe als das halbe Jahr im Rechtsausschuß, wo wir gegeneinander stritten.

Ich muß dann aber doch sagen, daß mir nicht gefällt, wenn Sie unsere Position mit falschen Gründen zu widerlegen versuchen. Das mit der Einheitsgemeinde ist einfach ein Mythos. Es gibt keinen Antrag der GAL — hat es auch nie gegeben —, die Einheitsgemeinde Hamburgs aufzulösen.

Es gibt zwar auch in der GAL wie in ganz Hamburg viele Leute, die immer daran denken, daß das vielleicht nicht sein müßte, und ich kann mir auch vorstellen, daß das Land Hamburg, ohne Einheitsgemeinde zu sein, wachsen, blühen und gedeihen würde, aber dennoch haben wir es nie gemacht. Wir haben es auch jetzt nicht gemacht und haben es im Ausschuß nicht gemacht. Woran wir uns orientiert haben, sind Verfassungsänderungen, die ziemlich analog dem laufen, was in Berlin tatsächlich ist. Berlin ist eine Einheitsgemeinde und hat kommunale Verfassung auf Bezirksebene. Damit beweist das Land Berlin, daß beides machbar ist. Deswegen sind Argumente, die sagen, wir wollen Kuddelmuddel, was nicht machbar ist, weil es eine Einheitsgemeinde ist, einfach nicht seriös. Sonst müßten Sie nämlich sagen, daß die Berliner Verfassung oder Verfassungswirklichkeit nicht stimmt.

C

Wir haben uns in dem Punkt, in dem wir Kontrolle und Informationspflicht als selbstverständliches Gesetz haben wollen, direkt an den Wortlaut des Berliner Gesetzes gehalten. Deswegen wäre das auch in Hamburg möglich.

Nun noch ein Wort zur Hamburgischen Verfassung. Es gibt zwar eine herrschende Auslegung der Hamburgischen Verfassung, daß nämlich in Hamburg der Senat, die Verwaltung allein entscheide, aber das ist immerhin eine Auslegungsfrage. Der Artikel 57 heißt nämlich wie folgt:

„Das Gesetz regelt Gliederung und Aufbau der Verwaltung. Der Senat grenzt die einzelnen Verwaltungszweige gegeneinander ab.“

In Artikel 4 heißt es:

„Durch Gesetz können für Teilgebiete Verwaltungseinheiten gebildet werden, denen die selbständige Erledigung übertragener Aufgaben obliegt.“

D

Ich kann nicht entnehmen, daß die Verfassung verbietet, den Artikel 4 durch ein Gesetz auszufüllen und die Übertragung durch Gesetz vorzunehmen. Ich gebe zu, daß die herrschende Verfassungsauslegung in Hamburg das bestreitet, aber der Wortlaut der Verfassung tut es nicht.

Aber wir reden gar nicht über Verfassungsänderungen, weil ich davon ausgehe, daß sich bei der SPD noch einige Katastrophen ereignen müssen, ehe sie geneigt ist, auch in diesem Punkt über Verfassungsänderungen nachzudenken. Die Verfassungsreform des letzten Jahres haben wir nur dank der Katastrophe des Diätenskandals zustande gebracht. Leider ist das so in der Weltgeschichte, bevor etwas nicht richtig schief geht, gibt es keine Erneuerung. Warten wir also ab. Deswegen gibt es nur die Möglichkeit, jetzt ein neues Gesetz zu machen. Darüber reden wir.

Ein Punkt zu Herrn Berg. Ich bin wirklich ein Fan aller dieser schönen neuen Vokabeln wie Controlling und Neues Steuerungsmodell. Das soll alles sein. Nur, Sie sind wirklich genau an der richtigen Stelle gelandet, denn Sie sagen, Überprüfung ja. Jetzt haben Sie aber in Ihrer Konstruktion die Überprüfung auf die haushaltsrechtliche Überprüfung von Fakten reduziert. Fragen Sie sich doch einmal selbst als Abgeordnete, wie läuft denn das bei uns? Wie schaffen wir es, die notwendige, politisch richtige, auch von Ihnen akzeptierte Überprüfung des Handelns des Senates stattfinden zu lassen? Da laufen wir doch hemmungslos hinterher und schaffen es nicht, weil wir das Modell noch nicht entdeckt haben, wie man das am besten macht.

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Nun sagen Sie, bei der Bezirksversammlung soll es von vornherein auf Haushaltsfragen beschränkt werden. Sie wissen doch ganz genau, daß ein Großteil der Tätigkeiten des Bezirksamtes überhaupt nicht durch Haushaltsfragen erfaßbar ist. Diesem Teil des Verwaltungshandelns wird in Hamburg die demokratische Kontrolle genommen. Das ist das, was in diesem Gesetz stattfindet. Deswegen ist es schlecht und nicht gut, trotz der guten Teile, die das Gesetz enthält.

Ich muß aber noch einmal sagen, daß hier die Expertenanhörung falsch geschildert wird. Es gab eine Reihe von Herren auf der Seite der Verwaltungsexperten, also nicht die Abgeordneten aus Berlin, die sehr wohl deutlich gesagt haben, Modernisierung gut, also auf dem richtigen Weg. Darunter zum Beispiel auch der von uns geladene Herr Fiedler, ehemaliger Bezirksamtsleiter in Harburg. Herr Fiedler hat auf die Frage nach der Demokratie ausdrücklich gesagt: Nein, nicht verwechseln mit einer Firma, nicht Abschaffung der demokratischen Kontrolle. Das wäre ja so, als wollten sie hier eine große Firma installieren. Also kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß alle diese Herren gesagt haben, weg mit der Demokratie. Es hat zwar einige gegeben — und die verleumde ich nicht, wenn ich das sage —, und einer hat gesagt: Schaffen wir lieber den ganzen Laden ab. Es gab wirklich die Idee, die Bezirksversammlung durch den Senat emennen zu lassen. Darf man da sagen, daß das demokratisch ist?

Ansonsten tut es mir wirklich leid, daß die SPD jetzt darüber Krokodilstränen vergießt, daß wir nicht rechtzeitig mit unserem Antrag auf Bürgerbegehren in den Bezirken gekommen sind. Ich verspreche Ihnen, daß wir das nachholen. Sie werden die Möglichkeit haben, Ihren positivsten Beschluß dieses Jahres noch zu fassen.

B

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und bei Markus Wegner fraktionslos)

Präsidentin Ute Pape: Herr Berg hat das Wort.

Georg Berg STATT Partei:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Keine Angst, ich mache es kurz,

(Bernd Reinert CDU: Und trotzdem müssen wir es uns anhören!)

obwohl es mich natürlich reizen würde, das Grummeln der CDU noch länger zu genießen.

Herr Dr. Schmidt, das ist ein Punkt, der wirklich noch begriffen werden muß. Wenn wir in der Verfassung etwas ändern und Kinken ausgleichen wollen, dann müssen wir uns trotzdem das Funktionsmodell vor Augen halten. Das ist in dem Fall, ohne daß Sie daran vorbeikommen, das Neue Steuerungsmodell. Da ist es eben interessanter und wichtiger, daß man dann dafür sorgt, daß das konsequent, das heißt praktisch, umgesetzt werden kann.

Es ist nicht sinnvoll, eine Verfassungsänderung in der Richtung zu machen — die Verfassungslage in Berlin ist eben ganz anders als hier —, daß originäre Zuständigkeiten der Bezirke geschaffen werden. Dies ist unflexibel und steht insgesamt auch von der Zuständigkeitsverteilung her der einheitlichen Regelung entgegen. Wenn man das so machen will, dann muß man diese unsäglichen Organisationsgewaltsregelungen der Hamburger Verfassung entsprechend ändern, daß tatsächlich und ohne die Klimmzüge, die wir in dem Gesetz insoweit haben machen müssen, obwohl wir das Ergebnis erreicht haben, nur die

Bürgerschaft jeweils im Rahmen der Budgetzuweisungen auch an die Bezirke die Zuständigkeiten vergibt. Nur solch eine Regelung läßt es auch ohne Verfassungsänderung zu, daß dann, wenn man sieht, daß es mit der Aufenthaltserlaubnis für Ausländer zentral nicht funktioniert, die Bürgerschaft beschließt, daß das in Zukunft die Bezirke machen, und zwar auf die Weise, daß die Bürgerschaft das entsprechende Budget zur Aufgabenwahrnehmung an die Bezirke gibt. Dies wäre eine sinnvolle Aufgabe für die Zukunft, um die entsprechenden Wogen, die es noch gibt, auszumerzen.

Überhaupt nicht sinnvoll wäre es, wieder eine Situation zu schaffen, der Herr Dr. Schmidt offensichtlich doch noch etwas nachweint, wo die Bezirksversammlung nicht nur diese originäre, politische Aufgabe im Rahmen des Neuen Steuerungsmodells ausfüllen, sondern wo sie darüber hinaus noch als Politikommissare in der Verwaltung sitzen. Das ist weder demokratisch noch bürgernah. Wenn wir das abschaffen, werden uns viele Bürger in Hamburg zusätzlich dankbar sein. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei und bei Elisabeth Kausch SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Professor Dr. Hoffmann-Riem.

Senator Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Schmidt, ich weiß, daß Sie eine Vorliebe für Bayern haben. Viele Zitate aus der bayerischen Kommunalverfassung heute und bei den Beratungen im Rechtsausschuß belegen dies. Nur: Bayern hat eine Kommunalverfassung. So lange Sie keine Aufteilung des Hamburger Staatsgebietes und der Hamburger Staatlichkeit in Kommunen vorsehen, können Sie sich nicht an diesem Vorbild orientieren.

Zweitens: Wenn Sie Berlin zitieren, dann hätten Sie auch sagen können, daß die Sachverständigen viele Ihrer Illusionen über die Berliner Realität zerstört haben. Nicht zuletzt deshalb haben Sie ja auch Ihr Modell verändert. Wenn man Berliner Verhältnisse nach Hamburg transportieren will, dann muß man auch die Berliner Verfassung mittransportieren, denn die ist anders als in Hamburg. Außerdem sollte man prüfen, ob denn das Berliner Modell praktisch gut funktioniert. Ich habe viele Nachrichten darüber, daß gerade die von uns angestrebte Effektivität des Verwaltungshandelns im Interesse der Bürgernähe in Berlin nicht optimal gesichert ist.

Drittens: Sie haben den von Ihnen benannten Sachverständigen Fiedler zitiert. Ich zitiere jetzt aus dem Protokoll. Er sagt, er wolle nicht viel über das vorgelegte Modell sagen, denn es spräche fast für sich selbst. Er sagt dann unter anderem, dies sei eine Reform, die sich lohnt, sie schnell zu verabschieden. Dann machen Sie es doch.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei — Dr. Martin Schmidt GAL: Das war nicht vollständig vorgelesen, Herr Senator! Das wissen Sie genau!)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag 15/7465 der GAL-Fraktion abstimmen. Hierzu wünscht die CDU-Frak-

(Präsidentin Ute Pape)

A tion eine getrennte Abstimmung über die Ziffer 26 dieses Antrages.

Wer will der Ziffer 26 zustimmen? — Gegenprobe. — Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer will nunmehr den übrigen Teil des GAL-Antrages annehmen? — Gegenprobe. — Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Über das Ausschußpetitum lasse ich jetzt buchstabenweise abstimmen.

Zunächst hat die Bürgerschaft gemäß Buchstabe A davon Kenntnis genommen, daß die antragstellende Fraktion die Drucksache 15/103 zurückgezogen hat.

Unter Buchstabe B werden Empfehlungen zu vier Drucksachen ausgesprochen. Da es darüber im Ausschuß ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten gegeben hat, lasse ich einzeln abstimmen.

Wer folgt der Ausschußempfehlung zur Drucksache 15/107? — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Wer folgt der Ausschußempfehlung zur Drucksache 15/147? — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Wer folgt der Ausschußempfehlung zur Drucksache 15/175? — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Wer folgt der Ausschußempfehlung zur Drucksache 15/4000? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Bei Enthaltung der CDU mit Mehrheit angenommen.

Jetzt müssen wir zunächst über die Ziffer 1 des SPD-Antrages 15/7468 abstimmen. Wer will diesem Teil des Antrages zustimmen? — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

B

Der Rechtsausschuß empfiehlt in Buchstabe C seines Petitions, mehrere Änderungen der Senatsvorlage 15/5357 vorzunehmen. Über die einzelnen Änderungen kann ich wohl gemeinsam abstimmen lassen.

Ich bitte deshalb um ein Handzeichen, wer diesen Änderungen unter Berücksichtigung der soeben aufgrund des SPD-Antrages beschlossenen Änderungen zustimmen will. — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Wer will nunmehr das Gesetz zur Reform der Verwaltung unter Berücksichtigung aller beschlossenen Änderungen beschließen? — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen)

— Das ist der Fall. Erhebt sich dagegen Widerspruch aus dem Hause? — Das ist auch der Fall. Durch Kopfnicken ist mir signalisiert worden, daß der Widerspruch unterstützt wird. Dann folgt die zweite Lesung am 4. Juni 1997.

Es folgen noch weitere Abstimmungen, und zwar über die Ziffer 2 aus dem SPD-Antrag 15/7468 und zum Buchstaben D des Ausschußpetitions. Zunächst der SPD-Antrag 15/7468.

Wer will die Ziffer 2 aus diesem Antrag annehmen? — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Wer die vom Ausschuß unter Buchstabe D empfohlenen Änderungen beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Wer nunmehr das Gesetz über die Ermächtigung des Senats zur Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Gesetzen über Bebauungs- und Landschaftspläne und zur Weiterübertragung dieser Ermächtigung mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen)

— Das ist der Fall. Gibt es dagegen Widerspruch aus dem Hause? — Auch hier gibt es genügend Abgeordnete, die das unterstützen. Dann wird die zweite Lesung für den 4. Juni 1997 vorgesehen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wir freuen uns schon!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 20, bei dem eine Debatte nicht stattfinden soll. Es geht um den Bericht des Rechtsausschusses zur Belastung der Justiz.

[Bericht des Rechtsausschusses über das Thema „Belastung der Justiz“ (nichtüberwiesene Angelegenheit) — Drucksache 15/7373 —]

Über die Ausschußempfehlungen lasse ich getrennt abstimmen, wobei ich die Abschnitte römisch eins bis drei zu einer Abstimmung zusammenfassen kann.

Wer stimmt diesen Abschnitten der Ausschußempfehlung zu? — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Wer schließt sich der Empfehlung aus römisch vier an? — Gegenprobe. — Das ist mit großer Mehrheit beschlossen.

D

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 38: Stadtentwicklungsausschuß und Umweltausschuß zur Änderung des Flächennutzungsplans sowie Gesetz über den Bebauungsplan, Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 15.

[Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 15/6073: 104. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg sowie Gesetz über den Bebauungsplan Neugraben-Fischbek 15 und Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 15 (Senatsvorlage) — Drucksache 15/7408 —]

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 15/6073: 104. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg sowie Gesetz über den Bebauungsplan Neugraben-Fischbek 15 und Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 15 (Senatsvorlage) — Drucksache 15/7366 —]

Wird das Wort gewünscht? — Herr Fischer hat es.

Ralf-Dieter Fischer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 15. Mai 1996 wurden in Fischbek zwei Jugendliche an einem unzureichend gesicherten Bahnübergang überfahren und getötet. Es kam anschließend zu wochenlangen Ausschreitungen von Jugendlichen in der Sandbek-Siedlung, zur Stationierung von Bereitschaftspolizei vor Ort und zum Unverständnis in der Kommunalpolitik über das, was sich dort abspielte, denn diese Sandbek-Siedlung wurde in den sechziger Jahren als attrakti-

(Ralf Dieter Fischer CDU)

A ver, moderner Stadtteil und Musterbeispiel sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik gebaut. Heute wird diese Siedlung — 3500 Bewohner — von Gutachtern als häßlich charakterisiert, ohne Tradition, mit einem anwachsenden Sozialgefälle, keine Infrastruktur, hohe Fluktuation.

Am 1. März 1997 warf sich wenige hundert Meter entfernt in Neuwiedenthal ein Siebzehnjähriger vor eine S-Bahn und kam zu Tode. Es wurde in den nachfolgenden Tagen und Wochen ein Abgrund von Bandenkriminalität in der Großsiedlung Neuwiedenthal offenbar. Dieses Mal zeigte sich bei der SPD kein Unverständnis wie noch beim ersten Mal, sondern die SPD in Harburg rief nach Sondereinheiten der Polizei, um in derartigen Wohngebieten für Ordnung zu sorgen. Das paßt zu dem, was wir heute schon an anderer Stelle diskutiert haben.

Entsetzen in der Öffentlichkeit. Wie kann es zu solchen Ereignissen in solch einer Siedlung kommen? Senatoren und der Erste Bürgermeister eilten vor Ort, Staatsräte diskutierten mit den Jugendlichen, versprachen Abhilfe, Aufstellen von Jugendcontainern, um den dringendsten Trefferbedarf zu befriedigen, und redeten von Revitalisierung dieses Stadtteils. All das wäre nicht nötig gewesen, wenn von vornherein vitale, lebenswerte, sozial durchmischte Stadtteile geplant und realisiert worden wären.

Der Soziologe Hans-Paul Barth hat einmal geschrieben, mit falsch gebauten Städten kann man eine Gesellschaft und eine Demokratie genauso ruinieren wie durch die Errichtung eines totalitären Systems.

(Dr. Roland Salchow CDU: Genau!)

B Was, meine lieben Kollegen, ereignet sich nunmehr möglicherweise zwischen diesen beiden Problemsiedlungen Sandbek und Neuwiedenthal? Genau an dieser Stelle, in diese Problemgebiete hinein planen der Senat und die SPD — Herr Berg meldet sich, der Wumffortsatz der Kooperation — beharrlich seit mehr als 25 Jahren eine solche ...

(Zuruf von Georg Berg STATT Partei)

— Herr Berg, wir führen diese Debatte, um dem Haus die Freude zu machen, daß Sie am Ende noch einmal zu Wort kommen. Das wird sicherlich bei diesem Thema ein Ereignis werden.

(Zurufe von der GAL, der SPD und der CDU)

Aber zu Ihnen, Herr Berg, und der STATT Partei komme ich gleich noch.

SPD, Senat und STATT Partei planen eine solche Stadt sehenden Auges mit all den Gefährdungen mit dem Neubaugebiet Neugraben-Fischbek 15. Eine seelenlose Großwohnsiedlung auf der grünen Wiese ohne Rücksicht ...

(Dr. Rolf Lange SPD: Dummes Zeug!)

— Herr Lange, Sie habe ich dort noch nicht gesehen. Oberbaudirektor Kossak ist wenigstens am Sonntag vormittag, wenn kein Mensch dort ist, schon gelegentlich einmal mit dem Fahrrad durchgefahren. Da Sie „dummes Zeug“ rufen: Wir sollten uns einmal vor Ort treffen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist nicht die Soziologie von Herrn Lange!)

Eine seelenlose Großwohnsiedlung auf der grünen Wiese, ohne Rücksicht auf die gewachsenen Ortsteile und nachbarliche Probleme, ohne ausreichende Infrastruktur, ohne

Rücksicht auf veränderte Bedarfe und ohne ausreichende Rücksicht auf Umweltprobleme. Es ist ein Festhalten auf Gedeih und Verderb an Planungen aus den siebziger Jahren.

Es handelt sich, meine Damen und Herren, um eine Siedlung mit 3000 Wohneinheiten für knapp 10 000 Menschen.

(Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

Das ist eine Kleinstadt. In jeder anderen deutschen Region würde ein Planer, der einen solchen Plan vorlegte, vor die Tür gesetzt werden — möglicherweise in Hamburg nicht.

(Barbara Duden SPD: Blödsinn!)

Die Hauptprobleme liegen in folgenden Punkten.

Erstens: Getto-Bildung. Es wird überwiegend fünfgeschossig gebaut, bis zu 200 Meter lange Gebäude, große Blocks, an einer Bahnlinie liegend — im Süden sind die Wohngebäude dann möglicherweise der Lärmschutzwahl —, an einem Autobahnzubringer zur A26 im Osten — auch da vielleicht ein Lärmschutzwahl —, keine soziale Durchmischung.

Zweitens: Innere Verkehrserschließung. Es kommt zu einer Sammlung des gesamten Verkehrs auf einer Ringstraße und einer Durchgangsstraße. Der Verkehr, der dann gesammelt wird, wird dann bezeichnenderweise vorbeigeführt an Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Sportplätzen und ähnlichen Dingen. Eine wahrlich „ganz moderne Planung“. Ich sehe schon, wie dann später Poller aufgebaut und Verkehrsbehinderungsmaßnahmen gemacht werden, um den Durchgangsverkehr, der gar nicht anders entweichen kann, an diesen Stellen zu behindern.

Keine Durchlässigkeit innerhalb der Siedlung. Die Rettungswege sind außerordentlich schwierig. Es kommt zu unnötiger Verkehrsverlängerung und -vergrößerung durch lange Wege. Wir prognostizieren einen Trend zum Auto und zum Zweitauto. Gutachter, die die Verkehrssituation dort schon vor Jahren haben einschätzen und bewerten müssen, haben geschrieben, daß andere Lösungen besser wären, aber ihnen sei das Straßennetz mit diesen zwei Erschließungsachsen vorgegeben gewesen. Bezeichnenderweise sind diese Gutachten bisher in den Beschlußgremien nicht vorgelegt worden. Das ist möglicherweise noch etwas, was bei der Abwägung, die dann Gerichte vorzunehmen haben, eine Rolle spielen könnte.

Drittens: Schulen, Kindertagesheime und ähnliche Einrichtungen sind zwar ausgewiesen, aber finanziell in keiner Weise gesichert. Sie reichen nur für diese Siedlung und lösen nicht die Nachbarprobleme. Sie haben die falsche Lage. Wenn beispielsweise eine Grundschule bis zur vierten Klasse am Nordost-Ende dieser Siedlung, an einem Autobahnzubringer — das ist nämlich die vierspurige Zubringerstraße zur A26, wenn sie denn einmal kommt — platziert wird, dann muß man sich wirklich fragen, wer solche Pläne macht. Die sozialen Folgeeinrichtungen — wie an einer Perlenkette aufgereiht — an Haupterschließungsstraßen stellen — auch das ist nicht sehr sinnvoll — eine kinderfeindliche Planung, eine Schlafstadt ohne Identifikationsmöglichkeiten dar.

Dann wird versprochen, wir bauen an dieser Stelle ein Bürgerhaus, damit die Leute also eine Identifikation haben. Nun wissen wir, daß ein Bürgerhaus in Wilhelmsburg vor etlichen Jahren schon eine zweistellige Millionenzahl gekostet hat. In die mittelfristige Finanzplanung — wir kön-

(Ralf Dieter Fischer CDU)

A nen das nachblättern — schreibt der Senat, daß das mit 4 Millionen DM bewerkstelligt werden muß plus 600 000 DM Planungskosten. Mehr stehen nicht zur Verfügung. Basta. Alle Folgekosten können nicht aus dem Haushalt der Fachbehörden getragen werden, sondern das muß der Bezirk durch Einsparungen an anderer Stelle aufbringen. Das bedeutet nichts anderes, daß eine andere Einrichtung — meinetwegen die Honigfabrik, meinetwegen das Freizeitzentrum Nöldekestraße oder irgendeine andere Einrichtung in Harburg — in Zukunft geschlossen werden muß, um den Betrieb dieser Einrichtung — Personalkosten, Instandsetzungskosten und alle Folgekosten — zu gewährleisten. Das ist Augenwischerei und heißt, das Bürgerhaus wird es an der Stelle trotz Planausweisung nicht geben.

Man hat keine Bestandsaufnahme zur Rücksichtnahme auf die Nachbargebiete gemacht. Sandbek und Neuwiedenthal hatte ich bereits erwähnt, aber auch das schon überlastete Ortszentrum in Neugraben ist unberücksichtigt geblieben. Herr Kossak hat mir einmal in einem Gespräch gesagt: „Ich war da mal Sonntag vormittag, da war nicht viel los.“ Natürlich, wenn ich in ein Ortszentrum am Sonntag vormittag, wenn alle Ladengeschäfte geschlossen sind, gehe, dann ist da nichts los. Er hätte kommen soll, wenn das Leben tobt. Dann wäre das ein Planer, der sinnvolle Arbeit gemacht hätte.

Das Ortszentrum ist bereits jetzt überlastet. Neue Möglichkeiten für die 10 000 Bewohner, wie Märkte, Läden, ärztliche Versorgung, Apotheken, Polizei — Polizeirevierwache 47 ächzt aus allen Nähten, man denkt darüber nach, wie sie erweitert werden kann — und ähnliches, all diese Dinge sind nicht geregelt.

B Dann komme ich zur äußeren Verkehrserschließung. Alles wird auf die B 73 geleitet, eine bisher schon überlastete Bundesstraße, die durch dichtbesiedelte Wohngebiete geführt wird. Die Verkehrsknoten, an denen der Verkehr auf dieser Straße kommen muß, sind bereits jetzt überlastet.

Die Gutachten der Baubehörde zur Realisierung sagen, wenn einkalkuliert werde, daß etliche Leute sowieso bei Spätgelb oder Frührot über die Kreuzungen fahren, könne man den zusätzlichen Verkehr mit erheblichen Umbaumaßnahmen gerade noch so abwickeln, aber mehr gehe nicht. Das ist eine verantwortungslose Verkehrsplanung, und sie führt letztendlich zum Chaos.

Die Planung geht am Bedarf vorbei. Wir haben kürzlich auf Anfrage von Herrn Dr. Mattner gehört, daß es 1200 leerstehende Sozialwohnungen gibt; wir haben außerdem freie Wohnungen in Heimfeld. Und wir haben von Herrn Braune gehört, daß das Wohnungsbauprogramm des Senats übererfüllt sei.

(Jan Ehlers SPD: Ach, nach Meinung der CDU brauchen wir keinen Wohnungsbau mehr? Das ist ja interessant!)

— Herr Ehlers, es geht weiter.

Flutschutzmaßnahmen sind in diesem Bereich nicht getroffen worden. Wer sich erinnert, daß das Wasser 1962 bis an die Bahnlinie gestanden hat, der weiß auch, daß dieses Gebiet volllaufen würde. Bezeichnenderweise wird Altenwerder, was nicht so weit entfernt ist, flutschutzsicher gemacht, nämlich auf acht Meter aufgehöhht, damit die dort anzusiedelnden Betriebe, die Umschlaganlagen, nicht naß werden. Aber eine Bevölkerung von 10 000 Leuten kann

man auf die grüne Wiese setzen und das sehenden Auges in Kauf nehmen. C

Moderne Energie sollte in diesem Gebiet sicherlich eine Rolle spielen. Die Fachleute von Eurosolar sagen, man hätte die gesamte Warmwasserversorgung dieses Gebiets über Solarenergie machen können, wenn die Gebäude anders stehen würden. Sie stehen aber falsch; auch das ist völlig unverständlich. Ich könnte noch weitere Punkte anführen, will aber an dieser Stelle darauf verzichten.

Wir haben in den zuständigen Ausschüssen zahlreiche Sachverständige gehört, die diesen Plan zerrissen haben, soweit sie nicht Behördenangehörige waren und deshalb vergattert waren, ihn zu vertreten, oder soweit sie nicht Planer waren, wie zum Beispiel Professor Spengelin, die ein erhebliches wirtschaftliches Interesse an der Realisierung dieser Planungen haben. Alle anderen Gutachter haben die Bedenken bestätigt. Professor Dangschat, Soziologe an der Universität Hamburg, hat sich dahin gehend geäußert, daß Großsiedlungen — auch dies ist eine Großsiedlung — nur als Folge von Größenwahn von Machern und Planern entstehen konnten. Leider würden jetzt die Fehler wiederholt, keine Stadtteile zu bauen, sondern Wohnansammlungen.

(Claus Müller SPD: Das hat er aber nicht an dem Abend gesagt! Das steht nicht im Protokoll!)

Ich könnte beliebige weitere Zitate, Herr Müller, nennen, aber nehmen wir doch einmal einen Sozialdemokraten. Der Ortsamtsleiter von Süderelbe, Peter Sielaff, durfte in dieser Anhörung seine Meinung nicht offen sagen. Er war nämlich dazu vergattert worden, nur die Senatsmeinung zu vertreten. Einige Zeit vorher hat Herr Sielaff geschrieben, so stürze Neugraben ins Chaos; ich kann das genau zitieren. D

Der Vorsitzende des Mietervereins, Dr. Pahlke, hat sich zu diesem Plan kritisch geäußert und gesagt, es sei unmöglich, ein solches Großbauprojekt dort zu realisieren. Das gleiche gilt für Staatsrat a. D. Helmut Raloff.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ein schlechter Zeuge!)

Auch dessen Stellungnahme könnte ich zitieren, verzichte aber im Augenblick darauf.

Jetzt komme ich zur STATT Partei; Herr Berg freut sich schon ganz besonders. Die STATT Partei erklärt vor Ort, sie mache NF 15 zum Wahlkampfthema: Reduzierung der Wohneinheiten. Auf der letzten Bezirksmitgliederversammlung der STATT Partei legten die Mitglieder ihr Programm für den Wahlkampf im Bezirk Harburg vor. Neben der geforderten Verbesserung des Personennahverkehrs im südlichen Umland fordern sie eine Reduzierung des geplanten Neubaugebiets NF 15 auf maximal 600 Wohneinheiten. Das ist das Wahlkampfprogramm, Herr Berg, was Ihre Kollegen vor Ort vertreten. Das ist Glaubwürdigkeit und Basisdemokratie. Ihre Erfolgsbilanz in Form kleiner Blätter wie diese paßt in die Westentasche,

(Dr. Willfried Maier GAL: Die müßte aber fünfmal so groß sein!)

so wie der Erste Bürgermeister und andere Senatoren sie vier Jahre in die Westentasche gesteckt haben. Wenn Ihre Kollegen dort verbreiten, die Art und Weise der politischen Arbeit von STATT Partei in der Hamburger Bürgerschaft sei eine andere als die der Altparteien, sollten Sie, Herr Berg,

(Ralf Dieter Fischer CDU)

- A nicht vor Ort anders reden lassen, als Sie hier abstimmen, es sei denn — das würde mich allerdings wundern —, Sie kommen gleich nach vorne und erklären, daß die STATT Partei aus sachlichen Gründen doch zu der Ansicht gelangt sei, daß dieser Plan abgelehnt werden müsse.

Es gibt erhebliche rechtliche Risiken. Wir haben gestern von einer neuen Stellungnahme von NABU über die Beschwerde, die bei der Europäischen Kommission vorliegt, gehört. Dazu hat Herr Jauck, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, geschrieben, er habe in einem Schreiben an den zuständigen Senator der Stadtentwicklungsbehörde in Hamburg zum Ausdruck gebracht, daß er aus fachlichen Erwägungen die Einschätzung Hamburgs nicht teile, daß gutachterliche Ausführungen die Notwendigkeit einer Schutzgebietsausweisung nicht hinreichend begründen.

Im Ergebnis heißt das, daß die Bundesregierung die naturschutzrechtlichen Bedenken teilt und davon ausgeht, daß die Beschwerde bei der EG-Kommission Erfolg haben wird und dann dem Bund ein Vertragsverletzungsverfahren ins Haus steht mit allen Durchgriffsmöglichkeiten auf diesen Bebauungsplan. Dieses finanzielle Risiko wird uns aufgebürdet, wenn wir hier einen Bebauungsplan verabschieden, der den Eigentümern die rechtlichen Möglichkeiten gibt, dort zu bauen, und anschließend durch gerichtliche Entscheidungen oder ein Verfahren in Brüssel dieser Bebauungsplan zurückgenommen werden muß. Das führt zu immensen Schadenersatzforderungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg, und das sollte man bei der angespannten Finanzsituation dieser Stadt nicht zumuten.

- B Da diese Dinge zum Teil bisher dem Parlament überhaupt nicht mitgeteilt worden sind, Gutachten in den Schubladen schlummern und auch solcher Schriftverkehr nicht mitgeteilt worden ist, sollte man eine schöpferische Pause einlegen, Herr Berg,

(Dr. Willfried Maier GAL: Das macht Herr Berg nach der Wahl!)

und nach der Wahl darüber nachdenken, wie man einen vernünftigen Bebauungsplan für dieses Gebiet macht, denn, Herr Ehlers, die CDU ist nicht gegen eine Bebauung in diesem Gebiet, sie ist nur für eine menschengerechte Bebauung. Wir sind nach wie vor der Meinung, dieser Bebauungsplan, wenn er denn realisiert wird, ist für Menschen viel schädlicher als für den Wachtelkönig. — Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Melzer.

Petra Melzer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war zu befürchten, daß Herr Fischer sich bei diesem Thema nicht im Griff haben würde und uns außer Polemik übelster Art leider nichts weiter zu bieten hat.

(Beifall bei der SPD, der STATT Partei und der GAL)

Mit der heutigen Debatte setzen wir einen parlamentarischen Schlußstrich unter ein zugegebenermaßen sehr langes Planungsvorhaben. Unter Fachleuten gibt es allerdings nur einen geringen Dissens darüber, daß es sich hierbei um ein außerordentlich gelungenes Bauvorhaben handelt, das sich vernünftig in die Gegebenheiten einblenden läßt.

(Berndt Röder CDU: Sie hätten zur Anhörung kommen sollen!)

— Bei der Anhörung war ich.

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Sporadisch!)

Wenn Sie dem besser gefolgt wären, hätten Sie das dieser Anhörung entnehmen können.

Es gab ein sehr langes Verfahren, das notwendig war, um die Probleme, die im Laufe der Zeit mit diesem Planungsvorhaben aufgeworfen wurden, zum Abschluß zu bringen und festzustellen, daß dieses Planungsvorhaben durchaus verantwortlich ist. Das Ergebnis der im Januar durchgeführten Anhörung zeigt, daß sorgfältig geplant wurde und kein Aspekt unberücksichtigt geblieben ist.

Das gründliche Vorgehen und nicht zuletzt der Wachtelkönig haben dieses Projekt erheblich verzögert. Wenn die Drucksache heute die Bürgerschaft passieren wird, dann kann endlich mit dem notwendigen Erschließungsvorlauf begonnen werden, so daß 1998 mit den zur Verfügung stehenden Wohnungsbaumitteln der Bau in Angriff genommen werden kann. Der gesamte Verlauf der Planungen zeigt, daß die Bebauung NF 15 aus vielen Gründen notwendig ist. Zunächst hat Hamburg als Metropole Sorge dafür zu tragen, daß auch zukünftig ausreichender Wohnraum für unsere Bevölkerung zur Verfügung steht.

(Dr. Willfried Maier GAL: Der nördliche Hafenrand!)

Selbst wenn sich im Augenblick ein Anwachsen der Bevölkerung nicht mit absoluter Sicherheit voraussagen läßt, darf die Vorsorge nicht unterbleiben. Und wenn Sie TOP 1 unserer heutigen Tagesordnung mit dem Thema Hafenrand ansprechen, dann dürften wir da noch etliche Planungszeiten haben, bevor die erste Wohnung entsteht.

(Dr. Willfried Maier GAL: Die Nachfrage entscheidet!)

Die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist nicht nur abhängig von der Bevölkerungszahl, sondern auch von den veränderten Lebensgewohnheiten und den Wohnformen. Das haben wir alles diskutiert, und wenn Sie es nicht zur Kenntnis nehmen, dann handeln Sie für unsere Bevölkerung, die dringend Wohnungen sucht und benötigt, fahrlässig.

(Beifall bei der SPD — Wolf-Dieter Scheurell SPD: Sehr richtig!)

Außerdem ist es auch aus fiskalischen Gründen notwendig, die Menschen in Hamburg zu halten, denn solange Hamburg ein Stadtstaat ist und unter dem gegebenen Steuersystem können wir es uns einfach nicht leisten, die Leute weiterhin in den Speckgürtel um Hamburg ziehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD — Antje Möller GAL: Die Begründung ist aber ganz neu!)

Bei Neugraben-Fischbek handelt es sich nur um ein Instrument der Wohnungsvorsorge, das Hamburg betreibt. Das weitere Instrument ist die Verdichtung, und dieses Instrument hat in den vergangenen drei, vier Jahren schon gegriffen. Aber man muß auch sehen, daß hier die Ressourcen endlich sind.

(Antje Möller GAL: Das ist wie mit der Fläche überhaupt!)

(Petra Melzer SPD)

- A Ich will noch den Punkt Ortszentrum Neugraben ansprechen, den Herr Fischer genannt hat. Er hat ausgeführt, daß dieses Ortszentrum derzeit schon total überlastet sei und der Flut der Bewohner nicht mehr Herr werden könne. Aber ich frage mich dann, wie das mit dem Frohlocken des dortigen Einzelhandels zu vereinbaren ist, der sich darüber freut, demnächst mehr Kundschaft zu erhalten, und davon ausgeht, daß es dann keine großen Leerstände mehr im Einkaufszentrum Neugraben geben wird.

Die Flächen selbst sind aufgrund der herrschenden Besitzverhältnisse in Hamburg für die Lückenbebauung schwieriger auszunutzen, als es bei Neugraben-Fischbek jetzt der Fall sein wird, denn dort sind inzwischen 84 Prozent der Flächen in städtischem Eigentum.

Wenn man sich die Bewohnerproteste bei Neubaugebieten ansieht, dann basieren die oft genug darauf, daß es sich um ohnehin schon sehr stark und sehr eng bebaute Gebiete handelt. Dieses ist aber in Neugraben trotz der beiden vorhandenen Siedlungen Neuwiedenthal und Sandbek nicht der Fall. Wir haben dort ein sehr homogenes Wohngebiet und müssen anerkennen, daß es um eine Arrondierung der bereits vorhandenen Bebauung geht, was auch akzeptabel ist. Es handelt sich bei der Bebauung nicht um eine Trabantenstadt, die auf der grünen Wiese hochgezogen wird.

(Kurt Edler GAL: Sondern?)

Alles, was drumherum geschieht, wird eine vernünftig eingebettete Wohnlage ermöglichen.

- B Ich möchte noch einmal zur Ökologie kommen. Es ist natürlich nicht zu negieren, daß der Bau einer Siedlung einen Eingriff in die Natur darstellt. In diesem Fall hat insbesondere das Vorkommen Wachtelkönig für ein Aufhören der Bevölkerung gesorgt. Herr Fischer hat noch einmal die letzten Verlautbarungen des NABU angeführt, die eine naturschutzrechtliche Ausweisung aufgrund der dortigen Gegebenheiten anmahnen und andeuten, weitere Klagewege zu beschreiten. Sie haben das begrüßt, Herr Fischer.

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Ich habe es nicht begrüßt, ich habe gesagt, es gibt Risiken!)

Das kommt mir natürlich sehr zupass, muß ich einfach einmal sagen. Was machen Sie eigentlich, wenn die A 26 gebaut werden soll? Das ist der gleiche Bereich. Welche Argumente führen Sie dann an?

(Georg Berg STATT Partei: Dann ist er nicht mehr dabei!)

— Klar, er ist nicht mehr da, aber das muß man auch einmal berücksichtigen. A 26 und NF 15 sind ziemlich nah beisammen, und man kann nicht einerseits das Argument der naturschutzrechtlichen Ausweisungen anführen und es andererseits vergessen, nur weil man ein großer Verfechter von Autobahnbau ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Frau Melzer, gestatten Sie Frau Sudmann eine Zwischenfrage?

Petra Melzer (fortfahrend): Nein, Frau Sudmann, Sie können gleich in Ihrer Rede alles darlegen.

(Das Lämpchen zeigt das Ende der Redezeit an)

— Das bedeutet offensichtlich, daß meine Redezeit zu Ende ist. C

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): So ist es, Frau Melzer.

Petra Melzer (fortfahrend): Gestatten Sie noch eine Abschlußbemerkung?

Vizepräsident Rolf Kruse: Ich kann gar nichts gestatten. Aber wenn das Haus nicht meckert, haben Sie noch eine Minute Redezeit.

Petra Melzer (fortfahrend): Was mir sehr am Herzen liegt und was die Oppositionsparteien der Bevölkerung schuldig sind, ist, endlich mit der Stigmatisierung eines ganzen Stadtteils und der Bürger, die demnächst dort wohnen werden, aufzuhören.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde dieses Verfahren, auch wenn ich selbst zwischenzeitlich durchaus kritische Stellungnahmen intern bei meiner Partei dazu abgegeben habe,

(Antje Möller GAL: Aber sehr intern! — Berndt Röder CDU: Zu spät!)

konstruktiv begleiten und hoffe, daß auch Sie das tun werden, um der Bevölkerung die Chance zu geben, aus dieser Negativpresse, die Sie zum großen Teil mitverursacht haben, herauszukommen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Sudmann. D

Heike Sudmann GAL: Hätte ich eine Zwischenfrage stellen dürfen, hätte ich nicht mehr geredet; so ein Pech.

(Jan Ehlers SPD: Das sollen wir glauben! — Dr. Holger Christier SPD: Ach, wie schade!)

Die Logik der SPD ist relativ einfach. Zum einen haben wir im Schlußsatz von Frau Melzer gehört, wer den Senat kritisiere, stigmatisiere die Bevölkerung; dazu werde ich gleich noch etwas sagen. Die andere Logik ist, wir brauchen Wohnungen in Hamburg — da bin ich mit Ihnen einer Meinung —, hier können 3000 Wohnungen gebaut werden, und wer das ablehnt, ist unverantwortlich. Wir lehnen es ab, und trotzdem sind wir nicht unverantwortlich, denn es gibt gute Gründe für diese Ablehnung und vor allen Dingen auch Alternativen. Ich fange einmal mit den Gründen an.

Die Frage ist erst einmal, wo gebaut wird. Es wird nicht auf Wiesen gebaut, Frau Melzer, sondern auf dem ökologisch sehr wertvollen Moorgürtel. Das ist schon ein kleiner Unterschied zu den Wiesen oder den Sandflächen. In diesem Moorgürtel lebt der besagte Wachtelkönig, der weltweit vom Aussterben bedroht ist, doch es geht hier nicht nur um den Wachtelkönig. Der Wachtelkönig ist vielmehr ein Indikator dafür, daß dieses Gebiet überhaupt so wertvoll ist, denn neben dem Wachtelkönig tummeln sich 44 Rote-Liste-Arten. Das ist ein weiterer Aspekt, über den man nachdenken kann.

Doch der Senat macht — damit kommen wir zum Thema Diffamierung oder Stigmatisierung — den Wachtelkönig sowohl zum Opfer als zum Täter, zum Täter, indem er ganz stark die Schlagzeilen und Polemik unterstützt hat, ein

(Helke Sudmann GAL)

- A Wachtelkönig gegen 10 000 Menschen, die eine Wohnung suchen, und zum Opfer, weil er diese öffentliche Meinungsmache so stark gestützt hat, daß sich niemand mehr hinstellen mag, um den Wachtelkönig zu verteidigen. Ich tue es trotzdem

(Claus Müller SPD: Ja, logisch!)

und tue es auch mit Verweis auf die Europäische Union, denn es geht hier nicht um irgendeine naturschutzrechtliche Ausweisung, es geht um Europarecht, das der Senat mit lockerer Hand mal so eben vom Tisch wischen will. Der NABU hat gestern noch einmal deutlich gemacht, daß es weitere Rechtsgutachten gibt, die die Pflicht zur Schutzausweisung dieses Gebiets für den Wachtelkönig betonen. Wir können gespannt darauf sein, wenn die Mehrheit dieses Haus wesentlich gegen dieses EU-Recht verstößt und es dann entsprechende Rechtsverfahren bei der EU gibt. Ansonsten loben Sie immer die EU, an diesem Punkt scheint es nicht mehr so zu sein.

Aber interessant finde ich — das wollte ich eben Frau Melzer fragen —, daß sich die SPD, wenn ich Sie richtig verstanden habe, in einem Fall doch für den Schutz des Wachtelkönigs einsetzen wird, nämlich wenn es um die A26 geht; das ist immerhin ein kleiner Anfang.

Der zweite Grund, warum wir dagegen sind, ist die Art der Bebauung. Daß dort Geschoßwohnungsbau hinkommt, ist nicht strittig. Wir können sicherlich über einzelne Bauten streiten, aber die geplante Geschoßanzahl und die Dichte auf den Sandflächen ist in Ordnung. Wenn Herr Fischer jetzt sagt, 200 Meter lange Gebäudefronten seien entsetzlich, dann sind Sie weit von der Realität entfernt. Ich kenne sehr viele Gebäudefronten, die heiß begehrt sind, und nenne nur das Generalsviertel in Hoheluft oder Wohngebiete in Eppendorf.

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Mönckebergstraße auch!)

Die sind drei- und viergeschossig, und da kann auch eine sehr nette Bebauung stattfinden. Das ist natürlich nicht der Punkt, es ist Populismus, was Sie hier machen.

Problematisch ist ein ganz anderer Punkt, den die CDU auch nie erkennt. Problematisch ist die Bebauung mit Einfamilienhäusern oder Doppelhäusern auf den Moorflächen. Zum einen ist das — das sollten mittlerweile alle nach der Agenda-21-Debatte begriffen haben — flächenfressend, weil man nie so viele Menschen unterbringen kann wie im Geschoßwohnungsbau. Auf der anderen Seite ist aber genau diese Bebauung die größte Gefährdung für den Wachtelkönig, weil der Wachtelkönig ein appetitliches Mahl für Katzen ist und auch Hunde ihn jagen. Die Gutachter haben nachgewiesen, daß genau diese Katzen und freilaufenden Hunde aus den Einfamilienhäusern kommen, und haben letztendlich belegt, daß es keine ausreichenden Schutzmöglichkeiten gibt. Das wäre ein weiterer Grund, sich dagegen auszusprechen.

Die SPD hat es aber viel geschickter gemacht. Sie hat in einer abstrusen Argumentation erklärt, der Einfamilienhausbau sei für die soziale Durchmischung notwendig, denn wer Eigentum habe, der sei nicht nur verpflichtet, sondern Eigentum binde die Leute auch an ihren Stadtteil. Sie wissen vielleicht noch nicht, daß man Eigentum auch im Geschoßwohnungsbau haben und die Leute durchaus dazu bringen kann, sich für ihren Stadtteil verantwortlich zu fühlen. Was Sie in der Anhörung gemacht haben, ist genau

die Stigmatisierung und Diffamierung, die uns Frau Melzer gerade vorgeworfen hat. Sie haben so getan, als hätten Menschen, die im Geschoßwohnungsbau leben, keinerlei Verantwortung; und das ist übel.

(Beifall bei der GAL)

Ob eine neue Siedlung, ob groß oder klein, gut läuft, hängt von ganz vielen Faktoren ab. Ein Faktor ist sicherlich, inwieweit die Bewohnerinnen überhaupt die Möglichkeit haben, sich an der Planung zu beteiligen, ob sie Mitspracherechte bei der Belegung haben, bei der Gestaltung des Umfeldes und so weiter. Die Hauptfrage ist aber, inwieweit das jeweilige Gebiet mit sozialer Infrastruktur ausgestattet wird.

In Neugraben-Fischbek 15 wurde uns vorgerechnet, daß der Bedarf gedeckt sein soll. Notwendige Verbesserungen in den Nachbarstadtteilen werden sich durch die Bebauung von Neugraben-Fischbek 15 erhofft nach dem Motto, wenn wir Neugraben-Fischbek 15 bauen, dann können wir auch in anderen Stadtteilen etwas machen, aber wenn wir es nicht bauen, sieht es schlecht aus, und das, obwohl — das ist der einzige Punkt, den Herr Fischer richtig angeführt hat — es im Bezirk so aussieht, daß er die Mittel für die Betreuung des Bürgerhauses und andere soziale Einrichtungen umschichten muß. Wo soll der Bezirk das hernehmen, denn in der Anhörung ist deutlich geworden, daß es schon ohne NF 15 einen dringenden Handlungsbedarf in den Nachbarstadtteilen gibt.

Die SPD hat, obwohl wir sehr engagierte Vertreterinnen vor Ort hatten, dies irgendwie nicht so richtig wahrgenommen. Sie hat es ignoriert nach dem Motto: Es läuft schon alles. Aufgeschreckt wurden sie, als es in Neuwiedenthal geknallt hat, als Mirco sich umgebracht hat und danach die Jugendlichen einmal erzählt haben, was da eigentlich los ist.

Das ist leider auch die Begründung dafür, warum die Genossinnen und Genossen von der SPD auf einmal so viel Druck gemacht haben, den Bebauungsplan ganz schnell zu verabschieden. Nach einer Schamfrist sagen sie jetzt, wir müssen es durchpowern. Trotz aller Bedenken, trotz 1400 Einwendungen sagt der Senat, dies wollen wir haben. Ich unterstelle Ihnen, daß Sie das vor allen Dingen für den Wahlkampf brauchen, weil es natürlich viel schöner ist, wenn man sagen kann, wir haben noch einmal 3000 neue Wohnungen geschaffen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ihr wollt doch mit denen regieren!)

Sie reden aber nicht darüber, daß die 3000 Wohnungen mit sozialen und ökologischen Problemen für die Süderelbe verknüpft sind. Ihre meisten Wahlbürgerinnen leben wahrscheinlich nördlich der Elbe.

(Dietrich Ellger SPD: Das ist doch gelogen!)

Ich nenne Ihnen Alternativen: Es gibt laut Gutachten der Stadtentwicklungsbehörde 60 000 bis 80 000 Wohnungen, die bis zum Jahre 2010 in Hamburg durch Nachverdichtung gebaut werden könnten, ohne Berücksichtigung der Kasernenflächen und der Bahn- und Telekomflächen. Das, Frau Melzer, ist vielleicht eine endliche Ressource, aber diese Ressource ist wesentlich größer als in Neugraben-Fischbek 15.

(Zuruf von Wolf-Dieter Scheurell SPD)

(Heike Sudmann GAL)

- A Mittlerweile wird sogar das Potential noch durch die Hafencity erhöht. Selbst wenn es, wie Herr Mirow gleich sagen wird, nicht 60 000 bis 80 000 Wohnungen sind, selbst wenn es nur 40 000 Wohnungen sein sollten, ist es immer noch ein gewaltiges Potential. Den Nachweis kann Herr Mirow ebensowenig liefern wie ich; wir streiten uns weiter darüber, ob es 40 000, 60 000 oder 80 000 Wohnungen sind.

Mit der inneren Verdichtung schaffen wir es aber nicht nur, wertvolle ökologische Flächen wie in Neugraben-Fischbek oder Allermöhe zu schonen, sondern wir schaffen es auch, die Haushaltskasse zu schonen. Die Nachverdichtung hat den großen Vorteil, daß sie, wenn sie sozial und ökologisch verträglich gemacht wird, die vorhandenen Infrastrukturen wie die Straßen und Siele nutzt. In Neugraben-Fischbek 15 müssen alleine für Straßen und Siele 82 Millionen DM aufgewandt werden; auch darüber sollten Sie nachdenken.

Die GAL bleibt dabei: Wir sagen nein zu Neugraben-Fischbek 15, wir sagen ja zur Verbesserung der Situation in Neuwiedenthal und Fischbek und in anderen Stadtteilen. Wir sagen ja zur ökologisch und sozial verträglichen Nachverdichtung. Die SPD sollte ihr Gedächtnis ein bißchen auffrischen

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Nicht einem Wohnungsbauvorhaben stimmen Sie zu!)

und sich überlegen, was sie heute morgen gesagt hat: Wohnungsbau in der Hafencity wollen sie auch.

Da ich jetzt am Ende bin, können Sie noch einmal rufen. Ich habe es nicht verstanden.

- B (Wolf-Dieter Scheurell SPD: Nicht einem Wohnungsbauvorhaben stimmen Sie zu!)

— Auf dieses Argument, mein lieber Herr Scheurell, bin ich bestens vorbereitet, weil Herr Dose es in jeder Ausschusssitzung bringt. Jedesmal sage ich, Herr Dose, gucken Sie einmal drei B-Pläne vorher, in der Sitzung habe ich zugestimmt, hier habe ich abgelehnt, da habe ich zugestimmt. Es sind wesentlich mehr Wohnungen, als Sie behaupten. Alleine im Bezirk Nord hat die GAL in der rotgrünen Koalition Vorschläge für 1500 Wohnungen in dieser Legislaturperiode gemacht. Das ist für einen Bezirk schon sehr viel.

(Zurufe von der SPD)

Ich weiß, daß Sie uns das immer gerne vorwerfen, aber auch wenn Sie lauter werden, wird es nicht richtiger. Die GAL hat sogar bei den Koalitionsverhandlungen vor vier Jahren gewaltige Mengen aufgezeigt. Rufen Sie es weiter, wir haben die besseren Konzepte.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Berg.

Georg Berg STATT Partei: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist symptomatisch, daß sich Herr Fischer die Realitäten so zurechtlegt, daß er sich in seiner Rede an der tollen Rolle berauscht, die er hätte, wenn es so wäre, wie es ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Herr Berg, nicht jeder Gag ist parlamentarisch.

Georg Berg (fortfahrend): Das finde ich gegenüber dem ausgesprochenen Wurmfortsatz moderat, aber ich nehme die Rüge an.

(Claus Müller SPD: War treffend!)

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Das Recht steht Ihnen nicht zu, sonst kann ich sehr unangenehm werden. — Sie haben weiter das Wort.

Georg Berg (fortfahrend): Ich nehme die Rüge nicht an, wenn mir das Recht nicht zusteht.

(Dr. Roland Salchow CDU: Er ist nur ein Quatschkopf! Das Wort Kopf nehme ich zurück!)

Frau Sudmann hat die Möglichkeit, wie sie Herr Fischer hatte, nicht. Sie ist redlich bemüht, und deshalb bleibt ihr im wesentlichen der Wachtelkönig.

(Jan Ehlers SPD: Der fliegt denen auch noch weg!)

Die Ausgangssituation ist folgende. Wir wissen alle nicht, wie hoch die Wohnungsnachfrage in Zukunft sein wird, aber wir müssen gerüstet sein, damit uns der Bedarf nicht planerisch überfällt. Für alle künftigen Entwicklungsmöglichkeiten gerüstet zu sein, ist für die Stadt eine neue Situation, die sich am Ende dieser Legislaturperiode ergeben wird; das hat es seit Jahrzehnten nicht gegeben.

Wenn wir dieses als Wurmfortsatz in der Westentasche in allen Bereichen erreicht haben, dann ist es sinnvoller, über vier Jahre ein Wurmfortsatz in der Westentasche zu sein, als eine unendliche Opposition.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Es gibt für den Fall, daß der zukünftige Bedarf nicht durch Nachverdichtung abgedeckt werden kann — Nachverdichtung ist gut und wird auch ausgeschöpft, aber sie ist eine zähe Angelegenheit —, in Hamburg zwei Flächen, die zur Verfügung stehen, entweder Neugraben-Fischbek oder die Rissener Feldmark.

(Zuruf von Heike Sudmann GAL)

— Frau Sudmann, erlauben Sie mir, in dem Bereich, wo ich fast zu Hause bin, eine Kurzfassung zu nehmen und die Sache nicht akribisch umständlich zu beschreiben.

(Dr. Willfried Maier GAL: Die Bergsche Feldmark!)

In der dortigen Feldmark, die ich sehr gut kenne, sind zwei Punkte, weshalb sich das weniger anbieten würde. Erstens ist es ökologisch unbestritten noch sehr viel sensibler, und zweitens ist die Schnellbahnanbindung zu bescheiden für diesen Zweck; sie ist nämlich nur einspurig im 20-Minuten-Takt. Mehr geht auch nicht, sonst fahren die Züge gegeneinander.

Also für den Fall, daß man planerisch über die Nachverdichtungsmöglichkeiten hinaus noch etwas vorhalten will, bietet sich nur dieses Gelände an. Neugraben-Fischbek bietet sich aber auch an, weil man dort eine Art Glücksfall hat. Normalerweise haben sie um geborene Kerne, wie Bahnhöfe und Einkaufszentren herum, praktisch eine kreisförmige Siedlung. Hier haben wir aber rundherum nur einen Halbmond und noch viele Tortenstücke aus historischen Gründen unbesiedeltes Land. Diese weiteren Tortenstücke werden wir jetzt ausfüllen, werden eine vorhandene Infrastruktur aufwerten, ausnutzen und so weiter. Das ist ein Glücksfall, wie es ihn selten gibt.

(Georg Berg STATT Partei)

- A Dann wird noch einmal eine Einschätzung bestätigt, die ich komischerweise schon vorher mit Vertretern dortiger Initiativen hatte, die aber vom Fach waren, daß das, was im Moment an Planung für diesen Bereich vorliegt, alles berücksichtigt, was man heute kennt und weiß, wie man den Fehlentwicklungen früherer Großsiedlungen vorbeugen kann. Es gibt keine geraden Straßen, jeder Baukomplex sieht anders aus. Von der inneren Aufteilung her mit Haus in Haus und so weiter ist sehr viel für ein gedeihliches Zusammenleben und eine soziale Durchmischung getan worden. Es ist in Aussicht gestellt, daß die Flächen zwischen den Häusern im wesentlichen nicht als unbelebte Brachen eine Gefahr dafür sind, daß sich da alles Mögliche entwickelt, sondern daß die Erdgeschoßflächen im wesentlichen sogar, zum Teil etwas angehört, als Gartenfläche den Erdgeschoßwohnungen zugeteilt werden und so weiter.

All dieses hat auch in der Anhörung allerbeste Noten erhalten, was mich aber auch nicht überrascht hat. Das wird im Grunde auch gar nicht bestritten.

(Heike Sudmann GAL: Zum Geschoßwohnungsbau!)

Daß man neben dem Geschoßwohnungsbau auch Einzelhäuser baut, hat damit zu tun, daß man verdeutlichen will, daß hier kein Getto ist.

(Ralf-Dieter Fischer CDU: Wollen Sie da eines kaufen?)

- B Vor diesem Hintergrund verstehe ich eines absolut voll: Wenn man dort in der Gegend ist, dann ist es schmerzlich, wenn dort etwas hinkommt. Natürlich ist es einem lieber, wenn dort nichts hinkommt. Trotzdem müssen wir vorbereitet sein, wenn der Bedarf es erfordert, daß man irgendwo etwas baut und das dann dort macht, wo es am sinnvollsten ist. Natürlich ist es für den Anlieger schöner, wenn das so bleibt, wie es ist, aber es ist deshalb noch nicht unverantwortlich, dort zu bauen.

Insofern sind mir bei der Anhörung fast die Tränen gekommen, daß so blödsinnige, hergesuchte Argumente gegen dieses Projekt herangezogen worden sind, daß die berechtigten Sorgen der jetzigen Anlieger, denen etwas vor die Nase gebaut wird, viel zu kurz gekommen sind. Es gab zum Beispiel solche Überlegungen, daß man dort nicht bauen darf, weil das so attraktiv ist und dann entvölkert man ja die schlechten Siedlungen.

(Glocke)

Die Zeit ist abgelaufen. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will Ihrer aller Geduld am Ende eines so langen Sitzungstages nicht überstrapazieren, aber das Projekt ist wichtig genug, daß wir uns noch etwas Zeit dafür nehmen.

Zunächst, Herr Kollege Fischer, Sie hatten es für richtig gehalten, die tragischen Todesfälle von drei jungen Leuten gegen das Bebauungsplanverfahren, das hier beschlossen werden soll, anzuführen. Ich finde das geschmacklos.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei — Alexander Porschke GAL: Der Beifall ist auch geschmacklos!)

Ich finde es nicht nur geschmacklos, sondern auch in der Sache falsch. Wenn Sie ehrlich mit einem solchen Vorgang umgehen, dann wissen Sie, daß in einem solchen Fall die Bebauung sehr wenig damit zu tun hat. Wenn Sie sich Sandbek und Neuwiedenthal als Siedlungen ansehen, können die in mancherlei Beziehung durchaus auch heute noch bestehen.

Es hat etwas damit zu tun, daß wir im Rahmen der massiven Zuwanderung nach Hamburg auch sehr viel Armutszuwanderung bekommen haben. Sehr viele Menschen sind aus anderen Kulturen gekommen. Gerade die spezifische Verbindung, die dort zwischen jungen Ausländerinnen und Ausländern der zweiten und dritten Generation und jungen Aussiedlerfamilien besteht, hat ein schwieriges soziales Umfeld geschaffen, mit dem man sich sehr sorgfältig auch unter dem Gesichtspunkt der Betreuung von Jugendlichen und sicher auch unter dem Gesichtspunkt von Sicherheits- und Innenpolitik beschäftigen muß. Dieses ursächlich aus der Struktur des Quartiers abzuleiten, geht aus meiner Sicht an den Problemen völlig vorbei.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Zweitens möchte ich gern etwas zu dem Thema „erneute Großsiedlung“ sagen. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, Herr Fischer, daß es inzwischen sehr wohl, nachdem wir aus Fehlern von Großwohnsiedlungen in den sechziger und siebziger Jahren miteinander gelernt haben, Beispiele für erfolgreich funktionierende Quartiere dieser Größenordnung gibt. Auch wenn die CDU gegen den Bebauungsplan Neu Alstermöhe-West gestimmt hat, sollten Sie doch den Blick auf Alstermöhe richten und zugeben, daß die Struktur dort gar nicht mit der Struktur von Quartieren und Siedlungen, die in den sechziger Jahren gebaut worden sind, vergleichbar ist. So gilt das auch für Neugraben-Fischbek. Vorgesehen ist eine überwiegend zwei- bis viergeschossige Bebauung, ein hoher Anteil von Einfamilien- und Reihenhäusern, den ich ausdrücklich für richtig halte, ein mit über 30 Prozent der Fläche besonders hoher Grünanteil und eine hohe Anzahl eigener Gärten auch bei Mietwohnungen. Wer schaut und in der Sachverständigenanhörung Ohren hatte zu hören, der weiß, daß der Vergleich mit bestimmten Quartieren aus den sechziger Jahren falsch ist. Auch da ist die Lage in Wahrheit differenzierter zu sehen, als gelegentlich getan wird.

Die soziale Realität in einigen dieser Siedlungen — zum Beispiel in Steilshoop, weil mein Blick auf Herrn Scheurell fällt — ist heute durchaus nicht nur problematisch zu sehen. Wo würden diese Menschen, die dort leben und die Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung sind, eigentlich sonst wohnen? Glauben Sie denn, daß wir in Hamburg, wenn wir diese Quartiere nicht hätten, diese Probleme alle nicht hätten? Das ist doch ein großer Irrglaube.

Die soziale Infrastruktur ist in der Planung für Neugraben-Fischbek gesichert. Sie beinhaltet unter anderem vier Schulen, fünf Kindertagesheime, ein Jugendhaus, Sportflächen, Spielplätze, einen öffentlichen Festplatz und weitere Einrichtungen. Wenn wir von Ihnen sonst immer hören, daß diese Einrichtungen alle nicht vorgesehen seien, dann haben Sie insofern ein bißchen Einblick gewährt in die wahren Gründe, die Sie bewegen, indem Sie — be-

(Senator Dr. Thomas Mirow)

A zogen auf den Verkehr — gesagt haben, das führt an allen diesen Einrichtungen vorbei, daran zeige sich die Fehlplanung.

Was die GAL macht, erinnert mich auch an manche Vorläufe, nämlich zu sagen, wir sind nicht bereit, dieser Planung zuzustimmen, weil sie die Probleme in den Nachbarquartieren nicht löst. Das haben Sie auch schon bei der Legienstraße gemacht, bezogen auf Billstedt.

(Heike Sudmann GAL: Ja, das ist richtig!)

Das ist aber aus meiner Sicht ein falscher Ansatz. Natürlich haben wir es damit zu tun, daß wir uns um die vorhandenen Quartiere und Strukturen zu bemühen haben. Wenn man allerdings einen Vergleich der wirklich großen Städte in der Republik anstellt — bezogen auf die soziale Infrastruktur —, dann käme Hamburg dabei sehr gut weg. Nur, das kann doch kein Grund dafür sein zu sagen, wir lehnen eine in sich vernünftige und gut angelegte Planung ab, weil aus unserer Sicht Probleme in der Nachbarschaft nicht gelöst sind. Das ist kein Argument. Dann sagen Sie, Sie seien auch gegen solche Planungen, weil die Bevölkerung an der Planung nicht beteiligt sei. Das ist ja ein Kunststück, denn wir bauen ein solches Quartier doch für die Bevölkerung, die noch gar nicht vor Ort angesiedelt ist,

(Beifall bei der SPD)

für eine Bevölkerung, die zum Teil unter schwierigen Verhältnissen lebt. Wie kann die sich denn an der Planung dieses Quartiers beteiligen?

Zu der rechtlichen Seite. Manches wird in unseren Tagen vornehm ausgedrückt. Da heißt es vom Nabu, ein Rechtsgutachten liege vor. Wenn ich das richtig weiß, ist das eine studentische Hausarbeit,

B

(Jan Ehlers SPD: Na, das ist doch schon mal was!)

was auch nicht unwichtig ist, aber doch mit dem Begriff Rechtsgutachten besonders vornehm umschrieben ist.

Zur Substanz möchte ich nur sagen, daß wir es — abgesehen von Meinungsverschiedenheiten, Herr Fischer, zwischen dem Bundesumweltministerium und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, die vielleicht auch legitim sind, da es sich in dem einen Fall um das Ressort der Bundesregierung handelt, das ausdrücklich die Verantwortung für den Umweltschutz hat, während hier eine Wohnungsbauplanung zur Debatte steht — mit einer sehr komplizierten Rechtsmaterie zu tun haben. Abgesehen von all den Dingen, die in der Anhörung dargelegt worden sind, in einen von dem Landesparlament in Hamburg beschlossenen B-Plan einzugreifen, das traut sich noch nicht einmal der Deutsche Bundestag. Ob sich die Europäische Kommission — ihrerseits nicht demokratisch direkt legitimiert — hier Rechte nehmen könnte, bezogen auf einen Hamburger Vorgang, das ist — jedenfalls nach allem, was mir an rechtlichen Expertisen vorliegt — sehr, sehr zweifelhaft. Der eigentliche Vorgang handelt von etwas ganz anderem, nämlich von der Ausweisung von Vogelschutzgebieten als Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland. Das ist etwas anderes als das, was hier zur Debatte steht, denn in der einschlägigen Richtlinie ist davon die Rede, daß die geeignetsten Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen werden sollen. Da es davon 20 gibt, hat Hamburg, glaube ich, sehr gute Argumente, zu

sagen, daß dieser Raum für unsere strukturelle Entwicklung so gewichtig ist, daß er zu diesen 20 geeignetsten Gebieten nicht gehört.

C

(Alexander Porschke GAL: Hätten Sie ja beantragen können!)

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, dem Bebauungsplan und der Flächennutzungsplanänderung Ihre Zustimmung zu geben. Ich glaube, wir stehen in der Verantwortung, so wie wir es auf dem Gelände der Boehn-Kaserne tun werden und an anderen Stellen auch im Begriff sind zu tun, für die erheblich gestiegene Nachfrage an preiswertem Wohnraum ein gutes Angebot zu schaffen. Ich denke, daß mit der Anhörung und der sorgfältigen Beratung in den Ausschüssen dargelegt ist, daß es sich sehr wohl um eine gute und für zukünftiges Leben und Wohnen in Hamburg sehr geeignete neue Wohnsiedlung handeln kann. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Änderung des Flächennutzungsplans zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Wer dem Gesetz über den Bebauungsplan Neugraben-Fischbek 15 zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Auch dieser Bebauungsplan ist mit Mehrheit beschlossen.

Nun folgt das Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 15. Wer diesen Plan beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe. — Auch dies ist mit gleicher Mehrheit beschlossen.

D

Zu den beiden eben genannten Gesetzen bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen)

— Das ist der Fall. Erhebt sich aus der Mitte der Bürgerschaft Widerspruch dagegen? — Das ist nicht der Fall.

Dann stimme ich zusammen ab. Wer die soeben in erster Lesung beschlossenen Gesetze auch in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist mit gleicher Mehrheit und damit endgültig beschlossen.

Wir sehen uns morgen um 15 Uhr. Ich wünsche einen guten Heimweg.

Schluß: 22.45 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Paul Busse, Gabriele Dasse, Karl-Heinz Ehlers, Uwe Grund, Reinhardt Hinze, Ingo Kleist, Peter Zamory.